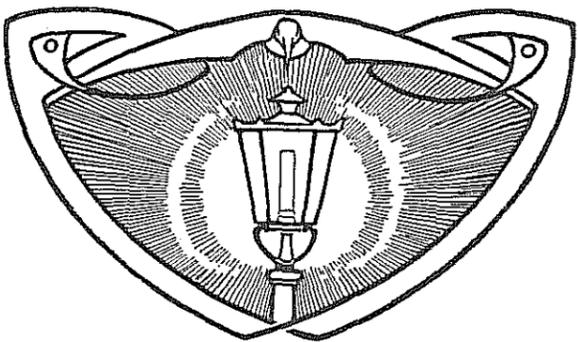


Berliner Abendbild.

Wagen rollen in langen Reih'n,
 Magisch leuchtet der blaue Schein.
 Bannt mich arabische Zaubermacht?
 Tageshelle in dunkler Nacht!
 Hastig huschen Gestalten vorbei,
 Keine fragt, wer die and're sei,
 Keine fragt dich nach Luft und Schmerz,
 Keine horcht auf der andern Bers.
 Keine sorgt, ob du krank und schwach,
 Jede rennt ihrem Glücke nach,
 Jede stürzt ohne Raft und Ruh
 Der hinrollenden Kugel zu.
 Langsam schlend'r ich im Schwarm allein —
 Magisch leuchtet der blaue Schein.
 Kaufmann, Werkmann, Student, Soldat,
 Bettler in Seßen, Dirne im Staat.
 Rechnend drängt sich der Kaufmann hin,
 Rechnet des Tages Verlust und Gewinn.
 Werkmann bebt vor der Winters Not:
 „Sänd' ich, ach fänd' ich mein täglich Brot!
 Hungernö wartet die Kinderfchar,
 's ist ein böses, ein böses Jahr.“
 Bruder Studio zum Freunde spricht:
 „Warte, das Mädcl entkommt uns nicht!
 Siehst du, sie guckt; brillant, famos!
 Walter, nun sieh' doch — die Taille bloß!“
 Steht der Gardist in Positur,
 Weil der Hauptmann vorüber fuhr,
 Ließ seine Donna im Stich — allein:

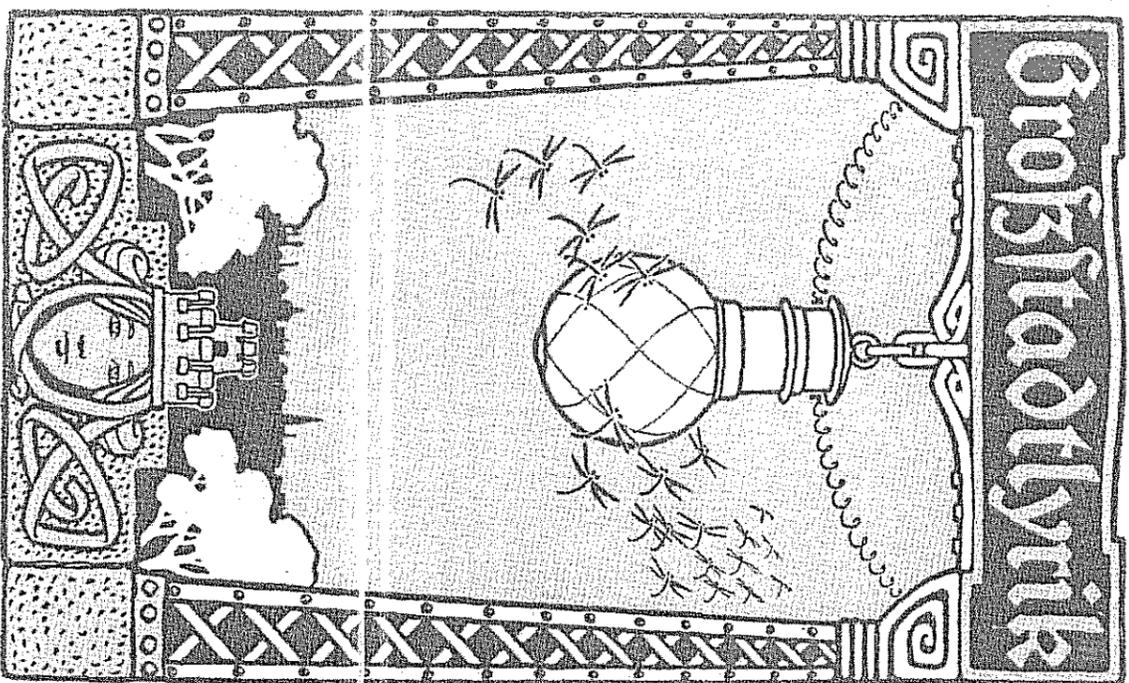
„Ja, liebste Rosa, Respekt muß sein.“
 „Blumen, Blumen, o kauft ein Bouquet,
 Rosen und Veilchen, duftend und nett!
 Bitte, mein Herr, ach sei'n Sie so gut!“
 „Scher dich zum Teufel, du Gassenbrut!
 Reizow, auf Ehre, wahrer Skandal.“
 „Unter Kam'raden ganz egal.“
 „Sehen Sie, bitte! Grandiose Figur,
 Wirklich charmant, merveilleuse Frisur.“
 „Echt garantiert? Doch das macht nichts aus.
 hm! Begleiten wir sie zu Haus?“
 „Neuestes Extrablatt! Schwurgericht!“
 Bei, das drängt sich neugierig dicht.
 „So ein Schwindler, ein frecher Hund,
 Schlägt erst tot und leugnet es rund.“
 Wie das rasselt, summt und braust!
 Wie es mir vor den Ohren saust!
 Jahrmarkt des Lebens, so groß — so klein!
 Magisch leuchtet der blaue Schein.

Karl Bendell.



Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

9. Jg. Nr. 1
 August 1994



I. Mitteilungen und Wünsche/Informationen
des Vorstandes

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

Fachbereich Erziehungswissenschaften
Institut für Pädagogik
Soziologie der Bildung und Erziehung

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 06099 Halle (Saale)



Dr. Martina Löw

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Tel. (0345) 649102 Halle (Saale),
App. 12 6.06.94

Liebe Kolleginnen und Kollegen in der Sektion "Stadt- und
Regionalsoziologie",

im folgenden finden Sie/findet Ihr zwei Formblätter mit Fragen zu
Ihren/Euren Arbeitsschwerpunkten und Interessensgebieten (beides wird
demnächst noch mal mit der Einladung zur nächsten Sektionssitzung
verschickt). Das erste - mit Name und Adresse - soll uns ermöglichen, die
Arbeit der einzelnen Mitglieder auf Wunsch stärker zu vernetzen. Für
Buchprojekte, Rezensionen, Vorträge etc. ist es wichtig, genauer zu wissen,
in welchen Bereichen die einzelnen Mitglieder arbeiten.

Das zweite Blatt mit Wünschen und Vorschlägen für die Sektionsarbeit dient
dem Vorstand zur Strukturierung der weiteren Sektionsarbeit. Wir wollen
herausfinden, welche Fragen und Themen die meisten MitarbeiterInnen
unserer Sektion z.Z. brisant oder spannend finden. Der soziologischen
Phantasie sind hierbei keine Grenzen gesetzt.
Dieser kleine Fragebogen kann, sofern das gewünscht ist, auch anonym an
uns gesendet werden.

Wir hoffen sehr auf eine starke Beteiligung und erwarten mit Spannung
Ihre/Eure Antwort.

Herzliche, kollegiale Grüße

Thomas Krämer-Badoni, Klaus M. Schmalz, Martina Löw

Dienstort:
Brandbergweg 23
06120 Halle (Saale)

Telefax: (0345) 5511950

Telex: 318289 uniha d

Bankverbindung:
Deutsche Bundesbank
Halle (Saale)
Kto.-Nr. 80001515

Sektion

Stadt- und Regionalsoziologie

in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Registereintrag

Name:

Beruf:

Adresse:

Telefon:

Fax:

Arbeitsschwerpunkte:

Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Ja

Nein

(Bitte ankreuzen)

Mitgliedschaft in anderen Sektionen?

Ja

Nein

(Bitte ankreuzen)

Wenn ja, welche

Ich bin damit einverstanden, daß diese Angaben auf Wunsch an KollegInnen weitergegeben werden.

Ja

Nein

(Bitte ankreuzen)

Fragen zur Weiterarbeit in der Sektion
Stadt- und Regionalsoziologie

1. An welchen Themen arbeiten Sie zur Zeit?

.....
.....

2. Welche Themen möchten Sie voraussichtlich im Verlauf der nächsten 2 Jahre aufgreifen?

.....
.....

3. Welche Themen sollten in der nächsten Zeit auf unseren Sektionstreffen zur Diskussion gestellt werden?

.....
.....

4. Haben Sie strukturelle Vorschläge für die Organisation der weiteren Arbeit der Sektion?

.....
.....

Mit freundlichen Grüßen

Dr. M. Löw

Prof. Dr. Th. Krämer-Badoni

Prof. Dr. K. M. Schmals

Siegfried Grundmann

Protokoll der Frühjahrstagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der DSG am 22 und 23. April 1994

- Vormittagssitzung vom 22. 4. 1994 -

Die Frühjahrstagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie hat am 22 und 23. April 1994 in der Humboldt-Universität zu Berlin stattgefunden. Auf die Wahl des Themas und des Tagungsortes wird zurückzuführen sein, daß an dieser Tagung 62 und damit überdurchschnittlich viele Personen teilgenommen haben.

Die **Vormittagssitzung am 22. April** war der **Berlin-Thematik** gewidmet. Den Teilnehmern haben dazu schriftliche Beiträge von R. Emenlauer über "Neue Formen des Planungsmanagements" und von Werner Sewing über "Großstadtarchitektur: Zur Rolle der Architektur bei der Berliner Imagebildung. Architektur und Metropolenkonkurrenz" vorgelegen.

Eröffnet durch den Vorsitzenden K. M. Schmals, stand die Vormittagssitzung unter der Leitung von Harald Bodenschatz.

In einem einführenden Beitrag verwies **Harald Bodenschatz** darauf, daß viele Wachstumsprognosen, die sich auf den Hauptstadtdeschluß des Deutschen Bundestages folgten, mittlerweile als unrealistisch erwiesen haben. Er verwies dabei unter anderem auf die Voraussagen zum Einwohnerwachstum, zur Entwicklung des Dienstleistungssektors und zur kulturellen Konsolidierung der Stadt. Gleichzeitig haben bisher aber auch die Verdrängungsprozesse im ursprünglich befürchteten Ausmaß stattgefunden. Leider auch nicht im ursprünglich erwarteten Ausmaß hat sich der Ost-West-Dialog der Sozialwissenschaftler entwickelt.

Rainer Emenlauer verwies auf die neuen Planungsbedingungen, insbesondere den Sparzwang der Kommunen, wodurch Zentralisierungstendenzen auf staatlicher Ebene verstärkt und die kommunalen Möglichkeiten reduziert werden. Entscheidungen werden zunehmend in Fachkreisen vorbereitet und dem Einblick der Öffentlichkeit entzogen. Eine Prioritätensetzung ist gerade in Berlin dringend nötig, aber unter anderem auch darum schwierig, weil die Fachverwaltungen nicht bereit sind, Kompetenzen abzugeben. Auf die nach 1990 plötzlich notwendige Zusammenarbeit mit privaten Großinvestoren war die (west-) berliner Verwaltung nicht vorbereitet. Darum werden heute von den Investoren viele Aufgaben wahrgenommen, die ansonsten von der öffentlichen Hand zu lösen wären. Demzufolge wächst der Einfluß privater Investoren und Institutionen auf öffentliche Entscheidungen. Neue Instrumente des Planungsmanagements, die R. Emenlauer ausführlicher erläuterte, sind der "Vorhaben- und Erschließungsplan" sowie der "Städtebauliche Vertrag" zwischen privatem Investor und Kommune (Beispiel: der durch die Firma Herlitz betriebene Wohnungsbau in Falkensee bei Berlin).

Im Mittelpunkt der regen Diskussion (mit Anfragen und Beiträgen von Schmals, Burg, Häußermann, Bodenschatz u.a.) standen die Beziehungen von Kommunen und privaten Investoren bei besonderer Beachtung der Situation in der Region Berlin-Brandenburg, wobei an Hand vieler Beispiele und Entwicklungstendenzen bestätigt wurde, daß der Einfluß der Privaten zunimmt und - zumindest in Berlin ein - "Rückgang der demokratischen Kultur" zu befürchten ist. Angesichts des enormen Termindruckes haben die öffentlichen Verwaltungen zunehmend weniger Interesse an einer Einbeziehung der Öffentlichkeit, wobei aber auch eine gewisse Gleichgültigkeit der Bevölkerung besonders in bezug auf die neu zu schaffenden

Wohngebiete festzustellen ist. Auf eine entsprechende Frage bezugnehmend, verwies R. Emenlauer darauf, daß keine "rechtsfreien Räume" entstanden sind, wohl aber Reibungen zwischen Verwaltungen und privaten Investoren infolge des Aufgabendruckes (u.a. in Berlin wegen der Gleichzeitigkeit von Umgestaltung von Großsiedlungen, von Neubau und Sanierung) und von mangelnden Anpassungsmöglichkeiten der Verwaltung. Unter diesen Bedingungen sind Rahmenverträge und die sukzessive Präzisierung von Verträgen eine bewährte Form der Problemlösung. K. M. Schmals gab zu bedenken, daß der Verlust des starken Staates aber nicht unbedingt negativ zu werten sei - dies könnte vielmehr auch ein Anlaß zur Weiterentwicklung der Demokratie sein.

Dem Vortrag von **Werner Sewing** hat ein ausführliches Paper zugrundegelegen, das im vorliegenden Nachrichtenblatt der Sektion veröffentlicht wird. Eine Wiedergabe seiner mündlichen Ausführungen an dieser Stelle erübrigt sich darum. Zu bemerken wäre nur, daß im mündlichen Vortrag wohl noch mehr als in Paper zum Ausdruck kam, daß von "Planungskultur" (im Sinne von Demokratie und Öffentlichkeit) heutzutage in Berlin nur bedingt die Rede sein kann.

In der anschließenden Debatte (Bodenschatz, Hunger, Gabron, Schmals, Läßle, Emenlauer, Neef u.a.) fanden die Thesen von Werner Sewing Zustimmung und Ablehnung. Daß sich ein Machtkartell in Berlin herausgebildet hat - wie von Sewing charakterisiert -, wurde von mehreren Teilnehmern der Diskussion bestätigt; die Frage freilich, wie dieses Kartell entmachtet werden könnte (Bodenschatz), blieb ohne Antwort. Bernd Hunger verwies darauf, daß sich in Berlin ein zynisches Verhältnis zum Nutzer herausgebildet habe; die jetzige gesellschaftliche Stimmung in Berlin begünstige dies. Es wurde aber auch daran erinnert, daß eine solche wie die von Sewing kritisierte Monopolstellung einzelner Architekten in Berlin nicht neu ist (siehe: Schinkel). Im Ergebnis die Debatte um den Potsdamer Platz haben sich zwar bestimmte Interessenkonstellationen durchgesetzt, nichtsdestoweniger war der Streit zunächst öffentlich. Kritisch wurde auch vermerkt (Läßle), daß es keinen Sinn habe, über Machtkartelle zu reden, ohne sich gleichzeitig architektursoziologischen Fragestellungen zuzuwenden und danach zu fragen, warum gerade in Berlin ein solches Kartell entstehen konnte. Es wurde gewünscht, daß man nicht nur über Machtkonstellationen, sondern auch über die Architektursprache, die sich durchgesetzt hat, reden sollte. Es sollte untersucht werden, wie sich die Definitionsmacht von Architekten in ästhetische Inhalte umsetzt. Bezugnehmend auf kritische Bemerkungen verwies Werner Sewing darauf, daß die Stadtsoziologie der vergangenen Jahre weitgehend auf eine Akteursanalyse verzichtet hat; sein Beitrag sollte eine Lücke schließen helfen. Abschließend hob Harald Bodenschatz hervor, daß diese Diskussion auf weiteren Tagungen der Sektion fortgesetzt werden sollte.

Rainer Neef

Protokoll der Frühjahrstagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der DSG am 22.04.1994 nachmittags

K.D. Keim betonte bei Vorstellung seines Beitrags, die Richtung der Veränderungsprozesse in Ostdeutschland, speziell in Brandenburg, sei vor allem unter Bedingungen gesamtgesellschaftlichen Wandels und weltwirtschaftlicher Einflüsse noch nicht erkennbar. Ökonomisch habe sich noch keine Basis der Region entwickelt; kulturell sei die Alltagsorganisation und die West- und Ost-Orientierung in der Bevölkerung noch im vollen Umbruch; politisch stehe eine Vernetzung von peripheren und zentralen Räumen des Landes (ABC-Strategie) an.

In der Diskussion wurde zunächst am Beispiel der positiven Wanderungssalden ins Berliner Umland, aber auch an der teilweise sehr dünnen Besiedlung einzelner Regionen verdeutlicht, wie empirische Entwicklungen positiv oder negativ gewertet werden können. Mehrfach wurde eine möglichst genaue Deskription gerade der entsprechenden Alltagsprozesse gefordert. Letztere können zwar mit flexiblen Typologien erfaßt werden, es fehlt aber an passenden Konzepten zum Verständnis der raschen Veränderungen, in denen ganz archaische Formen von sozialen Konflikten und Politik neben quasi modernen und 'postmodernen' stehen. Doch selbst mit veralteten Konzepten sollten sich die Sozialwissenschaften endlich rasch und intensiv in die Politik einbringen - die Konzeptlosigkeit der oftmals skandalösen Politik ist in jedem Fall schlimmer.

In ihrem Vortrag betonte D. Dubrau die Nachteile der Vorherrschaft westdeutscher Regelungssysteme und Leitungspersonen in der (Ost-) Berliner Stadtentwicklungspolitik. Die Planungspolitik des Bezirks Berlin-Mitte, in dem sich zentrale Einrichtungen und Verwaltungen mit alten Wohnquartieren mischen, läuft hinaus auf

- Eindämmung von (zu) großen Vorhaben im Zentrumsbereich; in diese Richtung wirken auch öffentlicher Finanzmangel und privatwirtschaftliche Stagnationstendenzen. Da der Senat sich kaum um Bewohnerinteressen schert, sollen
- vor allem die aus der DDR überkommenen Bestände an Wohnungen und sozialer Infrastruktur gesichert werden.

In der Diskussion wurden die geringen Gestaltungsmöglichkeiten der Bezirke deutlich. Die vom Senat bevorzugten großen Bauprojekte bringen im Falle ihres Scheiterns das 'Kippen' ganzer Blocks mit sich. Als einziger politischer Erfolg des Bezirks ist die Sicherung der Wohnfunktion im Zentrum überhaupt zu werten. Aber minimaler Wohnungs-Neubau, zu geringe Sanierungsmittel und massenhafte Grundstücks-Ansprüche behindern eine Sicherung von Wohnungsbeständen und Freiflächen. Wieweit damit eine über die Rettung des Status quo hinausreichende Entwicklungspolitik des Bezirks verbunden war, blieb unklar.

Zur Bilanz der Berichterstattung über Berlin wurde die enorme Vielfalt von unkoordinierten Informationsbeständen und Planungsaktivitäten hervorgehoben. An sich müßte ein Überblick über die unterschiedlichen Planungsverfahren und Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden, und die Besonderheiten ostdeutscher Verwaltungs- und Planungshandelns wären zu analysieren. Die Senatsverwaltung wird beides nicht tun. Die Sektion wäre damit überfordert - sie kann bestenfalls Interessenlagen und Entwicklungslinien analysieren. Das Nebeneinander von nachholender

Modernisierung, beschleunigter Restrukturierung und neuartigen Entwicklungssprüngen kann vielleicht noch mit einigen unserer überkommenen Theorien und Kategorien analysiert werden - in Frage gestellt ist aber deren politische Nutzbarkeit. Wir sollten politisch häufiger eingreifen und so das oftmals vorfindliche politische Vakuum besser nutzen.

Herlyn, Franz und Bertels stellten anschließend Einsichten über soziale Entwicklung und Haltungstypen bei den in Gotha befragten Haushalten dar. Dies geschah auf drei Ebenen:

- allgemein wurde die Ambivalenz ^{von} rascher institutioneller Anpassung durch Ressourcen-Transfer einerseits, von sozialer Erosion und der Beharrungskraft von Haltungen andererseits herausgearbeitet;
- aus den qualitativen Interviews wurden sieben Haltungstypen zwischen belohntem sozialen Aufstieg, Anpassung, und Rückwärts-Orientierung herausgearbeitet;
- am Beispiel zweier Lebensläufe wurde die Ambivalenz der Offenheit neuer Lebenschancen vor dem Hintergrund stabiler Karrieren in der DDR erläutert.

In der Diskussion wurde bestritten, daß die vorgetragenen Ergebnisse eine Gemeindestudie darstellten; das Spannende lokaler Besonderheiten und Milieus sei hier nicht deutlich geworden. Die begrifflichen Grundlagen der Typenbildung (Zusammenhänge von sozialer Lage und Einstellung zur Vereinigung bzw. Ost-/West-Orientierung) und die dahinter stehende Hypothesen wurden hinterfragt. Wichtig erschien die differenzierte Betrachtung der Orientierungsfähigkeit verschiedener Typen von Haushalten bzw. sozialen Lagen.

Frühjahrstagung der Stadt- und RegionalsoziologInnen vom 22. bis 23. 4. 1994 in Berlin

Rainer Stierand:

Protokoll über die
Sitzung am 23.4.1994 (9.00 bis 11.15 Uhr)

TOP 1: Schwerpunktthema "Sozialverträglichkeit"

Für die Herbsttagung 1994 der Sektion befindet sich das Thema "Sozialverträglichkeit" in Vorbereitung. Jens Dangschat faßte in einem kurzen Vortrag die vorliegenden Exposé der AutorInnen zusammen, die zu diesem Thema einen Beitrag geliefert haben:

- Monika Alisch: Sozialverträglichkeit als Anspruch gesamtstädtischer Planung.
- Jens. S. Dangschat: Sozialverträglichkeit: Soziale Gerechtigkeit in der alltäglichen Stadtentwicklung oder nur ein neuer Modebegriff?
- Katrin Hater: Sozialverträglichkeitsprüfung nach dem nordrhein-westfälischen Landesplanungsgesetz - Braunkohleplanung.
- Sigrun Kabisch: Sozialverträglichkeit als Schlüssel zur Überwindung von Akzeptanzbarrieren?
- Christine Mussel: Ökologische Schäden in Wohngebieten und die Mitwirkung Betroffener bei der Wiederherstellung akzeptabler Lebensverhältnisse.
- Richard Pieper: Sozialverträglichkeitsprüfung in einem Hochhausprojekt - Auswirkungen auf den Menschen.
- Klaus Schmals: Sozialverträglichkeitsprüfung von Leitprojekten der Stadtentwicklung: EXPO 2000 in Hannover.
- Gerda Speller: Sozialverträglichkeitsprüfungen im internationalen Vergleich.
- Ursula Stein: Moderationsverfahren als Instrument der effizienten Kooperation in diversen Beteiligungskonstellationen.
- Rainer Stierand: Bürgerbeteiligung und Raumordnungsverfahren. Erfahrungen in verschiedenen Bundesländern.

Es wurde deutlich, daß die Tagung im Herbst mit diesem Schwerpunkt wichtige und interessante Vorträge und Diskussionen erwarten läßt. Ausgangspunkt der überwiegenden Zahl von Beiträgen sind Operationalisierungs- und Verfahrensvorschläge, die von den AutorInnen im Zusammenhang von Planungs- und Politikberatung gemacht wurden. Die dabei aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen machen aus der Sicht der meisten VerfasserInnen eine theoretische Fundierung in diesem Themenbereich notwendig. Ansatzpunkte für die theoretische Auseinandersetzung liefern die einzelnen Exposé aus ganz verschiedenen Blickwinkeln. Von Katrin Hater und Jens Dangschat lag ein Strukturierungsvorschlag vor, der den Einstieg in die Theoriediskussion erleichtern kann. Zusammenhängend werden in diesem Papier auch die Themen aufgelistet, die in einem gemeinsamen Memorandum der Sektion zur Sozialverträglichkeit und Sozialverträglichkeitsprüfung angesprochen werden sollten. Es würde als fachpolitische Stellungnahme der Sektion publiziert.

In dem Kurzbericht und in dem vorgelegten Papier wurden u.a. folgende Fragen zur Diskussion gestellt:

Wer fordert heute mit welchem Interesse die Prüfung von Sozialverträglichkeit? Soll mit einer Sozialverträglichkeitsprüfung Akzeptanz für schwierige Planungen erzeugt werden, die ohnehin durchgesetzt werden? Welche Annahmen über soziale Gerechtigkeit und soziale Ungleichheit sind mit dem Konzept verbunden? Kann man Sozialverträglichkeit "herstellen"? Was ist verträglich, was ist unverträglich (normative Standards, Operationalisierungen, Maßnahmen)? Wie kann der Ablauf einer Sozialverträglichkeitsprüfung aussehen? Führt sie u.U. zur Polarisierung von Interessen und dadurch zu "Turbulenzen" um bestimmte Vorhaben? Kann sie einen Einstellungswandel bei Entscheidern oder/und Betroffenen mit dem Ergebnis einer größeren Übereinstimmung von Planungsvorhaben mit den sozialstrukturell bestimmten Bedürfnispositionen herbeiführen? Kann sie zu größerer Übereinstimmung der

Planungs- und Politikziele mit den Wertstrukturen der Gesellschaft beitragen? Und kann dies über Beteiligungsprozesse oder Konfliktmoderation erreicht werden, in denen Soziologen einen Beitrag leisten?

In der Diskussion wurde auf die begrifflichen Schwierigkeiten, die mit dem Konzept verbunden sind (Wertediskussion!) und die Notwendigkeit der Bearbeitung am Beispiel konkreter Projekte hingewiesen. Es würde eine Differenzierung in offensive und defensive Strategien, in kleine und große Maßnahmen erforderlich. Soll durch Sozialverträglichkeitsprüfungen der soziale Wandel blockiert oder kanalisiert werden? Ist die Sozialverträglichkeitsprüfung eine Technik der Konfliktvermeidung? Verschiedene Hinweise erfolgten auf eine mögliche Aktivierung der Planungszelle im Zusammenhang mit einer Sozialverträglichkeitsprüfung.

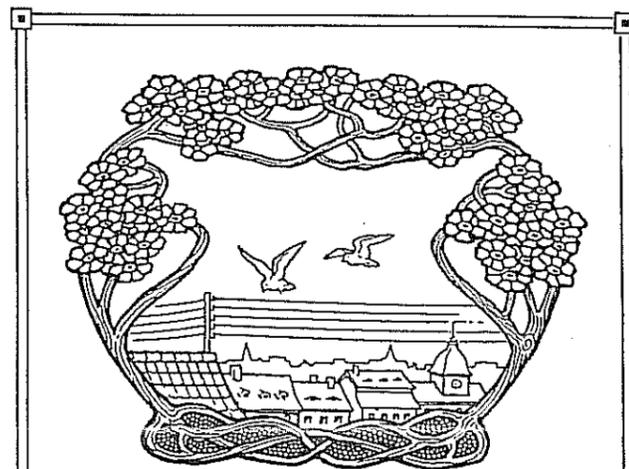
Die weitere Koordination der Vorbereitung auf das Herbsttreffen übernehmen wieder Katrin Hater und Jens Dangschat.

TOP 2: Bericht über ein Qualifikationsverfahren.

Habilitationsprojekt Gabriele Sturm: "Methoden raumbezogener empirischer Forschung"

G. Sturm erläutert ihren aktuellen Arbeitsstand und den Entstehungszusammenhang ihres Vorhabens. Anhand einer Tischvorlage verdeutlicht sie die Entwicklung ihrer methodologischen Überlegungen über verschiedenen Entstehungsphasen bis zu einem 4-Quadrantenmodell. Beispielhaft demonstriert sie an diesem Modell verschiedene Schlußweisen bei bestimmten Forschungszielen.

In der ausführlichen Diskussion wird die Wichtigkeit der kritischen Auseinandersetzung mit gegenwärtigen methodologischen Ansätzen betont. Ein Teil der Fragen und Gegenargumente bezieht sich auf das Selbstverständnis des Ansatzes von Gabriele Sturm als "Raummodell". Ein anderer Teil auf ihr Annahmen über das Verhältnis von Gegenstand und Methode.



Frühlingslied in der Stadt.

Der Frühling weiß zu finden
Mich tief in Stadt und Stein,
Gießt mir in's Herz den linden
Frühligen Hoffungsjwein.

Manch grüne Wipfel laufen
Zwischen den Dächern vor,
Ein Lerchenklang durch's Raufchen
Der Stadt schlägt an mein Ohr.

Ein Schmetterling als Bote
Flattert im Wind vorbei,
Fingwebend über das tote
Steinerne Einerlei.

Reinhold Seidel.

Rainer Stierand

Protokoll über die Mitgliederversammlung der Sektion Stadt und Regionalsoziologie am 23.4.1991 (11.30 bis 13.00 Uhr)

TOP 1: Information durch Klaus Schmals über eine Sammlung wichtiger Dokumente der Sektion, die er anlegt.

TOP 2: Vorbereitung der Herbstsitzung.

Klaus Schmals möchte einen Block von feststehenden Tagesordnungspunkten einführen, z.B. "Berichte aus der Forschung", "aktuelle politische Fragen", "Qualifikationsverfahren"; er will eine neue Diskussionskultur entwickeln. In einer kurzen Debatte wird die Wichtigkeit der Nachwuchsförderung betont. Ein kritischer Rückblick auf den Ablauf des Programms am Vortage führt zu einer Diskussion darüber, ob die Anzahl und Heterogenität von Programmpunkten in Zukunft eingeschränkt werden sollte. Von Katrin Zapf wird entgegen solchen Überlegungen auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch bei denen Interesse zu finden, die nicht mehr in der Universität tätig (aber noch auf sie neugierig) sind. Von einigen Teilnehmern wird ganz allgemein eine stärkere Strukturierung der Sitzungen gefordert, die von anderen aber als Beschränkung und mögliche Disziplinierung abgelehnt wird.

TOP 3: Eine Vorschau auf den Themenschwerpunkt im nächsten Jahr gibt Walter Siebel.

Das Thema "Industrieregionen in Europa" soll von der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" und der "Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft" gemeinsam vorbereitet werden. Walter Siebel stellt sich eine themenzentrierte Diskussionsveranstaltung mit je zwei Referenten aus jeder Sektion vor. Die Veranstaltung soll im Ruhrgebiet stattfinden und mit Exkursionen verknüpft werden (1 ½ Tage Tagung, ½ Tag Exkursion).

TOP 4: Präsentationen auf dem Kongreß für Soziologie in Halle.

Die Frage, ob die Referate dieser Frühjahrssitzung auf dem Soziologentag in Halle gehalten werden, soll erst auf der Herbsttagung der Sektion geklärt werden.

TOP 5: Themenschwerpunkt über die "Grundlagen der Disziplin"?

K. Schmals schlägt vor einen Schwerpunkt einzuführen, in dem man sich grundsätzlich mit den Grundlagen der Disziplin im Theorie- und Methodenbereich auseinandersetzt. In der Diskussion wird die Frage gestellt, ob es eine konsentrierte zentrale Fragestellung für die theoretische Debatte überhaupt gäbe. Es werden verschiedene Vorschläge diskutiert (Zivilgesellschaft, Geschlechterfrage, Intervention, neue Peripherien). Dagegen wird eingewandt, daß sich die Notwendigkeit herausgestellt habe, sich in verschiedenen Aufgabenfeldern stärker einzumischen (z.B. Neubausiedlungen). So wäre das Thema "politische Intervention" besser am Beispiel einzelner Planungsprojekte zu diskutieren. Schließlich mündet die Diskussion auch an diesem Punkt in die Frage, wie man in der Sektion eine einheitliche Sprache finden und divergierende Kräfte einbinden könne. Dies führt zu dem entschiedenen Appell mehrerer Mitglieder der Sektion, die Sektionsarbeit nicht theoriezentriert einzuengen, sondern im Gegenteil "die gegebene Themenbreite auszuhalten". Bei der Sammlung weiterer Vorschläge werden die Regionalforschung und die Transformationsforschung sowie Forschungen zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen genannt.

TOP 6: Termine.

Orte, Termine und Anmeldungsmodalitäten der verschiedenen Tagungen der nächsten Zeit - insbesondere des Kongresses für Soziologie in Halle - werden mitgeteilt. Klaus Schmals will alle Termine in einem gesonderten Rundbrief den Sektionsmitgliedern bekannt geben. Die Sitzung schließt mit dem Hinweis auf den Redaktionstermin des Mitteilungsblattes der Sektion (1.6.1994) und der Bitte bis zu diesem Termin auch die Gliederungen von Lehrveranstaltungen an W. Strubelt zu schicken.

TOP 7: Exkursion.

Um 14.30 Uhr treffen sich alle Interessierten vor der Humboldt-Universität mit Harald Bodenschatz zur Exkursion durch das Zentrum von Berlin.

Herbstsitzung der Sektion vom 25. bis 26.11.1994 und Kongreß für Soziologie vom 03. bis 07.04.1995

UNIVERSITÄT DORTMUND
FACHBEREICH RAUMPLANUNG

SOZ
Fachgebiet Soziologische Grundlagen der Raumplanung

Prof. Dr. Klaus M. Schmals
Telefon: 0231/755-2244 Telefax: -2245

Ausblick auf die Herbstsitzung der Sektion vom 25. - 26.11.1994 im Bauhaus in Dessau und den Kongreß für Soziologie vom 03. - 07.04.1995 in Halle

A: Herbsttagung der Sektion im Bauhaus in Dessau:

1. Anreise am 24.11.1994:

(Übernachtungsmöglichkeiten bestehen im Hotel des Bauhauses in Dessau. Ein Kostenverzeichnis lege ich der offiziellen Einladung im September 1994 bei).

2. Programm am 1. Tag:

- o Diskussion des Themenschwerpunktes "Sozialverträglichkeitsprüfung" und Verabschiedung eines Memorandums:
Zeitraum von 9.00 bis 15.00 Uhr. Der Schwerpunkt wird von K. Hater und J. Dangschat vorbereitet und von 14 Mitgliedern der Sektion bestritten.
- o Bericht aus der Forschung:
Um 16.00 Uhr berichtet D. Ipsen über einen theoretischen Aspekt aus dem "Erfurtprojekt", das er mit H. Helbing, Th. Fuchs und K. Rempel erarbeitete: "Persistenz und Potential der Raumstruktur in Stadt und Umland von Erfurt".
- o Der Abend steht zur freien Verfügung.

3. Programm am 2. Tag:

- o Bericht über 'Qualität der Lehre':
Um 9.00 Uhr berichtet H. Kromrey über die Ergebnisse seiner diesbezüglichen Untersuchung an der Universität Bochum.
- o Um 10.00 Uhr berichten J. Friedrichs und Ch. Weiske in stadt- und regionalsoziologischer Perspektive aus dem Buchprojekt "Sozialwissenschaftliche Forschung in der DDR".
- o Von 11.00 bis 12.30 Uhr findet die Mitgliederversammlung der Sektion statt.

- o Nach dem Mittagessen würden uns die Kollegen Kegler und Stein vom Bauhaus gerne durch das "Industrielle Gartenreich" und den Industrieraum Bitterfeld führen.
- o Zwischen 17.30 und 18.00 Uhr Abreise aus Dessau.

B: Organisatorisches und Termine für den 'Kongreß für Soziologie' vom 03. bis 07.04.1995 in Halle an der Saale (da Hotelzimmer sehr knapp sind, bitte schon heute bestellen. Martina Löw verteilte in Berlin eine Anschriftenliste von Hotels und Pensionen).

Der Kongreß für Soziologie trägt den Titel "Gesellschaften im Umbruch".

1. Organisatorisches

Die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie ist auf dem Kongreß für Soziologie mit zwei Themenschwerpunkten vertreten. Offiziell mit dem Thema "Berlin-Brandenburg - Transformationsprozesse in Ost und West". Der Termin der Veranstaltung ist der 06.04.1995, 14.00 bis 19.00 Uhr. H. Bodenschatz und H. Häußermann haben die inhaltliche Vorbereitung dieser Veranstaltung übernommen.

Den Themenschwerpunkt "Sozialverträglichkeitsprüfung" tragen wir im Rahmen einer "ad-hoc-Gruppensitzung" vor. Den Termin für diese Sitzung erhalten wir noch von den Organisator(inn)en des Kongresses. Die Vorbereitung dieser Veranstaltung liegt in den Händen von K. Hater und J. Dangschat (Meldeschuß der "ad-hoc-Gruppen": 19. Oktober 1994).

Der Kongreß für Soziologie ist in thematische Plenen und Foren untergliedert. Um die Plenen inhaltlich zu gestalten erging ein "Call For Papers". Für die 12 Plenen (Soziologische Theorien, Transformationstheorien, Transformation im weltweiten Zusammenhang, Migration, Demokratie in Deutschland, Disparitäten, Perspektive der deutschen Gesellschaft, Perspektiven der osteuropäischen Gesellschaften, Lebensläufe und Lebensstile, Bildungsprozesse ..., Wirtschaft ... und Systeme sozialer Sicherung) ist der 01.10.1994 der Abgabetermin für Beiträge. Für jedes Plenum werden 5 Beiträge ausgewählt. Darf ich Sie/Euch bitten, Beiträge einzureichen.

Die Foren behandeln einschneidende soziale Probleme (wie Ökologie, Gewalt, Geschlechterverhältnis, Deindustrialisierung im Dreieck Bitterfeld, Halle und Leuna, Kooperationsprobleme im Raum Halle-Leipzig und Forschungsergebnisse der KSPW). Die Foren stehen unter der Leitung einer Moderatorin und eines Moderatoren. Sie werden von diesen auch vorbereitet.

2. Termine:

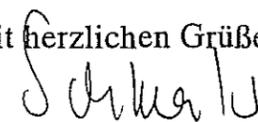
- o Anmeldeschluß für Sektionen war der 15. Januar 1994 (die Anmeldung der Sektion erfolgte);
- o Redaktionsschuß für das Vorprogramm war der 01. April 1994 (das Programm wurde eingereicht);
- o Meldeschluß für die Programme der Sektionen ist der 14. September 1994 (H. Bodenschatz, H. Häußermann und ich erarbeiten z.Z. für das entsprechende Programm);
- o Letzter Eingangstag für die Plenumsbeiträge ist der 01. Oktober 1994;
- o Am 04. November 1994 treffen sich die Sektionssprecher(innen) mit den Mitgliedern des Konzils der DGS in Kassel um a) Fragen des 'Kongresses für Soziologie' in Halle zu besprechen, um b) anstehende Wahlen vorzubereiten und c) um die nächsten Kongresse für Soziologie zu diskutieren (grob ins Auge gefaßt wurde für den 28. Kongreß (1996) Dresden (er soll wieder stärker von den Sektionen strukturiert werden), für den 29. Kongreß wurde noch kein Tagungsort ins Auge gefaßt. Für das Jahr 2000 wurde nachhaltiges Interesse aus Köln angemeldet).
- o Anmeldeschluß für den Kongreß mit reduzierter Teilnahmegebühr ist Silvester 1994. Postalischer Anmeldeschluß mit voller Teilnahmegebühr ist der 16. März 1995.

Zusammen haben Martina Löw, Thomas Krämer-Badoni und ich einen kleinen Fragebogen entworfen, um in groben Zügen zu erfahren, in welche Richtung wir in der Sektion in den nächsten Jahren arbeiten wollen. Er ist in diesem Mitteilungsblatt abgedruckt. Wir würden uns über einen umfangreichen Rücklauf freuen. Über die Ergebnisse berichten wir dann in Dessau.

Die Vorbereitung eines Sondertermins "Industrieregionen in Europa" der Sektionen Stadt- und Regionalsoziologie sowie Politische Wissenschaften wird von W. Siebel, D. Läßle, H. Wollmann und Kreibich (aus Göttingen) geplant.

Wir wünschen Ihnen/Euch noch einen guten Verlauf des Sommersemesters bzw. eine ergiebige Arbeit am gerade laufenden Forschungs- oder Politikberatungsprojekt und insbesondere wünschen wir Ihnen/Euch erholsame Sommerferien.

Mit herzlichen Grüßen



Zeitplan für den 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie
03. - 07. April in Halle/Saale

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
9		Plenum I Soziologische Theorie im Zeitalter des Umbruchs	Plenum II Theorien der Transformation	Plenum III Transformationen im weltweiten Zusammenhang	Plenum IV Migration und Migrationsbarrieren
10		Plenum V Entwicklungen der Demokratie in Deutschland	Plenum VI Angleichung und Disparität materieller Lebensgrundlagen	Plenum VII Die deutsche Gesellschaft in langfristiger Perspektive	Plenum VIII Osteuropäische Gesellschaften in langfristiger Perspektive
11		Plenum IX Lebensläufe und Lebensstile	Plenum X Bildungsprozesse, Kindheit, Jugend	Plenum XI Wirtschaft, Arbeit, Beruf, Großbetriebe	Plenum XII Systeme sozialer Sicherung
12					
13					

		Sektionen 14.00 - 19.00 Uhr je 5 (bis 7) Vorträge in zwei Blöcken	Sektionen 14.00 - 19.00 Uhr je 5 (bis 7) Vorträge in zwei Blöcken	Sektionen 14.00 - 19.00 Uhr je 5 (bis 7) Vorträge in zwei Blöcken	Sektionen 14.00 - 19.00 Uhr je 5 (bis 7) Vorträge in zwei Blöcken
14					
15		2 Foren je 5 Beiträge	2 Foren je 5 Beiträge	2 Foren je 5 Beiträge	
16	Eröffnungs- veranstaltung	Ad-hoc-Gruppen je 5 Vorträge	Ad-hoc-Gruppen je 5 Vorträge	Ad-hoc-Gruppen je 5 Vorträge	Ad-hoc-Gruppen je 5 Vorträge
17					
18					
19		2 Abendvorträge	1 Abendvortrag 1 Disputation	2 Abendvorträge	
20			Mitglieder- versammlung der DGS		

Stand: 7. Dezember '93

27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Zeitplan für die Sektionsveranstaltungen

Veranstaltungszeit: 14.00 - 19.00 Uhr

Pause: 16.00 - 16.30 Uhr

Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Soziologie politischen Handelns <i>R. Hitzler</i> Thema: Vorwärts in die Barbarei? - Progression und Regression sozialer Konflikte MV: ja	Rechtssoziologie <i>D. Lucke</i> Thema: Transformation des Rechts in postkommunistischen Gesellschaften MV: nein	Soziale Probleme und soziale Kontrolle <i>H. Peters</i> Thema: Wandel von Abweichung und Kontrolle im vereinigten Deutschland MV: ja	AG Ost- und Ostmittel-europasozio- logie <i>B. Balla</i> Thema: Umbruch in Ost-Mittel-Europa MV: ja
Soziologie der Kindheit <i>H. Zeher</i> Thema: MV: ja	Wirtschaftssoziologie <i>K.-H. Hillmann</i> Thema: Wirtschaftssysteme im Umbruch MV: ja	Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse <i>S. Hradil</i> Thema: Lebensbedingungen und Lebensweisen im Umbruch MV: ja	Frauenforschung <i>U. Teubner</i> Thema: Feministische Gesellschaftsanalyse und Demokratietheorie MV: nein
Bildung und Erziehung <i>W. Weibler</i> Thema: Neue Schwerpunkte der Bildungssoziologie MV: nein	Kultursoziologie <i>Karl S. Rehberg</i> Thema: Kultur im Zeitalter der Umbrüche MV: ja	Stadt- und Regionalsoziologie <i>K. Schmals</i> Thema: Berlin - Brandenburg - Transformationsprozesse in Ost und West MV: ja	Methoden <i>H. Kreutz</i> Thema: MV: ja
Biographieforschung <i>W. Fischer-Rosenthal</i> Thema: Biographien, Konstruktionen der Kontinuierung und Novellierung MV: ja	Familien- und Jugendsoziologie <i>B. Nauck</i> Thema: Nichtkonventionelle Lebensformen - im Osten wie im Westen? MV: ja	Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie <i>G. Lachenmann</i> Thema: Gesellschaftliche Umbrüche und longue durée MV: ja	Migration und ethnische Minderheiten <i>F. Heckmann</i> Thema: Migrationsfolgen und Migrationspolitiken MV: ja
Religionssoziologie <i>H. Tyrell</i> Thema: Zum Wandel religiöser Orientierungen in Ostdeutschland MV: ja	Medizinsoziologie <i>U. Gerhardt</i> Thema: MV: nein	Industrie- und Betriebssoziologie <i>A. Sorge</i> Thema: Arbeitsverhältnisse im gesellschaftlichen Umbruch MV: ja	Sozialindikatoren <i>W. Glatzer</i> Thema: Existenzsicherung und Lebensverhältnisse in den osteuropäischen Ländern MV: ja
Soziologische Theorie <i>J. Berger</i> Thema: Modernisierungstheorie und sozialer Wandel in Europa MV: ja	Land- und Agrarsoziologie <i>G. Vonderach</i> Thema: Landschaft, Landwirtschaft, Landbevölkerung - Folgen der gesellschaftlichen Veränderung MV: ja	Modellbildung und Simulation <i>U. Mueller</i> Thema: Modelle der räumlichen und sozialen Mobilität MV: ja	Wissenschafts- und Technikforschung <i>W. Rammert</i> Thema: Wissenschafts- und Technikstandort Deutschland MV: nein
	Sprachsoziologie <i>J. Bergmann</i> Thema: Institutioneller Wandel und Alltagserfahrung: Sprach- und Wissenssoziologische Studien zum informellen Unterbau des gesellschaftlichen Umbruchs in Deutschland MV: nein	AG - Sozial- und Ideengeschichte der Soziologie <i>Peter-Ulrich Merz-Benz</i> Thema: Ethnische Segregation versus funktionale Differenzierung? Zum Erklärungspotential klassischer Modernitätstheorien MV: ja	Soziologie des Sports <i>G. Lüschen</i> Thema: Ideologie und sozialer Wandel im deutschen Sport MV: ja
			Medien- und Kommunikationssoziologie <i>St. Müller-Doohm</i> Thema: MV: ja
			Sektion Sozialpolitik <i>Barbara Riedmüller</i> Thema: Umbau des Sozialstaates MV: ja
			AG - Soziologie und Ökologie <i>Ulrich Beck</i> Thema: Wie verändert die ökologische Krise gesellschaftliche Beziehungsmuster? MV: ja

Sozialverträglichkeitsprüfung - ein Instrument zur Konfliktaushandlung und Gestaltung der Zukunft in modernen Gesellschaften?

Strukturierungsvorschlag zum Schwerpunktthema "Sozialverträglichkeit" auf der Herbstsitzung 1994 der Sektion "Stadt- und Regionalsoziologie" der DGS

Jens S. Dangschat & Katrin Hater

Die Sektion hatte auf ihrer Herbstsitzung 1993 in Hamburg beschlossen, das Thema "Sozialverträglichkeit und Verfahren der Sozialverträglichkeitsprüfung" auf der übernächsten Sitzung im Herbst 1994 erstmalig zu behandeln. Auf der Sektionssitzung sowie über das Mitteilungsblatt wurde aufgefordert, Interesse an der Mitarbeit in einer losen Arbeitsgruppe zu bekunden, aus der heraus die Thematik dann in der Sektionssitzung behandelt werden wird; wir haben hierfür die Koordination übernommen.

Dazu haben wir die InteressentInnen gebeten, ein Exposé des möglichen Beitrags zu verfassen, das an alle MitgliederInnen der Arbeitsgruppe versandt wurde. Weiter wurde dieses Papier auf der Basis gemeinsamer Vorüberlegungen zwischen den KoordinatorInnen, eines Treffens der Frauengruppe im März 1994 in Dortmund und der Exposés erstellt. Es hat das Ziel, der Sektion den Stand der Diskussion aufzuzeigen und Interesse - auch zur Mitarbeit in diesem Kreise - wachzurufen.

1. TeilnehmerInnen und Titel der Beiträge (Arbeitstitel)

Für die folgenden Beiträge sind Exposés verfaßt worden; sie sollen - nach dem gegenwärtigen Stand - weiter ausgearbeitet werden:

Monika Alisch	Sozialverträglichkeit als Anspruch gesamtstädtischer Planung
Jens S. Dangschat	Sozialverträglichkeit: Soziale Gerechtigkeit in der alltäglichen Stadtentwicklung oder nur ein neuer Modebegriff?
Katrin Hater	Sozialverträglichkeitsprüfung nach dem nordrhein-westfälischen Landesplanungsgesetz - Braunkohleplanung
Sigrun Kabisch	Sozialverträglichkeit als Schlüssel zur Überwindung von Akzeptanzbarrieren?
Christine Mussel	Ökologische Schäden in Wohngebieten und die Mitwirkung Betroffener bei der Wiederherstellung akzeptabler Lebensverhältnisse
Richard Pieper	Sozialverträglichkeitsprüfung in einem Hochhausprojekt - Auswirkungen auf den Menschen

Klaus Schmals	Sozialverträglichkeitsprüfung von Leitprojekten der Stadtentwicklung: EXPO 2000 in Hannover
Gerda Speller	Sozialverträglichkeitsprüfungen im internationalen Vergleich
Ursula Stein	Moderationsverfahren als Instrument der effizienten Kooperationen in diversen Beteiligungskonstellationen
Rainer Stierand	Bürgerbeteiligung und Raumordnungsverfahren, Erfahrungen in verschiedenen Bundesländern

Die meisten der Beiträge beruhen auf oder sind Auftragsarbeiten von öffentlichen Einrichtungen. Daraus ist zu schließen, daß sich das Thema "Sozialverträglichkeit" zunächst nicht als ein genuin wissenschaftliches Problem darstellt, sondern als Anforderung der politisch-administrativen Praxis an die Wissenschaft gestellt wird.

2. Dekonstruktion: Warum die Beschäftigung mit "Sozialverträglichkeit" jetzt?

Seit etwa 15 Jahren ist der Begriff der "Sozialverträglichkeit" in der Diskussion - ursprünglich eingeführt, um ein Kriterium der Akzeptabilität der Nutzung von Kerntechnologie zu ermitteln; dennoch kann man gegenwärtig nicht von einheitlichen Standards, Wertungen oder Verfahren ausgehen. In der Verwendung unterteilt van den Daele (1993a: 219) in drei Aspekte:

- Forderung nach der Kompatibilität mit objektiven Sozialstrukturen; damit ist die Prüfung der Verträglichkeit von Planung und Politik mit vorhandenen gesellschaftlichen Ordnungen und Entwicklungen gemeint.
- Übereinstimmung der Planungs- und Politikziele mit den in der Gesellschaft vorfindbaren Wertstrukturen.
- Die Beteiligung der von Politik, Planung und Technikentwicklung Betroffenen.

Es hat den Anschein, daß "Sozialverträglichkeit" resp. deren Prüfung in jüngster Zeit in zunehmend mehr Politik-, Planungs- und Technikfeldern diskutiert und eingefordert wird. Dabei ist sicherlich zu berücksichtigen, **wer sich, zu welchem Zwecke, in welchem Zusammenhang** der Begrifflichkeit "Sozialverträglichkeit" bemächtigt und deren Einhaltung durchsetzt, fordert oder abwehrt.

Auch auf die Gefahr hin, schon zu früh zu vereinfachen: Die Ursache, warum gerade jetzt die Begriffe "sozialverträglich" und "Sozialverträglichkeitsprüfung" seitens der Politik und Planung häufiger angewendet wird, beruht auch auf dem Versuch, für die eigenen Entscheidungen

und Maßnahmen die nötige Legitimation zu erhalten. Die Thematisierung soll also solche Ergebnisse planerischen und politischen Handelns leichter vermittelbar machen, bei denen (begründet) die Skepsis besteht, ob sie sich andernfalls (so einfach) durchsetzen lassen würde. Sozialverträglichkeitsprüfung ist also der Versuch, die Akzeptanz für Standortentscheidungen, welche die "sozialen Belange" berühren (für Müllverbrennungsanlagen, Verkehrswege, Flüchtlingsdörfer und Sozialmietwohnungsbau etc.), für Entscheidungen jenseits der Alltagswelt und des Quartiersbezugs (beispielsweise für nationale oder EU-Politik) zu werben und vermeintlicher oder tatsächlicher "nimby"-Haltung¹ resp. regionalistischer Tendenzen entgegen zu treten.

Der Anlaß für eine verstärkte Diskussion der Sozialverträglichkeit dürfte jedoch nicht nur in der objektiven Ausweitung von gravierendem politischem und planerischem Handeln ("Durchstaatlichung") sein, sondern vor allem deren subjektive Wahrnehmung bei gleichzeitig eher negativer Bewertung (Parteien- und Politikverdrossenheit). Daher geht es vor allem darum, die subjektive Wahrnehmung und Bewertung zu beeinflussen. Weil Wahrnehmungen und Bewertungen handlungsleitend sind, ist damit in der Regel die Diskussion um BürgerInnen-Beteiligung verbunden (vgl. zu den Stufen der BürgerInnenbeteiligung Selle, 1991).

Diese Position wird auch von einem Teil von WissenschaftlerInnen geteilt - zumal dann, wenn sie die gutachterliche Legitimation für derartige Planungs- und Politikmaßnahmen herstellen wollen und sollen.

Die Aktivitäten der (kritischen) WissenschaftlerInnen richten sich darüberhinaus vor allem auf die beiden anderen Aspekte - die Sicherung der Sozialstruktur (resp. den Abbau sozialer Ungleichheit) und die Bewahrung der Wertestruktur. Auch diese "Aktivitäten" scheinen zahlreicher und vielfältiger zu werden. Die Ursache hierfür ist die Wahrnehmung einer zunehmenden sozio-ökonomischen und sozial-räumlichen Polarisierung sowie einer sozio-kulturellen Heterogenisierung der (städtischen) Gesellschaften, der verschärfenden Rolle des nationalen und lokalen Staates sowie der räumlichen Planung. Die Forderung ist hier eine doppelte: Die Politik und Planung ist sozialverträglicher zu gestalten und den BewohnerInnen mehr Einfluß auf Entscheidungen zu geben.

1) Nimby = Not in my back yard - zu deutsch: St. Florians-Prinzip.

2. Rekonstruktion: Ziel- und Verfahrensvorschlag für die Sektionsarbeit zum Thema "Sozialverträglichkeit"

Wir schlagen vor, die Erfahrungen aus den unterschiedlichen Bereichen, soweit sie von Mitgliedern der Sektion wissenschaftlich begleitet oder untersucht worden sind, zusammenzutragen und unter den Stichworten: Rechte und Verfahren der Beteiligung jenseits von Amt, Partei und Mandat sowie Standards und Verfahren zum Schutz von individuellen Nachteilen zu systematisieren, um auf diese Weise zu einer für die politische und wissenschaftliche Diskussion wirksamen Operationalisierung des Begriffs "Sozialverträglichkeit" zu kommen. Für die Operationalisierung ist sicherlich auch eine Diskussion notwendig, die, ausgehend von sozialen Strukturen, ungleichen Lebensbedingungen und -chancen sowie unterschiedlichen Wertvorstellungen, Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich zum Inhalt hat (vgl. Alisch & Dangschat, 1993).

Es geht also darum, die sozialwissenschaftlichen Voraussetzungen und normativen Standards zur Aufstellung und zur Durchführung einer Sozialverträglichkeitsprüfung zu erarbeiten. Im zweiten Schritt geht es darum, eine Charakterisierung der gesellschaftlichen Entscheidungssituationen vorzunehmen, in denen Sozialverträglichkeitsprüfung oder Untersuchungs- und Teilnahmeverfahren, die ihr sinngemäß entsprechen, durchgeführt werden. Hier wollen wir uns daher auf die Themen beschränken, die für unsere Sektionsarbeit zentral sind. Dazu haben wir eine vorläufige Liste von Kernfragen aufgestellt:

1. Normativer Hintergrund bei der Forderung und der Anwendung von Sozialverträglichkeitsprüfungen
 - Normative Standards (Wertpluralität, Wer legt Werte fest? Wer die Ziele und die Zielerreichungsgrade?),
 - Welches Bild von Gesellschaft liegt zugrunde (Hierarchien, Macht, Multikulturalität)? und
 - Läßt sich "Sozialverträglichkeit" überhaupt konstruieren?
2. Methodische und methodologische Probleme der Entwicklung und Anwendung von Sozialverträglichkeitsprüfungen
 - Wie wird soziale Ungerechtigkeit/Sozialunverträglichkeit gemessen, wie die Abstände zwischen Soll- und Ist-Wert bestimmt?,
 - Was kann aus anderen Beispielen gelernt werden (Problem der Variation nach dem sozial-räumlichen Kontext und nach dem Anlaß) und
 - Ähnlichkeit und Abgrenzung zu "Umweltverträglichkeit", "Gesundheitsverträglichkeit", "Technikbewertung", "Technikfolgenabschätzung".
3. Sozialverträglichkeitsprüfung und Schutzstandards
 - Definition von Betroffenen und schutzwürdigen Interessen,
 - generalisierende Maßnahmen zum Schutz des "sozialen Besitzstands" und
 - Verfahren zu Regelung der vom "Standard" abweichenden Einzelfälle.

4. Rechtsstatus der Sozialverträglichkeitsprüfung
 - Beschwerde- und Klagewege bei Verletzung der vereinbarten Schutz- und Beteiligungsstandards,
 - Folgen für das als sozialverträglich geprüfte Vorhaben und
 - finanzielle Ausstattung (auch für Prozeßbegleitung und Evaluation).
5. Adressaten der Schutz- und Beteiligungsansprüche
 - Wer ist verantwortlich für die Durchführung der Sozialverträglichkeitsprüfung? und
 - Wer trägt die Kosten sowohl für das Verfahren einer Sozialverträglichkeitsprüfung als auch für die Finanzierung der ausgehandelten Standards und für die Prozeßkontrolle?
6. Sozialverträglichkeitsprüfung im Zeitablauf
 - Beteiligungs- und Schutzansprüche im Vorfeld des förmlichen Entscheidungsprozesses,
 - Sozialverträglichkeitsprüfung als Teil des förmlichen Entscheidungsverfahrens und
 - Sozialverträglichkeitsprüfung und Prozeßkontrolle in der Realisierungsphase.
7. Sozialverträglichkeitsprüfung und Beteiligungschancen
 - Charakterisierung der Sozialverträglichkeitsprüfung als Konfliktforum zur Generierung und Verbreitung von Wissen und
 - Charakterisierung der Sozialverträglichkeitsprüfung als Konfliktforum zur Aushandlung von Interessen.
8. Sozialverträglichkeit als Stadtentwicklungsziel
 - Konflikte mit ökonomischer und ökologischer Optimierung,
 - Probleme der Umsetzung der Gerechtigkeitsdiskussion in den Raum und
 - Formen der BürgerInnen-Beteiligung.
9. Theoretischer Hintergrund von / theoretische Begründung für Sozialverträglichkeitsprüfungen
 - Soziale Gerechtigkeit (Diskussion des Liberalismus-Kommunitarismus-Streits; vgl. Walzer, 19XX),
 - Soziale Ungleichheit (vertikal vs. horizontal; Strukturierung vs. Individualisierung; vgl. Berger & Hradil, 1990),
 - sozial-räumliche Ungleichheit (Segregation) (vgl. Dangschat, 1994) und
 - welche Bedeutung haben "Risiko" und "Gefahr" (vgl. Luhmann, 1990).

Obwohl die in den Beiträgen angesprochenen Praxisfelder und mittels einer Sozialverträglichkeitsprüfung zu bearbeitenden Entscheidungssituationen sehr heterogen sind, hoffen wir als Ergebnis dieser Sektionsarbeit ein **gemeinsames Memorandum** zu beschließen, an dem die im Einzelfall auszuhandelnden Schutz- und Verfahrensstandards gemessen werden können.

3. Weiterführende thematische Verknüpfungen

Ziel der Sektionsarbeit ist es, im ersten Schritt eine Systematisierung der praktischen Erfahrungen mit Sozialverträglichkeitsprüfungen zu leisten (vgl. van Daele, 1993b). Es liegt auf der Hand, diese Erfahrungen sowohl mit der Tradition der Sozialplanung (vgl. insbesondere die neueren Ansätze zur quartiersbezogenen Gemeinwesenarbeit bei Oelschlegel, 1991; Stadt Essen, 1993; Froessler et al, 1994) vergleichend zu reflektieren als auch den in der Praxis häufig zu beobachtenden Analogieschluß zur Umweltverträglichkeitsprüfung kritisch zu analysieren. Diese Systematisierung sollte jedoch nicht außer acht lassen, daß diesen Bemühungen um eine Sozialverträglichkeitsprüfung implizit oder explizit Annahmen über soziale Gerechtigkeit, Bilder über Gesellschaftsstrukturen und Wertvorstellungen mit eingehen. Diese Bereiche sollen im ersten Schritt unabhängig von ausgefeilten Theorien beschreibend zusammengetragen werden.

Die gutachterliche Betrachtung praktischer Sozialverträglichkeitsprüfungen ist immer implizit oder explizit theoriegeleitet und kommt ohne Strukturannahmen über Handlungs- und Gestaltungsspielräume im untersuchten gesellschaftlichen Feld nicht aus. Daher bietet es sich unseres Erachtens an, in einem zweiten Schritt, d.h. als Thema für das Frühjahr 1995, diese theoretischen Annahmen zu explizieren und zur Diskussion zu stellen.

Literatur

- Alisch, Monika & Dangschat, Jens S., 1993: Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich. Verlag für wissenschaftliche Publikationen: Darmstadt.
- Berger, Peter & Hradil, Stefan (Hg.), 1990: Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7. Göttingen: Otto-Schwarz-Verlag.
- Daele, Wolfgang van den, 1993a: Sozialverträglichkeit und Umweltverträglichkeit. Inhaltliche Mindeststandards und Verfahren bei der Beurteilung neuer Technik. Politische Vierteljahrszeitschrift, 34. Jahrgang, Heft 2, 1993: 219-248.
- Daele, Wolfgang van den, 1993b: Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit. In: Seve-nich & Gellrich (Hg.), 1993: 34-50.

- Dangschat, Jens S., 1994: Soziale Ungleichheit, Lebensstile, Raum und Bilder von Gesellschaft. In: J.S. Dangschat & J. Blasius (Hg.): Lebensstil in Städten. Leverkusen: Leske + Budrich. Im Druck.
- Froessler, Rolf; Lang, Markus; Selle, Klaus & Staubach, Reiner (Hg.), 1994: Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten. Stadtforschung aktuell, Band 45. Basel et al.: Birkhäuser.
- Hater, Katrin, 1993: Ein alternatives Konzept zur Sozialverträglichkeitsprüfung. In: Sevenich & Gellrich (Hg.), 1993: 91-94.
- Luhmann, Niklas, 1990: Risiko und Gefahr. In: N. Luhmann: Soziologische Aufklärung, Band 5. Konstruktivistische Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag: 131-169.
- Oelschlägel, Dieter, 1991: Alles im Griff? Lebensbewältigung armer Menschen im Spannungsfeld von Sozialarbeit, Wissenschaft und Kommunalpolitik. Duisburger Materialien zur Sozialwissenschaft, Band 21: UniGh.
- Selle, Klaus, 1991: Mit den Bewohnern die Stadt erneuern. Der Beitrag der intermediären Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen.
- Sevenich, Rolf & Gellrich, Bernd (Hg.), 1993: Sozial verträglich? Teil 1 Arbeitshilfen zum Thema Sozialverträglichkeit im Braunkohlenplan Garzweiler II. Wissenschaftlicher Verlag des Instituts für Beratung und Supervision Aachen (IBS). Aachen.
- Stadt Essen (Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung, Wahlen und Stadtarchiv, Jugendamt & Institut für Stadtteilbezogene Arbeit und Beratung (ISSAB)), 1993: Ansätze einer neuen Sozialpolitik: Essen.
- Walzer 19xx
- Zlonitzky, Peter; Ebert, Othmar; Hater, Katrin u.a., 1990: Sozialverträglichkeit und Umsiedlung im Rheinischen Braunkohlenrevier, ILS-Schriften, Heft 48. Dortmund.

Protokoll zum Treffen der Frauen in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dortmund, 11. und 12.3.1994

Protokollantin: Katrin Hater

1. Schwerpunkt des Treffens wurde die Diskussion um den Begriff Sozialverträglichkeit:

- die **ideologiekritische Betrachtung** seiner Funktion in der politisch-administrativen Praxis als **sozialtechnokratisches Mittel der Akzeptanzbeschaffung** bei politischen Entscheidungen, die entweder sehr ungleich verteilte Nutzen und Lasten zur Folge haben oder tiefgreifenden Dissens über die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung und die Gestaltungsoptionen berühren (z.B. Energiepolitik, Verkehrspolitik, Abfallwirtschaft). Unsere Leistung als WissenschaftlerInnen muß darin liegen, die Strategien sozialtechnokratischer Verkürzung aufzuspüren und ihnen entgegenzuwirken. Das kann auch heißen, den Gebrauch des Wortes überhaupt abzulehnen.

- die Chancen, die in dem Anspruch auf **Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse** stecken. Sozialverträglichkeitsprüfung impliziert die Produktion von Wissen, die Ausweitung von Beteiligung, das Aushandeln von Standards und Verfahren. Es lohnt die Mühe, über die Methoden der Wissensproduktion und die Bedingungen wirksamer Beteiligung nachzudenken, um die Sozialverträglichkeitsprüfung als intermediären Raum der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse zu besetzen.

- auch der **Anspruch auf Gestaltbarkeit ist ideologiekritisch zu überprüfen**. Nicht alles ist gestaltbar und die Grenzen der Gestaltbarkeit sind zu reflektieren und offenzulegen.

- **Beteiligung und Wissen**: um der wachsenden Bedeutung von Wissen zur Beurteilung von Entscheidungsoptionen und -konsequenzen gerecht zu werden, muß das Beteiligungsverfahren nicht nur Wissensproduktion sondern auch systematische Wissensvermittlung vorsehen.

- **Beteiligung und Einfluß**: der hohe Ressourceneinsatz, der mit qualifizierter Beteiligung für alle Beteiligten, vor allem auch für die BürgerInnen verbunden ist, rechtfertigt sich nur, wenn die Einflußchancen entsprechend steigen. Andererseits ist eine wirklich offene Beteiligung, in der alle Argumente zur Geltung gebracht werden können und an der prinzipiell jeder Mensch teilnehmen kann, nur dann möglich, wenn sie von der Entscheidungsverantwortung entlastet ist. Das Verhältnisses zwischen offenem Diskurs und verbindlicher Entscheidung mit Handlungsfolgen muß in jedem Fall wieder neu gestaltet und auf seine Brauchbarkeit hin kritisch begleitend untersucht werden.

- oder auch: wird das Legitimationsdefizit, das weder durch die Ressource Fachkompetenz noch durch die Ressource Mehrheitsentscheidung gedeckt wird, durch Verfahren offener Beteiligung gefüllt? Und welche Folgen hat das für die Qualität der Entscheidung?

- **Sozialverträglichkeitsprüfung und Geld**: nachdem die Sozialplanung immer wieder daran gescheitert ist, daß die HOAI nur Mittel für den Sozialplan nicht aber für eine kontinuierliche Begleitung der Umsetzung vorsieht, ist dafür zu sorgen, daß die Sozialverträglichkeitsprüfung mit hinreichend Mitteln ausgestattet wird, um die Prozeßbegleitung sicherzustellen.

- **Sozialverträglichkeitsprüfung und Zeit**: ganz ohne Frage ist eine Sozialverträglichkeitsprüfung als einmaliger und punktueller Verfahrensschritt eine technokratische Verkürzung, die unter dem Gesichtspunkt, Gestaltungsoptionen zu öffnen, völlig unakzeptabel ist.

- **Sozialverträglichkeit und Frauen:** eine technokratische Wirkung des Begriffs Sozialverträglichkeit hatte sich fast unbemerkt auch in unserer Debatte durchgesetzt: der Begriff an sich lenkt mit großer suggestiver Kraft die Aufmerksamkeit auf die **Lösung** sozialer Konflikte und übergeht damit leicht den Schritt, die sozialen Konflikte unabhängig von ihrer Regelbarkeit zunächst einmal in aller Schärfe wahrzunehmen. Wer über Sozialverträglichkeit spricht, spricht nicht mehr über die besonderen Belange von Frauen.

Weitere Themen:

Das Thema "Modernisierungskonzepte" in der wissenschaftlichen Arbeit wurde "selbstreflexiv" auf die eben geführte Debatte über den Begriff der Sozialverträglichkeit angewendet. Insbesondere das Modernisierungsversprechen der zunehmenden Entscheidungsoptionen, sowohl individuell als auch auf der Ebene kollektiver Entscheidungen bietet einen tragfähigen Maßstab zur Beurteilung von Sozialverträglichkeit:

- auf der Ebene der Schutzstandards: in welcher Weise schränken die erwartbaren Entscheidungsfolgen wie die Sozialverträglichkeitsmaßnahmen die individuellen Optionen selbstbestimmter Lebensgestaltung ein oder dehnen sie aus? Das impliziert auch die systematische Anerkennung der Pluralität individueller und gruppenspezifischer Lebensformen.

- auf der Ebene der Beteiligungsverfahren: in welchem Maße gelingt es über das Sozialverträglichkeitsverfahren den intermediären Raum für kollektive Entscheidungen zu vergrößern. In welcher Weise können so insgesamt die Optionen für kollektive Entscheidungen ausgeweitet werden?

3. Schließlich wurde noch über das Thema: Grenzen und Chancen der Armutsforschung innerhalb kommunaler Verwaltungen diskutiert. Konventionelle Armutserichterstattung läßt theoretisch unbefriedigt und bleibt praktisch oft folgenlos. Ein Ausweg könnte sein, begrenzte dafür aber stärker innovative Themen zu bearbeiten. Ein anderer Ausweg könnte sein, die eigene Rolle als Armutsforscherin in der Verwaltung neu zu definieren: die Produktion von Wissen in Bezug auf die kommunale Armutssituation wird gekoppelt an einen Kommunikationsprozeß mit den kommunalen Akteuren und Betroffenen. Wissen wird dann ad hoc bedarfsorientiert produziert, das Ergebnis periodisch in Broschüren zusammengefaßt. Ziel ist es, mit den Akteuren Handlungsoptionen zu entwickeln und über Selbstverpflichtung oder Öffentlichkeit Handlungsverbindlichkeit herzustellen.

4. Forschungsperspektiven (war ich nicht mehr da)

5. Das nächste Treffen wurde für den 14./15.1 1995 in Halle verabredet.

Themen:

Grenzgängerinnen: Erfahrungen der ostdeutschen Kolleginnen in Westdeutschland und der westdeutschen Kolleginnen in Ostdeutschland.

Modernisierungstheorien in den wissenschaftlichen Arbeiten. Drei kritische Überprüfungen.

FRAUEN IN DER SEKTION

Halle, den 2.06.94

Liebe Kolleginnen,

unser nächstes Treffen der Frauengruppe in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie wird am 13./14.01.95 in Halle/Saale sein. Im Zentrum unserer Arbeitsgruppe stehen *Grenzgängerinnen* zwischen Ost- und Westdeutschland: Diskutiert werden soll, wie sich Theorie und Praxis derer verändert, die von Ost nach West oder umgekehrt wandern (oder ständig neu die Grenzen wechseln). Weiter werden wir den Transformationsprozeß in Ostdeutschland in seinen Auswirkungen für Frauen unter die Lupe nehmen.

Ferner werden wir uns mit latenten Modernisierungs- und Emanzipationskonzepten in eigenen Arbeiten/Veröffentlichungen beschäftigen. Wen denken wir als emanzipiert und was ist modern?

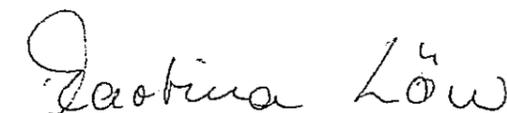
Außerdem wird es auch in Halle wieder die Möglichkeit geben, laufende Forschungsprojekte und Qualifizierungsverfahren vorzustellen.

Ein genaues Programm werde ich Ende des Jahres verschicken. Wer einen Vortrag halten möchte, der soll sich bis zum

15.10.1994

an mich wenden.

Herzliche Grüße auch dem sommerlichen Halle



Martina Löw
Martin-Luther-Universität
Inst. für Pädagogik
Brandbergweg 23
06120 Halle
Tel. 0345/649102

Sektion Stadt- und Regionalsoziologie in der DSG

Adressenliste

Stand: 21.06.94

	Anschrift	Telefon	Telefax
Christine Ahrend	Kammer Str. 36, 10589 Berlin	030/314-24684	
Wilma Albrecht	Nöthener Str. 55, 53902 Bad Münstereifel	02253/6215	
Monika Alisch	Universität Hamburg, Institut für Soziologie, Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg	040/4123-6185, 2499	040/4123-4506
Ingrid Apolinarski Ingeborg Beer Ulrike Benner	IRS, Wallstr. 27, 10179 Berlin Paul-Lincke-Ufer 44, 10999 Berlin TH Darmstadt, Institut für Soziologie, Residenzschloß, 64283 Darmstadt	06151/162066	
Gerhard Berger	Christian-Albrechts-Universität, Institut für Soziologie, Olshausenstr.40/60, 24098 Kiel	0431/880-3461	
Lothar Bertels	Fern-Universität Hagen, FB Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Feithstr. 140, 58084 Hagen	0221/4703156	
Jörg Blasius	Universität zu Köln, ZA für empirische Sozialforschung, Bachemerstr. 40, 50931 Köln	0345/32721	0345/32721
Guido Blöfeld	Institut für Städtebau u. Gewerbeplanung, Stephanusstr. 9, 06114 Halle (Saale)		
Andreas Blum	Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden e.V., Weberplatz 1, 01217 Dresden		
Harald Bodenschatz Johannes Boetern Dieter Bögenhold	Schmidt-Ott-Str.20, 12165 Berlin HAB Universität Weimar, Herman-Löns-Str.5, 26160 Bad Zwischenahn	030/7913568 04403/1441	
Sylvia Böhme Ferdinand Böltken	Felbrigstr.32, 07549 Gera BfLR, Postfach 200130, Am Michaelshof 8, 53177 Bonn	030/3423491 06151/91287	
Renate Borst-Krätke Monika Bradna	Nithackstr.6, 10585 Berlin Pallaswiesenstr.40, 64293 Darmstadt	069/708243	
Frank-Olaf Brauerhoch	Jordanstr. 11, 60486 Frankfurt am Main	089/482071	089/485286
Ingrid Breckner	Wohnforum München GmbH, Gravelottestr.8, 81667 München	02302/276633	
Thomas Brüsemeister	Fernuniversität Hagen, Cäcilienstr. 4, 58452 Witten	030/875154	
Gerhard Buck	Landhausstr. 4, 10717 Berlin		

	Anschrift	Telefon	Telefax
Dieter Bullinger	Alter Teichweg 23, 22949 Ammersbek	040/60606-318	
Dr. Manfred Burkhardt	Eichbuschallee 52, 12437 Berlin	03329/612202	03329/612206
Prof. Dr. Maria Ciechocinska	Universität für Landwirtschaft und Erziehung, Zytina Str. 23, 08-110 Siedlce, POLEN	00/927/273565	
Inge Cornelsen	IFPS, Herrenhäuserstr. 2, 30419 Hannover	040/41232463	
Jens Dangschat	Universität Hamburg, Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg		
Rolf Darr	Kurt-Schumacher Ring 88, 63303 Dreieich	0202/439-2344	
Peter Dienel	Universität GH Wuppertal, Forschungsstelle Bürgerbeteiligung, Postfach 100127, 42105 Wuppertal	030/8818135	
K. Dörhöfer Wolfram Droth	Sybelstr.29, 10629 Berlin TU Hamburg- Harburg, FSP 1-06, Postfach 901052, 2000 Hamburg 90	040/7718-3362	
Werner Durth Josef Eckert Kerim Edinsel Volker Eichener	Möllerstr. 34, 64289 Darmstadt Veledastr. 5, 50678 Köln Frankenstr. 12, 10781 Berlin Gemeinnütziger Förderverein für Wohnungswesen, Städteplanung und Raumordnung, an der Ruhr-Universität Bochum e.V., Universitätsstr. 140, 44799 Bochum	0221/385341	
Rainer Emenlauer	PRO-STADT, Gesellschaft für Projektsteuerung im Städtebau, Friedrichstr. 209, 1000 Berlin 61	030/251 01 16	
Gudrun Engelbrecht	c/o Albers, Hopfenstr.20, 20359 Hamburg	040/3192944	
Anne D. Fellner Rainer Ferchland Bruno Flierl Peter Franz	Johannisstr.11, 26121 Oldenburg Poelchaustr. 18, 12681 Berlin Thulestr. 25, 13189 Berlin Universität Hannover, Institut für Freiraumentwicklung und planungsbezogene Soziologie, Herrenhäuser Str. 2, 30419 Hannover	0441/882334 030/5411978 0511/762-3985	
Tina Frendel	Planungsamt, M.-Bermulau-Str. 31, 10178 Berlin	030/2424417	
Tina Frenzel Jürgen Friedrichs	Hans-Beimler-Str.31, 10178 Berlin Universität zu Köln, Forschungsinstitut für Soziologie, Greinstr. 2, 50939 Köln	0221/470-2409	0221/470-5180

	Anschrift	Telefon	Telefax
Thomas Fuchs	Gesamthochschule Kassel, AG Empirische Planungsforschung, Mönchebergstr. 17, 34125 Kassel		
Dagmar Gausmann	Kulturwissenschaftliches Institut, Hapmanngarten 5, 45259 Essen		
Thomas Gawron	Institut für Regionalentwicklung und Strukturforchung, Wallstr. 27, 10179 Berlin		
Peter Gerlach	IRS, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Wallstr. 27, 10179 Berlin		
Norbert Gesting	Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, FB 3: Institut für Soziologie, Arbeitsgruppe Stadtforschung, Postfach 2503, 26111 Oldenburg	0421/7983051	0421/7982919
Christa Gießler	Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung Leipzig, Brühl 68, 04109 Leipzig	0341/1235448 und 0341/289455p	
Herbert Glasauer	GH Kassel- Universität, FB 13: Stadtplanung/Landschaftsplanung, Gottschalkstr. 28, 34109 Kassel	0561/804-2527	0561/804-2485
Peter Gleichmann	Universität Hannover, Institut für Soziologie, Schneiderberg 50, 30167 Hannover	0511/762-4573	
Albrecht Göschel	DIfU, Str. d. 17. Juni 110, 10785 Berlin	030/39001-235	
Siegfried Grundmann	Berliner Institut für Sozialwissenschaften (BISS), Erich-Weimert-Str. 19, 10439 Berlin	030/5898089	
Herbert Grymer Kirsten Gurske	Schlieperstr. 15, 42107 Wuppertal Bezirksamt Friedrichshain, PV/Gleich 1, Petersburgerstr.86, 10247 Berlin	030/23242459	
Heinrich Haass	Hildesheimer Str.343, 30515 Hannover	0511/868196	
Bernd Hamm	Universität Trier, FB IV- Soziologie, Schneidershof, 54293 Trier	0651/201-2726	
Gisela Hänel-Ossorio	Korellweg 16, 64297 Darmstadt-Eberstadt	06151/163267	
Christine Hannemann	Winterfeldstr. 50, 10781 Berlin	030/314-25139	
Tilman Harlander Evelyn Hartig Katrin Häter	Gartenstr. 18, 52064 Aachen Torfstr. 21, 13353 Berlin Roonstr. 10, 52070 Aachen	0241/81942 0241/543470	

	Anschrift	Telefon	Telefax
Hartmut Häußermann	Humboldt-Universität, Institut für Soziologie, Unter den Linden 6, 10099 Berlin		
Karolus Heil	TU Berlin, Institut für Stadtplanung, Dovesstr. 1, 10587 Berlin		
M. Heinze Rolf Heinze	K.-Liebknechtstr. 22, 10178 Berlin Ruhr- Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaften, Universitätsstr. 15, 44799 Bochum	030/2113942 0234/7002981	
Helbig H. Hellstern	Moskauer Str. 59, 99427 Weimar Gesamthochschule Kassel, Heuschelstraße, 34127 Kassel		
Frank Helten Ulfert Herlyn	Lipaer Str. 26, 12203 Berlin Universität Hannover, IFPS, Herrenhäuser Str. 2, 30419 Hannover	030/8348647 0511/7623626	
Thomas Hermann	Universität Hannover, agis, Odeonstr. 18, 30159 Hannover	0511/762-4094	0511/762-4099
Angelika Hildersperger Felicitas Hillmann	Wespianstr. 29, 52062 Aachen Universität Freiburg, Geographisches Institut, Werderring 4, 79098 Freiburg	0241/35862	
Jürgen Hoffmayer-Zlotnik Hans Hovorka	ZUMA, B 2,1, 68159 Mannheim Czerningasse 12/14, A-1020 Wien	0222/26-76-09	
Bernd Hunger	StadtBüro Hunger - Stadtforschung und -planung -, Lintruper Str. 31a, 12305 Berlin	030/7426025	
Detlef Ipsen	Gesamthochschule Kassel, FB 12: Stadtplanung/Landschaftsplanung, Gottschalkstr. 28, 34109 Kassel	0561/804-2387	0561/804/3599
Harry Walter Jablonowski	SWI, Querenburger Höhe29, 44801 Bochum	0234/702092	
Doris Janshen	Universität-GH Essen, FB 1, Soziologie, Universitätstr.12, 45141 Essen	0201/183-3521	
Johann Jessen	Universität Stuttgart, Institut für Städtebau, Keplerstr. 11, 70174 Stuttgart		
Gerhard Jung	IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik mbH, Lützowstr. 93, 10785 Berlin		
Dieter Junker	Rother Schill 2, 56290 Uehler/Hunsrück	06762/6951	
Sigrun Kabisch	Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Sektion Angewandte Landschaftsökologie, Permoserstr.15, 04318 Leipzig	0341/2392-2282	

	Anschrift	Telefon	Telefax		Anschrift	Telefon	Telefax
Alice Kahl	Forschungsinstitut Wohnen, Semmelweisstr.3/109, 04103 Leipzig	0341/2216101	0341/2216101	Rolf Kuhn	Schloßstr. 2, 06844 Dessau		
Wilfried Kaib	Landgrafenring 8, 63071 Offenbach/Main	069/80652350		Manfred Kühn	GH Kassel, AG Empirische Planungsforschung, Mönchebergstr.17, 34125 Kassel	0561/804- 2527	
K. Kamiya	Kansai University, Faculty of Sociology, 564 Yamate-Cho, Suita, Osaka 564, Japan	(06)388-1121		Hans-J. Kujath	Institut für Entwicklungsplanung u. Strukturforschung GmbH, Grotefendstr. 2, 30167 Hannover	0511/1603282	
Brigitte Karhoff	Initiativkreis Emscherregion-IBA von Unten, Heßlerstr.33, 45329 Essen			Hannelore Kuzmierczik	Unter den Akazien 11, 60596 Frankfurt	069/6311183	
Ernst Katzsch	Wettringer Str. 21, 48431 Rheine			Dieter Läßle	TH Hamburg- Harburg, Grottenstr. 16, 22605 Hamburg	040/7718- 3110	
Karl-Dieter Keim	Institut für Regionalentwicklung u. Strukturplanung, Wallstr. 27, 10179 Berlin	030/27803- 565	030/27803- 567	Vera Lasch	Otto-Bähr-Str.34, 34128 Kassel	0561/804- 2527	
Ulrich Keßler	Simon-Bolivar-Str. 42 f, 13055 Berlin			Barbara Lettko	Schamhorststr. 42, 65195 Wiesbaden	0611/312718	
Volker Kirchberg	Universität Lüneburg, c/o Valenzuela, Kottwitzstr. 52, 20253 Hamburg	040/4225157		Martina Löw	c/o Güldenpfennig, Pflüger Str. 55, 12047 Berlin		
Mechthilde Kießler	Hochmeisterstr. 4, 51065 Köln	0221/698291		Rainer Mackensen	Provinzstr. 92, 13409 Berlin	030/31423255	
Hedwig Kitzler	Baelanstr. 197, 81549 München	089/682725		Ulrike Martiny	Maienweg 50, 22297 Hamburg	040/5115679	
Gabriele Köhler	Stühlingerstr.32a, 79106 Freiburg	0761/280833		Barbara Martwich	Hochschule für Bildende Künste Hamburg, Leechenfeld 2, 22081 Hamburg		
Rudi Kohoutek	c/o Dr. G. Ludwig, Landskronengasse 5/6, A- 1010 Wien			Ulf Matthiesen	IRS, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Wallstr. 27, 10179 Berlin		
Jura Kojetinsky	Institut für Stadt- und Regionalplanung, Zionskirch 77, 10119 Berlin			Margit Mayer	FU Berlin, Kennedy -Institut, Lansstr.7-9, 14195 Berlin	030/838-2875	
Rüdiger Korff	Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Postfach 100131, 33501 Bielefeld	0521/106- 4650	0521/106- 2980	Bernd Meinecke	Meinecke & Rosengarten, Team für forschungsgestützte Marketing GmbH, Königstr. 16a, 22767 Hamburg	040/381813	
Ute Kort-Krieger	Technische Universität München, Institut für Sozialwissenschaften, Lothstr. 17, 80335 München	089/2105- 4220/4303		Märgit Mölder	Friedrichstr. 23, 33615 Bielefeld		
Jürgen Krämer	Goßlerstr. 3, 37073 Göttingen	0551/48336		E. Muich	MLH-Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie, 06099 Halle (Saale)		
Thomas Krämer-Badoni	Universität Bremen, ZWE Arbeit und Region KUAA, Postfach 330440, 28334 Bremen			Elke Müller	Saarbrücker Str. 7, 10405 Berlin	030/4422873	
Stefan Krätke	Nithackstr.6, 10585 Berlin	030/3423491		Horst Müller	Innere Hallerstr. 4, 90419 Nürnberg	0911/231- 2396	
Sabine Kratz	Universität Trier, FB 4, Soziologie, Postfach 3825, 5500 Trier	0651/201- 2728		Christine Mussel	Otto-Bähr-Str. 34, 34128 Kassel	0561/884324	
Mathilde Kreil	DJI e. V., Freibadstr.30, 81543 München			Rainer Neef	Geord-August-Universität Göttingen, Soziologisches Seminar, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen	0551/397287	
Elisabeth Kremer	Heidestr. 33, 06842 Dessau	0340/6508340	0340/650832	Mark Richard Nerlich	Glashüttenstr. 107, 20357 Hamburg	040/4123- 2201	
Helmut Kromrey	FU Berlin, Institut für Soziologie, Babelsberger Str. 14-16, 10715 Berlin			David Niegler	Preußenallee 31, 14052 Berlin		
Michael Krummacher	Evangelische Fachhochschule RWL, I.-Kant-Str. 18-20, 44803 Bochum	0234/36901- 200		H. Nokielski	Universität- GHS- Essen, Fachbereich Soziologie, Universitätsstr. 12, 45141 Essen		
				Jürgen Nowak	Eichelhäherstr. 15a, 13505 Berlin	030/4319797	

	Anschrift	Telefon	Telefax		Anschrift	Telefon	Telefax
Carsten Otte	Kühler Grund 30c, 69126 Heidelberg	06221/36263		Carola Scholz	Konrad-Broßwitzer 13, 60487 Frankfurt	069/705619	
Friedrich Pfefferkorn	Weißdomstr. 3, 04206 Leipzig			Karl- Peter Schön	BfLR, Postfach 200130, Am Michaelshof 8, 53177 Bonn		
Richard Pieper	TU München, Institut für Sozialwissenschaften, Lothstr. 17, 80335 München	089/2105- 8677	089/3507331	Insa Schöningh	Meraner Str. 12, 10825 Berlin		
Petra Pietsch	S&D, Stadt & Dorfplanung gmbH, Obotritenring 17, 19053 Schwerin	/83685		Andreas Schubert	Senat der Hansestadt Rostock, Amt für Stadtentwicklung, Statistik u., Wahlen, Neuer Markt 1, 18050 Rostock	0381/3811420	
Walter Prigge	Oberweg 44, 60318 Frankfurt/M.	069/618706		Dirk Schubert	TU Hamburg-Harburg 1-07, Städtebau III, Schwarzenbergstr. 93c, 20144 Hamburg		
Doris Reich	Chemnitzer Str. 50, 44139 Dortmund	0231/575138	0231/527688	Herbert J. Schubert	Institut für Entwicklungsplanung und, Strukturforschung, an der Universität Hannover, Grotefendstr. 2, 30167 Hannover	0511/1603- 282	0511/1603- 229/111
Karsten Reinecke	Universität Hannover, Institut für Soziologie, Schneiderberg 50, 30173 Hannover	0511/7625434		Herbert J. Schubert	Gerlachstr. 15, 30173 Hannover		
Katja Rempel	Th.-Müntzer-Str.25, 99423 Weimar	03643/738552		Ulrich Schubert	Uhländstr. 152, 10719 Berlin		
Marlo Riege	Gereonshof 11, 50670 Köln	0221/132294		Wilgart Schuchart	Müller, Walburgisstr. 44, 40489 Düsseldorf	0211/400909	0211/408040 5
Marianne Rodenstein	Johann Wolfgang Goethe- Universität Frankfurt am Main, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Robert-Mayer-Str.5, 60054 Frankfurt/Main	069/798-2929		Sabine Schulz	Märkische Allee 244, 12679 Berlin		
Felizitas Romaiß-Stracke	Kuglmüllerstr.2, 80638 München	089/1577175	089/153723	Gerhard Schulze	Universität Bamberg, Feldkirchenstr. 21, 96052 Bamberg	0951/8638290	
Thomas Rommelspacher	Universität/ GH Duisburg, FB 1/SHE, Postfach 101503, 47057 Duisburg	0201/790896		Wolfgang Schumann	BfS, Müllerstr. 155, 13353 Berlin	030/2752523	
Gerd Roppelt	Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Postfach 440, 66113 Saarbrücken	0681/9051681		Torsten Schütz	Nogatstr. 30, 12051 Berlin		
Marcelo Ruiz Holtgreffe	Schlosserstr. 81, 44147 Dortmund			Stefani Schulz	-argus-, Lützowstr. 13, 10555 Berlin		
Thorsten Schaak	Utbremer Str. 102, 28217 Bremen	0421/3966096		Alfred Schwand	Rolandsraße 104, 14129 Berlin		
Hanne Schäfer	Kalkofenweg 28, 64291 Darmstadt	06151/377712		Christiane Schwarz	Adalbertstr.211, 52066 Aachen		
Heiner Schäfer	Nieder-Ramstädter Str. 23, 64367 Mühltal-Traisa	06151/146228	06151/14599	Michael Schwarz	BfS GmbH, Schönholzer Str. 18, 10115 Berlin	030/4937022	030/494 9851
Uta Schäfer	Neue Krugallee 88 12437 Berlin	030/4797117		P. Schwarz	Hessenplatz 3, 60487 Frankfurt	069/2977970	
B. Schäfers	Universität Karlsruhe (TH), Institut für Soziologie, Postfach 6980, 7500 Karlsruhe	0721/6083384		Thomas Schwarzer	Universität Hannover, Arbeitsgruppe Interdisziplinäre, Sozialstrukturforschung (agis), Odeonstr. 18, 30159 Hannover	0511/762- 4094/5	0511/762- 4099
Heike Scharf	S&D Stadt & Dorfplanung gmbH, Obotritenring 17, 19053 Schwerin			Wolfgang Serbser	TU-Berlin, Institut für Soziologie, Dovestr. 1, 10587 Berlin	030/314- 24251	
Klaus M. Schmals	Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung, Lehrstuhl für Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Postfach, 44221 Dortmund	0231/755- 2244		Werner Sewing	Winterfeldstr. 50, 10781 Berlin		
Gudrun Schmidt	Köppitzstr. 15, 10315 Berlin			Walter Siebel	Carl v. Ossietzky-Universität Oldenburg, Institut f. Soziologie, AG Stadtforschung - Fachbereich 3, Postfach 2503, 26111 Oldenburg	0441/798- 2642	0441/798291 9
Holger Schmidt	Ebertallee 81, O-4500 Dessau			Hans-Jörg Siewert	c/o Minister für Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr, Breitestr. 31, 40213 Düsseldorf		
Ines Schmidt	EberswalderStr.27, 10437 Berlin	030/4484435		Franz-Josef Simon	Marienstr. 15, 66538 Neunkirchen/Saar	06821/27948	

	Anschrift	Telefon	Telefax		Anschrift	Telefon	Telefax
Karl- Heinz Simon	Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung, Wilhelmstr. 32, 65183 Wiesbaden	0611/31-2508		Christine Weiske	Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Geschw. Schollstr. 6, 99423 Weimar	03643/738702	
Gerda Speller	241 Banstead Rd., Banstead, Surrey SM7 1RB, United Kingdom	06221/472895	06221/472895	Marianne Wienemann	Ruhr-Universität Bochum, Weiterbildungszentrum, Postfach 102148, 44799 Bochum		
E. Spiegel	Ziegelh. Landstr. 59, 69120 Heidelberg	08662/8095	030/5128417	Mecki Wienicke	Jakobstr. 222, 32064 Aachen	0241/30205	
I. Spiegel	Stockweg 7, 83346 Bergen	030/5128417	030/5128417	Rainer Winkel	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V., Wallstr. 27, 10179 Berlin	030/27803/565	030/27803/567
Fred Staufenbiel	Goethestr. 41, 12629 Berlin			Hellmut Wollmann	Humboldt Universität Berlin, Institut für Politikwissenschaften, Unter den Linden 6, 10999 Berlin		
Marion Steer	Bauhaus Dessau, Postfach 160, (Thälmann-Allee 38), O-4500 Dessau	069/7393434		Eva Wonneberger	Herrenbergweg 19, 88316 Isny	07562/1477	
M. Stein	Büro f. Raumplanung-Objekte Beratung, Frankenallee 155, 60326 Frankfurt			Katrin Zapf	IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, Lützowstr. 93, 10785 Berlin	030/8039232	
Ursula Stein	Krumme Str. 87, 10985 Berlin			Astrid Zellmer	Institut für Städtebau Berlin, Jebenstr. 1, 10623 Berlin	030/3129051	
Reiner Stettner	Lychenerstr. 68, 10437 Berlin						
Michael Stienbusch	TU Hamburg-Harburg, Städtebau II, Schwarzenbergstr. 93c, 21071 Hamburg	0511/762-4094/5	0511/762-4099				
Rainer Stierand	Universität Hannover, Arbeitsgruppe Interdisziplinäre, Sozialstrukturforschung (agis), Odeonstr. 18, 30167 Hannover						
Susanne Stolte	Cottbusser Platz 19, 12629 Berlin	0228/826290	0228/826266				
G. Stolze	Bundeforschungsanstalt, für Landeskunde und Raumordnung, Am Michaelshof 8, 53177 Bonn						
Wendelin Strubelt	Otto-Worms-Str. 13, 07549 Gera	0231/755-2370	-2245				
Dieter Strützel	Universität Dortmund, FB Raumplanung, FG Soziologische Grundlagen der RP, 44221 Dortmund	0421/5905185					
Gabriele Sturm	POLIS-Institut f. Mensch-Umwelt-Beziehung, Neustadtswall 30, 28199 Bremen	030/3248524					
Szemeitzke	Sybelstr. 29, 10629 Berlin	0531/507845					
Ulla Terlinden	TH Darmstadt, Institut f. Soziologie, Residenzschloß, 64283 Darmstadt	0288/826243	06151/661520				
Manfred Teschner	Kleinestr. 5, 38116 Braunschweig						
Cornelia Thoemes	Kiellinie 5, 24105 Kiel						
M. Urgalkin	Märkisches Ufer 48, 10179 Berlin						
Hannelore Vetter	Fritz-Reuther-Str. 81, 18057 Rostock						
Peter Voigt	Klosterbergstr. 34, 53177 Bonn						
Uwe-Jens Walther	Heidelbergerstr. 100, 64285 Darmstadt						
Rita Wehrich							

Nachträgliche Dokumentation der Herbstagung 1993

Uta Schäfer, Köln

"Wir bemühen uns, so zu werden, wie wir denken, daß Ihr seid".
Das normative Menschenbild der Moderne als Handlungskorsett für die Menschen in Ostdeutschland?

1)

Das Selbstverständnis der DDR war das einer modernen Industriegesellschaft. Unter Modernisierung wurde vorrangig technische Modernisierung verstanden. Adler (1991a: 171) spricht in diesem Zusammenhang deshalb von einer "halben Modernisierung": es wurden "im Namen ... eines dem Kapitalismus überlegenen Typs von Vergesellschaftung, wirtschaftlicher Rationalität und Demokratie die zivilisatorischen Errungenschaften moderner kapitalistischer Gesellschaften liquidiert, ohne daß an die Stelle der kapitalistisch-modernen Basisinstitutionen alternative, aber funktionell gleichwertige traten" (Adler, 1991b: 6)/1/. Ähnlich wie im Nationalsozialismus wurde statt dessen der Versuch unternommen, technische Modernisierung auf der Basis der Zerschlagung traditioneller Milieus (Hoffmann/Rink, 1993) und der Einschwörung auf ein diffuses Gemeinschaftsideal zu erreichen.

Folgerichtig vereinte das Menschenbild des Sozialismus in seinen normativen Aspekten der allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit und der Kollektivität beide konkurrierenden Seiten bereits der frühen Modernitätseuphorie und -kritik. Für die "Aufbaugeneration" war diese Balance aufgrund bislang unmöglicher Aufstiegschancen insbesondere auch für Frauen (u.a. Niehammer, 1991) längere Zeit lebbar. Die nachfolgende Generationen hingegen waren von Anfang an mit den Erfahrungen

- einer abnehmenden Innovationsfähigkeit des Wirtschaftssystems,
- einer zunehmenden Verstaatlichung und Deregulierung gesellschaftlicher Strukturen und Beziehungen, die zu Dysfunktionalität bis hin zur Erosion normativer Verbindlichkeiten führten (Kühnel/Sallmon-Metzer, 1991: 371),

1 Das muß nichts DDR-spezifisches sein, nach Breckner/Sturm (1993: 8) sind beide deutsche Staaten durch die "Dominanz ökonomischer Modernisierung gegenüber politischer und sozio-kultureller Modernität" charakterisierbar. Dennoch gab es wohl Unterschiede.

- und der zunehmenden Schließung von Aufstiegskanälen (u.a. Bahtke, 1989) konfrontiert.

Dadurch stellte sich eine im Vergleich zu den Älteren drastisch veränderte Chancelage her - sowohl in Bezug auf die Gestaltung des eigenen Lebensweges als auch auf soziale Veränderungsmöglichkeiten (Kühnel, 1991).

Individualisierungsprozesse in der DDR waren somit - im Vergleich zu westlichen Gesellschaften - weniger eine Folge von Flexibilisierung in den Arbeits- und Lebensverhältnissen. Statt dessen ergaben sie sich für die Älteren in Folge der zwangsweisen Auflösung sozialer Milieus, für die Jüngeren durch einen im Vergleich zum Westen stärkeren Anpassungsdruck an vorgegebene Strukturen. Eine Reaktion darauf war der Aufbau entsprechender "Gegen"- oder "Neben"-Welten im privaten Bereich, als einem möglichen Raum für selbstorganisiertes und kreatives Handeln. Dieser Prozeß war aber weder funktional für die Gesellschaft als Ganzes, noch entsprach er auf individueller Ebene den im Menschenbild verankerten Verheißungen der "Moderne auf sozialistisch".^{2/}

Die genannten Defizite der staatssozialistischen Gesellschaft in der DDR lassen sich in Anlehnung an Parsons (1972: 20) auch als ein Mangel an Standardanhebung, Wertegeneralisierung, Inklusion und Differenzierung beschreiben.

So ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich die blockierte Subjektivität in den Losungen der 89-er Demonstrationen teilweise wie die Übersetzung der von Zapf (1990: 16) in Anlehnung an Parsons definierten Merkmale moderner Gesellschaften in Volkes Stimme anhört:

- Konkurrenzdemokratie ("Freie Wahlen"),
- Marktwirtschaft ("Helmut nimm uns an die Hand, führ uns ins Wirtschaftswunderland"),
- Wohlstandsgesellschaft ("Egon rück das Westgeld raus").

Die von Zapf (ebd.) aufgestellte These, daß solcherart moderne Gesellschaften erfolgreicher sind als solche, in denen diese Basisinstitutionen nicht entwickelt sind, kann angesichts des fast weltweiten Zusammenbruchs des sozialistischen Sonderweges der Moderne auf makrosoziologischer Ebene wohl kaum in Frage gestellt werden. Allerdings erscheint mir der Legitimierungsanspruch in diesen Äußerungen sehr hoch zu sein. Zu fragen wäre deshalb nach dem Maßstab, an dem Erfolg gemessen wird.

2. Empirische Belege dazu finden sich z.B. in den zu DDR-Zeiten nicht veröffentlichten Forschungsberichten der Jenenser Kulturosoziologen (u.a. Ebert 1987).

Soziale Beziehungen, die auf Identitätsstabilisierung gerichtet waren, werden gefährdet, wenn sich die Akteure auf einmal in drastisch veränderten Lebenslagen befinden. Wenn ehemalige Kollegen z.B. sich jetzt im alten Betrieb, in einem neuen Betrieb, in der Arbeitslosigkeit, in der Selbständigkeit, im Vorruhestand, im Hausfrauendasein oder auch im Westen befinden.

Neben einem solchen teilweisen Funktionsverlust von Beziehungen durch Veränderungen auf der Makroebene der Gesellschaft stellt auf der Mesoebene die Veränderung von Foci^{3/} zur Etablierung und Pflege sozialer Beziehungen die einschneidendste Veränderung dar, vor deren Hintergrund bisherige Beziehungen im Licht teilweise neuer Maßstäbe überprüft werden (müssen). Der Zusammenbruch der DDR hatte den Wegfall bestimmter Foci und die Konstitution neuer zur Folge. Für die Alltagsorganisation der Betroffenen heißt das, daß Beziehungen, die früher eher beiläufig gepflegt werden konnten, plötzlich eines bewußten Aufwandes zur Beziehungspflege bedürfen. Andererseits bieten sich durch die Umwidmung und Entideologisierung bestehender Foci (z.B.: gesellschaftliche Organisation —> Verein) bzw. durch die Neuetablierung von Foci auch Chancen zum Aufbau neuer Beziehungen.

Während Verwandtschaft als ein relativ "systemwechselresistenter" Focus gelten kann, der allenfalls durch erleichterte Kontakte zu den Westverwandten erweitert werden konnte, trifft das auf andere Foci weniger zu. Nachbarschaften verändern sich personell infolge der Etablierung eines Wohnungsmarktes und inhaltlich durch den Wegfall der Organisations- und Kontrollfunktion der Hausgemeinschaften. Freizeitgruppen, denen in der DDR durch gesellschaftliche Organisationen und Betriebszirkel hochgradig vororganisierte Betätigungsmöglichkeiten geboten wurden, müssen sich aufgrund des Zusammenbruchs der meisten gesellschaftlichen Organisationen und des Wegfalls der Unterstützung durch die Trägerbetriebe als Vereine oder Freundeskreise neu organisieren oder haben sich aufgelöst. Die einschneidendsten Veränderungen haben sich um den Focus Arbeitsplatz ergeben. Nicht nur, daß dieser für rund ein Drittel der Bevölkerung Ostdeutschlands zeitweise oder dauerhaft wegfällt, auch für die noch oder wieder Erwerbstätigen ist es nicht mehr "wie früher". Ein Teil der Kollegen wurde entlassen, die früher durch den Betrieb gesponsorten gemeinschaftlichen Aktivitäten (wie Brigadefeiern usw.) müssen jetzt aus eigenem Antrieb organisiert werden und die Angst vor weiterem Arbeitsplatzabbau dominiert das

3. Foci sind soziale, psychologische, juristische oder räumliche Gegebenheiten, um welche sich gemeinsame Aktivitäten organisieren können, z.B. Arbeitsplatz, Nachbarschaft, freiwillige Organisation, Verwandtschaft, Stammtisch. Menschen, deren Aktivitäten um den selben Focus organisiert sind, neigen dazu, untereinander Beziehungen aufzubauen und eine Gruppe zu bilden. (Feld, 1981: 1016)

Als solch ein möglicher Maßstab könnte gelten, inwieweit die sowohl im Menschenbild der Moderne sozialistischer Prägung als auch der westlichen Moderne verheißene Selbstverwirklichung wirklich zur gesellschaftlichen Integration beiträgt, oder ob nicht wieder "ein Teil der Gesellschaftsangehörigen Inklusionsverheißungen vertraut, aber Exklusionserfahrungen machen muß" (Wahl, 1989: 294). Da Selbstverwirklichung als emanzipatorischer Anspruch in beiden Menschenbildern (allseits entwickelt vs. Individualität, Selbstwert und Autonomie) einen zentralen Wert darstellt, kann in Bezug auf Ostdeutschland von einer hohen normativen Durchdringung ausgegangen werden.

2)

Ich möchte dieser Frage anhand einer Betrachtung von Veränderungsprozessen privater Netzwerke in Ostdeutschland nachgehen. Netzwerke bieten sich an, weil auf dieser Ebene die Veränderung einer alltagsrelevanten Einbindung von Individuen in Teilbereiche der Gesellschaft sichtbar gemacht werden kann. Soziale Beziehungen sind von den Akteuren unter Antizipation einer Lebensperspektive in der DDR aufgebaut und gepflegt worden. Die Bedeutung funktionierender Netzwerkstrukturen als Ressource für die Aufrechterhaltung sowohl des privaten Alltagsleben als auch der sozialistischen Produktion ist bereits mehrfach thematisiert worden (u.a. Gutberger/Neef, 1993; Srubar, 1991; Rottenburger, 1991). Neben dieser Funktion wirkten soziale Beziehungen in der DDR (wie überall) identitätsstabilisierend über gemeinsame Interessen, Ansichten oder Erfahrungen. Beide Funktionen von Beziehungen halfen somit bei der Bewältigung sozialer Ungleichheit im Sozialismus.

Mit dem Umbruch der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kann deshalb mit einer (verzögerten) Veränderung von Beziehungsfunktionen gerechnet werden: Ungleichheitsstrukturen, die sich in der DDR herausgebildet hatten, wie Macht, Verteilungsmuster, Verfügungsgewalt, Kontrolle (Lötsch/Lötsch, 1992), werden durch bislang latente oder neue Ungleichheitsstrukturen (Einkommen, Qualifikation, Kohortenzugehörigkeit usw.) abgelöst.

Soziale Beziehungen der Akteure, die der subjektiven Bewältigung sozialismusspezifischer Ungleichheiten dienen, verlieren somit ihren Sinn. Es ist nicht mehr wichtig, eine Verkäuferin zu kennen, die "Bückware" beschaffen kann, das Informationsmonopol der Herrschenden muß nicht mehr in weltanschaulichen Diskussionszirkeln unterwandert werden, es ist zwar noch ganz nützlich, Menschen in Behörden und Ämtern zu kennen, aber da sitzen jetzt andere.

Handeln am Arbeitsplatz: "... früher wars doch so, so eine Art Kollektivität. Ja, und die war ja auch gekennzeichnet durch Kulturelles, durch Feierabends mal weggehen usw.. Mit Familien am Wochenende sich treffen, mit den Autos Fahrten machen, das ist alles hinfällig. Jetzt geht's darum, jeder seinen Arbeitsplatz zu halten. Und wenn ich natürlich wegen meiner Schulden das und das sage, oder irgendwie was mir zuschulden kommen, was weiß ich, dann heißt natürlich der hat wieder und der, ja, zum Schluß ist jeder für sich erstmal an seinem Arbeitsplatz der nächste." (Herr K., 43 Jahre, Industriemeister, ABM-Stelle, Halle-Neustadt Oktober 1992). Der Wandel vom Kollektiv zur Arbeitsstelle läßt sich deutlich am verringerten Niveau gemeinsamer Aktivitäten im Kollegenkreis aufzeigen.

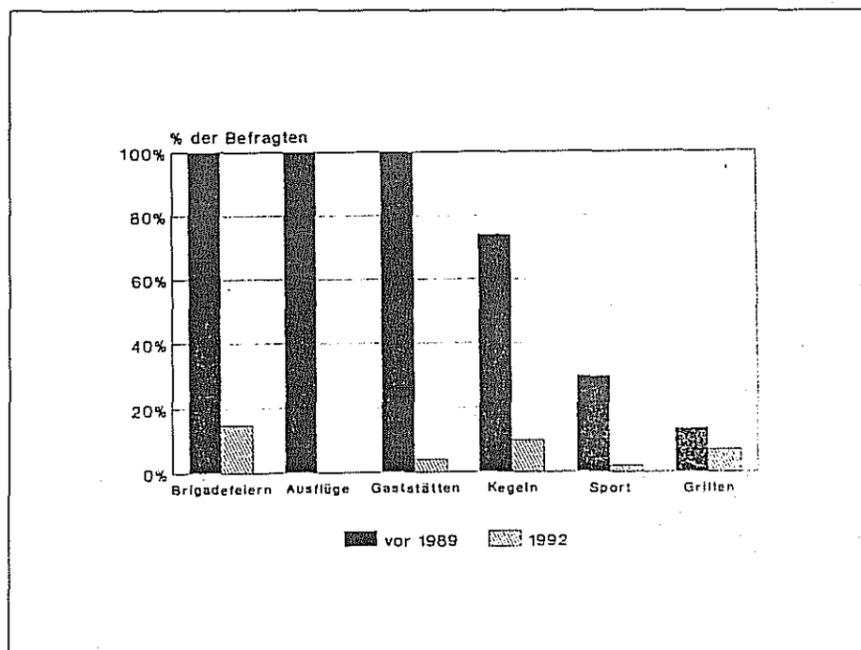


Abb. 1: Freizeitaktivitäten im Arbeitskollektiv im Vergleich^{4/}

4. Quelle: Nawroth/Kullmann, 1993: 36
Es wurden 31 Arbeitskollektive in privatisierten bzw. Treuhandbetrieben erfaßt.

Die angedeuteten Umbrüche wirken sich vor dem Hintergrund beider Seiten des sozialistischen Menschenbildes konfliktuell aus. Während Verschiebungen in der Ungleichheitsstruktur und damit der relativen Verortung der Akteure in der Gesellschaft vor allem die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung erhöhen oder verringern, hat der Wandel von Foci eine Veränderung des Einbindungsgrades in kollektive Strukturen zur Folge. Unter den Bedingungen der DDR erworbene Handlungsroutinen, mit denen die Balance zwischen den Polen Selbstverwirklichung und Kollektivität möglich war, können auf die Dauer deshalb nicht aufrecht erhalten werden.

Ein allgemeines Handlungsmodell könnte dann so aussehen, daß die Akteure in konkreten konfliktuellen Situationen unter einer Vielzahl möglicher Optionen bei gegebenen Restriktionen sich für diejenige entscheiden, die ihren bisherigen Erfahrungen am nächsten kommt. Mit einer Erhöhung von Optionen, von der im Osten Deutschlands sicherlich ausgegangen werden kann, geht aber gleichzeitig auch eine Verengung der Selektionsfilter für Handeln einher (Offe, 1986: 100). Es kann also erwartet werden, daß vorrangig auf Vertrautes oder auf Erstrebenswertes hin selektiert wird.

Vor dem Hintergrund der genannten Situationsanmutungen ließe sich dieses Handlungsmodell in Bezug auf Netzwerke so spezifizieren, daß sich Handlungsstrategien zwischen

- dem Versuch des völligen Austauschs der Interaktionspartner gemäß neuen Netzfunktionen und veränderten Gelegenheitsstrukturen (Selektionsfilter: Selbstverwirklichung unter veränderten Bedingungen) und
 - dem Versuch der Aufrechterhaltung einer weitgehenden Konstanz zumindestens der Interaktionspartner - auch bei teilweisem Verlust bisheriger Netzfunktionen und Gelegenheitsstrukturen (Selektionsfilter: Vertrautes unter veränderten Bedingungen bewahren)
- einordnen lassen (in Anlehnung an Hill/Schnell, 1990: 40).

Da von einer Veränderung einer Beziehung immer zwei betroffen sind, sind damit auch beide Pole von Wirkungen angedeutet:

- im ersten Fall die mögliche Wirkung einer Auflösung von Beziehungen durch die anderen, somit einer Desintegration,
- im zweiten Fall ein Festhalten an den Beziehungen durch die anderen, einer Integration wider Willen.

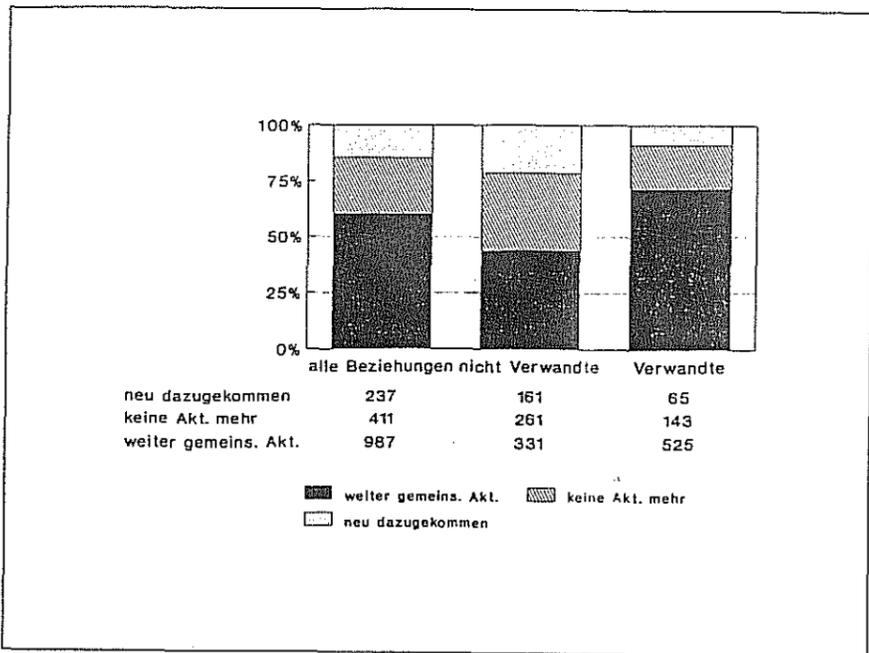


Abb. 2: Wandel von Beziehungen zwischen 1989 und 1993/6/

Generell läßt sich sagen, daß alle Bevölkerungsgruppen Verluste in ihren Beziehungsnetzen erleiden, im Moment aber (noch?) in der Lage sind, notwendige Ressourcen auch zu mobilisieren. So z.B. können Arbeitslose im Vergleich mit der Gesamtstichprobe ihre Netze zur Zeit verstärkt zum Erhalt sozialer Unterstützung in Anspruch nehmen, erleiden allerdings überdurchschnittliche Verluste bei den expressiven Netzfunktionen. Ob, wie in westlichen Gesellschaften, bei langanhaltender Arbeitslosigkeit auf die Dauer auch eine Erosion der Netze insgesamt (Strehmel, 1993) eintreten wird, ist im Moment noch nicht vorhersehbar. Der generelle Trend der gesellschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland läßt dies aber befürchten.

6 Quelle: eigene Erhebung ohne Verstorbene

Die folgenden, noch sehr vorläufigen Befunde stützen sich auf die Ergebnisse einer egozentrierten Netzwerkuntersuchung im August diesen Jahres in Dessau (Sachsen-Anhalt)^{5/}. Dessau hat seit Ende 1988 fast 9 % seiner Einwohner verloren, im Sommer diesen Jahres lebten dort noch etwa 95.000 Menschen. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 18,3 % und lag damit über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Insgesamt waren 174 Fragebögen auswertbar, in denen mittels identischer Namensgeneratoren insgesamt 1703 Beziehungen für das erste Halbjahr 1989 retrospektiv und den Sommer 1993 aktuell erhoben wurden. Außerdem wurden Veränderungen in den Foci Nachbarschaft, freiwillige Organisationen und Arbeitsplatz sowie kritische Lebensereignisse seit der Wende erfaßt. Die Betroffenheit durch "wendespezifische" Ereignisse war dabei eine außerordentlich hohe: ein Viertel der Befragten war zum Untersuchungszeitpunkt arbeitslos oder im Vorruhestand, knapp 30 % der Befragten haben in den vergangenen 4 Jahren ihren Arbeitsplatz gewechselt, etwa 40 % gaben an, seit der Wende mindestens einmal arbeitslos gewesen zu sein. Hinzu kommt eine - im Vergleich zur relativ immobilien DDR-Gesellschaft - außerordentlich hohe Umzugsrate: fast 20 % der Befragten sind seit 1989 (nicht immer ganz freiwillig) umgezogen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, in welchem Ausmaß sich soziale Beziehungen in den vergangenen 4 Jahren bereits quantitativ verändert, eher verringert als erweitert, haben. Trotz dieser Verringerung wird an der identitätssichernden Funktion früherer Beziehungen festgehalten - wenn schon nicht auf der Handlungsebene, dann zumindestens auf der Reflexionsebene. An der emotionalen Bedeutung gewachsener Beziehungen wird auch dann festgehalten, wenn es (wie bei einem Viertel der genannten Beziehungen) im letzten halben Jahr weder zu gemeinsamen Aktivitäten noch zu anderen Kontakten kam. So wurden fast drei Viertel der Beziehungen von den Befragten als unverändert nah eingeschätzt und nur für 5 % ein Abbruch der Beziehungen auch als solcher bezeichnet. Verluste sind dabei - infolge eines veränderten Verhältnisses von Arbeitszeit und Freizeit sowie einer verringerten Einbindung in Gruppenzusammenhänge - vor allem auf der Ebene gemeinsamer Freizeitaktivitäten zu verzeichnen und betreffen damit die eher loseren Beziehungen. Im engeren Kreis rückt man dagegen näher zusammen, persönliche Gespräche haben angesichts vielfältiger Problemlagen an Bedeutung gewonnen und die bereits vor der Wende stark geschlossenen Kern-Netzwerke sind noch enger geworden.

5 Die Erhebung wurde, ebenso wie das Stipendium, von der Volkswagenstiftung gefördert.

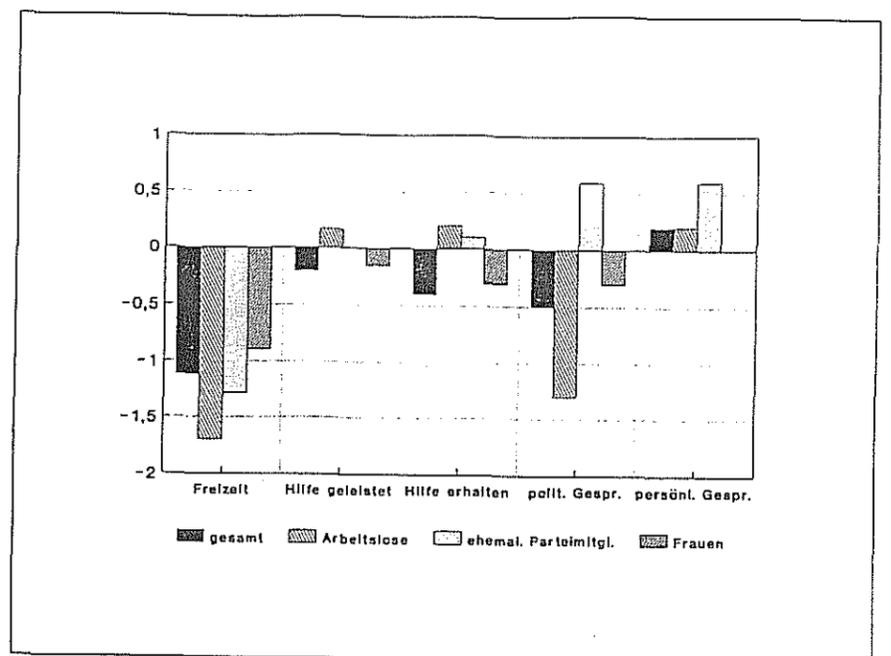


Abb. 3: In Anspruch genommene Beziehungen nach Funktionsbereichen, Differenz 1989 - 1993

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es noch zu früh, ein Fazit der Entwicklung zu ziehen. Der Tendenz scheint in Richtung einer Umstrukturierung privater Beziehungen zu gehen, weg von multifunktionalen diffuseren Beziehungen hin zu spezialisierteren für bestimmte Bedürfnisse. Längerfristig kann das zu einer Polarisierung von Modernisierungsgewinnern und -verlierern führen. Bereits jetzt sind Wendegewinner im Sinne eines Zuwachses an beruflicher Entscheidungsautonomie eher bereit, Beziehungen für sich funktional zu interpretieren, definieren eher eine Beziehung als abgebrochen und sind besser in der Lage, ihre Gründe für den Abbruch zu benennen. Wendeverlierer

beklagen dagegen eher auf einer allgemeineren Ebene eine zunehmende Härte im Umgang miteinander.

Neue Beziehungen werden zunehmend über veränderte Foci aufgebaut, so sinkt z.B. die Bedeutung des Arbeitsplatzes zur Etablierung sozialer Beziehungen, während die Funktion strukturierter Freizeitgruppen bzw. Vereine steigt. Damit ist für die Akteure ein höheres Maß an Eigenaktivität und auch an finanziellen Ressourcen zur Etablierung neuer Beziehungen erforderlich.

Je nachdem, in welcher Position sich die einzelnen Akteure befinden, werden damit beide Seiten des sozialistischen Menschenbildes aktiviert: steht das Ideal einer stärkeren Einbindung in eine Gemeinschaft gegen das der Selbstverwirklichung.

Literatur:

Adler, Frank, 1991a: Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus. In: Berliner Journal für Soziologie 1: 157-175

Adler, Frank, 1991b: Das "Bermuda-Dreieck" des Realsozialismus: Machtmonopolisierung - Entsubjektivierung - Nivellierung. Rückblick auf die Gesellschafts- und Sozialstruktur der DDR und ihre Erosion. In: BISS Public 2: 5-46

Bahtke, Gustav-Wilhelm, 1989: Sozialstrukturelle Herkunftsbedingungen und Persönlichkeitsentwicklung von Hochschulstudenten. In: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR 2/1989: 20-31

Breckner, Ingrid; Sturm, Gabriele, 1993: Weibliche Lebenssituationen im Wandel: Gesellschaftliche Entwicklungen verändern die Gestaltungsspielräume von Frauen in räumlichen Strukturen. Expertise im Auftrag der BfLR für das Kolloquium "Frauen planen die Stadt" des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am 25.2.1993 in Bonn

Ebert, Dietmar, 1987: Grundstrukturen und -tendenzen städtischer Kultur in Jena. Unveröff. Forschungsbericht, Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Feld, Scott L., 1981: The Focused Organization of Social Ties. In: American Journal of Sociology 86: 1015-1035

Gutberger, Jörg; Neef, Rainer, 1993: Versorgungsstrategien in einem ehemaligen DDR-Grenzgebiet. Einsichten aus einer Vorstudie zu Lebensunterhalt und gegenseitiger Hilfe seit der Wende. In: Hans-Böckler-Stiftung (Hg.): Strukturwandel in den neuen Bundesländern, Köln

Hill, Paul B.; Schnell, Rainer, 1990: Was ist Identität? In: Esser, Hartmut; Friedrichs, Jürgen (Hg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen: 25-40

Hoffmann, Michael; Rink, Dieter, 1993: Die Kohlearbeiter von Espenhain. Eine Studie zur Enttraditionalisierung eines Arbeitermilieus in einer alten Industrieregion. In: Geißler, Rainer (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: 163-178

Kühnel, Wolfgang, 1991: Doppelte Identität. Jugendliche im Vereinigungsprozeß. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 36: 1333-1344

Kühnel, Wolfgang; Sallmon-Metzner, Carola, 1991: Protestkulturen und Protestdiskurse im Wandel der DDR-Gesellschaft. In: Berliner Journal für Soziologie 1: 369-382

Nawroth, Kerstin; Kullmann, Gerd, 1993: Die Bedeutung von Gruppenstrukturen und der sozialen Bindung in der brigadeförmig organisierten Produktionsbelegschaft der alten DDR-Industrie und ihre Veränderungen im Transformationsprozeß. Halle: Graue Reihe der KSPW, 119

Niethammer, Lutz, 1991: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. Berlin

Offe, Claus, 1986: Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien. In: Berger, Johannes (Hg.): Die Moderne - Kontinuitäten und Zäsuren, Göttingen: 97-117

Parsons, Talcott, 1972: Das System moderner Gesellschaften. München

Rottenburg, Richard, 1991: "Der Sozialismus braucht den ganzen Menschen". Zum Verhältnis vertraglicher und nichtvertraglicher Beziehungen in einem VEB. In: Zeitschrift für Soziologie 20: 305-322

Srubar, Ilija, 1991: War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43: 415-432

Strehmel, Petra, 1993: Soziale Netzwerke in diskontinuierlichen Erwerbsbiographien - Veränderungen in subjektiv erlebten Belastungen und Unterstützungspotentialen. In: Laireiter, Anton (Hg.): Soziales Netzwerk und soziale Unterstützung. Bern: 167-178

Wahl, Klaus, 1989: Die Modernisierungsfalle. Gesellschaft, Selbstbewußtsein und Gewalt. Frankfurt/M.

Weiske, Christine, 1993: Das Programm der sozialistischen Lebensweise in den Untersuchungen der Stadtsoziologie der DDR. In: Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie 2/93: 34-43

Zapf, Wolfgang, 1990: Modernisierung und Modernisierungstheorien. WZB-papers P 90 - 104

Dokumentation der Frühjahrstagung der Sektion vom 22. bis 23.04.1994

Werner Sewing

Großstadtdarchitektur: Zur Rolle der Architekten bei der Berliner Imagebildung

Architektur und Metropolenkonkurrenz

In der internationalen Diskussion über Architektur und Städtebau gilt Berlin, nicht erst seit der Internationalen Bauausstellung, als ein wichtiger Ort, trotz einer bisher im Vergleich zu wirtschaftlichen Wachstumsregionen eher geringen Bautätigkeit. Dies gilt um so mehr für die spektakulären Bauvorhaben der neuen Hauptstadt im Zuge der nachholenden Metropolenbildung. Angesichts der Stagnation der Bautätigkeit in den westlichen Metropolen ist der zu erwartende Bauboom in Berlin, selbst wenn er schwächer ausfallen wird, als in den ersten Jahren nach der "Wende" angenommen, ein Magnet für die internationalen Architekturbüros; Büros, die überdies Erfahrungen mit Großprojekten im Dienstleistungssektor besitzen, die bei der Architektenschaft vor Ort und den seit der IBA in Berlin geschätzten europäischen Künstlerarchitekten eher die Ausnahme sind. Überraschend ist daher, daß diese internationalen Großbüros, mit einigen Ausnahmen wie etwa Helmut Jahn oder Skidmore, Owings and Merrill, bei den zentralen Projekten im Innenstadtbereich bisher eher schwach vertreten sind. Noch im Oktober 91 hatte die Bauwelt anhand von 66 "erbärmlichen oder großenwahnsinnigen" Projekten alarmierend eine Invasion internationaler Investorenarchitektur angekündigt (Heft 139, 1991). Die damals geforderte Abwehr dieser Flut durch eine erneuerte Berliner Planungskultur scheint inzwischen das Schlimmste verhindert zu haben.

Mittlerweile gerät diese Stadtpolitik selbst in das Schußfeld einer vor allem auch ästhetisch motivierten Kritik: Berliner Provinzialismus verhindere innovative Architektur. Der Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz Volker Hassamer (CDU), hat sich inzwischen dieser Kritik vorsichtig angeschlossen, indem er vor "gestalterischer Engstirnigkeit, die sich auch international sehr schnell herumsprieche" (Berliner Morgenpost vom 30.12.93), warnte. Da Hassamer der schwächeren der beiden für die Stadt- und Bauplanung zuständigen Senatsverwaltungen vorsteht, ist dies vor allem eine Spitze gegen den Senatsbaudirektor Hans Stimmann, der im stärkeren, SPD-geführten Bauressort das Wettbewerbswesen verantwortet. Den Kritikern zufolge ist es vor allem Stimmann, der als "mächtiger Mann" (Stimmann), als "Baupapst" (FAZ) die städtebaulichen Leitlinien des Senats durchsetzt.

Eine derartig personalisierende Engführung des Themas entzieht sich natürlich einer sozialwissenschaftlichen Fragestellung. Insgesamt scheint es sich bei diesen städtebaulichen Polemiken eher um ein, im Feuilleton abzuhandelndes, Epiphänomen der metropolitanen Umwälzung Berlins zu handeln. Die *eigentlichen* Entwicklungsdynamiken sind demgegenüber aus stadtsoziologischer Sicht z.B. die Tertiärisierung der Innenstadt und die Deindustrialisierung, die soziale Verdrängung und die *gentrification*, die Suburbanisierung und der *urban sprawl*; Prozesse, die man entweder in der Tradition der Chicagoer Schule als *natural history* oder in polit-ökonomischer Dechiffrierung des "Naturwüchsigen" als Kapitalverwertung und deren soziale und baulich-räumliche Implikationen begrifflich erfäßt.

Gegenüber dieser "klassischen" stadtsoziologischen Perspektive möchte ich im Folgenden die Relevanz der Architekturdiskussion für die stadtpolitischen Weichenstellungen aufzeigen. Die städtebauliche Debatte gilt es kulturtheoretisch ernst zu nehmen und zugleich, einer Denktradition von Max Weber bis hin zu Pierre Bourdieu folgend, in ihren machtheoretischen Bezügen zu erfassen. In der "negotiated order" der Stadt müssen außer den in der Regel ausschließlich wahrgenommenen politisch-administrativen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern vor allem die Professionen ernstgenommen werden, die letztlich die konkurrierenden Ideen städtischen Lebens "ins Bild" setzen: die Architekten und Planer. Zwar verfügt diese Gruppe weder über politisches noch über ökonomisches Kapital. Da aber Politiker, Beamte und Investoren wiederum über ein konsensfähiges Bild von Stadt nicht verfügen, erweist sich - um in der Begrifflichkeit von Bourdieu zu bleiben - das *symbolische Kapital* der Architekten als strategische Basis ihres Einflusses, der partiell in reale Macht umgemünzt werden kann. Die Rolle des langjährigen Leiters der Neubau-IBA, Josef Paul Kleihues, ist das für Berlin bis heute folgenreichste Beispiel einer solchen Machtbündelung. Wie das Beispiel der IBA zeigt, ist die Inszenierung von Architektur in den Medien, in Ausstellungen, Museen oder Galerien, aber zunehmend auch in "großen Ereignissen" einer "festivalisierten Politik" (Vgl. Häußermann/Siebel 1993) wie der Berliner IBA, der Olympiade in Barcelona oder der Expo in Sevilla, eine wichtige Ressource für den Einfluß von Architekten. (Ein Beispiel für Bedeutung von Inszenierungen ist die Wirkung von Philip Johnson, der nicht nur als Architekt, sondern vor allem als Ausstellungsmacher am New Yorker *Museum of Modern Art* die Architekturgeschichte geprägt hat. International Style, Postmoderne und zuletzt noch 1987 der Dekonstruktivismus verdanken ihre weltweite Präsenz auch seiner medialen Imageproduktion.)

als Argument in der Kontroverse über die politische Kultur. Als Einspruch gegen die Hegemonie der "grünen" Themen und ihr kulturelles Milieu sowie die sozialpolitischen Themen aus den siebziger Jahren fand diese Position gerade auch in der Berliner linken Intelligenz Resonanz, so in den Architekturkritiken des TAZ-Redakteurs Martin Kieren. Mit der Postmoderne wurde die Neubau-IBA, mit dem Syndrom von Kiez und Knöterich die behutsame Stadtreparatur der Altbau-IBA in Kreuzberg obsolet. Es wird weiter unten zu zeigen sein, daß die gegenwärtige Planungsdiskussion im vereinigten Berlin ohne diese Vorgeschichte in Berlin-West nicht zu verstehen ist.

Berliner Architektur in der Kritik: Indizien

Provinzialismus ist in der aktuellen städtebaulichen Kontroverse wieder ein Schlüsselbegriff der Kritiker, zu denen so gewichtige Stimmen wie Rem Koolhaas (Niederlande), Karl Forster (Schweiz), Philip Johnson (USA) oder, moderater, Daniel Liebeskind (Mailand/Berlin) zählen. Es ist auffällig, daß die Kritik auf Pläne, auf Projekte, also auf Papier zielt und nicht auf die seit Jahren zu beobachtende Bautätigkeit in der Stadt.

Vier Jahre nach dem Mauerfall ist die bauliche Entwicklung der Hauptstadt im Wartestand durch eine augenfällige Zweiteilung der Stadt gekennzeichnet, die mit einigen Ausnahmen der alten Ost-West-Teilung entspricht: Im Westen hat mit einer Vielzahl von Baustellen in Baulücken der Innenstadt innerhalb des S-Bahnringes ein spekulativer Bauboom begonnen. (Vgl. Bauwelt Nr. 17 vom 1. 5. 92) Im Osten hingegen, insbesondere in der alten Innenstadt, im Bezirk Mitte, sind große Bauprojekte, wie etwa an der Friedrichstraße und Unter den Linden, noch eher die Ausnahme. Gerade hier aber kündigt sich als Ergebnis einer aufwendigen Planungsinszenierung mit einer Vielzahl von Wettbewerben eine hochverdichtete innerstädtische Bebauung an. Zwischen den spektakulären Orten Potsdamer Platz und Alexanderplatz soll die alte Berliner Innenstadt in einer neuen Interpretation von *Berlinischer Architektur* wieder zum eigentlichen Zentrum der Hauptstadt gemacht werden. Zusätzlich werden dieses Gebiet und seine Ränder, insbesondere auf der Spreeinsel und im Spreebogen von den bundesweiten Wettbewerben zu den Regierungs- und Repräsentationsfunktionen erfaßt. Als Leitbild wird dabei innerhalb der barocken Stadterweiterung auf das bereits seit der IBA verratene Konzept der "kritischen Rekonstruktion" zurückgegriffen. Aber auch außerhalb dieses Gebietes, etwa bei der von Hans Kollhoff geplanten Hochhausbebauung am Alexanderplatz wird auf deren genuin Berlinischen Charakter verwiesen.

Die Bedeutung von Images und Leitbildern, obwohl für die Baugeschichte immer schon zentral, ist gerade in einer zusehends über visuelle Kodierungen und Distinktionen vermittelten "Erlebnisgesellschaft" gestiegen. (Vgl. Bourdieu, 1982, Ewen, 1988, Schulze, 1992) Ein Erbe der mittlerweile im architekturtheoretischen Diskurs diskreditierten Postmoderne besteht in dieser kulturellen Präsenz der Architektur im gesellschaftlichen Leben. "Architekturkonsum" ist zu einem Element der Lebensstile geworden, die zunehmend an Stelle der früheren Klassenunterscheidungen soziale Identitäten und Abgrenzungen ermöglichen. Ein erfolgreiches Modell medialer Lebensstilvermittlung ist etwa die amerikanische Serie "Miami Vice", in der die Architektur Miamis, vor allem die kommerzielle Variante des Dekonstruktivismus des Büros "Arquitectonica", das setting eines ganzheitlichen Images darstellen.

Auf diesem Hintergrund hat denn auch seit den achtziger Jahren die Architektur für die Imagebildung der Städte in der Standortkonkurrenz zwischen Regionen und Kommunen an Bedeutung gewonnen. So konnte etwa das "Neue" Frankfurt mit seiner Skyline und seinen neuen Museen erfolgreich das "Frankfurt"-Image der siebziger Jahre verdrängen. Paris profilierte sich mit der etatistischen Politik der Grands Projets und erneuerte seinen Anspruch aus dem 19. Jahrhundert als führende Metropole Europas.

Die Berliner Erfolgsbilanz der achtziger Jahre erscheint demgegenüber trotz, oder, wie Kritiker meinen, gerade wegen der IBA, ambivalent. Obwohl die internationale Resonanz und die Zustimmung in der Berliner Bevölkerung für die IBA-Politik groß waren - bei letzterer wohl gerade wegen der populistischen Momente der Postmoderne von Krier bis Moore, wiesen der eher schwache Besuch ihrer Ausstellungen 1984 und 1987, das nachlassende Interesse seitens der Politik und die zunehmende Kritik in der Fachöffentlichkeit auf die Grenzen dieses Versuchs einer architekturpolitischen Imagebildung der Stadt hin. Der rasche Verfall der kulturellen Halbwertszeit der Postmoderne ließ viele noch im Bau befindliche IBA-Projekte bereits als überholt erscheinen. Die neuerliche Besinnung auf die visionäre Kraft der klassischen Moderne und ein emphatisches Urbanitäts- und Metroplenenverständnis führte zu einem fast rituellen Vergleich Berlins mit anderen Metropolen, etwa Paris, New York oder Mailand. In dieser Diskursdramaturgie war das Verdikt über den Provinzialismus der subventionsabhängigen Halbstadt unausweichlich. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden mit diesen kulturellen und urbanistischen Leitbildern zugleich neue gesellschaftliche und politische Positionen bestimmt: Die Ästhetik der Großstadt diene

Interessanterweise stößt nicht so sehr der Wildwuchs spekulativer Architektur in den westlichen Innenstadtbereichen auf das Interesse der Architektur- und Städtebaudiskussion, sondern das entstehende Leitbild Berliner Architektur, in dem der *Genius Loci*, so die Kritiker, nur noch als rückwärtsgewandter, innovationsfeindlicher Traditionalismus beschworen werde. Die Kritik moniert vor allem die traditionalistische, provinzielle und ängstliche Fixierung des städtebaulichen Leitbildes auf ein überholtes Stadtmodell des 19. Jahrhunderts. Die Kritiker unterstellen, daß diese städtebaulichen Weichenstellungen den infrastrukturellen, baulichen und ästhetischen Anforderungen an eine Metropole des 21. Jahrhunderts nicht gerecht werden.

Dieses Verdikt wurde bereits 1991 von Rem Koolhaas, einem Mitglied der Jury des städtebaulichen Wettbewerbs zum Potsdamer Platz gefällt, der sich mit seiner Position dort nicht hatte durchsetzen können: "Berlin ist in genau dem Augenblick Hauptstadt geworden, in dem es politisch, ideologisch und künstlerisch am wenigsten in der Lage ist, diese Verantwortung zu übernehmen. Das Schicksal, das sich dadurch ankündigt, ist ein kleinstädtisches, altmodisches, reaktionäres, unrealistisches, banales, provinzielles und vor allem dilettantisches Bild der Stadt" (FAZ vom 16. 10. 91).

Koolhaas hatte mit dieser "fieser Attacke" (Manfred Sack in der *Zeit*, 44/91), in der vor allem der Senatsbaudirektor als Verantwortlicher der Fehlentscheidung genannt wurde, gegen die "Spielregel der Vertraulichkeit" verstoßen, so der Juryvorsitzende Thomas Sievers (FAZ vom 21.10.91) und ist seitdem - aber wohl nicht nur deshalb - im Berliner Baugeschehen nur noch am Rande präsent (Koolhaas/ Kuhnert, 1992).

In der Sache wird Koolhaas Anfang 1994, nachdem eine Serie von großen Wettbewerben die Zukunft der Berliner Mitte programmiert hat, von dem einflußreichen, mit der Planungsszene in Berlin vertrauten Züricher Architekturhistoriker Kurt W. Forster bestätigt (Die *Zeit*, 4/94) Er vermutet in den "tantenhaften" Berliner Strategien und den "wenig beeindruckenden" Wettbewerbsergebnissen eine Überforderung der lokalen Berliner Wettbewerbskultur.

Tatsächlich laufen die städtebaulichen Vorgaben, die politisch an exponierter Stelle vom Senatsbaudirektor vertreten werden, auf einen eher restriktiven Kanon von Regeln hinaus. Block, einheitliche Traufkante, steinerne Fassade und die Bevorzugung einer rationalistischen Formensprache in der unterstellten Tradition Schinkels (Kleihues) sind

Grundelemente der neuen Kodierung "Berliner Architektur". Die Befürworter dieser Leitlinien verweisen zu ihrer Verteidigung vor allem darauf, daß diese Vorgaben zum einen individuelle Architektursprachen nicht ausschließen, sondern als verbindliches städtebauliches Leitbild lediglich die räumliche Einheit hinter der Vielfalt sicherstelle. Die Individualität und Identität des "Steinernen Berlin" könne damit über alle Veränderungen und Dimensionssprünge hinweg gewahrt bleiben. Zum anderen sei die staatliche Leitbilddefinition, die sich etwa in Wettbewerbsformulierungen oder gar in Gestaltungssatzungen niederschlägt, das einzige Mittel, dem spekulativen Wildwuchs, der in anderen Metropolen, so jüngst in Brüssel, zu einer Auszehrung der urbanen Substanz der Citybereiche geführt habe, zu begegnen. Bei Anerkennung der legitimen Interessen der Investoren bleibe gleichwohl die Balance zwischen öffentlichen und privaten Belangen als Basis jeglicher Urbanität erhalten.

Planungskultur oder politische Kultur?

Regelsysteme, Leitbilder, Planungsvorgaben: in der Rhetorik gewinnen diese staatlichen Rahmenbedingungen den Status von Gemeinwohlgarantien. In der Selbstdarstellung des Senatsbaudirektors gewinnt dieses Argument eine politische Kontur: Das öffentliche Interesse der Stadt, vertreten durch den Senat und unterstützt durch die dem Gemeinwohl verpflichtete Architektenkammer, garantiert auf der Basis politisch legitimer Rahmenbedingungen durch das objektivierende Verfahren der Wettbewerbe die Einbindung der partikularen Investoreninteressen in den kommunalen Konsens. In der saloppen Sprache des Senators für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Volker Hassemer heißt dies: "den Tiger reiten".

Hinter der Saloppheit der Sprache ist, wohl durchaus gewollt, der defensive Charakter dieser Argumentation erkennbar. Angesichts des massiven Investitionsdrucks, bei gleichzeitiger rapider Verarmung der Kommune ist der Handlungsspielraum der politischen Führung und der Verwaltung begrenzt, die ohnehin große Abhängigkeit der Städte von großen Investoren scheint im wiedervereinigten Berlin potenziert. Der Dschungel der ungelösten Eigentumsproblematik und der erstmals seit Kriegsende in Berlin einsetzende metropolitane Spekulationsboom konfrontiert eine subventionsgewohnte Verwaltung mit fast unlösbaren Steuerungsproblemen. Diese einigungsbedingten Schwierigkeiten verschärfen die seit den achtziger Jahren anhaltende Tendenz zur Deregulierung, zum Rückzug der Planungsinstanzen (vgl. Häußermann/Siebel, 1993). Die grundsätzlich sinnvolle Abkehr von überspannten Planungskonzepten

hat in der spezifischen Interpretation von Privat-Public-Partnership allerdings zu einer politisch folgenreichen Einschränkung des Verständnisses von Öffentlichkeit geführt.

Als daher noch während der Wende der Berliner Senat, vorbei an den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses, den Konzernen Mercedes-Benz und Sony strategische Areale am Potsdamer Platz zum Vorzugspreis verschaffte, bestätigte dies den Verdacht, das Gemeinwohl werde mit wirtschaftlichen Interessen gleichgesetzt, diesen ausgeliefert. Der Definitionsmacht der Großinvestoren erwies eine schwache politische Führung mit Vorleistungen ihre Reverenz. Dieser Vorgang sollte in der Sicht der Kritiker seither paradigmatisch für die Berliner Planungen werden.

Um so überraschender ist es da, wie vergleichsweise erfolgreich, ohne ernsthaft von der öffentlichen Meinung, der gern beschworenen "Zivilgesellschaft", in Frage gestellt zu werden, seither die Planungsmechanik funktioniert. Es fällt auf, daß sich am ehesten der populistische Unmut der "Traditionsberliner" artikuliert, der in der *Berliner Morgenpost* publizistische Rückendeckung findet. In diesem Kontext ist wohl auch der überraschende Erfolg der Schloßattrappe zu sehen. Aus der "radikalen Mitte" kommt auch der Widerstand der Laubenpieper gegen die Bebauungspläne des Bausenators für ihre Kolonien. Für diese Ruhe, die weniger auf einen gesellschaftlichen Konsens, sondern eher auf Apathie und Rückzugsverhalten schließen läßt, lassen sich verschiedene Gründe benennen:

- o die allgemeinen Austrocknung und Erschöpfung des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses im Gefolge des staatlich forcierten Einigungsprozesses;
- o die gerade in Berlin nicht mehr überschaubare Projektfülle;
- o die eher hilflose Berichterstattung in den Medien, der es nicht gelingt, Transparenz in des Planungsdickicht zu bringen;
- o die durch die Zentralisierungstendenz der Hauptstadtplanung beschleunigte Entmachtung der Bezirke;
- o der Niedergang der Bürgerbeteiligung, die in den letzten 20 Jahren mühselig im Sog der neuen sozialen Bewegungen ein zugeständener Teil der sogenannten Planungskultur geworden war.

Dennoch: all diese Bedingungen erklären nicht hinreichend, warum die Stadtplanung des Senats angesichts des allgemeinen Mißtrauens gegenüber der "politischen Klasse" nicht bloß als "Kungelei" mit Investoren, sondern als rationaler Entscheidungsprozeß

legitimiert ist. Meinen Anfangsüberlegungen folgend, vermute ich vor allem in den mit der Fachöffentlichkeit organisierten Planungsverfahren einen wesentlichen Aspekt der Legitimationsbeschaffung: Legitimation durch Verfahren (Luhmann). Die Fachöffentlichkeit, die in Wettbewerben, Symposien und Hearings, Publikationen des Senats, Beratungsgremien wie dem "Stadtforum" von Hassemer und der "Werkstatt" von Nagel und Stimmann beteiligt ist, sorgt für die wesentliche symbolische Vermittlung der Politik. Genauer: Gerade weil die Architektenschaft, trotz ständiger Konflikte über die Deutungskompetenz mit den Senatsverwaltungen, für die Politik unverzichtbar ist, hat sie einen erheblichen Anteil am Entscheidungsprozeß. Ihr, besser gesagt einer überschaubaren Zahl von Meinungsführern, wie etwa Kleihues, Kollhoff oder Ungers gelingt die Suggestion, als Profession nicht nur ihrem Partikularinteresse, sondern vor allem dem Gemeinwohl zu dienen. Die Besonderheit der staatlich lizenzierten Architektenschaft, die in Berlin erst seit Mitte der Achtziger Jahre als Kammer mit Zwangsmitgliedschaft verfaßt ist, besteht in ihrer satzungsmäßigen Gemeinwohlverpflichtung. Vor allem die Wettbewerbe und ihre Aufbereitung in der Öffentlichkeitsarbeit leisten die eigentümliche Vermittlung interner, nicht-öffentlicher und nicht-transparenter Aushandlungsprozesse als Öffentlichkeit. Planungskultur substituiert politische Kultur, simulierte Öffentlichkeit verschafft die Legitimation von Öffentlichkeit.

Expertenkultur und politische Steuerung als Grundlage einer Gemeinwohlgarantie in der Stadtentwicklung beziehen ihre Plausibilität unter anderem nicht nur aus der von Adolf Arndt benannten Schwierigkeit, Demokratie als Bauherren zu bestimmen. Auch als Basis städtebaulicher Ordnungsrahmen oder gar konkreter Stadtgestalt scheint die Demokratie nicht die Kraft ihrer monarchischen Vorläufer zu haben. Eine politische Theorie des öffentlichen Raumes auf republikanischer Grundlage hat sich zwischen der radikalen wirtschaftsliberalen Variante privater Bodenverwertung (etwa in den USA) und einer etatistischen Ordnungsidee in der Tradition des Baron Haussmann nie entfalten können. Die einzige Möglichkeit einer empirischen und experimentellen Gemeinwohlbestimmung wäre ein diskursives, öffentliches Verfahren. Daß dieser Gedanke einer realen Bürgerbeteiligung als latente Drohung auch in der inszenierten Öffentlichkeit der Berliner Hauptstadtplanungen ernst genommen wird, zeigt die Quasilizenzierung einiger Bürgerinitiativen, die vom Senator für Bau- und Wohnungswesen als offensichtlich unverzichtbarer Bestandteil simulierter Öffentlichkeit finanziell unterstützt werden.

Planungskultur der Hauptstadt: Das Erbe der westlichen Halbstadt

Rückt man diese spezifische Inszenierung von Planungskultur in den Mittelpunkt der Interpretation, relativiert sich die gängige Sicht, der Zeit- und Investitionsdruck nach der Einigung reiche als Erklärung und Begründung für die Strategie der Senatsverwaltungen aus. Vielmehr scheint sie mir eine Kompromißlösung für eine in den achtziger Jahre herangereifte Konfliktkonstellation zwischen Senat und Architektenschaft einerseits und innerhalb der Fachöffentlichkeit andererseits darzustellen. Die Konstruktion einer "Berliner Architektur" wäre in dieser Deutung eine professionelle und politische Strategie, den Einfluß bestimmter Strömungen und Netzwerke in der Architektenschaft angesichts veränderter Bedingungen gegenüber Senat und Investoren zu sichern.

Bereits ein Blick auf die Akteure bestätigt die Plausibilität dieser Vermutung: Als Jurymitglieder oder, wichtiger, als -vorsitzende, als Mitglieder im Stadtforum und deren Lenkungsgruppe, als "graue Eminenzen", Gutachter oder Preisträger von Wettbewerben erscheint eine verblüffend kleine Zahl von Architekten, die bereits in den achtziger Jahren, teilweise sogar schon in den siebziger Jahren das Berliner Baugeschehen maßgeblich beeinflusst haben. Verallgemeinernd können bei den Akteuren zwei Generationen unterschieden werden. Zum Einen die Endfünfziger bis Endsechziger, z.B. Josef Paul Kleihues, Oswald Mathias Ungers, Jürgen Sawade, Edward Jahn oder, eher marginal, Thomas Sieverts aus Bonn. Zum anderen die ca. Enddreißiger bis Fünfziger, z.B. Hans Kollhoff, Christoph Langhof, Walter Noebel, Hilde Leon und Konrad Wohlhage, Klaus Theo Brenner, Benedict Tonon, Jasper Halfmann, Klaus Zillich. Als Theoretiker gehört Fritz Neumeyer zu dieser Generation, ebenso der für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung unschätzbare Vittorio M. Lampugnani, früher konzeptioneller Mitarbeiter von Kleihues bei der IBA und jetzt Direktor des Frankfurter Architektur museums. Die Unterscheidung dieser beiden Generationen deckt sich teilweise mit der von Lehrern und Schülern, sowohl in einem ideellen, als auch in einem realen Sinn: Vor allem der rationalistische Kölner Architekt Oswald Mathias Ungers hatte seit seiner Professur an der TU in den sechziger Jahren großen Einfluß in der Berliner Architekturszene. Zu seinen Schülern und Mitarbeitern zählen etwa Hans Kollhoff, Rem Koolhaas, Max Dudler, Walter Noebel oder Bernd Faskel, aber auch bereits der ältere Jürgen Sawade, der zusammen mit dem späteren Bauhistoriker Johann Peter Geist Assistent an seinem TU-Lehrstuhl war.

¹ Hans-Christian Müller, Jahrgang '21, war als langjähriger Senatsbaudirektor gewissermaßen ein Geburtshelfer dieser Generation: Er förderte die Berufung von Kleihues zum IBA-Geschäftsführer oder beschaffte dem noch unbekanntem Jürgen Sawade den Auftrag zum Bau des mittlerweile berühmten "Sozialpalastes" in Schöneberg. Als "graue Eminenz", aber auch als Mitglied im Lenkungsausschuß des Stadtforums ist er immer noch präsent.

Werner Durth hat in seiner Studie *Deutsche Architekten* (ders., 1987) die erstaunliche Anpassungsfähigkeit einer Architektenkohorte, Mitarbeitern von Albert Speer, von den zwanziger bis zu den sechziger Jahren verfolgt, die sich auf der Grundlage eines ungebrochenen technokratischen Selbstverständnisses opportunistisch verschiedensten Architektursprachen öffnen konnten, so etwa Hans Duxmann (Café Kranzler) oder Henrich und Petschnigg (Europa-Center).

In unserem Fall scheint es demgegenüber eine Überlagerung mehrerer Generationen zu geben, die in einem, wie unten zu zeigen sein wird, kontroversen Aushandlungsprozess, einen architekturpolitischen Konsens erzielt haben, der gegenüber Verwaltung und Investoren als symbolisches Kapital optimal verwertet wird. Das Beschwören des *Berlinischen* in der Architektur von Architekten, die "als Berliner fühlen und nicht Amerika bauen wollen" (Stummann) ist weniger die Einrichtung in den von Gilly und Schinkel geprägten *genius loci*. Vergleichbar Moeller van den Brucks Kreation eines preußischen Stils stellt sie eine kulturelle und politische Intervention dar. Unter Verwendung historischer Elemente und deren Neubestimmung findet eine "Erfindung von Tradition" (Eric Hobsbawm) statt, die auf einen in den späten sechziger Jahren einsetzenden Definitionsvorgang zurückgeht und deren letzter Höhepunkt vor ca. zehn Jahren die IBA war. *Berlinisch* meint wesentlich, das haben Kritiker wie Forster erkannt, einen normativen Kampfbegriff. Er schließt wichtige baugeschichtliche Strömungen in Berlin aus: so den Barock (der barocke Stadtgrundriss ist hingegen eine Grundlage kritischer Rekonstruktion, wird aber als aufklärerischer Rationalismus gedeutet), die Romantik und den Historismus (zwischen beiden steht etwa der gotisierende Schinkel), die Gründerzeit und den Neobarock des Kaiserreichs, den Expressionismus (bis hin zu Scharoun), aber auch - abgesehen von der Phase der "nationalen Tradition", das problematische Erbe der DDR.

Das Ausgrenzen wichtiger Gegenwartsströmungen wirkt für die Kritiker aber schwerer. Nicht das weitestgehende Fehlen der postmodernen Protagonisten der IBA wird beklagt, ihre Zeit scheint vorbei. Einzig Charles Moore konnte mit einer Siedlung, einer "neuen" Vorstadt, in Berlin-Karow ein größeres Projekt für eine privaten Entwicklungsgesellschaft konzipieren (California Dream). Auffällig indes, und hier gegen richtet sich vor allem die Kritik, ist die geringe Präsenz der städtebaulichen Richtung, die unter den Stichworten "Dirty Realism" und Dekonstruktion eine konsequente Absage an die traditionelle Stadt vertritt und an modernistische Konzepte der zwanziger, fünfziger und

am historischen Stadtgrundriss, aber auch die kulturelle Aufwertung des gründerzeitlichen Berlins, die Voraussetzung für die behutsame Stadterneuerung, wurden von ihm wesentlich befördert, obwohl der rücksichtslose Raubbau an der Stadt in den siebziger Jahren noch weiter betrieben wurde. (Vgl. Bodenschatz, 1987). Seine rationalistische Architektur (poetischer Rationalismus) wies eine Wahlverwandschaft mit der an Vitruv, Palladio und Schinkel geläuterten Position des einstigen Funktionalisten Ungers auf. Dessen Assistent an der TU, Sawade, blieb indes der älteren Richtung von Düttmann, Heinrichs und Müller treu. Sein ökonomisch reduzierter Rationalismus - sowohl in der Architektursprache, in der Bautechnik (Platte, Schotten) als auch in seiner Büroorganisation, ließ ihn zu einem investorennahe Architekten werden (Klingbeil, IBM, Otremba). Mit seinen von ihm als genuin "Berlinisch" und "urban" (z.B. französische oder Chicagoer Fenster) verstandenen Großformen blieb er eine, allerdings, etwa als Mies-van-der-Rohe Preisträger (1982), und wohl auch wegen seines ausgeprägten Machtbewußtseins, respektierte Lokalgröße. (Vgl. Konopka (Hg.) 1988) Daß er heute, mittlerweile auch Professor in Dortmund, ins Zentrum der Berliner Baupolitik rückt, u.a. als Juryvorsitzender im spektakulären Wettbewerb zum Alexanderplatz (1. Preis: Hans Kollhoff) signalisiert eine Verschiebung der Gewichte im Gefüge der Architekturpolitik.

Ende der siebziger Jahre konnte mit der von Senatsbaudirektor Müller seit Jahren betriebenen IBA endlich nach langer Inkubationszeit der städtebauliche Paradigmenwechsel auch institutionell umgesetzt werden: in einer von der Bauverwaltung unabhängigen GmbH mit eigenverantwortlichen Geschäftsführern, beschränkt auf einige begrenzte Gebiete der Stadt. Den zwei Grundthemen des neuen Paradigmas wurden je ein Geschäftsbereich zugeordnet: Die Altbau-IBA unter Hardt-Walter Hämer wurde für die behutsame Stadterneuerung in Kreuzberg, SO 36 zuständig, die Neubau-IBA unter Kleihues für die kritische Rekonstruktion weitgehend zerstörter Bereiche auf altem Stadtgrundriß mit verschiedenen, aber historisch nicht beliebigen Architektursprachen. (vgl. Arch+, 1982; Hoffmann-Axthelm, 1982: 14 ff.)

Hatten seit Mitte der fünfziger Jahre bis 1970 ein starker Bausenator und von 1960 bis 1981 zwei einflußreiche Senatsbaudirektoren, Düttmann und Müller, beraten von einem Planungsbeirat, an der Spitze einer autoritären und technokratischen Bauverwaltung eine subventionsabhängige Baukultur gesteuert, so war mit der IBA ein staatsähnliches Instrumentarium in relativer Eigenregie als Einfluß- und potentielles Machtzentrum neben der Verwaltung geschaffen worden. Als informelles Netzwerk stellt es auch heute noch

sechziger Jahre anknüpft, ohne aber das "Chaos Stadt", wie noch die klassische Moderne, einer rationalen Ordnung unterwerfen zu wollen. Städtebau im herkömmlichen Sinne erscheint dieser Position, die etwa in den Niederlanden und Frankreich einflußreich ist, nicht mehr möglich. An seine Stelle tritt eine komplexe, langfristige Organisation vernetzter Nutzungen und Abläufe in wirtschaftlichen Großräumen, der Auflösung der alten Stadt wird ohne Nostalgie Rechnung getragen. Daß ausgerechnet der führende Theoretiker dieser Position, Rem Koolhaas, mit seinen Vorstellungen in Berlin gescheitert ist, daß zudem Mitglieder der jüngeren Berliner Architektengeneration, die seiner Haltung nahe standen, vor allem Hans Kollhoff und der Theoretiker Fritz Neumeyer (vgl. Arch+, 105/106; archithese, 1/90) auf den neuen "Berlinischen" Konsens eingeschwenkt sind, macht die nicht nur architekturpolitische Brisanz der Berliner Weichenstellungen deutlich. Berlins Entwicklung scheint von der zukunftsorientierten westlichen Metropolitendiskussion wegzudriften: es wird, liest man zwischen den Zeilen der Kritiker, nicht nur provinzieller, sondern preußischer, konservativer, autoritärer. Da in der jüngeren Westberliner Architekturszene spätestens seit Mitte der achtziger Jahre die Polemik gegen die Idee der alten, europäischen Stadt mit einer normativen Aufwertung eines "chaotischen" Ideals von Metropole (New York, Tokio) einherging, scheint der neue Konsens eine Niederlage der "Jungen" zu signalisieren. Insbesondere Kollhoffs "Konversion zur Konvention", so Rudolf Stegers in Arch+ 117 (Juni 1993), seine "Rückkehr zur Halbzeit der Moderne" erscheint unverständlich, da Kollhoff zumindest bis zum städtebaulichen Ideenwettbewerb zum Potsdamer Platz 1991 als unbestrittener Wortführer der innovationsfreudigen "Jungen" galt. (vgl. Stegers, 1991) Mittlerweile ist der Dissens innerhalb dieser Generation offenkundig (Arch+ 118, 1993). Einer soziologischen Sicht auf die städtebauliche und architektonische Diskussion seit den achtziger Jahren, die diese immer auch als Diskurs um Einfluß und Macht versteht, erscheint die umstrittene Wende der neunziger Jahre indes nicht ganz so überraschend.

Generationen sind vor allem Erfahrungsgemeinschaften. Die ältere Generation der Berliner Architekturszene war von den Themen der sechziger Jahre geprägt: Negation der alten Stadt, daher radikale Kahlschlagsanierung, Bau von Großsiedlungen unter dem Stichwort "Urbanität durch Dichte" und eine monumentalisierende "harte", spätfunktionalistische oder brutalistische Architektursprache, eine am Individualverkehr orientierte, flächenverbrauchende Verkehrsplanung (Stadtautobahnen) (vgl. Müller-Raemisch, 1990). In Berlin gehörte Kleihues zu den ersten Kritikern dieser Zerstörung der alten Stadt. Die Rehabilitierung des traditionellen Berliner Blocks, die Orientierung

einen Machtfaktor dar. Das gilt zunächst besonders für die Neubau-IBA. In der Person und Programmatik von Kleihues steht sie für ein Modell professioneller Selbststeuerung, das unabhängig von politischer Steuerung und Bürgerbeteiligung einer üppig dotierten Elite von Künstlerarchitekten die Definition des gebauten Gemeinwohls überläßt. Durch die Auswahl der damaligen IBA-Teilnehmer, von der Postmoderne über den italienischen Rationalismus bis hin zum Dekonstruktivismus hat sich Kleihues ein bis heute nicht gerissenes internationales Netz von Beziehungen geschaffen, das man in der Sprache Bourdieus als akkumuliertes symbolisches Kapital charakterisieren kann.

Trotz einer ähnlich autokratischen Verfassung hat die Altbau-IBA, jetzt als privatwirtschaftliche Sanierungsbetreuung (S.T.E.R.N.), vor allem im Berliner Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg, aber immer auch noch in Kreuzberg tätig, ein anderes Erbe von Planungskultur hinterlassen. Kritische Rekonstruktion bei Kleihues hieß Baukunst ohne Rücksicht auf vorhandene Sozialmilieus. (Hoffmann-Axthelm, 1982) Das Genieprinzip des Künstlerarchitekten war mit einem diskursiven Verständnis von Stadtplanung, das auch die Nutzer einbezieht, nicht vereinbar. (Fritz, 1988). Demgegenüber bedeutete behutsame Stadterneuerung bei Hämer war hingegen nur in Zusammenarbeit mit den Bewohnern vor Ort möglich. Stadterneuerung hatte hier die Bewahrung und Stärkung vorhandener Sozialstrukturen zum Ziel. Wenn sich in der gegenwärtigen Planungskultur die Kontinuität der Kleihues-Linie und zugleich der defensive Rückzug der Hämerschen Position beobachten läßt, so ist dies durch die Hauptstadtplanung gewiß forciert worden. Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre jedoch hatte sich die Westberliner Planungskultur in diese Richtung entwickelt.

Bereits zu dieser Zeit verblaßte der Mythos des Berliner Modells von Bewohnerbeteiligung. (Dieser, 1990) Die konsensstiftende Kraft etwa der Erneuerungskommissionen der Altbau-IBA in Kreuzberg hatte von der Existenz einer lebendigen Stadteilkultur gelebt und nicht von der planungsrechtlich abgesicherten Mitsprache der Betroffenen in der IBA. Das Verhältnis von planerischer Professionalität und Nutzerbeteiligung, das Kleihues elitär aufgelöst hatte, wurde auch für die aufgeklärt paternalistische Basisorientierung Hämers problematisch. Sein Verständnis von Planungskultur lehnte parasitär von der politischen Kultur des Bezirks. Mitte der achtziger Jahre hatte sich die Kiezkultur Kreuzbergs jedoch zu einer defensiven Enklave "alternativer" Szenen zurückgebildet, von der weiterführende Impulse nicht mehr ausgingen. Auch die Altbau-IBA, die vom CDU/FDP Senat keine Unterstützung erhielt, konnte neue Leitideen der Stadtentwicklung nicht mehr lancieren, die der neuen

Metropoleneuphorie in der politischen Festivalkultur Berlins noch hätten antworten können. Während die Neubau-IBA als "großes Ereignis" noch medienwirksam verkauft werden konnte, geriet dem neuen Zeitgeist das Syndrom von Behutsamkeit, Betroffenenbeteiligung, Basispolitik und Kiezkultur zum Synonym von Provinzialismus.

Metropole oder Provinz: Vordergründig wurde dieser Gegensatz zum Leitmotiv der Westberliner Selbstbespiegelung in den achtziger Jahren. Bereits 1984 war das Metropolenthema auf der städtische Bühne inszeniert worden. Die jungen Architekten Hilde Leon und Konrad Wohlhage, heute anerkannte Vertreter des "modernistischen" Flügels der "Jungen", hatten in einer vielbeachteten Ausstellung über "Die Zukunft der Metropolen" in der TU Berlin den Vergleichsmaßstab vorgegeben, an dem seither der Berliner Provinzialismus beklagt werden sollte: Paris, London, New York. Der jüngeren Architektengeneration bot der international verbreitete Metropolendiskurs, der vermutlich auch eine Reaktion auf die zunehmende weltweite Konkurrenz von Wirtschaftsräumen war, das kulturelle Umfeld für die Verbreitung einer neuen Stadtidee. "Großstadtarchitektur" wurde gegen die parzellierte Kleinteiligkeit der kritischen Rekonstruktion gesetzt. Das Hochhaus wurde zum favorisierten Gegenbild des Berliner Blocks. Kollhoff und Langhof, der etwa neben dem Steglitzer Kreisel ein fast doppelt so hohes ("eleganteres") Turmhaus errichten wollte, wurden zu Meinungsführern dieser Bewegung.

Deren "Gegner", die Protagonisten der Neubau-IBA, hatten jedoch, was damals im Getümmel unterging, die Herausforderung bereits angenommen und waren ihr geschickt entgegengekommen. Einerseits hatten sie die jüngere Generation mit Projekten beteiligt, so Kollhoff, Langhof, Brenner/Tonon, später auch die radikaleren Dekonstruktivisten wie Zaha Hadid oder OMA. Noch 1987 konnte Daniel Libeskind mit einem "Wolkenbügel"-projekt einen der letzten IBA-Wettbewerbe gewinnen. Aber auch in der Sache hatten Kleihues und Ungers ihre Idee der europäischen Stadt mit dem Hochhaus versöhnt - und beide in Frankfurt auch gebaut. In einem Ideenwettbewerb zum Kulturforum schlug Ungers einen Wolkenkratzer am damals noch nicht zugänglichen Potsdamer Platz vor, der zu diesem Zeitpunkt als Teil des "Zentralen Bereichs" entdeckt und beplant wurde. 1985 wurde ein Wettbewerb zum Kant Dreieck in Berlin-Charlottenburg 1985 von Haus-Rucker & Co (Düsseldorf) und Kleihues mit Hochhausentwürfen gewonnen. Der mit der Ausführung betraute Kleihues mußte zwar später wegen der Widerstände eine reduzierte Variante bauen, die magische Grenze der Berliner Traufhöhe war jedoch überschritten.

Jahre entlehnte "tektonische" Formensprache, die den autoritären Gestus seines Ansatzes steigert, haben den oben zitierten Widerspruch einiger seiner früheren Mitstreiter provoziert.

Mit der Wandlung der städtebaulichen Haltung von Kollhoff ist der Kompromißcharakter der gegenwärtigen Berliner Stadtpolitik benannt. Mit dem Mauerefall war von allen unerwartet aus der Metropolensimulation Westberlins der Ernstfall Metropole geworden. Endlich waren die lang ersehnten Investoren als Garanten einer qualitativ vollen Großstadtarchitektur (so Klaus Theo Brenner) als Bauherren präsent. Die simulativ erzeugte Stadtidee fand nachträglich ihre reale Basis. In der Westberliner Zeit hatte der Metropolendiskurs keines Bezuges auf eine "Berlinische Tradition" bedurft, obwohl man sich natürlich aus diesem baugeschichtlichen Fundus bedienen hatte. In Abwehr des Berliner Provinzialismus hatte man betont den internationalen Bezug hergestellt.

Jetzt war mit den internationalen Investoren auch die Konkurrenz der internationalen Büros in der Stadt. Die Erfindung der "Berlinischen Architektur" als Abwehrstrategie der Berliner Architektenlobby, die sich bereits 1990 in einigen Stellungnahmen ankündigte, wurde auf einer Podiumsdiskussion im Mai 1991 anlässlich der vom Frankfurter Architekturmuseum übernommen Ausstellung "Berlin Morgen" öffentlich. Dort lancierte der "alte Hase" Sawade, eifrig sekundiert von dem neuen Senatsbaudirektor, aber auch schon, wenn auch noch reserviert, von Hans Kollhoff, "berlinische Ideen", die etwa Hochhäuser nur noch an wenigen Standorten zuließen (Jäger, 1991). Daß der Alexanderplatz ein solcher Standort werden würde, nicht aber der Leipziger Platz, wußte auf dieser Veranstaltung bereits der Staatssekretär Hassemers. Zu diesem Zeitpunkt scheint sich bereits die spezifische Kompromißlinie der Berlinischen Architektur abgezeichnet zu haben.

Spätestens mit der Berufung eines Senatsbaudirektors 1991 und der Weichenstellung im heftig umkämpften Wettbewerbsverfahren zum Potsdamer Platz sind die Rahmenbedingungen gesetzt. Die Linie des Senatsbaudirektors, kein Wunsch kandidat der Architektenszene, schließt die radikalen urbanistischen Visionen der Modernisten aus. Traufhöhe, Block, historischer Stadtgrundriß als Regelwerk können aber, hier setzt sich die flexible Ausdeutung der kritischen Rekonstruktion, die Kleihues und Ungers vertreten, durch, monumentalisiert und durch Großformen wie etwa Hochhäuser ergänzt werden. Kollhoff, der ursprünglich eine radikalere "amerikanische" Hochhauskonzeption vorgeschlagen hatte, ist erfolgreich auf diese Linie, die der konservativen deutschen Hochhausdiskussion der zwanziger Jahre folgt, eingeschwenkt und profiliert sich zusehends als Erbe der architekturpolitischen Strategie von Kleihues.

In einer Reihe von Wettbewerben, etwa zum Victoria-Areal (Kranzler-Eck), zu einem Hotelneubau neben dem Theater des Westens oder für eine Wohnbebauung entlang der Bahnlinie am Moabiter Werder konnten sich Hochhausentwürfe durchsetzen. Dennoch blieben die Großstadtvisionen der jüngeren Generation angesichts der Schwerfälligkeit der Berliner Planungsprozesse, vor allem aber wegen des Fehlens realer Investitionsinteressen (die Berliner Bürohäuser waren nur teilweise vermietet), Papier. In einer Vielzahl von Ausstellungen wurden radikale Visionen lanciert - ohne Aussicht auf Realisierung. In dieser Situation artikulierte sich ein zusehends ungeduldiges architekturpolitisches Selbstverständnis nicht nur der jüngeren Architektenschaft. Gegen die Bauverwaltung und die Politik wurde - mit Unterstützung der Publizistik - ein unabhängiger Senatsbaudirektor gefordert, der nach dem Vorbild von Kleihues die Definitionsmacht der Profession garantieren sollte. Die Bürgerbeteiligung, gesehen als Bauverhinderung, sollte als Partikularinteresse in ihre Schranken verwiesen werden, der Anspruch auf die Artikulation des Allgemeinen der Fachöffentlichkeit reserviert bleiben. (Exemplarisch: Brenner/Tonon, o.J.: Bauwelt, 1986). Das politische Profil dieses Verständnisses von Planungskultur war somit ganz der Tradition von Kleihues verpflichtet, ein Generationsunterschied ist in der Sache kaum auszumachen.

Das Leitbild der Großstadtarchitektur der "Jungen" differierte jedoch in zwei Punkten: Zum Einen wurde die städtebauliche Idee der alten europäischen Stadt, wie sie Ungers oder Kleihues aufrechterhielten, negiert. Zum Anderen wurde Großstadtarchitektur viel stärker als monumentale Steigerung von Ausdruck und Volumen der Gebäude begriffen, eine Affinität zur alten Konzeption der sechziger Jahre wurde sichtbar. Die Großform, als kraftvoller Ausdruck kollektiver Identität oder gar eines "Gemeinschaftsgedankens" (Tonon) wurde rehabilitiert, "Urbanität durch Dichte" wieder ein Ideal. Kollhoff, der unbestrittene Wortführer dieser Tendenz, sah denn auch (auf einer Stadtführung 1988) in der Architektur des lange umstrittenen Sawade, der die "robuste" Linie der sechziger Jahre nie aufgegeben hatte, eine ihm verwandte, urbane Form. In diese Zeit fällt denn auch der Aufstieg Sawades in der Hierarchie der Berliner Architektenszene. Das Ausspielen der monumentalen Großform gegen die städtebauliche Ordnung der alten Stadt (Kollhoff, 1987) lag in der Stoßrichtung des "Dirty Realism", dem Kollhoff damals noch zugerechnet wurde. Mittlerweile eine Schlüsselfigur in der Hauptstadtplanung, hat er diese Frontstellung seit dem Wettbewerb zum Potsdamer Platz aufgegeben und - so in seinem siegreichen Wettbewerbsbeitrag zum Alexanderplatz 1993 - die Großform, z.B. das Hochhaus in die ebenfalls monumentalisierte Blockform integriert. Dies, und die aus der konservativen Strömung einer traditionellen Moderne der zwanziger und dreißiger

Literatur:

- ARCH+ 66 (1982): IBA-Halbzeit.
- ARCH+ 105/106 (1990): Chaos Stadt. Stadtmodelle nach der Postmoderne: Kollhoff, Koolhaas, Rogers, Shinohara.
- ARCH+ 118 (1993): ARCH+ im Gespräch mit jungen Berliner Architekten, S. 74-78.
- ARCHITHESE (1/1990): Dirty Realism.
- BAUWELT 44 (1986): Verfahren: Winterfeldtplatz. Ein Statement von fünf Jurymitgliedern, S. 1694-1696.
- BAUWELT 39 (1991): Die Herren mit der weißen Weste am Förderband Berlin Mitte.
- BAUWELT 17 (1992): Schaufenster des Westens.
- BERLINER MORGENPOST vom 30.12.93: Hassemers: Nicht engstirnig, sondern mit Visionen die Metropole planen.
- BODENSCHATZ, Harald (1987): Platz frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871, Berlin.
- BRENNER, Klaus-Theo / TONON, Benedict, o.J.: Offener Brief an den Regierenden Bürgermeister, den Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, den Senator für Bau- und Wohnungswesen. (ca. 1987)
- DIESER, Hartwig (1990): Bewohnerbeteiligung an der Stadterneuerung, in: Kongreßbericht. Erste Stadtkonferenz Berlin. Planen. Bauen. Wohnen. 25./ 26. Juni 1990, S. 215 - 226.
- BOURDIEU, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Frankfurt/Main.
- DIE ZEIT Nr. 44/91: Fiese Attacke. Machtspiele in Berlin.
- DURTH, Werner (1986): Deutsche Architekten. Braunschweig: Wiesbaden.
- EWEN, Stuart (1988): All Consuming Images. The Politics of Style in Contemporary Culture. New York.
- FAZ vom 16.10.91: Massakrierte Ideen. Offener Brief an die Jury vom Potsdamer Platz.
- FAZ vom 21.10.91: Ärger in einer Jury. Leserbrief von Prof. Thomas Sieverts.
- FORSTER, Kurt W. (1994): Berliner Balance, in: Die Zeit, 4/94.

FRITZ, Hans-Joachim (1988): Künstlerarchitekt und Nutzer, in: Bauwelt H. 20, S. 834-837.

HÄUBERMANN, Hartmut/ SIEBEL, Walter (1993): Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik, in: dies. (Hg.): Festivalisierung der Stadtpolitik, Leviathan, Sonderheft 13.

HÄUBERMANN, Hartmut/ SIEBEL, Walter (1993): Wandel von Planungsaufgaben und Wandel der Planungsstrategie - das Beispiel der IBA-Einscher Park, in: Jahrbuch Stadterneuerung 1993, Berlin.

HOFFMANN-AXTHELM, Dieter (1982): Architektur und Stadterneuerung, in: Arch+ 66. a. a. O., S. 14-17.

JÄGER, Falk (1991): Nerven behalten, in: Der Tagesspiegel, 16.5.91.

KOLLHOFF, Hans (1987): Architektur kontra Städtebau. Bundesallee, in: Großstadtarchitektur. City Achse Bundesallee. Sommerakademie für Architektur 1987, Hg. v. Hans Kollhoff, Fritz Neumeyer. Berlin 1989. S. 93-98.

KONOPKA, Sabine (Hg.) (1988): Architektur Szene Berlin (Jahrbuch 1), Berlin.

KOOLHAAS, Rem/ KUHNERT, Nikolaus (1992): Berlin, offene Stadt, in: Lettre International, Nr. 18, S. 39-42.

MÜLLER-RAEMISCH, Hans-Reiner (1990): Leitbilder und Mythen in der Stadtplanung 1945-1985, Frankfurt/Main, insbes. der Abschnitt "Urbanität durch Dichte" S. 59-96.

SCHULZE, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Frankfurt/Main; New York.

STEGERS, Rudolf (1991): Die doppelte Downtown: Hans Kollhoffs Pläne für Berlin, in: ARCH+ 107, S. 20.

STEGERS, Rudolf (1993) Konversion zur Konvention: Hans Kollhoffs Rückkehr zur Halbzeit der Moderne, in: ARCH+ 117, S. 12-14.

Prof. K.-D. Keim

Hauptstadt versus Region: Was entsteht aus dem Zusammenwirken von Transformations- und Restrukturierungsprozessen?

Thesenpapier

Um die gegenwärtigen Umbrüche und Anläufe in der Region Berlin-Brandenburg angemessen erfassen zu können, ist ein Bezugsrahmen zu wählen, der sowohl die Besonderheiten der Transformationsprozesse beleuchtet als auch die parallel stattfindenden Restrukturierungsprozesse.

Eigenarten und Wirkungen der Transformationsprozesse resultieren aus dem Zusammenbruch der "realsozialistisch" bestimmten gesellschaftlichen Institutionen und wirtschaftlichen Betriebe - beides kräftig unterstützt durch die rigorose Vereinigungspolitik seit 1989. Läßt man Ausnahmen beiseite, so ist dieser Prozeß bis zur Gegenwart überwiegend durch Zerfallerscheinungen und Orientierungslosigkeiten geprägt. Die Region ist aber auch gleichzeitig Objekt der (postfordistischen) Restrukturierungsprozesse, verbunden mit der Frage, welche Bedeutung Berlin-Brandenburg im Rahmen der europäischen Gesamtentwicklung und im Rahmen der Herausbildung neuer ökonomischer Strukturen erlangen kann. Hierzu läßt sich keine Gesamttendenz feststellen; es könnte sein, daß durch die Sogwirkung der Hauptstadt Berlin eine prosperierende Phase der Restrukturierung einsetzt, während das strukturell diametrale Brandenburg mehr und mehr kompensierende Funktionen für die übergeordnete Metropole zu übernehmen hat. Doch dies ist ungewiß.

Ich benutzte die klassischen drei Weber'schen Dimensionen (ökonomisch, kulturell, politisch), um sowohl die erkennbaren Transformations- als auch Restrukturierungsprozesse zu kennzeichnen. Meine These: Sowohl innerhalb jeder dieser drei Dimensionen als auch zwischen den Dimensionen lassen sich höchst widersprüchliche Strukturveränderungen und Praktiken identifizieren, die in ihrer Gesamtwirkung Polarisierungen/Disparitäten verstärken und die Insuffizienz der sich nahezu blockierenden politischen Steuerungsaktivitäten bloßlegen.

Das strukturelle Gefälle zwischen Berlin und Brandenburg ist enorm. Nach klassischer Diktion handelt es sich um eine funktionale Region, die durch eine starke Polarisierung zwischen Zentrale und ländlichem Raum gekennzeichnet ist. In der Raumordnungsdebatte wird die These vertreten, Berlin erhalte starke Antriebskräfte und entsprechende Entwicklungspotentiale für das Wiedererstehen als Metropole. Für Brandenburg wird die Meinung vertreten, daß sich ohne deutliche Interventionen die Gegensätze zwischen Berlin und Brandenburg und innerhalb des Landes weiter verstärken werden.

Ökonomisch führen die Auflösungserscheinungen aller wesentlichen Träger der DDR-Wirtschaft auf der einen Seite und der zögerlichen oder aber punktuellen Neuinvestitionen auf der anderen Seite zu einer Überlagerung von in sich widersprüchlichen Strukturwandlungen, die von den meisten Menschen als unübersichtlich, arbeitsplatzvernichtend und perspektivlos wahrgenommen werden. Die riesigen Transferleistungen der öffentlichen Hand haben bisher nur wenig Struktureffekte auszulösen vermocht. Diese skeptische Einschätzung gilt auch für

Berlin, da die Umbrüche im Ostteil der Stadt gravierend sind und sich nicht innerhalb weniger Jahre modernisieren lassen. Die Gefahr ist real, daß es sich insgesamt um eine in Zukunft entindustrialisierte oder zu schwach industrialisierte Region handeln wird.

Kulturell ist festzustellen, daß das Zerbrechen gewohnter kultureller und sozialer Muster keineswegs in neue Formen der Sozialintegration überführt werden kann. Diese Umwandlungsprozesse benötigen offensichtlich einen längeren Zeitraum von mindestens einer Generation. Das bedeutet für die Gegenwart, daß moderne kulturelle Muster und Individualisierungsprozesse im sozialen Bereich mit der Auflösung der herkömmlichen Formen in Ostdeutschland einhergehen. Die Folgen sind soziale Distanz und wachsende Agressivität. Auf einer zweiten Ebene ist zu beobachten, daß die Formulierung von künftigen Vorstellungsbildern oder Visionen allen gesellschaftlichen Gruppen und Akteuren außerordentlich schwer fällt. Es ist aber wichtig, dieses Kriterium, die Beobachtung der strukturellen Veränderungen, anzulegen, da Prozesse der reflexiven Modernisierung mit dem Zukunftsentwurf nicht auskommen. Würde darauf verzichtet, wäre die skeptische Diagnose von der "nachholenden Modernisierung" zutreffend. Kommt eine Diskussion über Orientierungen oder Leitbilder zustande, so zeigen sich auch hier höchst diametrale Gegensätze zwischen dem historisierenden Rückgriff auf Vorstellungen vor 1933 und den vagen Auffassungen über die moderne Neugestaltung einer Region, die sich als Brücke zwischen West- und Osteuropa begreifen möchte.

Politisch sind alle Formen der politischen Steuerung durch die Beteiligung von zwei Bundesländern erschwert. Die länderspezifischen Egoismen dominieren, d.h., Berlin bemüht sich, seine eigenen Potentiale zu stärken und möglichst viele Flächen für Gewerbe und für Wohnungsbau auszuweisen, während Brandenburg die politischen Absprachen mit Berlin stets an die Bedingung knüpft, dabei das gesamte brandenburgische Territorium mit seinen Strukturschwächen berücksichtigen zu müssen. Planerisch ist eine widersprüchliche Situation eingetreten: Berlin hat den Entwurf eines neuen Flächennutzungsplanes vorgelegt, der - selbstverständlich - an der Stadtgrenze abbricht; Brandenburg hat fünf Regionen gebildet, die tortenstückartig auf Berlin zulaufen und deren Institutionen gegenwärtig ihre Arbeit aufnehmen; eine gemeinsame Planungskonferenz mit Arbeitsgruppen bemüht sich seit etwa zwei Jahren mit mäßigem Erfolg darum, die notwendigen zwischenstaatlichen Vereinbarungen zu treffen und so die Planung auf eine abgestimmte Grundlage zu stellen. Im Hinblick auf das zu erwartende gemeinsame Bundesland wird auch parteipolitisch viel taktiert, geht es doch um Mandate und andere Verbunde. Die kommunale Ebene ist weiterhin stark geschwächt; die notwendigen regionalplanerischen Aktivitäten im Sinne einer "Bottom-up"-Strategie kommen nur ganz allmählich zustande (dem korrespondiert eine überfällige Neugliederung der Bezirke in Berlin, die ebenfalls nicht vorankommt).

Raumordnerisch, förderungspolitisch und stadtpolitisch interessant ist der Versuch, in größerer Entfernung von Berlin mit sechs bis sieben Städten ein Netzwerk zu bilden, das eine strukturierende Wirkung für die brandenburgische Entwicklung ausüben soll. Dieses mit dem Etikett "dezentrale Konzentration" versehene Leitbild ist im Dezember 1992 von Berlin und Brandenburg gemeinsam politisch beschlossen worden, wird aber höchst unterschiedlich definiert und ist noch nicht in seine Realisierungsphase eingetreten. Ich werde dazu mündlich einige weitere Gesichtspunkte vortragen.

Gesellschaft für Projektsteuerung im Städtebau mbH Friedrichstraße 209 · 1000 Berlin 61 · 030 - 2510116

Thesenpapier zum Kurzreferat

"Neue Formen der Planungsmanagements" anlässlich des "Berlintages" der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am 22.04.94

1. **Veränderte Rahmenbedingungen**
 - 1.1 Die Aufgaben des Städtebaus haben sich durch den Beitritt der Neuen Bundesländer quantitativ erhöht und qualitativ verändert.
 - 1.2 Der Sparzwang der öffentlichen Haushalte führt zu massiven Engpässen bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Städtebau.
 - 1.3 Diese veränderten Rahmenbedingungen zwingen die Gebietskörperschaften zu zunehmender Kooperation mit privaten Investoren und Dienstleistungsunternehmen und umgekehrt. Das Bau- und Planungsrecht versucht durch neue Instrumente darauf zu reagieren.
 - 1.4 Die öffentlichen Aufgaben des Städtebaus unter obigen Bedingungen erfordern die Konzentration auf das Setzen von verlässlichen planungspolitischen Rahmenbedingungen und überlokalen infrastrukturellen Voraussetzungen für private Investitionen. Dies fördert Zentralisierungstendenzen und schwächt die Dezentralisierung. Die Konflikte zwischen ministerialer und kommunaler Ebene wachsen.
2. **Neue Aufgabenfelder**
 - 2.1 Die öffentlichen Aufgaben im Städtebau liegen vornehmlich bei:
 - der Entwicklung von Flächennutzungsvorgaben,
 - der Setzung von Prioritäten bei Großprojekten in Abstimmung mit dem Ausbau der Infrastruktur,
 - verbindlichen Vorgaben für die Innenstadtentwicklung bis hin zu Gestaltungsvorgaben und Nutzungskonzeptionen,
 - Schaffung von verlässlichen mittel- bis langfristigen Vorgaben und Finanzierungsrahmen für die Sanierung und Entwicklung von gründerzeitlichen Altbauquartieren und Großsiedlungen,
 - Entwicklung von neuen Formen öffentlich-privater Zusammenarbeit bei Großprojekten von der Planung über die Gebietserschließung bis zur Finanzierung der Infrastruktur.
 - 2.2 Die traditionellen Aufgaben privater Entwickler, Investoren und Dienstleister erweitern sich um
 - die Mitwirkung bei der Schaffung des Bau- und Planungsrechts,
 - die Bodenordnung, Freimachung und ggf. Erstellung der planungsgebietsbezogenen Infrastruktur,
 - die Koordination der Vielfalt der Planungsbeteiligten, insbesondere der öffentlichen Hand,
 - die Beteiligung an neuen Kooperationsformen mit der öffentlichen Hand.

Dies führt zu einem neuen Typus von privaten Entwicklungsgesellschaften, die sich grundlegend vom typischen Bauherrn und Bauträger unterscheiden.

3. Neue Formen des Planungsmanagements

3.1 Die traditionellen Formen des Planungsmanagements, wie sie bisher von den Gebietskörperschaften federführend mit den Instrumenten des BauGB (Flächennutzungspläne, B-Pläne, Umlenungsverfahren) und durch Sicherung der Infrastruktur über den Haushalt durchgeführt wurden, werden den Aufgaben des Städtebaus unter veränderten Bedingungen nicht mehr gerecht.

3.2 Planungsmanagement und Projektsteuerung, insbesondere bei größeren Bauvorhaben, erfordern frühzeitige Zusammenarbeit zwischen der planenden Verwaltung und den privaten Entwicklern und Investoren, um die erforderliche Planungs- und Investitionssicherheit zu schaffen - sogenannte private-public-partnership-Projekte, wie sie in den USA, Frankreich, England und Holland seit den 70er Jahren bekannt sind.

3.3 Die Neufassung des BauGB bietet hierfür Instrumente an wie:

- den Vorhaben- und Erschließungsplan,
- den städtebaulichen Vertrag,
- städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen.

All diese Instrumente zielen auf die mit öffentlich-rechtlichen Verträgen abgesicherte Beteiligung von Grundstückseigentümern und Investoren an der Planung, Baureifmachung und der Mitfinanzierung der Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen ab.

3.4 Über diese planungsrechtlichen Instrumente hinaus ergeben sich weitere Kooperationen zwischen öffentlicher Hand und Privat durch

- die Einschaltung von privaten Büros und treuhänderisch tätigen Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaften zur Entlastung der personellen und z.T. auch der finanziellen Engpässe bei der planenden Verwaltung,
- die gesellschaftsrechtliche Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privaten Entwicklern/Investoren zur Begrenzung und Teilung des Entwicklungsrisikos,
- die private Zwischen- bzw. Endfinanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen von Leasing- bzw. Mietkaufverträgen bzw. sonstiger Verträge zur aktuellen Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Für die öffentliche Hand bedeutet dies eine frühzeitige Abgleichung öffentlicher und privater Interessen im Sinne verbindlicher, ressortübergreifend abgestimmter Ziele.

4. Erfahrungen eines privaten Dienstleisters

Zusammenfassend lassen sich die Erfahrungen von ProStadt als Dienstleister im Planungsmanagement sowohl für die öffentliche Hand als auch für private Entwickler und Investoren wie folgt zusammenfassen:

- 4.1 Zeit- und kostenaufwendige Koordinierungsaufgaben, sowohl zwischen den beteiligten Verwaltungen wie zwischen Verwaltung und privaten Entwicklern/Investoren werden zunehmend auf den Privatsektor verlagert und führen dort zu neuen Aufgabenbereichen und veränderten Handlungsmustern.
- 4.2 Die fehlenden Erfahrungen in der Anwendung der neuen planungsrechtlichen Instrumente und sonstigen öffentlich-privaten Koordinationsformen erfordern mehr private Initiative und interessensungebundene Vermittler und Berater zur Initiierung privat-öffentlicher Zusammenarbeit. Sowohl auf öffentlicher wie auf privater Seite bedarf dies einer Rollenerweiterung sowie der erhöhten Entscheidungs- und Risikobereitschaft.

4.3 Planungsmanagement als Dienstleistung erfordert

- profunde Kenntnisse in allen Bereichen der Baureifmachung von Grundstücken und Zugriff auf Kooperationspartner in den beteiligten Fachgebieten,
- Erfahrungen bei der Koordination von komplizierten Entscheidungsprozessen bei einer Vielzahl von Beteiligten mit unterschiedlichen Interessen,
- Innovation bei der Entwicklung von Verfahrensweisen und Alternativen zur Kompromißbildung,
- die stringente Wahrung der Interessensneutralität, um als Vermittler zwischen unterschiedlichen Interessen fungieren zu können.

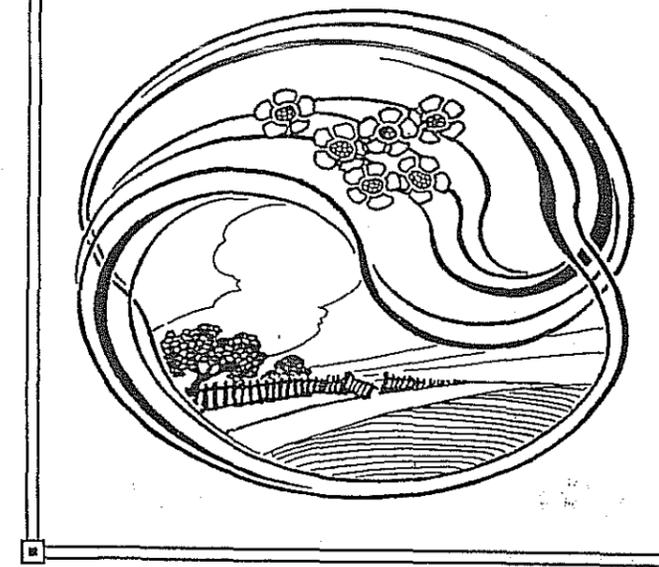
Berlin, den 21.03.94

R. Emenlauer

Sommerabend.

Sommerabend. -
 Weich und warm die Luft;
 Fern von Gärten ein verirrtter Duft,
 Mattbell noch die weiten Himmelsfluren,
 Sie und da von Sternen blasse Spuren;
 Auf der Straße Peitschenknall und Lärmen,
 Knaben, die um junge Mädchen schwärmen;
 Vor den Türen spielen Kinder Reifen,
 Ruffder klopfen ihre Tabakspfeifen;
 Stahlfrogger, die auf Liebe finnen,
 Mühen redlich sich um Radlerinnen, . . .
 Und um alle weiche, warme Luft,
 Und von Gärten ein verirrtter Duft.

L. Jacobowski.



"Wir leiden weiter, aber auf einem höheren Niveau"

Befunde einer Panelstudie in einer thüringischen Mittelstadt

I. Ausgangspunkt und Fragestellung

Der plötzlich einsetzende gesellschaftliche Transformationsprozeß von einem staatssozialistischen in ein marktwirtschaftliches System westlicher Prägung stellt eine ungeahnte Herausforderung an die Sozialwissenschaften dar, auf die von verschiedenen Seiten in unterschiedlicher Weise Antworten gesucht werden. Offe spricht von einem "forschungspragmatischen Glücksfall, der vor unseren Augen ein 'natürliches Experiment' von Dimensionen ablaufen läßt, die unter Laborbedingungen' auch nicht annähernd zu produzieren wären." (Offe 1991, 77). Dieses gigantische soziale Experiment wird nun ganz unterschiedlich begleitend erforscht: sei es durch einen jetzt möglichen Blick in die jüngste Geschichte der zusammengebrochenen DDR-Gesellschaft, um die revolutionäre Umwälzung historisch zu erklären, sei es durch zeitkritische, häufig essayistische theoretische Interpretationsversuche oder auch mit zögerlich anlaufenden empirischen Analysen zum Wandel von Institutionen und Lebensweisen der Bevölkerung mit mehr oder weniger zaghaften prognostischen Versuchen.

Die experimentelle Situation ist nun insofern einzigartig, "als das gesamte Institutionen- und Rechtssystem schlagartig ausgetauscht wird, aber die Mentalitäten, die eingeübten Verhaltensweisen und die subjektiven Befindlichkeiten zunächst weiter bestehen." (Lepsius 1991, 72). Das wird im Kern gestützt von den psychoanalytischen Thesen von Maaz, der behauptet, die charakterlichen Deformationen der DDR-Bürger wären so tief verwurzelt, daß sich "zwei polar entgegengesetzte Sozialisationen" (1991, 90) gegenüberstehen, deren Gegensätzlichkeit erst durch eine neue Generation überwunden werden kann. Dennoch ist die Mentalität keine konstante Größe, sondern in hohem Maße bis zu gewissen Tiefenschichten wandelbar, was man aus

typischen Einstellungsverläufen nach der deutsch-deutschen Vereinigung erkennen kann: So folgte der kurzen Zeit der Euphorie über den Fall der Mauer eine Zeit der Verunsicherung durch die "Abwicklung der DDR" (so der Buchtitel von Arnold und Meyer-Gosau 1992) und die Einsicht in die Stasi-Akten bis hin zu einer Phase der Enttäuschung und Resignation über den Verlauf des Vereinigungsprozesses, der heute noch anhält. Gibt es Anzeichen, die dafür sprechen, aus dem "schweren Stimmungseinbruch im Gefolge einer schweren Umstellungskrise" (Zapf 1992, 2) herauszukommen und wie sehen diese aus?

Im Rahmen einer groß angelegten noch laufenden Untersuchung des Lebenszusammenhangs einer mittelgroßen Stadt in Ostdeutschland im Wandel wurde erstmalig in der ehemaligen DDR eine Panel-Analyse auf Gemeindeebene durchgeführt¹. Dem Untersuchungsansatz, empirische Erhebungen zu verschiedenen Zeitpunkten bei identischen Personenkreisen durchzuführen, kommt - gerade in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlung und eine im Vergleich zu anderen Methoden weit höhere Analysekapazität zu, weil nur hier Umfang, Richtung und Ursachen des Intrapersonalen Wandels kontrolliert ermittelt werden können. So wurde schon vor 30 Jahren das Panel-Verfahren als unübertroffen für die empirische Analyse des sozialen Wandels gepriesen (vgl. Nehnevajsa 1963). Am bekanntesten ist gerade im Zusammenhang mit der Analyse der Vereinigungsfolgen das Sozio-ökonomische Panel, das jährlich seit 1984 in Westdeutschland² und seit 1990 in Ostdeutschland befragt wird (vgl. Projektgruppe 1991). Eine Begrenzung auf eine Gemeinde hat gegenüber nicht regional gebundenen Grundgesamtheiten jedoch den entscheidenden Vorteil, daß der sozial-räumliche Kontext überschaubar und kontrollierbar ist.

Im Juli 1991 wurde ein repräsentativer Querschnitt von 585 Gothaer Bürgern mit einem teilstandardisierten Fragebogen über das Leben in der Stadt befragt. 2 Jahre später - im Juli 1993 - konnten in einer 2. Welle noch 444 Befragte ein zweites Mal befragt werden. Die Panelsterblichkeit von 141 Personen basiert auf 17 Todesfällen zwischen den beiden Erhebungspunkten, 74 Personen waren nach außerhalb verzogen oder wurden nicht angetroffen, während 50 Personen das 2. Interview verweigerten. Das ist eine recht geringe Quote; allerdings hatten wir auch nicht mehr erwartet angesichts der schon vor 2 Jahren geringen Verweigerungen gegenüber ost- und westdeutschen Interviewern und Interviewerinnen. Auf der ersten Tagung ost-

und westdeutscher Sozialforscher in Ladenburg wurde 1991 sogar von einer "abnormal hohen Antwortbereitschaft im Osten" gesprochen (Jaufmann u. a. 1992, 439).

In diesem Beitrag kann und soll nur über einige zentrale Befunde dieser noch laufenden Panel-Untersuchung referiert werden. Sowohl der Osten als auch der Westen Deutschlands wurde wie ein Blitz aus heiterem Himmel von dem Fall der Mauer und der anschließenden Vereinigung getroffen. Die Folgen sind auf allen Lebensgebieten seitdem durchschlagend. Daher soll zunächst im Abschnitt II der Beurteilung von Vereinigungsfolgen nachgegangen werden. Im Abschnitt III wird dann die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Dauer der wirtschaftlichen Angleichung im Wandel der Nachwendzeit thematisiert, denn sie gilt als wesentlicher Indikator für das subjektive Wohlbefinden. Sind bei dieser Beurteilung noch die anderen Ostdeutschen die entscheidende Bezugsgruppe, so treten zunehmend konkurrierend die Westdeutschen neben sie. In Abschnitt IV wird anhand eines Polaritätsprofils verfolgt, wie sich die Selbstwahrnehmung der Ostdeutschen im Verhältnis zur Fremdwahrnehmung der Westdeutschen verändert hat. Den Abschluß bildet im Abschnitt V ein Vergleich der Zukunftserwartungen der doppelt befragten Gothaer Bürger, bevor ein kurzes Fazit gezogen wird.

II. Die wahrgenommenen Folgen der Vereinigung: Einstellungsprofile

1991 und 1993 im Vergleich

Sowohl 1991 als auch 1993 wurde den 444 Personen der Gothaer Stichprobe eine Liste von Aussagen zu bestimmten Folgewirkungen der Vereinigung vorgelegt, zu denen sie ihre Zustimmung oder Ablehnung äußern sollten² (vgl. Tab. 1). Eine der Aussagen (E) nimmt Bezug auf positiv bewertete Vereinigungsfolgen, die restlichen vier Aussagen sprechen negativ bewertete Folgen der Vereinigung an.

Die größte Zustimmung erfährt sowohl 1991 als auch 1993 die Aussage A, daß mit der Vereinigung die Kriminalität in der ehemaligen DDR stark zugenommen habe. Mehr als 90% sind davon überzeugt, daß dies zutrifft, und wer 1991 schon dieser Meinung war, hält auch zwei Jahre später daran fest: nur 10,7% Meinungswechsler zwischen 1991 und 1993 belegen, daß diese Aussage mit Abstand am konsistentesten beantwortet wird (vgl. Sp. 6 in Tab. 1). Dieser Befund

spiegelt sich in den Ergebnissen anderer Umfragen wider (vgl. Spiegel spezial 1991, 79; Holst 1991, 39ff.). Dabei weist Holst zurecht darauf hin, daß der subjektive Eindruck zunehmender Kriminalität den in den Statistiken ablesbaren "objektiven" Zuwachs weit übersteigt. Aus den weiteren Daten der Gothaer Paneluntersuchung, die hier nicht ausgebreitet werden können, wird klar, daß diese einheitlich sehr hohe Zustimmung zu der Aussage A sich aus mehreren Quellen speist: erstens erfahren die Zeitungsläser im Gegensatz zur DDR-Zeit relativ genau, welche Delikte in ihrer näheren Umgebung begangen wurden; zweitens sehen sich vor allem ältere Personen durch Vandalismus und kollektives Auftreten von Jugendlichen im öffentlichen Raum als stärker kriminalitätsbedroht an; drittens werden die Arbeit und das Verhalten der Polizeikräfte sehr negativ bewertet, so daß sich zahlreiche Personen den Aktivitäten Krimineller relativ schutzlos ausgeliefert sehen. "Darüber hinaus kann diese Entwicklung auch als ein Unsicherheitssymptom angesichts des sich vollziehenden Modernisierungsprozesses in den neuen Ländern interpretiert werden" (Holst 1991, 39).

(Hier etwa Tabelle 1)

Eine ebenfalls vergleichsweise konstante Zustimmung auf dem 80-Prozent-Niveau erfährt Aussage B, die postuliert, daß im vereinten Deutschland Bürger erster und zweiter Klasse unterschieden werden können. Nur jeder fünfte wechselt innerhalb des Befragungszeitraums seine Ansicht hierzu, wobei bei den Wechslern die Tendenz zur Zustimmung leicht überwiegt. Gemessen an den Umfragen des EMNID-Instituts für den SPIEGEL (Zustimmung Ende 1990: 75%; Mitte 1991: 84%; Ende 1992: 77%; Der Spiegel, Nr. 30, 1991, 28; Nr. 3, 1993, 59) liegt das Ausmaß der Zustimmung in Gotha relativ hoch, wenn man bedenkt, daß im Unterschied zu den Spiegel-Umfragen auch die Antwortmöglichkeit "Teils, teils" zugelassen war.

Einen großen "Zustimmungs-Sprung" nach vorne macht die Aussage C, die besagt, daß mit der sozialen Sicherheit in der alten DDR etwas Erhaltenswertes verlorengegangen sei. Fast 20% mehr Befragte stimmen 1993 dieser Aussage zu, was darauf hinweist, daß drei Jahre nach der Vereinigung die vergangene DDR wieder in positiverem Licht erscheint. Trotz Erziehungs- und

Wohngeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, trotz gestiegener Renten sehnen sich viele nach einem Staat zurück, der ihnen Entscheidungen abnimmt. "Wissen Sie, früher haben wir in Sicherheit gelebt ... früher war alles vorgegeben. Der persönliche Einsatz um gewisser Dinge war kaum nötig. In positiver Hinsicht war es eben: wir wußten, es kann uns nichts passieren, ja? Jetzt ist es unsicherer geworden" (Herr S., 60 J., Rentner).

Welche Merkmale weisen diejenigen Personen auf, die 1991 diese Aussage noch ablehnten oder ihr ambivalent gegenüberstanden, nun aber ganz oder teilweise zustimmen? Die Analyse dieser Teilpopulation nach verschiedenen Faktoren bringt ans Tageslicht, daß dies ein Trend ist, der quer durch die gesamte Stichprobe geht. Weder PDS-Anhänger noch Personen, die der Vereinigung gegenüber besonders kritisch eingestellt sind, finden sich überdurchschnittlich häufig darunter.

Der zweitgrößte Zuwachs im Anteil der Zustimmenden ist bei der Aussage D ("Die Ost-Bürger kommen mit den neuen Lebensbedingungen nur schwer zurecht, denn es herrschen in vielen Bereichen chaotische Verhältnisse") zu verzeichnen. Diese Aussage findet 1993 bei nahezu zwei Dritteln der Befragten volle Zustimmung. Hierin kommt zum einen zum Ausdruck, daß viele der neuen Bundesbürger Schwierigkeiten haben, mit den komplizierten Rechtsverhältnissen und den Anforderungen der Bürokratie umzugehen. Wer nicht Bescheid weiß, fühlt sich schnell übervorteilt und als inkompetent zur Seite gedrängt wie einer der Gothaer Befragten: "Man kann zum Teil der Entwicklung nicht folgen. Wir fühlen uns wie die weißen Türken" (Hausmeister, 40 J.). Zum anderen stellt das Alltagsleben nun völlig neue Anforderungen: "Die tägliche Flut von Informationen, verlockenden Angeboten, neuen Möglichkeiten und Pflichten macht mich fertig... Es ist mir auch eine Last, daß ich jetzt auf allen Gebieten aus so vielen Angeboten wählen und mich permanent entscheiden muß" (Maaz/Moeller 1991).

Gegenläufig zur Tendenz zunehmender Zustimmung im Befragungszeitraum entwickelt sich die Antwortrate zu der Aussage E. Diese Aussage zur leistungsgerechten Entlohnung befaßt sich mit einem positiv bewerteten Aspekt marktwirtschaftlicher Systeme, und gerade in dieser Hinsicht wäre eigentlich zu erwarten gewesen, daß eine noch 1991 vorhandene geringe Vertrautheit mit oder Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Elementen einem selbstverständlicheren Umgang weicht. Dies ist aber nicht der Fall: im Hinblick auf die Aussage E wechseln rund 28% zu einer ablehnenderen Position.

Betrachtet man die Entwicklung der Antwortverteilungen dieser fünf Aussagen im Gesamtzusammenhang, so muß man zu dem Schluß kommen, daß in Gotha 1993 eine schlechtere Stimmungslage hinsichtlich der Vereinigungsfolgen herrscht als im Jahr 1991. Alle Aussagen, die negativ bewertete Vereinigungsfolgen ansprechen, erfahren im Zeitvergleich mehr Zustimmung bzw. im Fall von Aussage B eine konstant hohe Zustimmung. Umgekehrt wird der einzigen Aussage mit positiv bewerteten Vereinigungsfolgen Zustimmung entzogen. Bemerkenswerterweise macht diejenige Aussage (C) den größten "Sprung nach vorn", die die sozialen Verhältnisse in der früheren DDR aufwertet: zumindest bei einem Teil der Befragten ist eine Tendenz zur nachträglichen Verklärung der DDR-Verhältnisse unüberschbar.

Beim Versuch, die Entwicklung der allgemeinen Stimmungslage in den neuen Bundesländern von 1990 bis 1992 zu analysieren, kommt Landua zu dem Schluß: "Der Prozeß einer 'inneren Stabilisierung' und Umorientierung ist offensichtlich bis 1992 vielen Ostdeutschen gelungen. Trotz der anhaltenden und sich teilweise noch verschärfenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise hat sich die Stimmungslage der Bevölkerung nicht weiter verschlechtert. Vielmehr zeichnet sich hier insgesamt sogar eine leichte Verbesserung ab" (1993, 51). Dieser weitgehend auf Daten des SOEP-Ost zurückgehende Optimismus erfährt durch die Daten des Gotha-Panels keine Unterstützung. Dagegen weisen die Ergebnisse einer im Herbst 1993 im Auftrag der ZET durchgeführten Repräsentativhebung in den neuen Bundesländern übereinstimmend auf dieselbe Problemlage hin: "Angesichts der aktuellen Schwierigkeiten ist eine Tendenz zur Idealisierung der ehemaligen DDR unverkennbar: In ihr sieht rückblickend eine Mehrheit der Ostdeutschen ihre Sicherheitsbedürfnisse sowie das Streben nach sozialer Gerechtigkeit besser realisiert" (Hilmer/Hilmer 1993, 20).

III Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Dauer der wirtschaftlichen Angleichung

Ob eine Person mit ihren Lebensumständen zufrieden oder unzufrieden ist, hängt stark mit davor ab, wie die betreffende Person ihre eigene wirtschaftliche Lage beurteilt. In ein solches Urteil fließen in der Regel sehr viele Faktoren zusammen, deren verschiedene Wechselwirkungen

analytisch kaum zureichend bestimmbar sind. Daher ist bei diesen generellen und bereichsübergreifenden Urteilen weniger die absolute Größe als die relative Veränderung über die Zeit hinweg von Interesse. Für die Stichprobe des Gotha-Panels können solche Veränderungen über einen Zeitraum von sechs Jahren 1989 bis hin zum Jahr 1995 verfolgt werden.

Zu den beiden Befragungszeitpunkten 1991 und 1993 wurden die Gothaer Bürger gebeten, ihre wirtschaftliche Lage heute, vor zwei Jahren und in zwei Jahren einzuschätzen. Zum ersten Zeitpunkt konnten somit Werte für 1989 (retrospektiv), 1991 und 1993 (prospektiv), zum zweiten Zeitpunkt Werte für 1991 (retrospektiv), 1993 und 1995 (prospektiv) ermittelt werden. Für die Jahre 1991 und 1993 verfügen wir also über zwei Werte, und wir können so überprüfen, a) inwieweit die Zukunftsschätzungen von 1991 zwei Jahre später tatsächlich eingetroffen sind und umgekehrt b), inwieweit die rückwärts gerichtete Schätzung aus dem Jahr 1993 mit dem Urteil von 1991 übereinstimmt.

(Hier etwa Abb. 1)

Die Säulendiagramme in Abb. 1 geben die Durchschnittswerte der Urteile auf einer Skala von +5 ("Sehr gut") bis -5 ("Sehr schlecht") wieder, links oben zunächst für alle Befragten, darunter und rechts für verschiedene Einkommensgruppen.

Verfolgt man zunächst die Einschätzung der Gesamtheit der Befragten über den 6-Jahres-Zeitraum hinweg, so wird erkenntlich, daß die Gegenwartseinschätzung von 1991 am negativsten ausfällt. Aus der Perspektive dieses Jahres erschienen den Befragten ökonomisch sowohl die DDR-Zeit als auch die Verheißungen der Zukunft in einem rosigeren Licht, wobei die Mehrzahl die Erwartung hatte, daß sich bis 1993 der eigene Lebensstandard deutlich über das Niveau von 1989 hinaus verbessern würde.

Haben sich die Erwartungen aus dem Jahr 1991 erfüllt? Aus Abb. 1 geht hervor, daß die beiden Säulen für das Jahr 1993 nicht übereinstimmen: die Erwartungen waren größer als die tatsächlich eingetretene Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Dieser Befund gilt über alle Einkommensgruppen hinweg. Längst nicht alle Träume sind Realität geworden.

Sehr ähnlich sind sich dagegen die beiden Säulen für das Jahr 1991, d. h. im Rückblick aus dem Jahr 1993 erweist sich die Schätzung von 1991 als robust.

Die Höhe der für 1995 eingezeichneten Säule zeigt schließlich, daß sich die Mehrzahl der Befragten in nächster Zeit eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verspricht.

Allerdings liegen diese Zukunftsschätzungen durch die Bank nicht mehr so hoch wie die zu optimistischen Zukunftsschätzungen aus dem Jahr 1991, die inzwischen durch die Realität "korrigiert" worden sind. Trotzdem ist in keinem Falle ein Zukunftspessimismus erkennbar.

Die in der Stichprobe des Gotha-Panels gefundene Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage im Zeitverlauf stimmt überein mit den Daten des SOEP-Ost (Landua 1993, 21.41), wo im Jahr 1991 ebenfalls die größten Sorgen über die eigene wirtschaftliche Situation geäußert wurden.

Die in Abb. 1 für drei Einkommensgruppen getrennt aufgeführten Graphiken zeigen, daß die Höhe des Einkommens das Urteil über die eigene wirtschaftliche Lage beeinflusst. Bemerkenswert ist, daß sich selbst in der Gruppe mit dem niedrigsten Einkommen die gegenwärtige Einschätzung für 1993 gegenüber der zu 1991 verbessert hat und daß auch die Zukunftserwartungen insgesamt positiv gerichtet sind, wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den Gruppen mit höheren Einkommen. Nur für die Gruppe mit einem Durchschnittseinkommen von mehr als 2.000 DM gilt, daß es für sie 1991 keinen "Knick" im Urteil über die eigene wirtschaftliche Lage gegeben, sondern daß sich ihre Einschätzung im Zeitablauf kontinuierlich verbessert hat.

In diesen Einschätzungen wird ein begrenzter Zukunftsoptimismus sichtbar, der im Widerspruch steht zu der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Im Unterschied zu 1991 erwarten die Befragten des Gotha-Panels nämlich 1993, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den alten und den neuen Bundesländern erst zu einem späteren Zeitpunkt angleichen werden.

(Hier etwa Tabelle 2)

Wie die Tab. 2 weiterhin zeigt, unterliegen die Befragten in Gotha hierbei dem gleichen Trend, der in den Erhebungen des EMNID-Instituts für die Ostdeutschen insgesamt herausgefunden wurde. Ob diese Diskrepanz zwischen dem Urteil über die eigene wirtschaftliche Lage und dem Urteil zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung allerdings damit erklärt werden kann, daß sich "die ostdeutsche Bevölkerung ... dessen bewußt zu sein (scheint, d. Verf.), daß der bislang erreichte Lebensstandard nur 'geborgt' ist und daß die Leistungskraft der heimischen Wirtschaft noch nicht dafür steht" (Hilmer/Hilmer 1993, 20), erscheint ohne zusätzliche Daten zweifelhaft.

IV. Östliches Selbstbild und westliches Fremdbild im Wandel der Zeit

Um den typischen Ostdeutschen und den typischen Westdeutschen in den Augen der Gothaer Befragten zu erkennen, wurde den Befragten 1991 und 1993 eine identische Liste mit 13 Eigenschaftspaaren vorgelegt. Von den Befragten wurde erwartet, daß sie den Meinungsgegenstand (in diesem Falle Ostdeutscher und Westdeutscher) auf einem Kontinuum zwischen den vorgegebenen, polar entgegengesetzten Eigenschaften einstufen. Aus der Summe der spontanen Zuordnungen der Eigenschaften zu dem infrage stehenden Begriff fügt sich dann der Eindruck bzw. das Image vom Meinungsgegenstand zusammen. Die vier um den Mittelwert der Einschätzungen gebildeten Kurven der Polaritätsprofile sind in Abb. 2 wiedergegeben und nach dem Selbstbild der Ostdeutschen im Jahr 1991 angeordnet und zwar so, daß die positivste Selbsteinschätzung oben rechts liegt und die negativste unten links.

Aus der Sicht der Gothaer Befragten schneiden die Westdeutschen im Jahr 1991 wesentlich besser ab: In 10 von 13 Polaritäten ergibt sich für sie ein positiveres Profil, nur in drei Fällen gilt dies für die Ostdeutschen. Bei der vertiefenden Analyse fällt auf, daß Rentner, Arbeiter sowie Befragte mit niedriger Schulbildung ein überdurchschnittlich positives Autostereotyp haben, während Angestellte und Befragte mit höherem Bildungsniveau die Westdeutschen noch positiver einschätzen. Bei sieben Eigenschaftspaaren unterscheiden sich die Urteile über die Ost- und Westdeutschen markant: Westdeutsche erscheinen den Gothaer Befragten selbstbewußter, geschäftstüchtiger, entschlußkräftiger, selbständiger, weltoffener, aber auch kinderfeindlicher, überheblicher und rücksichtsloser als die Ostdeutschen. Am deutlichsten fällt der Unterschied

beim Eigenschaftspaar "selbstbewußt - unsicher" aus und spiegelt damit die Orientierungsschwierigkeiten der Ostdeutschen unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen klar wider.

Ist es zulässig, von den Antworten der Gothaer Stichprobe auf die Bewohner der neuen Bundesländer zu verallgemeinern? Dies läßt sich insofern überprüfen, als die Eigenschaftspaare des Polaritätsprofils von einer Repräsentativ-Umfrage des EMNID-Instituts in den neuen Bundesländern übernommen wurden. Der Vergleich mit den dort ermittelten Profilkurven zeigt einen weitgehend übereinstimmenden Verlauf (vgl. Spiegel spezial, Nr. 1, 1991, 12), wobei die Gothaer insgesamt etwas extremer urteilen. Dies wiederum würde mit der in der Wiederholungsbefragung des EMNID-Instituts Mitte 1991 ermittelten Tendenz zu einem extremeren Urteil bei den Ostdeutschen zusammenpassen (vgl. Der Spiegel Nr. 30, 1991, 26).

(Hier etwa Abbildung 2)

Studiert man das Polaritätsprofil für die Westdeutschen im Jahr 1991 genauer, gewinnt man den Eindruck, daß sich darin ein zwiespältiges Bild niederschlägt. Die Bewohner der neuen Bundesländer bewundern den weitgewandten, entscheidungsfreudigen und selbstbewußten Westdeutschen, werden aber gleichzeitig von einer ebenfalls wahrgenommenen Tendenz zu überheblichem, rücksichtslosem und egoistischem³ Verhalten abgestoßen, was sicherlich auf die längere Kenntnis vieler, auf den eigenen Vorteil bedachter westdeutscher Bürger, sog. 'Mantelmenschen' zurückzuführen ist. Mit diesem Topos, der wiederholt in der Befragung genannt wurde, wird der in Westdeutschland verbreitete Mantel als Symbol für Überlegenheit und Überheblichkeit verwendet. Nicht in allen Fällen erscheinen Gothaern also die Persönlichkeitszüge des typischen Westdeutschen erstrebenswert. Ein Spezialproblem stellt sicher die große Diskrepanz zwischen der selbst reklamierten Kinderfreundlichkeit und der den Westdeutschen zugeschriebenen Kinderfeindlichkeit dar. Unserer Meinung nach wird hier einerseits die intensive Kinderbetreuung in Ostdeutschland und andererseits die mangelhafte Kinderinfrastruktur und -betreuung in Westdeutschland beurteilt. "Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen - Männer

wie Frauen - bewertet die entsprechenden Maßnahmen der DDR-Führung 1990 positiv". (vgl. Landua 1992, 19).

Im ganzen kommt in dem deutlich negativeren Autostereotyp der Ostdeutschen eine soziale Unterschichtung zum Ausdruck, die durchaus mit der ökonomischen korrespondiert. Aus der Allbus-Umfrage 1991 wissen wir, daß sich die Ostdeutschen zu fast zwei Dritteln der Unter- und Arbeiterschicht zuordnen, während die Westdeutschen sich mehrheitlich (62%) der Mittelschicht zurechnen. (vgl. Noll, Schuster 1992, 539). Man kann zwar annehmen, daß mit einer objektiven ökonomischen Lebensstandardanhebung sich auch subjektiv die Unterprivilegierungen und Unterlegenheitsgefühle abmildern; aber zunächst bleibt der Befund einer subjektiv empfundenen facettenreichen Minderwertigkeit in bezug auf die westdeutsche Bevölkerung.

Umso aufregender muß der Befund des erneuten Polaritätsprofils nach zwei Jahren eingeschätzt werden, daß sich das Selbstbild der Ostdeutschen und ihr Fremdbild der Westdeutschen deutlich aufeinander zu bewegen. (vgl. in Abb. 2 die gestrichelten Linien). In den meisten Polaritäten bewerten sich jetzt die Ostdeutschen positiver (8 von 13) und die Westdeutschen werden negativer als vor 2 Jahren (11 von 13) beurteilt. Dieser Befund unterstreicht deutlicher als die vielen Momentaufnahmen der aktuellen Stimmungslage im vereinten Deutschland einen überzeugenden Nachweis der sich verringern den sozialen Distanz aus der Perspektive der Ostdeutschen. Besonders wichtig dabei ist festzuhalten, daß es sich um einen doppelseitigen Prozeß der konvergierenden Meinungsbildung handelt: nicht nur werden die Westdeutschen von dem Podest heruntergeholt, auf das sie von den Ostdeutschen vor 2 Jahren gehievt worden sind, sondern auch die Ostdeutschen selbst trauen und muten sich nun selbst mehr zu. Sie sehen sich jetzt - wenn auch noch unterhalb des Niveaus der westdeutschen Platzierungen - als deutlich selbständiger, flexibler, entschlußkräftiger und selbstbewußter als noch vor zwei Jahren. Diese Einstellungsentwicklung bei den ostdeutschen Befragten scheint aus Ihrer Sicht ein Beleg für die Perspektive Willy Brandts zu sein: "Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört". Offen bleiben muß hier, ob auch bei den Westdeutschen ähnliche Meinungskonvergenzen anzutreffen sind. Allen Unkenrufen zum Trotz läßt dieser subjektive Trendverlauf auf eine nachholende Vereinigung in den Köpfen hoffen, die über die rein politische Dimension hinausreicht.

Es muß jedoch noch etwas Wasser in den Wein dieser positiven Ausdeutung geschüttet werden, denn in drei vom ursprünglichen Selbstbild der Ostdeutschen stark negativ abweichenden Einschätzungen der Westdeutschen hat sich zwei Jahre später keine Verbesserung ergeben. Es handelt sich zum ersten um die noch kritischere Haltung in der Polarität "Kinderfeindlichkeit - Kinderfreundlichkeit". Auf Ganze gesehen, leben in der Bundesrepublik mehr kinderlose Erwachsene (vgl. Bertram 1992, 49). Aber es muß hier offen bleiben, ob darin der Grund für die negative Einschätzung der Westdeutschen liegt. Mehr zu denken gibt u. E. die Erhärtung der "Überheblichkeit" und "Rücksichtslosigkeit", die den Westdeutschen zugeschrieben wird. Diese Eigenschaften gehören zu den Akteuren einer Ellbogengesellschaft, ein Etikett, mit der die alte Bundesrepublik aus der Sicht der sozial abgesicherten und wirtschaftlich gezähmten staatssozialistischen Gesellschaft der ehemaligen DDR immer wieder belegt wird. In den letzten beiden Jahren haben die Ostdeutschen in vielen Kooperationsbeziehungen, vor allem im Zusammenhang mit der Um- und Entwertung der ökonomischen und kulturellen Standards immer wieder ihre Zweitklassigkeit und Insuffizienz erfahren. Die "Abwicklung der DDR" (Arnold und Meyer-Gosau 1992) muß diesen Eindruck hervorrufen, der sicher noch über einige Zeit stabil bleiben, jedoch letztlich nicht die Annäherung der Vorstellungsbilder aufhalten wird.

Differenziert man die Imageanalyse nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Parteipräferenz, so ergeben sich aufschlußreiche Differenzierungen. Frauen beurteilen die typischen Ostdeutschen im ganzen negativer als Männer, während die ostdeutschen Männer die Westdeutschen kritischer sehen. Bei der Parteipräferenz zeigt sich, daß die PDS-Anhänger entschieden am negativsten urteilen und zwar sowohl hinsichtlich der Ostdeutschen als auch hinsichtlich der Westdeutschen. Sie befinden sich also in einer ziemlich prekären Lage insofern, als heute keine Bezugsgruppe - weder die Ostdeutschen noch die Westdeutschen - für sie akzeptabel ist. Auf der anderen Seite verfügen die Ostdeutschen SPD-Anhänger über die positivsten Urteile über die Ostdeutschen, während die FDP- und die CDU-Anhänger die Westdeutschen am positivsten wahrnehmen. Das Merkmal Alter wirkt sich für beide Meinungsprofile ähnlich aus insofern, als die den jüngeren Befragten eigene kritischere Haltung sowohl gegenüber den Ost- wie den Westdeutschen mit zunehmendem Alter sich immer mehr ins Positive wendet.

V. Zukunftsbezogene Hoffnungen und Befürchtungen

Die gegenwärtige Stimmungslage einer Person wirkt sich zumeist auch darauf aus, ob die Erwartungen für die Zukunft eher positiv oder eher negativ gefärbt sind. Vergleicht man, in welchem Verhältnis positive und negative Zukunftserwartungen bei den Befragten des Gotha-Panels in den Jahren 1991 und 1993 stehen, so ist folgendes anzumerken (vgl. Abb. 3).

a) Rein quantitativ gesehen werden zu beiden Zeitpunkten insgesamt mehr Probleme und Schwierigkeiten als Verbesserungen und Chancen in der Zukunft gesehen. Während jedoch die Zahl der geäußerten Befürchtungen von 1991 auf 1993 um 38% von ca. 700 auf 440 (bei der Möglichkeit von Mehrfachnennungen) schwindet und die Zahl der Personen ohne jegliche Zukunftsbefürchtungen von 30 auf 124 steigt, reduziert sich die Zahl der Verbesserungen und Chancen lediglich um 9 % (von 420 auf ca. 380), so daß 1993 annähernd ein Gleichstand zwischen positiven und negativen Erwartungen erreicht wird.

(Hier etwa Abbildung 3)

b) Zu beachten ist, daß der Rückgang geäußerter Befürchtungen nicht von einem gegenläufigen Anstieg zukünftiger Verbesserungen und Chancen begleitet wird. Vielmehr steigt die Zahl jener Personen, die keine auf die Zukunft gerichteten positiven Erwartungen haben, von 26% auf 36% an. Diese Verschiebung könnte man so interpretieren, daß zwischen 1991 und 1993 ein "Normalisierungsprozeß" wirksam wird, in dessen Verlauf sowohl überzogene Befürchtungen als auch zu hoch geschraubte positive Erwartungen stärker an der sozialen Realität ausgerichtet werden: die Befragten sind in den zwei Jahren illusionsärmer geworden bei gleichzeitig schwindender Unruhe über ihre persönliche Zukunft.

c) Unter den geäußerten Befürchtungen nimmt 1991 wie 1993 der Verlust des Arbeitsplatzes die erste Stelle ein, gefolgt von der Furcht vor finanzieller Schlechterstellung. Ca. 60 % aller Nennungen beziehen sich zu beiden Zeitpunkten auf diese zwei Hauptängste. Die Furcht um den Arbeitsplatzverlust geht im Beobachtungszeitraum von 59% auf 32%, die Furcht vor finanziellen Einbußen von 34% auf 24% zurück. Die einzige Kategorie von Befürchtungen, die einen Zuwachs

wirtschaftliche Angleichung zwischen Ost und West scheint in weite Ferne gerückt.

c) Die Einschätzungen des typischen Ostdeutschen und des typischen Westdeutschen (IV.) liegen 1991 noch weit auseinander, wobei "der Westdeutsche" überwiegend Vorteile für sich verbuchen kann. Diese ungewöhnliche Diskrepanz ist zwar 1993 noch vorhanden, hat sich aber doch sichtbar verringert, indem "der Westdeutsche" weniger idealisiert und "der Ostdeutsche" weniger negativ etikettiert wird. Unter diesem Aspekt scheint es gar nicht mehr so lange zu dauern, bis sich die Befragten nicht mehr als "Bürger 2. Klasse" sehen.

d) Der Blick auf die von den Befragten geäußerten Zukunftserwartungen (V.) zeigt, daß die 1991 noch stark dominierende Zahl von Befürchtungen 1993 zurückgegangen ist, während die Zahl der optimistischen Zukunftserwartungen sich auf dem gleichen Niveau gehalten hat. Dies bewirkt, daß sich nun Hoffnungen und Befürchtungen in etwa die Waage halten. Gleichzeitig steigt der Anteil der (möglicherweise enttäuschten) "Pragmatiker", die mit der Zukunft keine besonderen Erwartungen verbinden.

Diese Befunde aus den verschiedenen Einstellungsbereichen fügen sich nicht zu einem schlüssigen Gesamtbild. Genau genommen stehen sich ein Trend zur von Pessimismus begleiteten Dramatisierung und ein weniger spektakulärer Trend der allmählichen, subkutan verlaufenden Normalisierung gegenüber. Man könnte diesen Widerspruch auch so interpretieren, daß von der ostdeutschen Bevölkerung Verbesserungen der ökonomischen Lage und ihre zunehmende Einbindung in die rechtliche, Sach- und Kommunikationsinfrastruktur der Bundesrepublik durchaus

zu verzeichnen hat, betrifft den Wohnbereich, der 1993 10% der Nennungen auf sich zieht. Hier scheinen die Sorgen zu wachsen, ob die Wohnung zukünftig nicht zu teuer wird.

d) Bei den erwarteten Chancen und Verbesserungen rangieren 1991 wie 1993 die Hoffnung auf ein höheres Einkommen und die Hoffnung auf eine berufliche Verbesserung gemeinsam ganz oben. Der Prozentsatz der Personen, die sich Chancen auf eine neue Wohnung bzw. ein Eigenheim ausrechnen, steigt von 10% auf 12%. Dagegen ist die erste große Reiselust zumindest vorübergehend gestillt: in diesem Punkt gehen die Nennungen um die Hälfte zurück.

VI. Diskussion und Ausblick

Aus den bisher dargestellten Ergebnissen zu den vier Einstellungsbereichen lassen sich folgende Haltungen und Befindlichkeiten der Bevölkerung in Gotha bestimmen:

a) Im Bereich der angesprochenen Vereinigungsfolgen (II.) kann man im Verlauf von 1991 zu 1993 feststellen, daß negativ bewertete Folgen stärkere Zustimmung und positiv bewertete Folgen mehr Ablehnung erfahren. In dieser Hinsicht trifft am ehesten der Befund der EMNID-Umfrage von Ende 1992 zu, daß nach dem Fall der Grenzmauer eine neue "Mauer in den Köpfen wächst" (Der Spiegel, Nr.3, 1993, 56).

b) In den Urteilen zur eigenen wirtschaftlichen Lage (III.) konstatieren die Befragten nach einem vorübergehenden Einbruch im Jahr 1991 im Durchschnitt eine deutliche Verbesserung und sehen der Zukunft optimistisch entgegen. Dieser Zukunftsoptimismus hält sogar an, obwohl die hochgeschraubten Erwartungen aus dem Jahr 1991 für 1993 nicht ganz in Erfüllung gegangen sind.

Im Kontrast dazu wird die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern wesentlich pessimistischer gesehen: die

wahrgenommen werden, jedoch aus diesen Tatbeständen allein keine Zufriedenheit oder positive Identifikation resultiert. Wie es eben einer der Befragten in Gotha ausdrückt: "Wir leiden weiter, aber auf höherem Niveau".

Abschließend sollen unter Rückgriff auf einige neuere theoretische Überlegungen mögliche Ursachen für diese partiell widersprüchlichen empirischen Befunde diskutiert werden. Geht man davon aus, daß sich hinter diesen Widersprüchen ein Integrationsproblem der Ostdeutschen verbirgt, so wäre zu überprüfen, wie dieser Integrationsprozeß vor sich geht. Ungeachtet der Politikerrede von der "Vereinigung der beiden deutschen Staaten", die eine politische und soziale Gleichstellung beider Bevölkerungsteile in Ost und West suggeriert, findet aus sozialwissenschaftlicher Sicht tatsächlich eine Ausdehnung westdeutscher gesellschaftlicher Strukturen und Standards auf das Gebiet und die Bevölkerung der ehemaligen DDR statt. Hierbei kommt aufgrund der Zahlenverhältnisse und der Wirtschaftskraft der Westdeutschen sowie der diskreditierten und z.T. kriminalisierten früheren politischen Herrschaft der DDR ein Majorisierungsmechanismus zum Tragen, der vielen Ostbürgern den Eindruck vermittelt, ihnen würden ohne eigenes Zutun und ohne Möglichkeiten der Einflußnahme - neue Strukturen "übergestülpt". "Die DDR ist zwar nicht 'kolonisiert' worden, denn der Beitritt zur BRD war durch demokratische Verfahren legitimiert. Die dort lebenden Bürger werden aber, ebenfalls nach demokratischen Verfahren, im vereinigten Deutschland majorisiert, da für sie ein Minderheitenschutz nicht in Sicht ist" (Kreckel 1992,). Beispielsweise sind die Ostdeutschen inzwischen ins gesamtdeutsche Verkehrssystem, ins Telekommunikationssystem, ins Tarifsystem und

ins Rentensystem einbezogen, ohne daß sie zu diesem Expansionsprozeß viel Eigenes beitragen konnten. Diese Teilhabe hat in der Zwischenzeit den Charakter des Selbstverständlichen angenommen, wobei lediglich noch unvollständige Einbezogenheit (z.B. im Fall der Lohntarifunterschiede) negative Emotionen erzeugt.

Man könnte also mit Reißig zum Schluß kommen: "Die Systemintegration ist formal vollzogen, die Sozialintegration, aber vor allem auch die politisch-kulturelle Integration noch nicht. Die kulturelle und mentale Integration wird noch bedeutend längere Zeitdauer als die soziale Integration in Anspruch nehmen.... Wie historische Erfahrungen belegen, erhält für das Gelingen eines nationalstaatlichen Integrations- und Fusionsprozesses das Problem einer gemeinsamen normativen Ordnung einen zentralen Stellenwert" (1993, 18).

Reißig hat als in der DDR aufgewachsener Sozialwissenschaftler die integrierende Kraft einer "gemeinsamen normativen Ordnung" am eigenen Leib erfahren und fordert folgerichtig eine solche Ordnung oder ein solches Wertesystem auch für den Fall der deutsch-deutschen Vereinigung ein. Dies aber genau - und dies ist die abschließende These dieses Beitrags - ist die Crux im deutschen Vereinigungsprozeß: während sich die Ostdeutschen über 40 Jahre lang in einer Gesellschaft bewegt haben, in der von der Kinderkrippe bis zum Feierabend-Heim gemeinsame (sozialistische) Werte eingeübt, oktroyiert, indoktriniert und z.T. auch internalisiert wurden, hat sich in Westdeutschland im Lauf der gesellschaftlichen Nachkriegsentwicklung ein gemeinsames Wertesystem als Integrationsmodus verflüchtigt. Diese an Brock anschließende These besagt, "daß die Stabilität entwickelter

Industriegesellschaften auf anderen Grundlagen beruht als auf einem gemeinsam geteilten Wertesystem" (Brock 1993, 178).

Gesellschaftliche Integration findet in solchen Gesellschaften wenig spektakulär im Bereich der alltäglichen Lebensführung statt, d.h. Individuen fühlen sich einer Gesellschaft zugehörig, indem sie sich der "geschaffenen Umwelt" bedienen und dabei aus den sich ihnen bietenden Möglichkeiten selektieren. "Aus Selektionsentscheidungen ergeben sich sowohl Muster der Lebensführung, die den Alltag wie auch den Lebenslauf strukturieren. Zum anderen kristallisieren sich durch Selektion auch die 'tragenden' subjektiven Sinnstrukturen heraus" (Brock 1993, 183).

Es stellt sich die Frage, wie die Bewohner der ehemaligen DDR - lange Jahre gefangen in relativ homogenen Milieus - sich mit den in der Bundesrepublik bereits durchgesetzten bzw. entstehenden pluralisierten Lebensstilen arrangieren, mit denen sie in personalen Interaktionen oder durch die Vermittlung von Massenmedien konfrontiert werden.

Mit anderen Worten: Während für die einen Deutschen gesellschaftliche Integration weitgehend zum Alltagshandeln in miteinander verzahnten Teilsystemen "geschrumpft" ist - was von verschiedenen Intellektuellen und Kirchenvertretern in regelmäßigen Abständen kritisiert wird - , sehen die anderen Deutschen diese "nackte" Systemintegration als unbefriedigend an, da sie in einer Gesellschaft groß geworden sind, in der das Wertesystem als hauptsächlicher Integrationsfaktor stark akzentuiert wurde. Auf der Suche nach neuen alternativen Werten werden sie nicht fündig und leiden darunter. Daß sie sie nicht finden, ist letztendlich keine Schuld westdeutscher Politiker oder

Versäumnis irgendwelcher "Werte-Experten", sondern Eigenheit einer im Modernisierungsprozeß weiter fortgeschrittenen Gesellschaft, deren Mitglieder zunehmend aus traditionellen Verhaltenskanons freigesetzt werden und daher umso mehr eigene Entscheidungen an die Stelle brüchig gewordener normativer Vorgaben setzen müssen. Diesem Leiden wird durch eine noch vollständigere Systemintegration - sprich: wachsende ökonomische Ressourcen und Optionen - nicht abgeholfen, es wird auch auf höherem materiellen Niveau noch für einige Zeit anhalten.

Anmerkungen:

1 Seit im Frühsommer 1990 untersuchen wir im Rahmen eines Kooperationsprojekts der Hochschulen Hagen, Hannover und Weimar den sozialen Wandel am Beispiel der Stadt Gotha. Leiter des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bis Mitte 1994 geförderten Projekts sind Prof. Dr. Ulfert Herlyn in Hannover, Dr. Lothar Bertels in Hagen, Prof. Dr. Fred Staufenberg in Weimar. Projektmitarbeiter: Dr. Peter Franz, Inge Cornelsen (M.A.), Thomas Brüsemeister (Dipl. Soz. Wiss.).

2 Als Antwortmöglichkeiten waren "stimme zu", teils, teils" und "stimme nicht zu" vorgesehen

3 Die Polarität "egoistisch-selbstlos" war nur in der ersten Befragung enthalten

Literatur

Arnold, Lutz und Meyer-Gosau, Frauke (Hg.) 1992: Die Abwicklung der DDR, Wallstein Göttingen

Bertram, Hans (Hg.) 1992: Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation, Leske und Budrich Opladen

Brock, Ditmar 1993: Wiederkehr der Klassen? Über Mechanismen der Integration und der Ausgrenzung in entwickelten Industriegesellschaften, in: Soziale Welt, 44. Jg.

Herlyn, Ulfert; Schweitzer, Ulrich; Tessin, Wulf; Lettko, Barbara 1982: Stadt im Wandel. Eine Wiederholungsuntersuchung der Stadt Wolfsburg nach 20 Jahren, Campus Frankfurt a. M.

Hilmer, Richard und Müller-Hilmer, Rita 1993: Es wächst zusammen, in: Die Zeit, Nr. 40.

Holst, Christian 1991: Ein Jahr Umfragen in den Neuen Bundesländern - Themen und Tendenzen, AG Sozialberichterstattung (WZB), Berlin

Jaufmann, Dieter; Kistler, Ernst; Meier, Klaus; Strzeh, Karl-Heinz (Hg.): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Campus Frankfurt a. M.

Kreckel, Reinhard 1992: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Campus Frankfurt a.M.

Landua, Detlef 1992: Das Jahr danach. Zum Transformationsprozeß Ostdeutschlands und seiner Bewertung aus der Sicht der Betroffenen, AG Sozialberichterstattung (WZB), Berlin

Landua, Detlef 1993: Veränderung von Zufriedenheitsangaben in Panelbefragungen. Eine Analyse über nicht beabsichtigte Effekte des Längsschnittdesigns, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 45, Heft 3

Landua, Detlef 1993: Stabilisierung trotz Differenzierung? Sozialstrukturelle Entwicklungen und wahrgenommene Lebensqualität in Ostdeutschland 1990 - 1992, AG Sozialberichterstattung (WZB), Berlin

Lepsius, Rainer 1992: Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde, in: B. Giesen und Cl. Leggewie (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Rotbuch Berlin

Maaz, Hans-Joachim 1991: Das gestürzte Volk. Die unglückliche Einheit, Argon Berlin

Maaz, Hans-Joachim; Moeller, M.-L. 1991: Die Einheit beginnt zu zweit. Ein deutsch-deutsches Zwiegespräch, Argon Berlin.

Nehnevajsa, J. 1963: Analyse von Panel-Befragungen, in: R. König (Hg.): Empirische Sozialforschung, Bd.1, Enke Stuttgart

Noll, Heinz Herbert und Schuster, Friedrich 1992: Soziale Ungleichheit: Strukturen und subjektive Bewertung, in: Stat. Bundesamt (Hg.): Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Offe, Claus 1991: Die deutsche Vereinigung als "natürliches Experiment" in: B.Giesen und Cl. Leggewie (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Rotbuch Berlin

Projektgruppe "Das Sozio-ökonomisches Panel" 1991: Lebenslagen im Wandel. Basisdaten und -Analysen zur Entwicklung in den neuen Bundesländern, Campus Frankfurt a. M.

Reißig, Rolf 1993: Transformationsprozeß Ostdeutschlands - empirische Wahrnehmungen und theoretische Erklärungen. Paper P93-001 des WPZ, Berlin.

Spiegel Spezial (Hg.) 1991: Das Profil der Deutschen. Was sie vereint, was sie trennt, Hamburg, Nr.1.

Zapf, Wolfgang 1992: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. AG Sozialberichterstattung (WZB), Berlin

Tabelle 1:
MEINUNGSVERSCHIEBUNGEN BEI GOTHAER BÜRGERN ZWISCHEN 1991 UND 1993 ZU BESTIMMTEN VEREINIGUNGSFOLGEN (Angaben in %) (1)

	Anteil voll Zustimmender 1991 (1)	Anteil voll Zustimmender 1993 (2)	Netto- Veränderung 1991 - 1993 (3)	Anteil der Veränderungs- wechslter zu mehr Zustimmung (4)	Anteil der Veränderungs- wechslter zu mehr Ablehnung (5)	Anteil der Veränderungs- wechslter insgesamt (6)
A Mit der Vereinigung hat die Kriminalität in der ehemaligen DDR stark zugenommen.	91,9	93,7	+ 1,8	5,9	4,8	10,7
B Die früheren DDR-Bürger werden im vereinigten Deutschland noch einige Zeit Bürger zweiter Klasse sein.	79,7	82,9	+ 3,2	11,4	9,1	20,5
C Mit der sozialen Sicherheit, die wir in der alten DDR noch hatten, ist etwas Erhaltenswertes verlorengegangen.	62,6	82,0	+ 19,4	26,6	6,8	33,4
D Die Ost-Bürger kommen mit den neuen Lebensbedingungen nur schwer zurecht, denn es herrschen in vielen Bereichen chaotische Verhältnisse.	57,7	64,0	+ 6,3	26,7	22,1	48,8
E Durch das neue Wirtschaftssystem ist sichergestellt, daß gute Leistungen im Beruf auch entsprechend belohnt werden.	54,3	48,0	- 6,3	18,7	28,2	46,9

Abbildung 1
EINSCHÄTZUNG DER EIGENEN WIRTSCHAFTLICHEN LAGE ZWISCHEN 1989 UND 1995
BEI VERSCHIEDENEN EINKOMMENSCHICHTEN

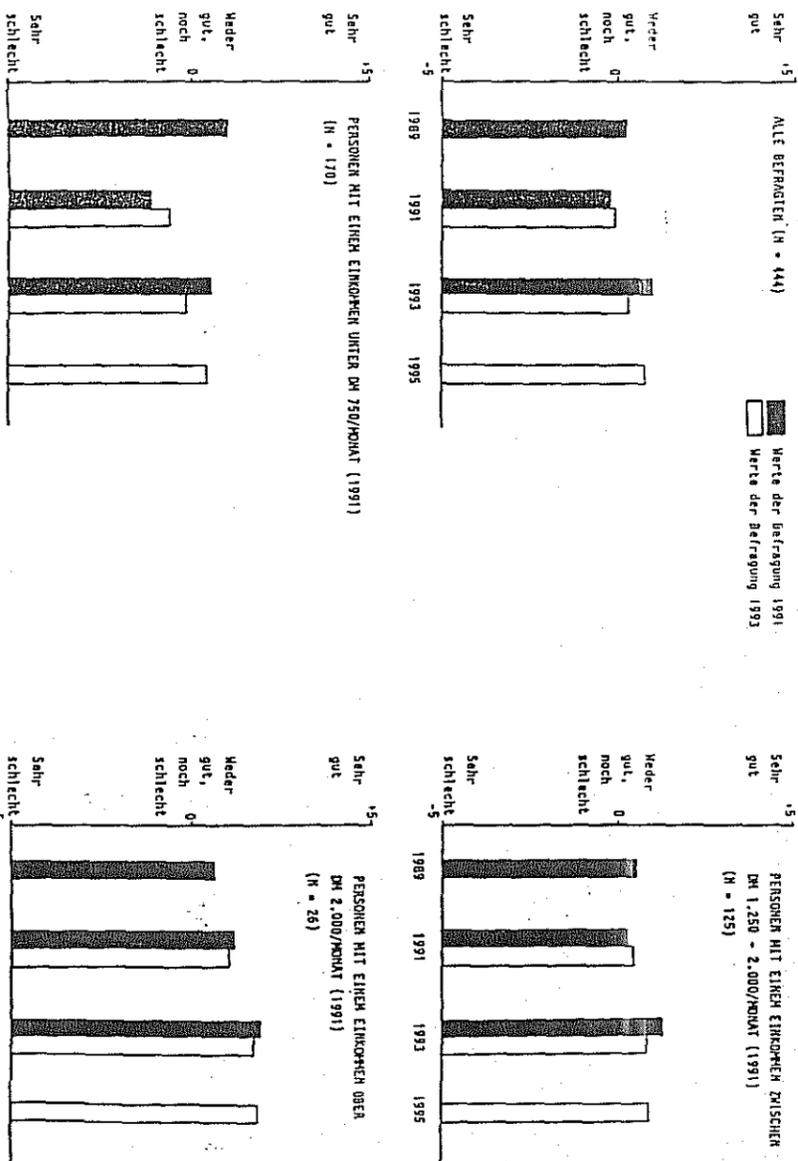
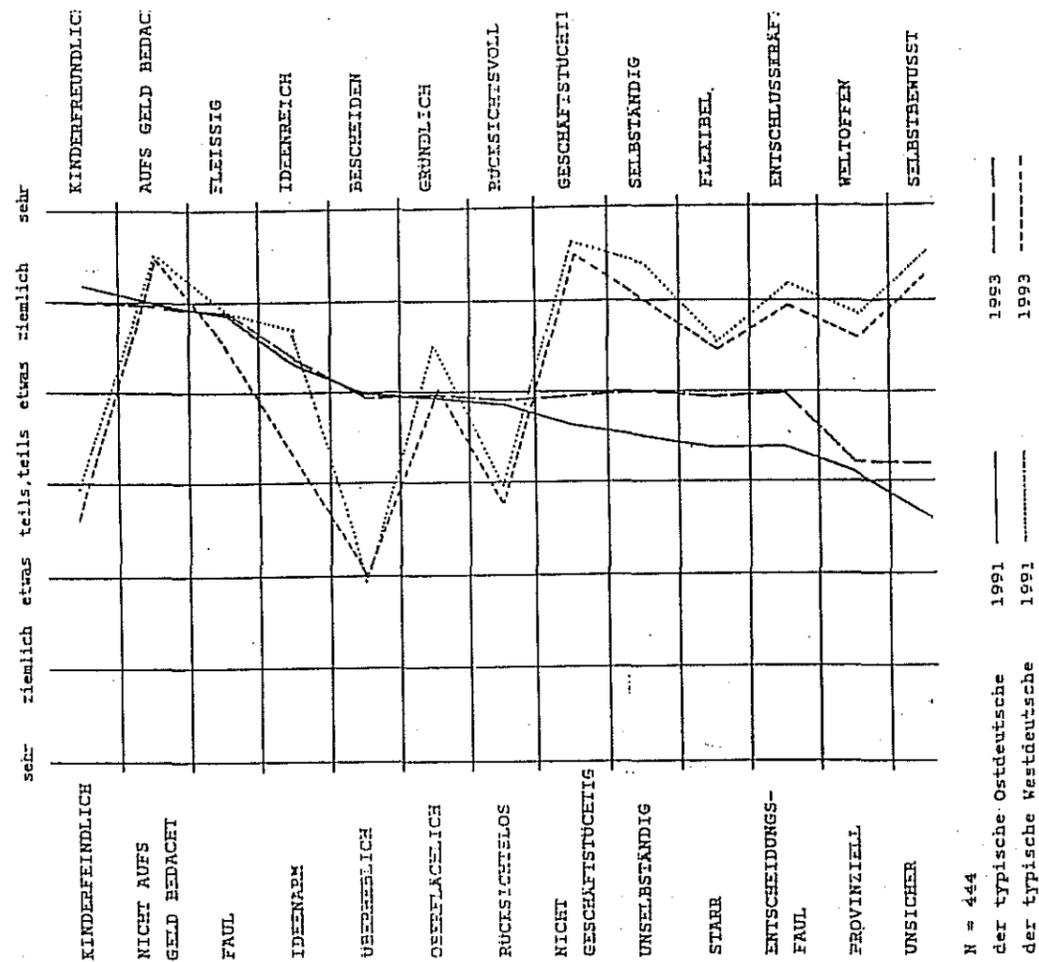


Abbildung 2
EINSCHÄTZUNG DES TYPISCHEN OSTDEUTSCHEN UND DES TYPISCHEN WESTDEUTSCHEN 1991 UND 1993
DURCH GOTHAER BEFRAGTE



N = 444
der typische Ostdeutsche
der typische Westdeutsche

Tabelle 2
ERWARTETE DAUER DER WIRTSCHAFTLICHEN ANGLEICHUNG ZWISCHEN OST- UND WEST-DEUTSCHLAND BEI DEN BEFRAGTEN DER EWNID-ERHEBUNG UND DES GOTHA-PANELS IM ZEITVERGLEICH (Angaben in %)

	Dauer der wirtschaftlichen Angleichung				Mittelwert
	1 - 5 Jahre	6 - 9 Jahre	10 Jahre	mehr als 10 Jahre	
EWNID-Umfrage 1990	47	14	35	4	7,3 Jahre
EWNID-Umfrage 1992	17	15	35	33	11,1 Jahre
Gotha-Panel 1991	31	27	29	13	8,3 Jahre
Gotha-Panel 1993	19	18	36	28	10,4 Jahre

Quellen: Eig. Erhebung; Spiegel spezial (Nr. 1, 1991, 21); Ergebnisbericht des EWNID-Instituts (1993, unveröff.).

Sozial-räumliche Probleme und Entwicklungschancen der großen randstädtischen Neubaugebiete in den neuen Bundesländern

1. Emotionsgeladene Atmosphäre der Diskussion um die Zukunft der großen Neubaugebiete

Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist es lange Zeit Mode gewesen, die Neubaugebiete als steingewordenes stalinistisches Erbe der DDR schlechthin abzustempeln und ihre Bewohner gleich mit - die Platte bot ein simples Feindbild. Abrißdiskussionen wurden allenthalben geführt, die Medien überboten sich mit Gruselgeschichten über das Leben in den vermeintlichen "Schlafstädten".

Diese Lage führte unter Stadtplanern, Soziologen und Politikern zu der Frage: was soll aus diesen großen Wohnungsbeständen und vor allem aus ihren Bewohnern angesichts so harscher Kritik werden? Die Antwort konnte nur heißen: beginnen mit bestandsorientierter Qualitätsverbesserung anstelle weiterer kultureller Entwertung einer Wohnform, die - basierend auf der Städtebaumoderne der 20er Jahre - in erstaunlicher Parallelität international entwickelt wurde.

Das Aufhalten der Stigmatisierung der Gebiete, das die Bewohner lähmt und in den Rang der Zweitklassigkeit verweist, ist die unerläßliche Grundlage, um deren städtebauliche Weiterentwicklung langfristig erfolgreich zu gestalten. Die Rückwirkung auf die Stadt als Ganzes liegt auf der Hand: der soziale Frieden in den Neubaugebieten ist Voraussetzung weitreichender innerstädtischer Erneuerung.

Der Blick in die Vergangenheit der großen ostdeutschen Neubaugebiete ist überwiegend kritisch - sie sind räumliche Zeugen der verpaßten Modernisierung und zunehmenden Stagnation der DDR-Gesellschaft. Der Blick in die Zukunft muß unter völlig gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen anders sein, denn die bloße Kritik des Stattegehabten führt zu keinem Neuanfang. Deshalb werden die großen Neubaugebiete als Orte des Lebens vieler Menschen gesehen. Sie sind ein bedeutender Bestandteil der heutigen ostdeutschen Städte; ein mit harter Arbeit errichteter Teil des Nationalreichtums und makieren eine Periode europäischer Stadtgeschichte und Baukultur.

Fallen zunächst die städtebaulichen Mißstände in den Neubaugebieten auf, so zeigt die nähere Betrachtung chancenreiche Entwicklungsperspektiven für die zukünftige Aneignung und Umgestaltung dieser großen Wohnstätten durch ihre Bewohner.

Aus dieser Sichtweise leiten sich folgende Ziele der städtebaulichen Weiterentwicklung der Neubaugebiete ab:

1) Langfristige Stabilisierung eines großen Wohnungsbestandes

Randstädtische Neubaugebiete sind in den neuen Bundesländern aufgrund ihres jahrzehntelang hohen Anteils am Wohnungsneubau ein wichtiges Segment des gesamten Wohnungsbestandes und trotz städtebaulicher Mängel langfristig für die Wohnraumversorgung unverzichtbar. Die technische Stabilität und soziale Akzeptanz dieses großen Wohnungsfonds hat hohes politisches Gewicht. Erforderlich sind Innovationen in Management und Trägerschaftsmodellen der Wohnungswirtschaft, um die Konkurrenzfähigkeit mit anderen Wohnungsbeständen langfristig zu sichern.

2) Langfristige Integration in die Stadt als Ganzes

Die städtebauliche Weiterentwicklung der Neubaugebiete sollte so vollzogen werden, daß eine auf Dauer tragfähige räumlich-strukturelle, funktionelle und sozial-kulturelle Integration in den Stadtorganismus gelingt. Das heißt, die Bestandssicherung und Weiterentwicklung der Neubaugebiete als kontinuierlich anstehende städtebauliche Aufgabe anzuerkennen.

Ausgehend von dem Leitbild bestandsorientierter Stadtentwicklung sind randstädtische Neubaugebiete von vornherein in ausgewogenem Verhältnis zu Innenstadtgebieten in die Konzepte der Stadterneuerung einzubeziehen. Nur so kann der Wettbewerbsdruck durch revitalisierte Altstadtgebiete und absehbare Eigenheimprogramme gedämpft und die erfreulich gemischte Sozialstruktur der Siedlungsbewohner stabilisiert werden.

3) Orientierung auf ganzheitliche Entwicklungskonzepte

Städtebauliche Mißstände und Negativ-Images großer Neubaugebiete begründen sich meist aus einer Kombination von Unzulänglichkeiten des städtebaulichen Konzeptes, der bautechnischen Ausführung, der Wohnungsverwaltung und Organisation von Nutzungsprozessen. Insofern sind ganzheitliche Erneuerungsansätze gefragt. Dazu gehören soziale Begleitprogramme, die die Bewohnerselbsthilfe stimulieren und jedem Bewohner, der es wünscht, eine dauerhafte Perspektive gesicherten Wohnens in seiner Siedlung bieten.

2. Gewandelter Lebensalltag und aktuelle soziale Probleme in den Neubaugebieten

Die derzeitige soziale Situation in den Neubaugebieten wird verständlich, wenn man sich die soziale Konzeption für diese Gebiete unter DDR-Verhältnissen nochmals vor Augen hält:

- möglichst viele Wohnungen waren nach ähnlichem Standard zu bauen,
- hohe Wohnsicherheit wurde durch ausgeprägte Mieterrechte und niedrige Mieten garantiert,
- die Planung des Lebensalltags ging von dem Fakt einer vollbeschäftigten Gesellschaft aus,
- demzufolge war die soziale Grundversorgung und -betreuung für alle als Voraussetzung einer hohen Beschäftigtenrate zu garantieren,

- die DDR-typische Kleingarten- und Datschenkultur war als Ausgleich für öffentliche Defizite im Wohngebiet unausgesprochen von vornherein geplant.

In dem "Bermuda-Dreieck" von Arbeitsstätte, Wohnung und Datsche verschwanden die Investitionen, ohne daß Stadtkultur, Stadtöffentlichkeit, Vielfalt des öffentlichen Stadtraumes entstehen konnten.

Rückblickend wird die Zwiespältigkeit des sozialen Ansatzes in der Konzeption der großen Neubaugebiete deutlich:

- einerseits manifestiert sich ein planerischer Totalitätsanspruch, eine Konzeption des sozialen Lebens als fertiger Entwurf ("Wir wissen, was die Bewohner brauchen."),
- andererseits wurden ausgewählte Alltagsbedürfnisse sorgfältig beachtet: Grundversorgung und -betreuung, Weg-Zeit-Beziehungen zwischen Wohnung und Kindereinrichtung etc.

In der Ambivalenz von Sozialdiktat und Beachtung wirklicher Bedürfnisse entwickelte sich gleichwohl eine sozial abgesicherte, für den einzelnen überschaubare Lebensweise, in der das Wohngebiet als Stätte lokalen Lebens keine übermäßige Bedeutung hatte.

3. Bedeutungsgewinn des Wohngebietes als Stätte lokalen Lebens

Das hat sich drastisch geändert: mehr als jemals geplant ist das Wohngebiet zum Zentrum des lokalen Lebens seiner Bewohner geworden. In dem Maße, wie ehemalige Pole des sozialen Netzes gefährdet sind:

- der Arbeitsplatz durch den wirtschaftlichen Strukturwandel,
- der Garten durch Rückübertragungsansprüche und Kostensteigerungen,

werden Wohnung und Wohngebiet zum Lebenszentrum für viele Menschen: ein Anspruch, für den diese Gebiete niemals konzipiert wurden. Hohe Priorität hat deshalb die Frage: wie kann der Lebensalltag der Bewohner geschützt und verbessert werden?

Die Voraussetzungen für eine sozial befriedigende städtebauliche Weiterentwicklung der Wohngebiete sind günstig, da ihre städtebaulichen Probleme mit chancenreichen sozialen Besonderheiten korrespondieren. Dazu zählen:

- sozial gemischte Bewohnerstrukturen;
- unkomplizierte, nicht durch soziale Barrieren behinderte Nachbarschaftsbeziehungen;
- unkomplizierte Aneignung der Wohnumwelt, da sich die Bewohner bisher als Quasi-Eigentümer ihrer Wohnungen gefühlt haben und in den genossenschaftlichen Wohnungen ja tatsächlich auch sind;
- funktionierendes Netz sozialer Grundbetreuung;
- in der Regel gute Anbindung an den Stadtorganismus durch den öffentlichen Nahverkehr.

Diese sozialen Besonderheiten garantieren bislang, daß städtebauliche Mißstände in den Neubaugebieten nicht mit sozialen Problemen korrespondierten. Sie machen klar, daß die Zukunft

der Neubaugebiete in starkem Maße davon abhängen wird, wie städtebauliche und bautechnische Erneuerungen gebunden werden an den sozialen Umgang mit den Bewohnern.

Wichtig ist es, die traditionellen Selbsthilfepotentiale der Bewohner zu stärken. Die Wohnumfeldverbesserung sollte nicht für, sondern mit den Bewohnern erfolgen. "Vertrauensbildende" Einbeziehung der Bewohner in die Gestaltung ihrer Wohnumwelt ist vor allem deshalb notwendig, weil das sozial-psychologische Klima in den Wohngebieten ambivalent ist: es schwankt zwischen Mitwirkungsbereitschaft und Abwehr, zwischen Aggressivität und Solidarität.

Deshalb schwankt auch der Zustand der Wohnumwelt zwischen sorgfältiger Pflege und Verwahrlosung. Kennzeichnend für den aktuellen sozialen "Schwebezustand" der Wohngebiete ist die Gleichzeitigkeit von hochgradiger Gefährdung bisheriger sozial-räumlicher Qualitäten des Lebensalltags und neuen Entwicklungsperspektiven.

4. Maßnahmen der Politik

Die sensible Lage der ostdeutschen Großsiedlungen führte zu raschem politischen Handeln. Bereits wenige Monate nach der deutschen Einigung begann der Bund mit 11 Modellvorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus, die Möglichkeiten zur städtebaulichen Weiterentwicklung der Wohngebiete untersuchen. Frühzeitig wurde politisch akzeptiert, daß ostdeutsche Stadterneuerung sich nicht auf die historischen Innenstädte beschränken darf. Finanzpolitisch hatte das zur Folge, daß Bund und Länder spezielle Förderprogramme für die Weiterentwicklung der großen Wohngebiete aufgestellt haben.

Den Wohnungsunternehmen, die Wohnungen der Plattenbauweise sanieren, werden günstige Kreditbedingungen eingeräumt, so daß ein Prozeß massenhafter Sanierung der Dächer, Außenhaut und technischen Installationen allmählich in Gang kommt.

Das alles kostet viel Geld. Genauso wichtig wie die finanzielle Seite ist jedoch der politische Wille, auch die großen sozialistischen Wohnkomplexe als Zeugnisse europäischer Stadtgeschichte und Baukultur zu achten und mit ihren Bewohnern weiterzugestalten.

Gabriele Sturm

Arbeitstitel: Methoden raumbezogener empirischer Forschung

ZIEL: Systematik, die die Angemessenheit verschieden orientierter Forschungsmethoden und -verfahren für den gesellschaftlichen Raum betreffende Problemstellungen verdeutlicht

1. Entwicklungsschritt: methodologische Orientierung
2. Entwicklungsschritt: Raummodell, das "Analogisierungen" zuläßt
3. vorläufiges Ziel: Zuordnung exemplarischer Beispiele der Raumforschung in die Modellkombination von "Raum" & "Methode"

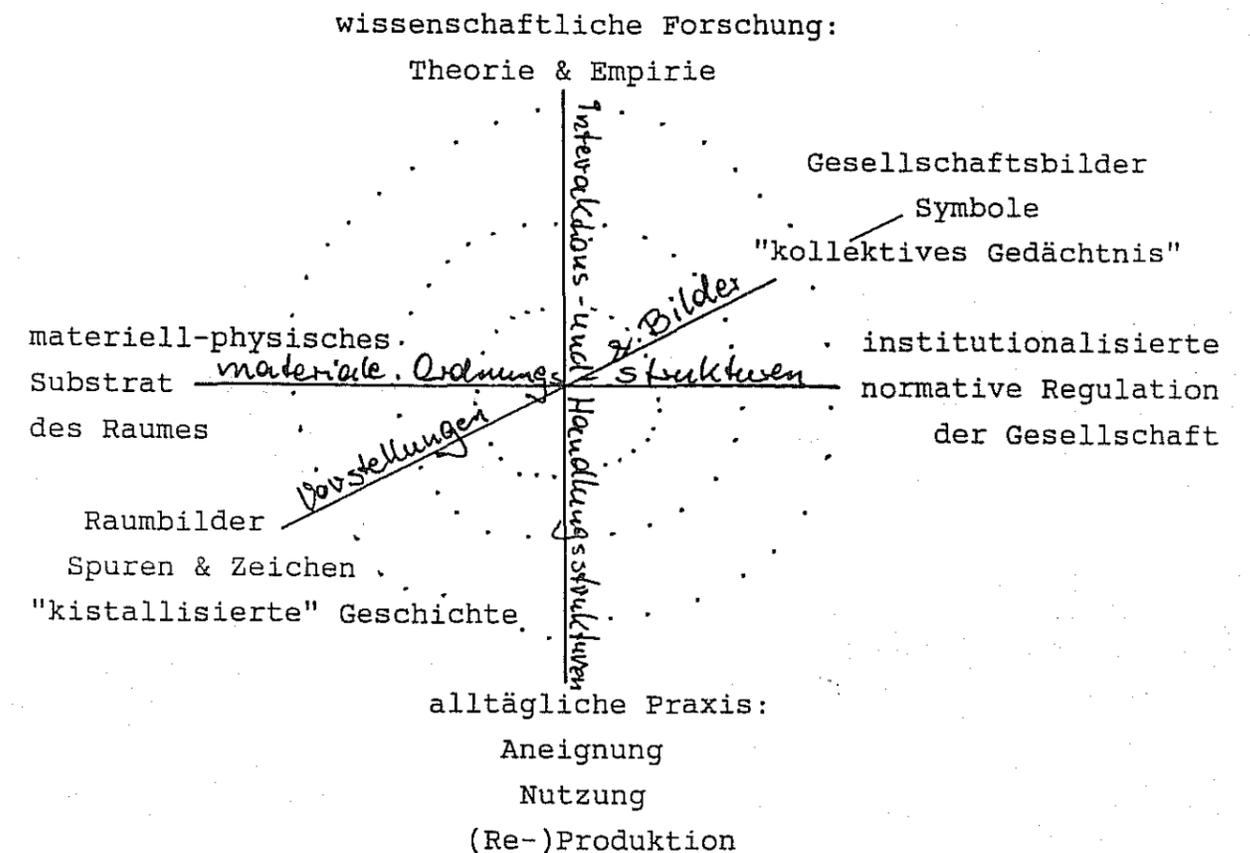


Abbildung: erster Versuch eines Raummodells, angelehnt an dreidimensionale Modelle aus der Interaktionsfeldforschung (Bales)

methodologische Orientierung

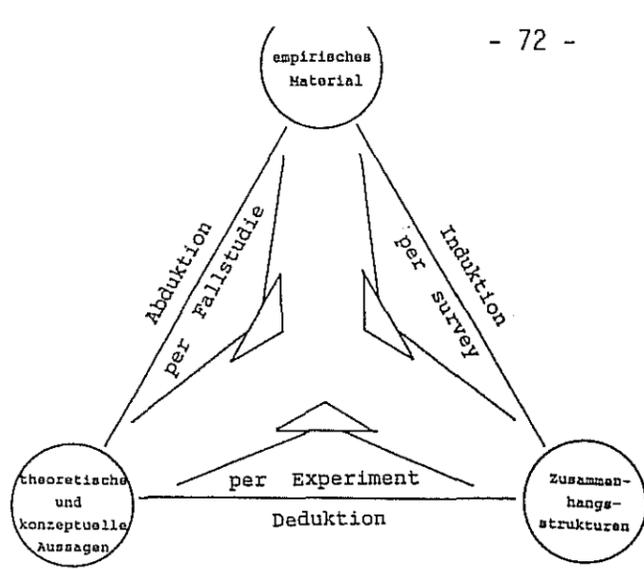
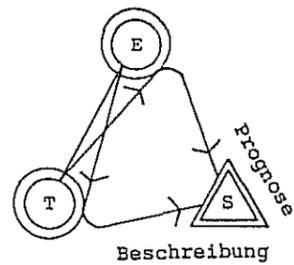
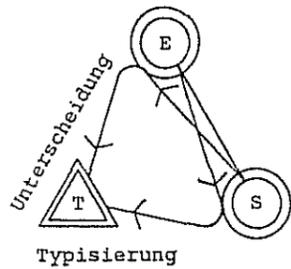


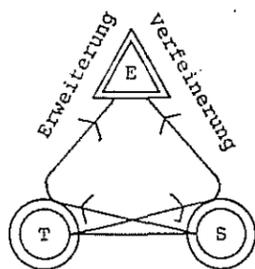
Abbildung 1 Trivium des Erkenntnisprozesses: Wirkungsgefüge der drei Schlußweisen der Induktion, Deduktion, Abduktion.



Abduktionsschluß:
Dechiffrierung der Grundstruktur



Induktionsschluß:
Generierung allgemeiner Aussagen



Deduktionsschluß:
Überprüfung von Setzungen

Abbildung 2 Kennzeichnung der Erkenntniswege im Trivium bei unterschiedlicher Verankerung der Ausgangsannahmen; die drei Ankerfelder sind E := empirisches Material, T := theoretische und konzeptuelle Aussagen, S := (Zusammenhangs-)Struktur

erscheint in diesem Jahr in einem Artikel im Bd. 7 der Reihe Forum Frauenforschung "Erfahrung mit Methode" (Freiburg: Kore)

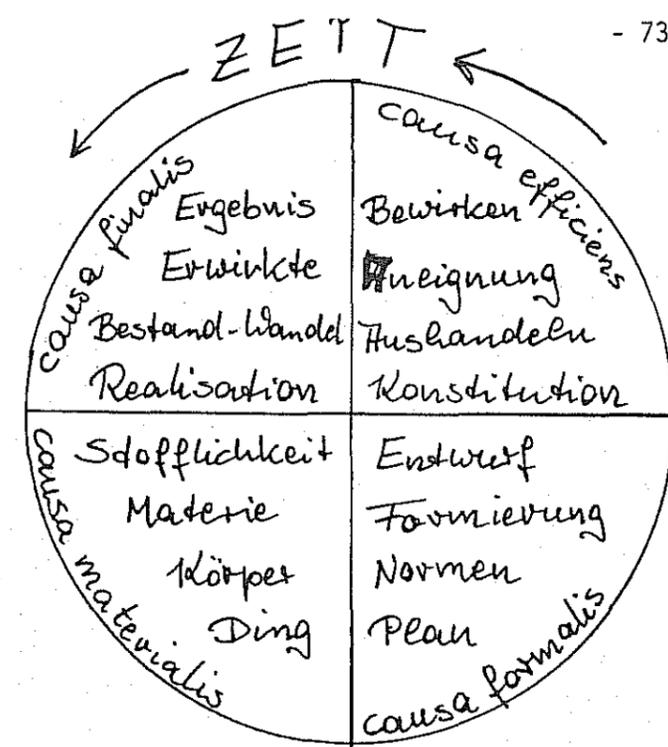


Abbildung: zweiter Versuch eines Raummodells mit Zeitspirale als "Entwicklungsfaktor"

Ähnlichkeiten bestehen zu:

Aristoteles' Ursachen

Zweck	Antrieb
Stoff	Form

Kants Kategorien-Titeln

Modalität	Relation
Quantität	Qualität

Läpples Raum-Komponenten

Zeichen-, Symbol- Repräsentationsystem	gesellschaftliche Interaktions- & Handlungsstrukturen
materiell-physisches Substrat	institutionalisiertes und normatives Regulationssystem

mögliche enthaltene Komplementaritäten (statt Dualismen):

rezeptiv	aktiv	Eigensinn	Eigenwille
Verräumlichung		Vergesellschaftung	
interaktionsabhängig	Wirkung	relational	
subjektgebunden	Vorgabe	positional	

II. Berichte / Informationen

Wendelin Strubelt

Bonn, August 1994

Zur Arbeit der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW)

Vor einiger Zeit habe ich hier im Blättchen (Nr. 1, August 1993, Seite 52-59) über die Versuche berichtet, innerhalb der KSPW einen Arbeits- und Förderkreis zu Fragen der Stadtentwicklung und des Wohnens zu etablieren. Dies ging ursprünglich auf einen Anstoß der Kollegen Häußermann, Rodenstein, Ipsen, Krämer-Badoni, Läßle und Siebel zurück. Innerhalb der Sektion wurde ich beauftragt, mich gegenüber der KSPW für einen entsprechenden Schwerpunkt einzusetzen.

Inzwischen hat sich die Arbeit der KSPW insgesamt gewandelt. Gegenüber einer Förderung in bestimmten Schwerpunkten, die durch elf Arbeitsgruppen begleitet wurde, also einer allgemeinen Förderung von Forschungsanträgen, die es teilweise noch gibt, wird jetzt ein Ansatz verfolgt, mit dem auf der Basis vorhandener Studien und Daten zum Ende des Jahre 1996 ein umfassender Bericht über den sozialen und politischen Wandel vorgelegt werden soll. Dazu sind sechs Arbeitsgruppen gebildet worden:

- AG 1: Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe (Sprecher: Prof. Dr. Burkhard Lutz)
- AG 2: Soziale Ungleichheit, soziale Risiken, soziale Unsicherheit (Sprecher: Prof. Dr. Richard Hauser)
- AG 3: Politische Interessenvermittlung, Kommunal- und Verwaltungspolitik (Sprecher: Prof. Dr. Max Kaase)
- AG 4: Individuelle Entwicklung, Sozialisation und Ausbildung (Sprecher: Prof. Dr. Stefan Hormuth)
- AG 5: Regionale Disparitäten (Sprecher: Wendelin Strubelt)
- AG 6: Arbeits- und Sozialrecht (Sprecher: Prof. Dr. Baron von Maydell)

Diese Berichtsgruppen sind z.T. aus bereits bestehenden Arbeitsgruppen entstanden und greifen auf die in diesem Bereich bereits erarbeiteten Forschungsergebnisse zurück. Die von mir betreute Berichtsgruppe, die sich jetzt über das Thema "Regionale Disparitäten" hinaus dem allgemeineren Thema "Die lokale und regionale Dimension des politischen und sozialen Wandels" widmet, wird auf bereits vorhandene Studien, im wesentlichen aber auf Expertisen und Datenanalysen zurückgreifen, die noch im Laufe dieses Jahres für das Jahr 1995 vergeben werden. Es ist beabsichtigt, zum Ende des Jahres 1996 einen geschlossenen Bericht vorzulegen, der aber durch weitere Bände, die Dokumente und Expertisen enthalten, ergänzt werden kann. Die Arbeit dieser Berichtsgruppe ist dadurch charakterisiert, daß für die Berichtsteile einzelne Mitglieder verantwortlich zeichnen, die für diese Tätigkeit nicht honoriert werden, sondern sie ehrenamtlich wahrnehmen. Derzeit gehören dieser Berichtsgruppe die Kollegen Hans Bertram, Jürgen Friedrichs, Paul Gans, Joachim Genosko, Hartmut Häußermann, Ulfert Herlyn, Heinz Sahner, Wendelin Strubelt und Christine Weiske an. Seit Mitte des Jahres arbeitet die Kollegin Uta Schäfer als wissenschaftliche Mitarbeiterin für diese Berichtsgruppe. Es ist vorge-

sehen, diese Berichtsgruppe im Jahre 1995 um 1,5 Stellen im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter zu erweitern.

Diese Berichtsgruppe hat sich Anfang März dieses Jahres konstituiert und hat in mehreren Sitzung seitdem das Grundpapier, das von mir verfaßt worden ist, konkretisiert. Dies hat in einer vorläufigen Gliederung seinen Niederschlag gefunden. Derzeit arbeitet die Berichtsgruppe daran, die für ihre Arbeit notwendigen Expertisen, Datenerhebungen und Analysen zu konzipieren, die Anfang kommenden Jahres vergeben werden sollen.

Im folgenden dokumentiere ich die Ausgangslage der Berichtsgruppe anhand meines Grundpapiers, dessen Essenz ich auf einer Tagung der KSPW in Berlin vorgetragen habe. Ich werde über die Arbeit dieser Berichtsgruppe der KSPW kontinuierlich berichten und ich würde mich freuen, wenn es auch innerhalb des Nachrichtenblattes darüber zu Diskussionen kommen würde.



Wendelin Strubelt, Bonn

Veranstaltung:

Sozialwissenschaftliche Transformationsforschung in der KSPW am 30. April 1994 in Berlin

Zur Arbeit der Arbeitsgruppe:

Die lokale und regionale Dimension des sozialen und politischen Wandels

I Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse - ein politisches Ziel und seine Wirklichkeit

1. Die Analyse des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern erfolgt bei der Thematik der Arbeitsgruppe 5 "Regionale Disparitäten und regionale Entwicklung" unter einer von höchster Stelle ausgehenden Zielperspektive, nämlich die Wirklichkeit der "blühenden Landschaften" in den fünf neuen Ländern zu schaffen, wobei die Diskussion darüber, ob dies eintritt, häufig nur noch als eine Zeitfrage angesehen wird. Diese Zielperspektive erscheint angesichts der gegenwärtigen Realität und der gegenwärtigen Befindlichkeiten, die sich in vielfältigen Meinungsäußerungen niederschlagen, als eine sehr problematische. Der jüngst erschienene Raumordnungsbericht 1993 der Bundesregierung verweist darauf, daß das zentrale Ziel der räumlichen Ordnung, nämlich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den alten Bundesländern, trotz aller Unterschiede, gerade in einem internationalen vergleichenden Maßstab, in einem, wie es heißt, ganz entscheidenden Maße umgesetzt sei. Durch die deutsche Einheit seien jedoch jetzt zwei unterschiedliche deutsche Teilräume zusammengeführt worden, die strukturell große Unterschiede aufweisen und die durch ihre Zusammenfügung zu enormen Niveauunterschieden innerhalb Deutschlands geführt haben, weshalb wir sagen können, daß es zur Zeit in der Europäischen Union kein anderes Land gibt, das innerhalb seines Gebietes Regionen von so unterschiedlicher Struktur und insbesondere in der Wirtschaftskraft umfaßt. 1) Demgegenüber steht das Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und demnach erfolgt die Analyse der regionalen Disparitäten und der regionalen Entwicklung nicht zuletzt unter den Gesichtspunkten, wie eine solche Gleichwertigkeit, die das Grundgesetz postuliert, auch erreicht werden kann und was dazu getan werden muß, um ggf. bei Nichterreichen eines gleichen Entwicklungsniveaus Ausgleichsmaßnahmen oder Kompensationen zu veranlassen bzw. zu gewähren. Vor dem Hintergrund dieser enormen regionalen Unterschiede, dieser großen Varianz bei den regionalen Disparitäten, ist es also mehr als legitim, im Rahmen der Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den fünf neuen Bundesländern, die räumliche Dimension, die regionale und lokale Inzidenz gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen in einer Zeit umgreifender Transformationen zu einem eigenen Analysefeld zu machen.

II Räumlicher Niederschlag von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen weist eine große Variabilität auf

2. Aus verschiedenen Analysen zu gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen ist bekannt, daß die lokale und regionale Inzidenz von globalen oder allgemeinen Entwicklungstrends eine große Variabilität haben kann. Dies bezieht sich nicht nur auf die Unterschiede zwischen verstädterten und peripheren Regionen, sondern ebenso auf Unterschiede zwischen verstädterten Regionen. Darüber hinaus hat die räumliche Analyse gezeigt, daß sich auch innerstädtische Ausdifferenzierungsprozesse als räumliche Folgen des Wandels der Rahmenbedingungen sehr wesentlich auf das Leben in den Städten auswirken können. Insofern ist es keine Frage, daß die Beobachtung, Darstellung und Analyse der Lebensbedingungen der Bevölkerung der fünf neuen Länder sich auch an deren regionaler und lokaler Differenzierung zu orientieren hat. Eine Analyse dieser räumlichen Aspekte hat nicht zuletzt auch darin seine Begründung, daß die Entwicklung einzelner Regionen und insbesondere auch die Stadtentwicklung in ihrer Ausrichtung innerhalb der früheren DDR ein sehr wesentlicher

Kritikpunkt gewesen ist, der die Unzufriedenheit gefüttert hat, die das alte System zusammenbrechen ließ.

3. Der Ansatz, die lokale und regionale Dimension des sozialen und politischen Wandels in den fünf neuen Ländern zu erfassen, kann nun natürlich nicht alle Fragestellungen der einzelnen Bereichsgruppen noch einmal in regionaler Differenzierung aufgreifen. Das schließt nicht aus, daß Untersuchungen, die paradigmatisch in Gemeinden und Regionen durchgeführt werden, auch immer wichtige Informationen über diese selbst vermitteln. Andererseits würde es vermutlich nicht ausreichen, regionale Fragestellungen jeweils als Annex an die einzelnen Bereichsgruppen und ihre Themen anzuhängen. Es bietet sich deshalb an, die Besonderheiten der regionalen und lokalen Inzidenz des gesellschaftlichen und politischen Strukturwandel in ausgewählten Bereichen vergleichend über die Regionen hinweg zu analysieren und sie ggf. durch fokussierte Fallstudien im Detail zu erhellen. Unser Ansatz ist deshalb ein komparativer, denn Wissenschaft lebt vom Vergleich (Sahner), und er ist ein heuristisch vertiefender, mit dem Ziel wissenschaftlichen Verstehens und Erklärens.

4. Dabei gehe ich von der Arbeitshypothese aus, daß viele regionale Strukturen und die vorhandenen regionalen Unterschiede in der früheren DDR gekennzeichnet gewesen sind durch langanhaltende strukturelle Vorprägungen, aber auch durch intensive Versuche, die regionalen Unterschiede in der DDR - zwischen Stadt und Land und zwischen Nord und Süd - auszugleichen. Diese Bemühungen verloren mit der Zeit jedoch auch an Intensität. Sie haben innerhalb des geschlossenen nationalen Systems DDR zu Allokationsprozessen geführt, deren nationale oder nationalökonomische Begründung durch die deutsche Einheit weggefallen ist. Viele solcher strukturellen Vorprägungen der DDR in der Nachkriegszeit sind in dem neuen nationalökonomischen Kontext der Bundesrepublik Deutschland neuer räumlicher Konfiguration nicht mehr konkurrenzfähig, haben sich erübrigt oder sind durch die Bedingungen des Weltmarktes und den Wegfall des geschlossenen Systems des intensiven Handels mit osteuropäischen Ländern nicht mehr von großer Bedeutung.

III Situation der neuen Bundesländer: Rückkehr "alter" Disparitäten vor dem Hintergrund großer Entwicklungsunterschiede gegenüber den alten Bundesländern

5. Ich behaupte also, daß viele der jetzt in den fünf neuen Ländern zu beobachtenden regionalen Disparitäten eine Rückkehr alter Disparitäten darstellen, weil es sich strukturell um von früheren Entwicklungen bedingte Disparitäten handelt, die z.T. durch die DDR versucht worden sind zu verändern, deren Veränderungen aber jetzt im Rahmen des neuen vereinigten Deutschland keine nachhaltige Entwicklung zeitigen. Vor diesem Hintergrund wird es darauf ankommen, die "neuen" regionalen Disparitäten in den fünf neuen Ländern zu erfassen, darzustellen und zu analysieren. Hierbei sind Disparitäten vor allem bezogen auf die wirtschaftsstrukturelle Entwicklung und auf die demographische Entwicklung zu nennen, wie z.B. die Wiederkehr des Nord-Süd-Gefälles (zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen) oder die Unterschiede zwischen altindustrialisierten Gebieten und solchen mit neu sich bildenden Strukturen. Diese regionalen Disparitäten sind in Bezug zur jetzigen Situation der Bundesrepublik Deutschland als neue Konfiguration zu erfassen und zu analysieren, aber auch bezogen auf den zu dem Zeitpunkt der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, also nach 1945, um Perspektiven einer möglichen Entwicklung der fünf neuen Länder anhand eines Vergleichs mit der Entwicklung der Bundesrepublik alt herauszuarbeiten. Darüber hinaus wird es notwendig sein, die besondere Situation der früheren DDR in ihrem sich jetzt vollziehenden Wandel zu vergleichen mit dem Wandel, dem die angrenzenden früheren Ostblockstaaten unterliegen. Es bietet sich hier an, insbesondere Vergleiche zu Polen wie auch zu Tschechischen Republik vorzunehmen.

IV Die Versuche der früheren DDR, räumliche Disparitäten abzubauen: Leistung und Versäumnis

6. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang nützlich darauf hinzuweisen, daß zum Zeitpunkt 1949, der Gründung der DDR, diese eine Territorialstruktur aufwies, die geprägt war durch

- das Fehlen wesentlicher Teile der Rohstoffindustrie,
- die Dominanz der Verarbeitungsindustrie in den industriellen Konzentrationsräumen des Südens,

- die ungleichmäßige Entwicklung der Teile des Wirtschaftsterritoriums, insbesondere durch ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle (Industriekonzentration besonders im sächsischen Raum, zurückgebliebene agrarische Struktur besonders in Mecklenburg). 2)

Ziel der damaligen DDR war es, das wirtschaftliche Entwicklungsniveau in allen Teilen des Landes anzugleichen und zwar sowohl im Hinblick auf die Nord-Süd-Unterschiede wie auf die zwischen Stadt und Land. Letzteres insbesondere durch eine Industrialisierung der Agrarproduktion. Diese Anstrengungen zur Überwindung großräumiger Disparitäten führten im Lauf der Entwicklung der DDR aber wiederum zu neuen Disparitäten - diese allerdings auf kleinräumigerer Ebene. Das fand unter anderem seinen Ausdruck in den großen Plattenbaugebieten an den Stadträndern in den Ballungs- und Entwicklungszentren einerseits, in der Entvölkerung und Vernachlässigung von Klein- und Mittelstädten als den Quellorten dieser politisch gewollten Migrationsprozesse andererseits.

7. So lange, wie sich die DDR in der Phase des Wirtschaftswachstums befand, wurde diese Entwicklung nicht als problematisch angesehen, da sie nicht sichtbar auf Kosten anderer Regionen verlief. Mit dem Ende des ökonomischen Wachstums in den 80er Jahren kristallisierte sich zunehmend eine Entwicklung heraus, in der bestimmte Bereiche sich stärker entwickelten, wie insbesondere die Bereiche der Mikroelektronik in den thüringischen Gebieten, was aber zu Lasten anderer traditioneller, ökologisch hoch belasteter Industriegebiete um Leipzig, Halle und Chemnitz wie auch Dresden ging. Allerdings zog das entstehende Nord-Süd-Gefälle innerhalb der DDR im Hinblick auf Bevölkerungsdichte, Städtedichte und Industriedichte und das Infrastrukturnetz nicht ein gleichartiges Gefälle in den Lebensbedingungen nach sich. Untersuchungen aus der DDR weisen nach, daß die Unterschiede der "infrastrukturellen Ausstattung" geringer gewesen sind als die Unterschiede im ökonomischen Leistungsvermögen, gemessen an der Industrieproduktion. Im Raumordnungsreport '90, dem ersten und letzten, der in der DDR erschien, wurde argumentiert: "Dieser Prozeß der Annäherung des Industrialisierungs- und Lebensniveaus zwischen den Regionen war mit einer erheblichen Umverteilung von materiellen und finanziellen Mitteln sowie von Arbeitskräften verbunden zugunsten der schwächer entwickelten mecklenburg-vorpommerischen und brandenburgischen Regionen und zulasten der stark industrialisierten und hoch urbanisierten Regionen vor allem der sächsischen Bezirke". 3) Es handelte sich bei diesem Prozeß also eher um einen staatlich gelenkten Umverteilungsprozeß zur Verhinderung der individuellen Wahrnehmung von Disparitäten als um eine wirkliche Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen.

8. Mit dem Wegfall der politischen Rahmenbedingungen für diese Umverteilungsprozesse überlagern sich jetzt zwei Entwicklungslinien. Zum einen werden Lebensbedingungen jetzt im Licht "neuer" (westlicher) Maßstäbe bewertet und die Gleichheit auf niedrigem Niveau wird durch eine zunehmende Differenzierung der Bevölkerung abgelöst. Zum anderen schlagen jetzt solche Faktoren wie Bevölkerungsdichte, Wirtschafts- und Raumstruktur in einer Region wieder direkter auf das Alltagsleben der Individuen durch. In dem Maße, wie die früheren Entwicklungszentren der DDR identisch sind mit den heutigen Krisengebieten, werden zumindest Teile der neuen Bundesländer im Vergleich mit anderen Regionen auf den Stand der 50er Jahre zurückgeworfen.

V Derzeitige Problemstellungen bei der Analyse der räumlichen Inzidenz des politischen und sozialen Wandels

9. Insofern wird eine Analyse der fünf neuen Länder immer zu berücksichtigen haben, daß innerhalb der früheren DDR sich alte Traditionen der deutschen Entwicklung verbunden haben mit anderen Entwicklungen, die mit den Ausgangsbedingungen der früheren Staaten des Ostblocks vergleichbarer sind. Die Entwicklungsdifferenz, um nicht von Abstand zu reden, zwischen den alten Ländern und den neuen Ländern innerhalb der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die lokale und regionale Auswirkung von wirtschaftlichen und sozialen Monostrukturen und ihrem derzeitigen Wandel wird insofern im Mittelpunkt dieser Arbeitsgruppe stehen. Dies hat natürlich auch die Aspekte zu berücksichtigen, welche die administrativen und institutionellen neuen Arrangements in den fünf neuen Ländern bieten, wie es also möglich ist, gesellschaftliche Ausgangsbedingungen in politische Gestaltung umzusetzen angesichts eines Defizits an administrativen Voraussetzungen, an institutionellen (auch intermediären) Arrangements und einer weitgehenden Unerfahrenheit mit Entscheidungsprozessen einer pluralistisch strukturierten Gesellschaft. Die Formationsprozesse, die in einer solchen pluralistischen Gesellschaft sich innerhalb der Bundesrepublik (alt) in der Nachkriegszeit langsam entwickelt haben, sind jetzt zwar das Vorbild für die fünf neuen Länder, aber noch keine soziale oder politische Realität. Gerade in den Bereichen, die den Alltag der Menschen wesentlich bestimmen,

nämlich Stadt- und Raumentwicklung einerseits und Wohnsituation andererseits, gibt es die größten Unterschiede zwischen Ost und West - und zwar vermutlich noch auf lange Zeit.

10. Hier anzusetzen, Analysen über die Unterschiede und die Potentiale anhand von Beispielen zu liefern, wird ein Schwerpunkt dieses Themenbereiches sein. Es ist also zu untersuchen, wie die Umstrukturierungs-, Transformationsprozesse, um nicht von Modernisierungsprozessen zu reden, auf Strukturen aufbauen können, die langfristig angelegt sind, die latent vielleicht auch noch gewirkt haben, die aber jetzt durch den Wegfall von vorprägenden gesellschaftlichen Strukturen völlig neue Orientierungen verlangen. Orientierungen, die vielleicht sogar weniger neu, als vielmehr unerwartet sind, weil trotz allem Wissen über systemische Zusammenhänge historische Schichtungen und ihre Eingebundenheit außer Acht gelassen worden sind.

11. Um ein Beispiel zu nennen: Die explizite Wohnungspolitik der früheren DDR hat einseitig auf Modernisierung der Wohnungsbestands mittels Neubau gesetzt, ohne städtische Funktionsbeziehungen, geschweige denn regionale Funktionsbeziehungen zu berücksichtigen. Insofern sind städtische und regionale Strukturen entstanden, die von großer Uniformität geprägt gewesen sind, sowohl in wirtschaftsstruktureller Hinsicht, aber auch in ästhetischer Hinsicht, die jetzt jedoch vor völlig neuen Ausdifferenzierungsprozessen stehen - in allen Bereichen gesellschaftlicher Wirklichkeit. Unter dem Thema Transformation vollzieht sich ein Strukturbruch, der zumindest dem Neuanfang nach 1945 ähnelt, der sich aber unter völlig anderen Erwartungshorizonten vollzieht.

VI Mögliche Vergleichsebenen und Bezüge - zeitlich und räumlich

12. Anzusetzen gilt es also bei Problemstellungen im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung, die mit folgenden Stichworten umrissen werden können

- neue Suburbanisierung gegenüber früherer Flächeninanspruchnahme,
- die neue Definition der Stadtzentren gegenüber ihrer früheren Vernachlässigung,
- die Wohnungsversorgung in den Innenstädten ohne und mit den Neubaugebieten am Rande,
- geringe Segregation und ihre zukünftige Tendenz (neuartige Segregationstendenzen),
- die Situation der Ökologie angesichts einer weitgehenden Devastation vieler Flächen,
- die Konstellation der Sicherung sozialer Infrastruktur durch nichtkommunale Betriebe, insbesondere durch den wirtschaftlichen Bereich der Kombinate und ihres Wegfall ohne den Ersatz kommunaler Einrichtungen,
- neue Formen sozialer Differenzierung innerhalb einzelner Regionen und Differenzierungen zwischen Regionen,
- Wanderungs- und Mobilitätsprozesse innerhalb der neuen Bundesländer und aus den neuen Bundesländern heraus,
- Veränderungen sozialer Beziehungsmuster innerhalb einzelner Regionen, insbesondere von mehr betriebsbezogenen Beziehungsmustern zu familienbezogenen Beziehungsmustern,
- Lebensbedingungen einzelner Gruppen innerhalb dieser Regionen wie Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Alleinstehende und Ältere,
- die Neukonstitution politischer Parteien und Verbände innerhalb dieser Regionen,
- Effekte regionaler Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik auf die regionale Differenzierung in den neuen Bundesländern,
- die Entwicklung intermediärer Organisationen, insbesondere im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe,
- Vergleich der neuen Bundesländer mit den Nachbarländern Polen und Tschechien.

13. Die Vorgehensweise des Arbeitskreises wird vor allem in einer vertiefenden und vergleichenden regionalen Analyse anhand des vorhandenen Datenmaterials und weiterer verfügbarer Datensätze liegen. Vergleiche sollen gezogen werden

- zwischen der Situation vor 1989 und der derzeitigen Situation in den neuen Bundesländern,

- zwischen verschiedenen Regionen in den neuen Bundesländern,
- zwischen der Entwicklung in den neuen Bundesländern mit der Entwicklung in den alten Bundesländern,
- zwischen der Entwicklung in den neuen Bundesländern mit der Entwicklung in angrenzenden Staaten des früheren Ostblocks.

Dies muß durch Fallstudien in Form regionaler Fenster ergänzt werden, die für spezielle Regionstypen einerseits die Ausgangslagen unterschiedlicher Lebensgruppierungen in diesen Regionen erfassen, die aber andererseits auch über diese soziale Ausdifferenzierung hinaus die lokalen und regionalen Besonderheiten versuchen vergleichend zu analysieren.

VII Grobgliederung eines zu erarbeitenden Berichtes

14. Folgende Grobgliederung wäre in diesem Sinne vorstellbar:

- Die demographische Situation als Grund für die Entwicklung regionaler Disparitäten.
- Die demographische Entwicklung aufgrund von Mobilitätsprozessen in den fünf neuen Bundesländern.
- Die neue soziale Ausdifferenzierung und ihre räumlichen Folgen.
- Die Entwicklung wirtschaftlicher Strukturen in regionaler Differenzierung.
- Die Entwicklung der Wohnungsversorgung in den fünf neuen Ländern.
- Die Lebensbedingungen ausgewählter sozialer Gruppen in einzelnen zu vergleichenden Regionen.
- Regionale Disparitäten als Folge bestimmter regionaler soziokultureller Milieus.
- Die Ausdifferenzierung sozialer Ungleichheit in unterschiedlichen regionalen Kontexten.

15. Die derzeitige Situation der fünf neuen Länder, der Prozeß des Wandels, dem sie unterliegen, hat also nicht nur wesentlichen Einfluß auf alle Lebensbereiche der Bevölkerung, sondern er vollzieht sich lokal und regional unterschiedlich. Wir haben mit neuen und alten Disparitäten zu rechnen und mit neuen Variationsbreiten bei der Wahrnehmung und ihrer Gewichtung - in individueller, sozialer und politischer Hinsicht. Die lokal und regional unterschiedliche Inzidenz gesellschaftlicher Entwicklung kehrt vermutlich zu einer "natürlichen" Unterschiedlichkeit zurück, wobei jedoch ein Minimalstandard, ein Grundplafond an Gleichwertigkeit gegeben sein muß. Dies zu erkennen, zu erfassen, zu analysieren und zu bewerten für den sozialen und politischen Wandel der früheren DDR ist Aufgabe dieser Arbeitsgruppe. Sie kann dies nicht allein leisten, sondern muß auf Arbeiten anderer, die es schon in vielfältiger Weise gibt, zurückgreifen. Wo sie Defizite sieht, muß sie selbst initiativ werden. Der Einsatz dieser vielfältigen Ansätze wird vielleicht ein Anstoß sein, Theorien und Erklärungsansätze der regionalen und lokalen Entwicklung und ihrer Unterschiedlichkeit zu neuen, empirisch abgesicherten Einsichten zu führen, die über den Kontext dieses Wandels des Territoriums der früheren DDR hinausreichen.

Anmerkungen:

- 1) Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Raumordnungsbericht 1993, Bonn 1994.
- 2) Kind, Gerold: Technischer Wandel und die Territorialstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4, 1989, S. 227-236.
- 3) Ostwald, Werner (Hrsg.): Raumordnungsreport '90. Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern. Berlin 1990, S. 14.

Hamburger Architektur Sommer 1994

Symposium

DIE ÖKONOMIE DER STADT - Problemlagen, Risiken, Perspektiven

Freitag, den 17. Juni 1994,
9.45 - 17.00 Uhr
in der Handelskammer Hamburg (Börse),
Raum 122, Adolphsplatz 122, 20457 Hamburg

Im Rahmen dieses Symposiums werden Wissenschaftler/-innen, Stadtplaner/-innen und Wirtschaftsförderer/-innen die aktuellen Problemlagen und möglichen Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung von Stadtregionen diskutieren. Im Mittelpunkt stehen u. a. die folgenden Fragen:

- Mit welchen sozial-ökonomischen Problemlagen und Risiken sind Städte konfrontiert und wie sehen die möglichen Perspektiven der Ökonomie von Stadtregionen aus?
- Bietet die bisherige Dienstleistungsorientierung der Städte weiterhin eine tragfähige ökonomische Basis?
- Wird das produzierende Gewerbe in den Städten noch mehr an Bedeutung verlieren oder kommt es zu einer Neubewertung der Städte als Produktionsstandorte?
- Welche funktionalen und räumlichen Interaktionsbeziehungen bestehen zwischen Dienstleistungs- und Produktionsfunktionen?
- In welchen Bereichen entstehen neue Arbeitsplätze und welche Qualifikationsprofile werden dabei gefragt sein?
- Welche Bedeutung haben neue Produktions- und Unternehmenskonzepte wie "Lean Production" oder "Lean Management" für die Ökonomie der Stadt?
- Wie lassen sich Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik und Stadtentwicklung verzahnen?

Veranstalter:

Technische Universität Hamburg-Harburg,
Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie
in Zusammenarbeit mit dem
Institut für Stadt-, Regional- und Transportforschung - I.S.R.T. - Hamburg.
Verantwortlich für das Programm: Prof. Dr. Dieter Läßle

Die Teilnahme an dem Symposium ist gebührenfrei. Es können jedoch nur maximal 60 Teilnehmer zu der Veranstaltung zugelassen werden. Es wird deshalb um frühzeitige schriftliche Anmeldung beim Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie der TUHH gebeten: AB 1-06, Schwarzenbergstr. 93c, 21071 Hamburg.

Hamburger Architektur Sommer 1994

P R O G R A M M

9.45 Eintreffen der Teilnehmer

Moderation des Symposiums am Vormittag
Sabine Rheinhold, Norddeutscher Rundfunk

10.00 Einleitung in das Thema des Symposiums:
Problemlagen und Perspektiven einer Metropole -
das Beispiel Hamburg

Prof. Dr. Dieter Läßle, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie der TUHH
10.45 Sektorale Entwicklungszusammenhänge im interstädtischen Vergleich.
Die Suche nach dynamischen Wachstumsfeldern.
Prof. Dr. Franz-Josef Bade, Fachbereich Raumplanung der Universität
Dortmund

11.30 Kaffeepause

11.45 Krise und Polarisierung der Metropolen.
Beschäftigungs- und Einkommensentwicklungen in Stadtregionen.
Dipl.-Volkswirt Martin Koller, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
(IAB), Nürnberg

12.30 Mittagspause

Moderation des Symposiums am Nachmittag
Dr. Heiderose Kliper, Institut für Arbeit und Technik, Gelsenkirchen.

14.00 Zu den funktionalen und räumlichen Wechselbeziehungen von Industrie
und Dienstleistungen.
Dr. Eberhard von Einem, IIS - Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik
GmbH, Berlin

14.45 Produzierendes Gewerbe und Stadtgesellschaft.

Veränderungen und Wechselwirkungen
Prof. Dr. Arndt Sorge, Lehrstuhl für Industrie- und Betriebssoziologie, Humboldt
Universität zu Berlin

15.00 Kaffeepause

15.30 Möglichkeiten und Probleme der Integration von Gewerbe in die Stadt.
Gewerbeförderung als Instrumente für eine qualitative Stadtentwicklung?
Peter Jorzick, Hamburger Gesellschaft für Gewerbeaufbau mbH

16.15 Diskussion und Zusammenfassung

17.00 Ende des Symposiums

III. Lehrveranstaltungen

Technische Universität Hamburg-Harburg
R. Stierand
Politik und Verwaltung
SS 1994

13.4.1994 Einführung

Lernziele, Arbeitsprogramm, Organisatorisches

20.4./27.4.1994 Gesellschaft, Staat, Verwaltung; Planung

Zur Entwicklung der Staatsfunktionen
Struktur und Arbeitsweise der Verwaltung
Macht, Herrschaft, Legitimität
Parteien und Verbände
Politik und Planung

4.5./11.5.1994 Entwicklung, Aufbau- und Ablauforganisation der Planung

Planung als öffentliche Aufgabe
Physische und gesellschaftliche Planung
Von der Anpassungsplanung zur Entwicklungsplanung
Planungsebenen
Fachplanungen und Querschnittsplanungen
Planungsphasen

8.6./29.6.1994 Kommunalpolitik, kommunale Verwaltung, kommunale Planung

Politische Willensbildung in der Gemeinde
Kommunale Verwaltungsorganisation
Planungsaufgaben und Planungsorganisation
Planer selbstverständnis im Wandel
Planung und Öffentlichkeit, Planungspartizipation

6.7./13.7.1994 Strukturwandel und Reformkonzepte

Veränderungen
- im Verhältnis Staat - Gesellschaft
- im Verhältnis Planung - Wissenschaft
Neuere Modelle
- der Verwaltungsorganisation
- der Planungsorganisation
- der Planerausbildung

Themen für Referate und Hausarbeiten:

Frauen im Planungsprozeß
Privatisierung öffentlicher Aufgaben
Gemeinwirtschaftliche Unternehmen
Public-Private-Partnership
Stadtmarketing
Planungsverbände
Regionales Management
Bewohnerorientierte Organisation und Kooperationsmodelle in der Stadterneuerung

Am 18.5., 1.6., 15.6. und 22.6.1994 finden die Vorlesungen von Dr. Haas statt.

R. Stierand
Technische Universität Hamburg-Harburg
Stadtsoziologie II
SS 1994

12. 4.1994

Einführung:
Lernziele, Arbeitsprogramm, Organisatorisches

19.4./26.4.1994

Wandern - Pendeln - Reisen
(Mobilität als allgegenwärtige Anforderung)

3.5./10.5.1994

Eine neue Bedeutung der Region und ein neues regionales Selbstbewußtsein?

17.5./31.5.1994

Dörfer, Klein- und Mittelstädte im Wandel

Siedlungsstrukturelle Umbrüche in den neuen Bundesländern

(Innenstädte, Innenstadtrandgebiete, Einfamilienhausgebiete, Großsiedlungen, Dörfer)

7.6./14.6.1994

Soziale und räumliche Benachteiligung von Wohngebieten. Aktuelle Problemlösungsansätze

21.6./28.6.1994

Postfordistische Gesellschaft - veränderte Wohnbedürfnisse - neue Siedlungs- und Wohnformen?

5.7./12.7.1994

Soziale Wahrnehmung räumlicher Strukturen und planerische Leitbilder
(Stadtbilder, Landschaftsbilder; räumliche Leitbilder, "Imageplanung")

1. Studienabschnitt (Grundstudium)

1. Sem. Soziologische Grundlagen der Raumplanung (090-111 / 090-112)
GESELLSCHAFTSTHEORETISCHE GRUNDLAGEN

DER RAUMPLANUNG
Klausur M. Schmals / FG SOZ
2 V Di 10.15 - 11.45; GB III, R. 408
2 Ü Di 12.15 - 13.45; GB III, R. 408 (mit Tutor(inn)en)
Beginn: 25.10.1994

LEHRZIELE:

Die Studierenden dieser Einführungsveranstaltung erhalten einen systematischen Einblick in gesellschaftliche Entwicklungs-, Gestaltungs- und Veränderungsprozesse. Dabei wird versucht, sowohl die Bestimmungsfaktoren als auch die Erscheinungsformen dieser Entwicklung transparent zu machen. Außerdem werden die zentralen Aspekte der Planung etwa Fragen der Planungsethik, der Nutzungsverteilung in Raum und Zeit, der Bürgerbeteiligung, der Naturzerstörung, der Verwaltung, der räumlichen Mobilität, der Auflösung familiärer Lebensformen, Fragen der nationalen und internationalen Metropolentwicklung sowie solche der Erneuerung altindustrieller Lebensräume ins Licht gerückt und nach Lösungsansätzen gefragt. Dies in der Form, daß die Ergebnisse der Diskussionen auch in den Gang der Ausbildung (in das Projektstudium) einfließen können.

LEHRINHALTE:

Mit dieser Veranstaltung wird in die "Soziologischen Grundlagen der Raumplanung" eingeführt. Dabei werden - aus soziologischer Perspektive - zentrale Begriffe, Methoden und Theorien der Planung, Prozesse der Raumentwicklung und die wesentlichen Inhalte bzw. Problembereiche der Planung entwickelt bzw. diskutiert.

25.10.1994

a) Vorstellung des Semesterprogramms und b) Einführung: Was ist Soziologie? Was ist Raumplanung? Und was beinhaltet die soziologischen Grundlagen der Raumplanung? c) Bericht über eine Absolver(tin)enbefragung an der Fakultät Raumplanung.

TEIL I: PLANUNG IN THEORIE UND GESCHICHTE.

08.11.1994

Sozialer Wandel der Gesellschaft: Veränderung der Planung vor dem Hintergrund des Umbruchs der Gesellschaft von der feudalistischen Agrargesellschaft über die kapitalistische Industriegesellschaft und kapitalistischen Dienstleistungsgesellschaft zur Risiko-, Milieu- und Erlebnisgesellschaft. Dargestellt werden in diesem Zusammenhang Begriffe wie Stand, Klasse, Schicht, Risiko, Milieu, Lebensstil, soziale Ungleichheit und ungleichzeitige Entwicklungen in Raum und Zeit. Erklärt werden diese Begriffe im Kontext der Thesen zu Langen Wellen, zu Innovationszyklen, zu Industrialisierungstypen sowie im Rahmen der Begriffe Arbeit und Produktion.

15.11.1994

Stadt, Land, Region und Gesellschaft: Stadt als Subjekt und Objekt der Geschichte; Stadt und Land als Beispiele in Gesellschaftstheorien; die US-amerikanische und bundesrepublikanische Gemeindeforschung; Großstadtkritik und Großstadtforschung; die Stadt als Ort sozialer Bewegungen und Projekte.

22.11.1994

Theorien der Planung: Entstehung und Verfall von Planungstheorien im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess; die deziisionistische, technokratische, pragmatische und emanzipatorische Planungstheorie.

29.11.1994

Raum und Zeit: Raumentwicklung, Raum-Zeitstrukturen im Wandel und Raumbilder.

TEIL II: SOZIOLOGISCHE GRUNDLAGEN DER PLANUNG IN ZENTRALEN BEREICHEN DER GESELLSCHAFT.

06.12.1994

Partizipation und Raumplanung: Begriffsentwicklung und Diskussion ausgewählter Partizipationsmodelle an den Konzepten: Planung von Oben und Planung von Unten; Zivile Gesellschaft; Intermediäre Organisationen oder Zukunftswerkstätten als Vermittlungsansätze scheinbar unvermittelbarer Interessen und Bedürfnisse der Gesellschaft im Raum.

13.12.1994

Soziologie der Ökologie: Geschichte der Ökologie; Kritik der ökonomischen Vernunft und Hypothesen der

gesellschaftlichen Aneignung von Natur; die "Öko-Technokratie"; die "öko-soziale Frage; Umweltverträglichkeitsprüfung.

20.12.1994

Der "Zerfall der Familie" und die "Ergrauung der Gesellschaft": Von der "großen Haushaltfamilie" zur "bürgerlichen Kleinfamilie"; Strukturwandel und Funktionsverlust der Familie; alternative Lebensstile, neue Haushaltstypen, die Wahlfamilie; neue Mobilität und Segregation; welche Auswirkungen hat der demographische Strukturwandel auf die Raumplanung?

10.01.1995

Wohnverhältnisse, Wohnung, Wohnen: Wohnen im Wandel, Wohnbedürfnisse, zentrale Begriffe (Privatheit/Öffentlichkeit, Mischung, Dichte, Nachbarschaft), theoretische Aspekte der Wohnsoziologie, Wohnungspolitik, Wohnraumversorgung, Wohnungsnot und Wohnexperimente.

17.01.1995

Armut im Reichtum: Die Modernisierung unserer Gesellschaft löst nicht nur Probleme, sondern schafft auch unübersehbar Probleme: von der Armenpflege zur Sozialpolitik; die "Nützlichkeit der Armut"; absolute, relative und verdeckte Armut; das "Pentagon der Armut"; "Kultur der Armut" und Bekämpfung der Armut.

24.01.1995

Verwaltete Gesellschaft und bürokratisch blockierte gesellschaftliche Entwicklung: Anspruch und Wirklichkeit der planenden und ausführenden Verwaltung in Deutschland sowie Aspekte der Verwaltungsreform.

TEIL III: SOZIOLOGISCHE GRUNDLAGEN DER PLANUNG IN INTERDISZIPLINÄRE AUSRICHTUNG.

31.01.1995

Der Umbau altindustrialisierter Lebensräume: Die Internationale Bauausstellung Emscher-Park im Ruhrgebiet: Raumbezug; planungstheoretischer Bezug; Vorstellung von Wohn-, Arbeits- und Infrastrukturprojekten sowie Kritik an der IBA.

07.02.1995

Die Utopie ist tot - Es lebe die Utopie: Von Th. Morus (Utopia) über R. Owen und Ch. Fourier bis hin zu A. Gramsci und H. Jonas (Prinzip der Verantwortung). Welche Rolle spielen heute Utopien, Welt- und Zeitbilder in der Raumplanung?

Eine **Materialsammlung** mit Literaturhinweisen und eine Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten sind vorbereitet. Im ersten Teil der Veranstaltung trägt der Dozent die zentralen Inhalte des Themenschwerpunktes vor. Im zweiten Teil der Unterrichtseinheit werden die entwickelten Inhalte mit Tutor(inn)en diskutiert. Nach der 5., 11. und 13. Veranstaltung berichten die Studierenden in einer 3-4 Seiten langen Reflexion über die Inhalte der Veranstaltungen. Ein Leitfaden für diese Berichte liegt zu Beginn der Veranstaltung vor. (Die Berichte sind zum 06.12.1994, zum 31.01.1995 und zum 01.03.1995 in schriftlicher Form abzugeben.) Die drei im Verlauf des Semesters verfaßten Reflexionen bilden die Hausarbeit für diese Veranstaltung.

Organisation der Veranstaltung: Im ersten Teil (90 Minuten) trägt der Dozent die Inhalte des zu behandelnden Themenblocks vor. Dazu liegt ein Thesenpapier vor. Im zweiten Teil der Veranstaltung (90 Minuten) werden in "Kleingruppen" - zusammen mit Tutor(inn)en interessierende, kontroverse und unklar gebliebene Fragestellungen diskutiert.

LITERATUR

Beck, U.: Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986
Breckner, I. u.a. (Hrsg.): Armut und Wohnungsnot, Münster 1994
Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Wie geht's der Familie?, München 1988
Döring, D. u.a. (Hrsg.): Armut im Wohlstand, Frankfurt/M. 1990
Evers, A., Nowotny, H.: Über den Umgang mit Unsicherheit - Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft, Frankfurt/M. 1987
Häußermann, H., Siebel, W.: Neue Urbanität, Frankfurt/M. 1987
Häußermann, H. u.a. (Hrsg.): Stadt und Raum, Pfaffenweiler 1991
Hirsch, J., Roth, R.: Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986
Huster, E.-U. (Hrsg.): Reichtum in Deutschland, Frankfurt/M. 1993
Kruft, H.-W.: Städte in Utopia, München 1989
Lau, Ch.: Theorien gesellschaftlicher Planung, Stuttgart u.a. 1975
Petz, v. U., Schmals, K.M. (Hrsg.): Metropole, Weltstadt, Global City, Dortmund 1992
Müller, S., Schmals, K.M. (Hrsg.): Die Moderne im Park - Ein Streitbuch zur Internationalen Bauausstellung im Emscher Raum, Dortmund 1993
Schäfers, B.: Sozialstruktur und Wandel der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Stuttgart 1981
Schmals, K.M.: Stadt und Gesellschaft, München 1983
Schmals, K.M.: Gesellschaftstheoretische Grundlagen der Raumplanung, Dortmund 1992
Trept, L.: Geschichte der Ökologie, Frankfurt/M. 1987

1.Semester 090371
Systemtechnische Ortserkundung -
Grundlagen der Erhebungsmethoden & Forschungsformen in der Raumplanung (2V)
Raumplanung Gabriele Sturm / FG Soz
MI 10.15 - 11.45 h; GB III - R 408
Beginn 26.10.1994

Lernziele und Lerninhalte:

Parallel zur Projektarbeit sollen in dieser Veranstaltung Methoden empirischen Arbeitens vermittelt werden.

Empirisches Arbeiten heißt, zur Beantwortung von Planungsfragestellungen geeignetes Material zu sammeln bzw. entsprechende Daten zu erheben. Abhängig vom Interesse und Vorwissen der PlanerInnen stehen verschiedene Erhebungstechniken zur Verfügung, die bezüglich ihrer Reichweite zu vergleichen sind, bevor die Entscheidung für eines der Instrumente gefällt werden kann. Zugleich sind Datenerhebungen im Rahmen verschiedener Forschungsstrategien bzw. Untersuchungsdesigns möglich. Insofern soll die Veranstaltung die Entscheidungsfähigkeit für der eigenen Projektarbeit angemessene Erhebungsinstrumente und anwendbare Verfahrensweisen entwickeln.

Hinweise:

Gemäß Studienverlaufsplan ist die Veranstaltung SYS III zugeordnet. Ihr Besuch wird zwecks Unterstützung der Arbeit im Projekt jedoch den Studierenden des 1. Semesters empfohlen.

Passend zum Vorlesungsinhalt werden im 3-Wochen-Abstand Übungsaufgaben ausgegeben, die in Kleingruppen zu bearbeiten sind. Die Leistungsnachweise werden für die in diesen Übungen belegte Praxisumsetzung erteilt.

Literaturempfehlungen:

Flick, Uwe u.a. (1991). *Handbuch Qualitative Sozialforschung*. München: PVU.
Klimek, Christa (1990). *Ortserkundung für Projekte* (Materialien zur Projektarbeit, Heft 4). Dortmund: IRPUD.
Kromrey, Helmut (1986). *Empirische Sozialforschung* (3.Aufl.). Opladen: Leske (UTB 1040).
Mayring, Philipp (1990). *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. München: Psychologie Verlags Union.
Meise, Jürgen & Volwahn, Andreas (Hg.). (1980). *Stadt- und Regionalplanung. - Ein Methodenhandbuch*. Braunschweig: Vieweg.
Schnell, Rainer, Hill, Paul & Esser, Elke (1988). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München: Oldenbourg.

Projektbeschreibung des Projektes A -

"Kulturstädte Europas: ein Vergleich zwischen Antwerpen 1994 und Weimar 1999"

Kulturstädte sind besondere Städte.

Was macht Ihre Besonderheit aus?

Wie kommen sie in den Rang einer Besonderheit?

Was passiert ein Jahr lang in einer Kulturstadt? - ein Jahr Feiertag?

Wie geht es den Bewohnern der Stadt dabei?

Wie verändert das besondere Jahr die Stadt?

So oder so ähnlich können die Fragen wohl sein, denen die Projektgruppe nachgehen kann. Der Vorschlag, Antwerpen und Weimar zu vergleichen geht von der Annahme aus, daß die Städte ähnlich sind in ihrer Bedeutung für die europäische Kulturgeschichte als die Orte des Humanismus und der Klassik. Sie sind vielleicht auch ähnlich in bezug auf ihre Bedeutung in ihrem nationalen Kontext als kleine Mittelstädte. Der Reiz des Vergleichs liegt darin, daß die eine Stadt hinter sich hat, was die andere vor sich sieht. Gibt es Erfahrungen zu übertragen? Die Kontakte mit der Kulturdirektion in Weimar sind schon geknüpft, deren MitarbeiterInnen ein Interesse an diesem Frage

Auf der Theorie-Ebene ist der Hypothese nachzugehen, daß dieses europäische Kür-Verfahren zu einer Festivalisierung der Stadtentwicklungspolitik führt - oder auch nicht. Der Befund ist nicht im vorhinein abzusehen.

- Ilona Ostner (1981). *Frauen und Öffentlichkeit*.
Sylvia Stöbe (1990). *Privatheit - privater Raum*.
- 16.12.1994 Verräumlichung der Wirtschaftsformen
Ulla Terlinden (1990). *Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur*.
- 13.1.1995 Moderne I: Raumdifferenzierung nach Klassenlagen
Milan Dubrovic (1987). *Wiener Salons von 1920-1938*.
Anke Schiller-Merten (1990). *Frauen vor Ort*.
- 20.1.1995 Moderne II: Raumdifferenzierung gemäß Ideologie
Michael Rohwasser (1975). *Saubere Mädel - Starke Genossen*.
Klaus Theweleit (1977). *Männerphantasien 1*.
- 27.1.1995 Deutsche Spaltungen I und II
3.2.1995 Elisabeth Beck-Gernsheim (1980). *Das halbierte Leben*.
Feministische Studien 1 (1990). *Zwischenzeiten - Frauenforschung aus der DDR*.
Gisela Helwig & H.M. Nickel (1993). *Frauen in Deutschland 1945-1992*.
- 10.2.1995 Schlußdiskussion

Lernziele:

Die materiale Struktur der Lebenswelt(en) und ihre räumliche Ausprägung stehen in Wechselwirkung zum Geschlechterverhältnis. In einem Jahrhunderte währenden Prozeß sind Frauen auch räumlich in die Unsichtbarkeit gedrängt worden: Diese Entwicklung soll anhand historischer Beispiele auf dem Hintergrund verschiedener Erklärungsmuster analysiert werden. Im Umkehrschluß soll diskutiert werden, wie sich Emanzipationskonzepte verräumlicht haben.

Lerninhalte:

- 14.10.1994 Vorbesprechung; Einführung in das Thema:
Sigrid Weigel (1987). *Zur Weiblichkeit der imaginären Stadt*.
- 21.10.1994 Antike I: Rom als Weltmacht
Gabriele Geiger (1986). *Frauen - Körper - Bauten*.
Bauwelt 31/32 (1979), darin: Margrit Kennedy u.a.
- 28.10.1994 Antike II: Vorchristliche Kulturen in Auswahl
Gabriele Geiger (1986). *Frauen - Körper - Bauten*.
Marla Mies (1988). *Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung*.
- 4.11.1994 Mittelalter I und II
11.11.1994 Gabriele Geiger (1986). *Frauen - Körper - Bauten*.
Edith Ennen (1984). *Frauen im Mittelalter*.
- 18.11.1994 Frühe Neuzeit bis 1800
Gabriele Geiger (1986). *Frauen - Körper - Bauten*.
Becker, Bovenschen, u.a. (1977). *Aus der Zeit der Verzweiflung - Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes*
Karin Hausen u.a. (1992). *Frauenräume*.
- 25.11.1994 19. Jahrhundert
Gabriele Geiger (1996). *Frauen - Körper - Bauten*.
Ilsebill Barta (1987). *Der disziplinierte Körper*.
Karin Hausen u.a. (1992). *Frauenräume*.
- 2.12.1994 Zwischenfazit und theoretische Reflexionen:
Kerstin Dörhöfer (1990). *Stadt - Land - Frau*.
Marianne Rodenstein (1990). *Feministische Stadt- und Regionalforschung*
Ulla Terlinden (1982). *Feministische Planungsansätze*.
- 9.12.1994 Entwicklung von Privatheit und Öffentlichkeit
Karin Hausen (1992). *Öffentlichkeit und Privatheit*.

Raumbilder und Raumplanung

5. Sem.: Theorien und Modelle der Raumentwicklung (090525)

RAUMBILDER UND RAUMPLANUNG: Wahrnehmung, Subjekt und Raumentwicklung

Heinz-Jürgen Bremm

2 VS Di 12.15 - 13.45, GB III, R. 208 A

Beginn 11.10. 1994

Lernziele:

Seit Mitte der achtziger Jahre wird in den Raumwissenschaften eine Diskussion über "Raumbilder" geführt. Dahinter verbirgt sich offensichtlich die Frage nach dem Zusammenhang von objektiver, baulicher und räumlicher Form und subjektiver Wahrnehmung der Menschen. Die Diskussion umfaßt zumindest zwei für die Raumplanung relevante Aspekte. Zum einen ist die Bedeutung von Stadtwerbung angewachsen und Ziel und Inhalt haben sich tiefgreifend verändert. Städtemarketing und Imagebildung gehören heute zum festen Bestandteil des internationalen Konkurrenzkampfes von Städten und Regionen um Ansiedlungen von Unternehmen und Anteile im Tourismusgeschäft. Zum anderen haben Schlagworte wie regionale Identität, Heimat und Orientierung Konjunktur. Dabei fällt auf, daß der positive Bezug zur regionalen Identität in einem eigentümlichen Kontrast zur Internationalisierung und Globalisierung von ökonomischen, aber auch kulturindustriellen Aktivitäten steht. Raumplaner sind offensichtlich nicht nur für die Planung harter, materieller und sozialer Infrastruktur zuständig, sondern zunehmend auch für das äußere Erscheinungsbild von Städten und Regionen. Diese Veränderung betrifft auch Rolle und (unausgesprochenes) Selbstverständnis von Planern und bedarf der Erläuterung und Diskussion.

Lerninhalte:

- Die neue Diskussion um Raumbilder: Internationalisierung der Ökonomie und Strukturwandel der Städte.
- Die Produktion von Raumbildern: Schein und Wirklichkeit in Städtemarketing und Imagebildung.
- Raumbilder und regionale Identität: Heimat und Orientierung als alte und neue soziale Werte.
- Die sozialpsychologische Bedeutung räumlicher Strukturen: von der Unwirtlichkeit der Städte zur Unwirklichkeit der Städte?
- Utopie und Raum: die normative Kraft utopischer Raumbilder.
- Raumbilder und Raumplanung: veränderte Ansprüche an Planung und ihre Konsequenzen.

Hinweis:

Zu der Veranstaltung wird eine Textsammlung erstellt, die im Handapparat der Bereichsbibliothek Raumplanung steht. Diese enthält einen detaillierten Veranstaltungsüberblick sowie eine umfangreiche Literaturliste.
Eine intensive Mitarbeit und die Übernahme von Referaten sind wichtige Voraussetzungen für das Gelingen der Veranstaltung und werden von den Teilnehmern erwartet.

**TEXTE ZUR VERANSTALTUNG
"RAUMBILDER UND RAUMPLANUNG"**

11.10. '94

Raumbilder und Raumplanung: Einführung in die Veranstaltungsrunde.

W. Benjamin: Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts. in: ders.: Urbanisationen. Frankfurt/M. 1977: S. 170-184.

W. Schivelbusch: Eisenbahnraum und Eisenbahnzeit. in: ders.: Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 1989. S. 35-45.

18.10. '94

Die neue Diskussion um Raumbilder: Gesellschaftlicher Strukturwandel und Strukturwandel der Städte.

D. Häußermann: Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen. in: ders. (Hg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Basel, Boston, Berlin 1992, S. 10-34.

K. Rennelt, G. R. Wolf: Rhein-Main - Eine Region bröckelt sich. in: DISP 112, 1993, S. 30-44.

25.10. '94

Bilder des flexiblen Raums: Neue Formen der Urbanisierung.

D. Ipsen: Neue urbane Zonen - Raumentwicklung und Raumbilder. in: C. Friederichs u.a. (Hg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen. Opladen 1986, S. 142-152.

U. Lehrer: Bilder der Peripherie: Die Architektur des "Flexiblen Raums". in: DISP 112, 1993, S. 32-37.

1.11. '94

Die Produktion von Raumbildern: Städtemarketing und Stadtwerbung.

W. Durth: Städtekonkurrenz und Imagepflege: Die Stadt als Ware und Werbeobjekt. in: ders.: Die Inszenierung der Alltagswelt. Zur Kritik der Stadtgestaltung. Braunschweig 1977. S. 74-87.

A. Köster, K. Schmidt: Stadtmaking. in: RaumPlanung 58, 1992, S. 139-146.

I. Helbrecht: Stadtmaking. Basel, Boston 1993.

8.11. '94

Die Stadt als Ware? Image und Wirklichkeit urbaner Räume.

J. Byrne u.a.: The city as commodity. The decline of urban vision. in: RaumPlanung 46/47, 1989, S. 174-178.

H. Jähner: Tour in die Moderne. Die Rolle der Kultur für städtische Imagewebung und Städtetourismus. in: K.R. Schärpe: Die Unwirklichkeit der Städte. Großstadtdarstellungen zwischen Moderne und Postmoderne. Reinbek bei Hamburg 1988. S. 255-242.

15.11. '94

Die sozial-psychologische Bedeutung räumlicher Strukturen I: Die Unwirklichkeit der Städte.

H. Berndt: Zur massenpsychologischen Funktion architektonischer Formen. in: dies.: Die Natur der Stadt. Frankfurt a.M. 1978, S. 206-213.

A. Mischerlich: Die Unwirklichkeit unserer Städte. Thematischer Aufsatz. in: ders.: Die Unwirklichkeit unserer Städte. Ansätze zum Verständnis. Frankfurt a.M. 1968, S. 9-27.

22.11. '94

Die sozial-psychologische Bedeutung räumlicher Strukturen II: Von der Unwirklichkeit der Städte zur Unwirklichkeit der Städte?

K.R. Schärpe: Zur Einführung - Die Großstadt aktuell und historisch. in: ders. (Hg.): Die Unwirklichkeit der Städte. Großstadtdarstellungen zwischen Moderne und Postmoderne. Reinbek bei Hamburg 1988, S. 7-11.

J. Hasse: Cyber-Space. in: ders.: Heimat und Landschaft. Über Gartenzwirge, Center Parks und andere Ästhetisierungen. Wien 1993, S. 75-84.

29.11. '94

Raumbilder und regionale Identität I: Raumentwicklung zwischen Globalisierung und Regionalisierung

J. Hasse: "Regionale Identität". Zur Reichweite verschiedener wissenschaftstheoretischer Zugriffe auf ein zwiespältiges Phänomen. in: E. Aufhäuser, R. Giffinger (Hg.): Perspektiven regionalwissenschaftlicher Forschung. Mitteilungen des Arbeitskreises für Neue Methoden in der Regionalforschung, Vol. 18, 1988, S. 30-37.

D. Ipsen: Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie. in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, 1993, S. 9-18.

6.12. '94

Raumbilder und regionale Identität: Wahrnehmung und Realität räumlicher Strukturen.

J. Aring u.a.: Das "typische" Ruhrgebiet in den Selbstdeutungen der Bewohner. in: dies.: Krisenregion Ruhrgebiet? Alltag, Strukturwandel und Planung. Oldenburg 1989, S. 187-205.

U. Mai: Kulturschock und Identitätsverlust. Über soziale und sinnliche Enteignung von Heimat in Ostdeutschland nach der Wende. in: Geographische Rundschau, Heft 4/1993, S. 232-237.

13.12. '94

Subjekt und Gesellschaft: In welchem Verhältnis stehen individuelle Biographie und gesellschaftlich-räumliche Entwicklung?

W. Fischer-Rosenthal: Zum Konzept der subjektiven Aneignung von Gesellschaft. Vortrag auf der Sektion Biographieforschung, Jahrestagung Bremen 1992.

S. Reck: Persönliche Identität als spezielle Identität von Personen - Identität und Biographie. in: ders.: Identität, Rationalität und Verantwortung. Grundbegriffe und Grundzüge einer soziologischen Identitätstheorie. Frankfurt/M. 1981, S. 88-94.

20.12. '94

Zwischenresümee: Raumbilder und Raumplanung I.

I. Helbrecht: Perspektiven der Planungspolitik. Stadt- und Regionalplanung auf dem Weg zu einem "prospektiven Krisenmanagement". in: dies.: Das Ende der Gestaltbarkeit? Zu Funktionswandel und Zukunftsperspektiven räumlicher Planung. Oldenburg 1991, S. 181-192.

H.-J. Pohlmann: Kommunikationsplanung. Planungstheoretische Perspektive für die Zukunft? in: RaumPlanung Heft 61, 1993, S. 93-96.

10.1. '95

Utopie und Raum I: Die normative Wirkung utopischer Raumbilder

H.R. Müller-Raemisch: Leitbilder und Mythen. in: ders.: Leitbilder und Mythen in der Stadtplanung 1945-1985. Frankfurt/M. 1990, S. 11-19.

Bernd Streich: Zur Geometrie städtebaulicher Leitbilder. in: DISP 101, 1990, S. 3-12.

17.1. '95

Utopie und Raum II: Das Ende der Utopie in der Raumplanung?: Neue Leitbilder und verkaufsträchtige Imagebildung.

J. Habermas: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung der utopischen Energien. in: ders.: Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt a.M. 1985, S. 141-163.

H. Marcuse: Das Ende der Utopie. in: ders.: Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967. Frankfurt a.M. 1980, S. 9-18.

A. Voß: Vom Krisengebiet zur Ökometropole - Überlegungen zu einem städtebaulichen Leitbild für das Ruhrgebiet. in: RaumPlanung 45, 1989, S. 134-137.

24.1. '95

Ideologie, Herrschaft und Raum: Die Inszenierung des Raums im Nationalsozialismus.

D. Münk: Die Organisation des Raums im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reichs. Köln 1993.

C. Uslular-Thiele: Autobahnen. in: Frankfurter Kunstverein (Hg.): Dokumente der Unterwerfung. Kunst im 3. Reich. Frankfurt a. M. 1974, S. 148-182.

31.1. '95

Raumbilder und Raumplanung II: Veränderte Ansprüche an Planung und ihre Konsequenzen: Bedingungen und Möglichkeiten einer demokratischen Raumplanung.

H.J. Bremm: Raumplanung unter den Bedingungen eines neuen räumlichen Entwicklungsmodells. in: ders.: Ökonomie, Politik und Raumplanung in alten Industrieregionen. Eine Untersuchung des Strukturwandels in den Regionen Pittsburgh und Dortmund. Dortmund 1993 (Dissertation), S. 265-273.

T. Meyer: Kanon für die Regie. Formen symbolischer Politik. in: ders.: Die Inszenierung des Scheins. Essay-Montage. Frankfurt a.M. 1992, S. 177-188.

7.2. '95

Resümee der Veranstaltung: Abschlusdiskussion und Veranstaltungskritik.

UTOPIEN DER GESELLSCHAFT

Klaus M. Schmals / FG SOZ

2 VS Do 12.15 - 13.45; GB III, R. 311

Beginn: 13.10.1993

LERNZIELE:

Utopien, Weltbilder, Ideologien, Leitbilder, Werte und Ziele spielen direkt und indirekt in die Raumplanung herein. Sie sollen in dieser Veranstaltung transparent gemacht und in ihrer Prägekraft auf die Raumplanung untersucht werden.

Aus der Perspektive von Philosophie, Soziologie, Politik, Architektur oder Planung blicken wir auf eine lange Tradition der Utopieproduktion zurück. Sie mußte jedoch - wie es Hans Magnus Enzensberger ausdrückte - in den siebziger Jahren einer "melancholischeren Ratlosigkeit" Platz machen. Gegenwärtig scheint das Interesse an Utopien, Welt- oder Leitbildern - wenn gleich langsam, so doch stetig - zuzunehmen. Gründe hierfür könnte einerseits die zunehmende Zerstörung unserer äußeren - inneren, vermittelnden und zukünftigen Lebenswelt und andererseits der Wille vieler Bürger sein, die Gestaltung der Gesellschaft wieder stärker in die "eigenen Hände" zu nehmen. Spuren dieser Entwicklung lassen sich ablesen am "Stadforum Berlin", am Diskussionsforum "München 2000", am "Verkehrsforschungsinstitut" oder am Frankfurter Kolloquium "Die Zukunft des Städtischen". Ziel der Veranstaltung ist es: a) Hintergründe, Ziele und Ergebnisse der Utopieforschung herauszuarbeiten, b) Erklärungen für die aktuelle "Utopiemüdigkeit" zu suchen und c) aufzuzeigen, in welche Richtung und vor welchen Zielen sich gegenwärtig ein Diskurs über Utopien, Welt oder Leitbilder in postmodernen Gesellschaften entfalten könnte.

LEHRINHALTE:

- 13.10.1994: Vorstellung des Semesterprogramms, Verteilung von Referatsthemen und Bildung von Arbeitsgruppen. Anschließend eine erste Diskussion: Welche Erklärungsansätze stehen uns für die angenommene "Utopiemüdigkeit" in unserer Gesellschaft zur Verfügung und inwiefern stehen uns Wege aus dieser Situation zur Verfügung?
20.10.1994: Rolle und Funktion von Utopien in der Geschichte - Skizze und Programm der Utopieforschung (vgl. dazu ein vorbereitetes Thesenpapier) sowie einige Aspekte aus Platon's "Idealstaat".
27.10.1994: Gesellschaftliche Utopien im abendländischen Entwicklungsprozeß (von T. Morus "Utopia" bis zum "Sonnenstaat" von T. Campanella).
03.11.1994: Idealstädte vom 15. bis zum 18. Jahrhundert (vgl. die Utopien von Pienza (Papst Pius II.) über Sabbioneta (Fürst V. Gonzaga) bis zu Kardinal Richelieu).
10.11.1994: F. Bacon und der Startschuß für technokratische bzw. scientistische Utopien (vgl. das "Haus Salomons" in "Neu-Atlantis").
17.11.1994: Strukturen und Funktionen bürgerlicher und sozialistischer Utopien (vgl. Ideen, Ideale und konkrete Konzepte von G.-E. Haussmann (Paris), über R. Owen (New Harmony), C. Fourier (Phalanstère) und C. Silie bis hin zu T. Garnier (Die Ideale Industriestadt)).
24.11.1994: Programm und Manifeste zur Architektur und Stadtplanung im 20. Jahrhundert I: Die Gartenstadt-Idee von E. Howard und seinen Mitarbeitern und ihre Folgen in England und Deutschland.
01.12.1994: Programm und Manifeste zur Architektur und Stadtplanung im 20. Jahrhundert II: Die "Charta von Athen" und die "Charta von Moskau" - Arbeiten der CIAM (u.a. von L. Corbusier, F. May oder H. Scharoun).
08.12.1994: Die Konstruktivisten und Suprematisten in der Sowjetunion in Rußland (um El Lissitzky, K. Malewitsch und W. Tatlin sowie der niederländischen DeStijl-Gruppe (um J.J.P. Oud (Rotterdam) und C. van Eesteren (Amsterdam)).
15.12.1994: Geht mit dem Strukturwandel der Gesellschaft, dem "Ende der Arbeitsgesellschaft", dem Wandel der Weltbilder und der Lebensstile auch ein Wandel der "Utopieproduktion" einher?
12.01.1995: Zwischenbilanz: Die Utopie ist tot - Es lebe die Utopie?! Ziel dieser Veranstaltung ist es, den Begriff "Utopie" zu klären und nach seiner Leistungsfähigkeit in unserer Zeit zu fragen.

19.01.1995: Zivilgesellschaft - mehr als eine Utopie? Eine Diskussion zwischen A. Gramsci, K.R. Popper und J. Habermas.

26.01.1995: Inwieweit können intermediäre Organisationen (K. Selle), Stadtforen, runde Tische, Beratungsgesellschaften, Mediationsverfahren Bürgeranwälte, Interessenverbände der Bürger (wie BUND) oder Zukunftswerkstätten (R. Jungh) Aufbrüche in eine veränderte Gesellschaft weisen?

02.02.1995: H. Jonas, Das "Prinzip Verantwortung" eine Absage an das "Prinzip Hoffnung" (E. Bloch).

09.02.1995: Zusammenfassung der Seminarergebnisse und Seminarkritik.

LITERATUR

- Beck, U.: Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986
Bloch, E.: Bauten, die eine bessere Welt abbilden, architektonische Utopien, in: ders., Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M. 1959
Bollerey, F.: Architekturkonzeptionen der utopischen Sozialisten - Alternative Planung und Architektur für den gesellschaftlichen Prozeß, Berlin 1981
Brand, K.-W. u.a.: Aufbruch in eine andere Gesellschaft, Frankfurt/M. 1986
Braun, H.-J. (Hrsg.): Utopien - Die Möglichkeit des Unmöglichen, Zürich 1989
Conrada, U. (Hrsg.): Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Braunschweig 1984
Eder, K.: Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis, Frankfurt/M. 1989
Enzensberger, H.M.: Von der Unaufmerksamkeit des Kleinbürgers, in: Kursbuch, Heft Nr. 45, Berlin 1975
Evers, A., H. Nowotny: Über den Umgang mit Unsicherheit - Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft, Frankfurt/M. 1987
Gaßner, H. u.a. (Hrsg.): Die Konstruktion der Utopie - Ästhetische Avantgarde und politische Utopie in den 20er Jahren, Marburg 1992
Günther, R.: Kulturelle Stadlutopten, Essen 1992
Habermas, J.: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: ders.: Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985
Habermas, J.: Faktizität und Geltung, Frankfurt/M. 1992
Hahn, E.: Ökologischer Stadlumbau, in: papers des Wissenschaftszentrum Berlin, Heft Nr. FS II 91-95, Berlin 1991
Hahn, E.: Die andere "Charta", in: Kursbuch, Heft Nr. 112, Berlin 1993
Heinrich, K.J.: Der utopische Staat (Morus-Utopia, Campanella-Sonnenstaat, Bacon-Neu Atlantis), Reinbek bei Hamburg 1991
Hilpert, T. (Hrsg.): Le Corbusier's Charta von Athen, Braunschweig 1980
Hradil, S.: Postmoderne Sozialstruktur ..., in: ders./P.A. Berger: Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Sonderband Nr. 7 der Sozialen Welt, Göttingen 1990
Jenkins, H.: Sozialutopien, Berlin 1992
Jonas, H.: Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt/M. 1984
Kondratieff, N.D.: Die Langen Wellen der Konjunktur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band Nr. 56, Tübingen 1926
Kruft, H.-W.: Städte in Utopia - Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, München 1989
Müller-Dohm, S. (Hrsg.): Jenseits der Utopie, Frankfurt/M. 1991
Mußmann, O.: Das Utopische im Ungebauten, in: Ungebautes Hannover (Hrsg.), AG-Stadtleben, Hannover 1991
Nipperday, T.: Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit, in: Archiv für Kulturgeschichte, Heft Nr. 44, 1962
Rödel, U. u.a.: Die demokratische Frage ..., Frankfurt/M. 1989
Saage, R.: Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Darmstadt 1992
Saage, R.: Vertragsdenken und Utopie, Frankfurt/M. 1989
Vilmar, F., B. Runge: Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?, Essen 1986
Vosskamp, W. (Hrsg.): Utopieforschung, 3 Bd., Frankfurt/M. 1985
Wentz, M. (Hrsg.): Die Zukunft des Städtischen, Frankfurt/M. 1992 (vgl. hier Kap. 5: "Urbanität und zivile Gesellschaft")

6. Semester 090 627

Theorien und Modelle der Raumentwicklung Die feinen und die weniger feinen Unterschiede. Zur Ausdifferenzierung der sozialen und der räumlichen Strukturen moderner Gesellschaften Christine Weiske und Klaus M Schmals

Lernziele

In den sozialen Beziehungen wird seismographisch auf die Veränderungen in der Wirtschaft und der Politik reagiert. Die Sozialstruktur funktioniert als der "Adaptor", über den ökonomische und politische Prozesse in soziale übersetzt werden. Zwischen den Geschlechtern, zwischen den Altersgruppen, zwischen den ethnischen Gruppen verändern sich die Lebenszusammenhänge. Soziale Unterschiede fungieren als Grenzen, die ent- und verriegelt werden, um die Ressourcen des Lebens (Zeit, Raum, Geld, Bildung, Gesundheit ...) zu verteilen. Die räumlichen Aspekte der Entwicklung von sozialen Strukturen sind die Orientierungspunkte der Überlegungen.

Lerninhalte

- Zur Naturgeschichte der Sozialstruktur und der Konstituierung sozialer Rollen: Geschlecht, Alter, Ethnizität
- Die demografischen Trends der Sozialstrukturentwicklung (neue Haushaltstypen, Kinder, junge Alte, Einwanderer ...)
- Die sozialen Unterschiede und ihre Reproduktion (soziale Lagen, soziale Milieus, soziale Herkunft ...)
- Ökonomische Trends der Sozialstrukturentwicklung (Tertiarisierung und Flexibilisierung beruflicher Lebensläufe, Einkommensentwicklung, Arbeitslosigkeit und Armut)
- Räumliche Didsparitäten als soziale Gefälle

Literatur

- Beck-Gernsheim, E.: Arbeitsteilung, Selbstbild und Lebensentwurf. Neue Konfliktlagen in der Familie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie 44(1992)2, S. 273 - 291
Bourdieu, P.: Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M., 1988.
Geißler, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992.
Hertlyn, U. u.a.: Armut und Milieu, Basel, Boston, Berlin, 1991.
Hradil, St.: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, Opladen, 1987.

Hauptstudium

090 714 Seminar P+E II: Moderne Planungstheorien und Staatstheorien Bömer, H. / FG Pök, Müller, S. / FG Soz Mi 10.15-11.45; GB III, R. 311 Beginn 26.10.1994

Lernziele/Lehrinhalte

RaumplanerInnen beschäftigen sich berufsmäßig mit der Umgestaltung von Räumen. Die Voraussetzung dafür, daß diese glücklich ist die Verknüpfung von Umgestaltungsideen mit umgestaltungsfähigen Menschen und umgestaltungsfähigen gesellschaftlichen Institutionen. Planungstheoretisch und planungspolitisch ist vor allem die reale Funktionsweise der Staatssphäre wichtig: Trotz aller in den letzten Jahren eingetretenen Änderungen der Gesetzeslage bleiben Raum- und UmweltenplanerInnen in der BRD noch immer in erster Linie an die Aktionsmöglichkeiten und Restriktionen staatliche Handelns gebunden.

Seit Mitte der achtziger Jahre sind eine Reihe neuer staats-, raum- und planungstheoretischer Vorstellungen entwickelt worden, die in diesem Seminar erarbeitet werden sollen: Das Paradigma von fordistischer bzw. postfordistischer Regulation, die Vorstellung einer gesellschaftlichen Transformation von der Moderne zur Postmoderne mit dem Auftreten von Wertewandel und neuen Symbolisierungen, eine neue Bedeutung von Akteurskonstellationen mit Privatpersonen, intermediären Organisation und Zivilgesellschaft. Das Seminar soll in diesem theoretischen Feld Überblick verschaffen und Handlungsmöglichkeiten von PlanerInnen diskutierbar machen.

- 26.10.1994 Postmoderne, Postfordismus und die Raumplanung. Einführung und Organisation des Seminars (Sebastian Müller)
02.11.1994 Hegemonie und Zivilgesellschaft; Gramsci's moderne Weiterentwicklung der Staatstheorie (Hermann Bömer)
09.11.1994 Postmoderne - zivilgesellschaftliches Modell zur Transformation der Moderne? (Sebastian Müller)
16.11.1994 Buß-und Betttag
23.11.1994 Besprechungstermin für die studentischen Seminargruppen
30.11.1994 Zwischenbericht Gruppe "Regulation": Die Theorie der Regulation bei Lipietz/Krätke
07.12.1994 Zwischenbericht Gruppe "Hegemonie": Hegemonie und Staat bei Gramsci/Sablowski

- 11.12.1994 Zwischenbericht Gruppe "Zivil": Der Kern der Zivilgesellschaft bei Frankenberg/Dubil
- 11.01.1995 Schlußbericht Gruppe "Regulation": Staats- und planungstheoretische Forschungsfragen an das Regulationskonzept. (Ergänzungsvortrag S. Müller)
- 18.01.1995 Schlußbericht Gruppe "Hegemonie": Planungs- und Raumplanungsfragen an das gesellschaftliche Transformationskonzept von Gramsci/Hirsch (Ergänzungsvortrag H. Bömer)
- 25.01.1995 Schlußbericht Gruppe "Zivil": Planungstheoretische Forschungsfragen und -praktische Konsequenzen der Zivilgesellschaftsdiskussion von Dubil bis Habermas (Ergänzungsvortrag S. Müller)
- 01.02.1995 Weltmarkt und Weltordnung. Internationale Regelung/Austragung von Umwelt- und Raumnutzungskonflikten. Eine Diskussion (eingeleitet von H. Bömer)
- 08.02.1995 Neue Rollen für Planung, Partizipation und BürgerInnen im "Verhandlungsstaat". Ende der Planungsbürokratie? Eine Diskussion (eingeleitet von S. Müller)

Literaturhinweise:

Zur Unterstützung dieses Seminars liegt eine Reader mit dem Titel "Planungstheorie heute" vor. Er wird die im Seminar zu behandelnde Texte und sonstige einschlägige Literatur enthalten.

Hirsch, J./ Roth, R.: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Hamburg 1986.

Lipietz, Alain: Zur Zukunft der städtischen Ökologie. Regulation in regulationstheoretischer Beitrag, in: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadträume, Frankfurt 1991, S. 129-136

Kebir, S.: Gramsci's Zivilgesellschaftstheorie, Hamburg 1991

Frankenberg, G., Dubil, U.: Die demokratische Frage, Frankfurt 1989.

Heinelt, Hubert, Mayer, Margit: Politik in Europäischen Städten, Basel, Bosten, Berlin 1992

8. Semester
Methoden,
Verfahren und
Instrumente
der Raumplanung

050732

Kunstwelten. Von Malls, Musicals, Multiplexen und Center - Parks

Gerd Hennings, FG GWP, Sebastian Müller, FG SOZ

Mi, 12.15-13.45, Raum 208 a

Beginn: 26.10.1994

Lernziele:

Das Jahr 1994 ist u.a. auch dadurch gekennzeichnet, daß Großprojekte einer neuen Einkaufs- und Freizeitinfrastruktur immer mehr von sich reden machen: Im Einzelhandelsbereich entsteht die erste echte Mall in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Namen "Neue Mitte Oberhausen". Sie besteht aus einer Kombination von 70 000 qm Nettoeinkaufsfläche, 10 ha Freizeitpark, 5 ha Sport und Erholung, 8 ha Business Park, Restaurants, einem Multiplex-Kino, etc. Aus Duisburg und Essen kommt die Kunde, daß zwei neue Musical - Theater geplant sind, in Essen verbunden mit einem höchst attraktiven Projekt zur Wiedernutzung der AEG-Kanis-Halle, einer sog. Kathedrale des Industriezeitalters. In Dortmund gibt es zur Zeit ein Kopf an Kopf -Rennen zwischen einem Projekt Multiplex-Kino nördlich des Hauptbahnhofs und dem sog. Thier-Projekt, einem Großprojekt, in dem große Einzelhandelsflächen, eine Musicalhalle und ein Multiplex-Kino integriert realisiert werden sollen. Das Cinemaxx in Essen und das UCI in Bochum ziehen große Zuschauerströme auf sich und von den bestehenden Kinos weg. In Duisburg wird ebenfalls ein Multiplex-Kino projektiert. Aus dem fernen Niedersachsen kommt die Kunde, daß die Genehmigung zur Realisierung eines ersten Center Parks jetzt vorliegt. Auch andere Freizeitparks berichten von hohen Zuwachsraten und Erweiterungsplänen, während bekanntlich der Euro-Disney-Park in der Nähe von Paris sich nicht zufriedenstellend zu entwickeln scheint.

Alle diese Projekte haben mehrere Dinge gemeinsam:

- 1) es handelt sich um Großprojekte, (Ausnahme: Musical-Theater), die bestehende Dimensionen ähnlicher Einrichtungen bei weitem überragen;
 - 2) es handelt sich in der Regel um Projekte, in denen hohe Wachstumsraten erwartet und zum Teil auch realisiert werden;
 - 3) es handelt sich um Projekte, die alle mit dem Stichwort "Erlebniswelten" auf den Markt kommen, und die im wesentlichen "künstliche" Erlebniswelten aufbauen;
 - 4) Es handelt sich häufig um sog. Mixed Use - Projekte - Projekte also, die Einkaufs- und Freizeitaktivitäten geschickt miteinander zu verknüpfen versuchen;
 - 5) es handelt sich um Projekte, bei denen Innenstadt-Projekte mit "Grüne Wiese"-Projekten konkurrieren.
- Insgesamt entsteht zur Zeit eine neue Freizeit- und Einkaufsinfrastruktur, die unser aller Leben in der Zukunft in entscheidendem Maße prägen und beeinflussen wird.

Die Veranstaltung hat folgende Lernziele:

- sie will einen Beitrag leisten zum Erkennen und Verstehen der neuen Trends;
- sie will die Determinanten der dahinterstehenden Kräfte analysieren;
- sie will insbesondere darlegen, mit Hilfe welcher planerischer Verfahren, Maßnahmen und Instrumente diese Projekte realisiert werden, bzw. realisiert werden können.

Lerninhalte:

1. Einführung: Der Trend zu künstlichen Erlebniswelten
Vortrag: Gerd Hennings. 2 kurze Videofilme, a) Die Edmonton-Mall; b) Überall ist Disneyland
2. Die Kräfte hinter den Trends: Angebots- und Nachfragebedingungen
Vortrag: Sebastian Müller
3. Die Rolle der Kunstwelten im Einzelhandel: Der Trend zu Mega-Malls
Gastvortrag: Dr. Ulrich Hatzfeld, Hatzfeld und Junker, Stadtforschung und Stadtplanung
4. Verfahren und Instrumente zur Realisierung einer Mall: Das Beispiel: Neue Mitte Oberhausen.
Gastvortrag: Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Best, Planungsamtsleiter der Stadt Oberhausen
5. Neue Kinowelten: Das Multiplex
Gastvortrag: Dipl.-Ing. Martin Jacobs, ILS, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
6. Verfahren und Maßnahmen zur Realisierung eines Multiplex-Kinos
Gastvortrag: Dipl.-Ing. Werner Hofmeister, Leiter des Bauordnungsamtes Dortmund
7. Developer und Betreiber im Multiplex-Bereich
Gastvortrag: Vertreter der Flebbe-Gruppe, Hannover
8. Das Musical- Geschäft. Die Stella GmbH
Vortrag: Hennings. Video-Film: "Das Phantom der Oper"
9. Verfahren, Maßnahmen und Instrumente der Realisierung eines Musical-Projektes: Das Beispiel AEG-Kanis-Halle in Essen
Gastvortrag, Dr. Odental, Essener Wirtschaftsförderungs Gesellschaft
10. Freizeitparks
Gastvortrag: Dipl. Ing. Ralf Ebert, StadtArt,
11. Verfahren und Maßnahmen zur Realisierung von Center-Parks
Gastvortrag: Vertreter der Center Park GmbH
12. Gesamt-Einschätzungen: Der endgültige Sieg der Kunstwelten?

Raumplanung und gesellschaftlicher Wandel

8. Sem.: Planungs- und Entscheidungstheorie und -technik (90816)

RAUMPLANUNG UND GESELLSCHAFTLICHER WANDEL

Heinz-Jürgen Bremm

2 VS Do 10.15 - 11.45, GB III, R 208 A
Beginn: 13.10. 1994

LERNZIELE:

Seit Anfang der siebziger Jahre befinden sich die westlichen Industrienationen in einem weitreichenden Umbruchprozeß, der auch die Veränderung von Städten und Regionen beinhaltet. Raumplanung bleibt von diesem Wandel nicht unbeeinflusst. Zum einen sind die Gegenstände raumplanerischen Handelns (d.h. die räumlichen Strukturen) einem rapiden Veränderungsprozeß unterworfen. Zum anderen ändern sich Form und Inhalt staatlicher Intervention in den Prozeß der Raumentwicklung. Die gewachsene Bedeutung von betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und privatwirtschaftlichen Organisationsformen verändern die Bedingungen raumplanerischer Praxis. Es stellt sich somit die Frage, wie heute die Möglichkeiten für eine demokratische, emanzipatorische und sozial gerechte Raumplanung aussehen. Im Rahmen der Veranstaltung soll diskutiert werden, ob die "Erschöpfung der utopischen Energien" (J. Habermas) auch das positive Selbstverständnis von Planung untergräbt, oder ob ein neues Modell der Raumentwicklung auch Chancen zu einer demokratischen Planung unter veränderten Bedingungen eröffnet.

Lerninhalte:

- Theorien des gesellschaftlichen Strukturwandels;
- Theorien der räumlichen Restrukturierung;
- Gibt es ein neues Modell der Raumentwicklung?
- Exemplarische Betrachtung neuer räumlicher Entwicklungsmuster (z.B. alte Industrieregionen, "Global Cities", neue Industriedistrikte) und planungspolitischer Regulierungen (z.B. "lean administration", das Tilburger Modell, "Rathaus ohne Ämter").
- Veränderte Bedingungen für eine demokratische Raumplanung.

Hinweis:

Zu dem Seminar wird eine Textsammlung erstellt, die im Handapparat der Bereichsbibliothek Raumplanung steht. Diese enthält einen detaillierten Veranstaltungsüberblick sowie eine umfangreiche Literaturliste. Eine intensive Mitarbeit und die Übernahme von Referaten sind wichtige Voraussetzungen für das Gelingen des Seminars und werden von den Teilnehmern erwartet.

TEXTE ZUR VERANSTALTUNG
"RAUMPLANUNG UND GESELLSCHAFTLICHER WANDEL"

13.10.'94

Raumplanung und gesellschaftlicher Wandel: Einführung in die Veranstaltung.

J. Habermas: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung der utopischen Energien. in: ders.: Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V. Frankfurt a.M. 1985. S. 141-163.

M. Masuch: Planungsbegriff. in: ders.: Kritik der Planung. Naturwüchsigkeit und Planung im realen Sozialismus. Darmstadt, Neuwied 1981, S. 61-77.

20.10.'94

Nachindustrielle Gesellschaft oder Post-Fordismus? Theorien des gesellschaftlichen Wandels.

D. Bell: Die Dimensionen der nachindustriellen Gesellschaft. in: L. Kern (Hg.): Probleme der postindustriellen Gesellschaft. Königsstein/Ts. 1984, S. 78-96.

S. Krätke: Der Regulationsansatz als intermediäres Konzept der Gesellschaftsanalyse. in: ders.: Strukturwandel der Städte. Städtesystem und Grundstücksmarkt in der "post-fordistischen" Ära. Frankfurt a.M., New York 1991, S. 15-19.

27.10.'94

Die Restrukturierung des Raums: Gibt es ein neues Modell der Raumentwicklung?

U. Becker, A. Schoen: Vom Schmelztiegel zur dualen Stadt. Konturen eines neuen Stadtstrukturtyps. in: dies. (Hg.): Die Janusgesichter des Booms. Strukturwandel der Stadtregionen New York und Boston. Hamburg 1989, S.232-249.

S. Krätke: Der Regulationsansatz in der Stadtforschung; Auf dem Weg zu einer post-fordistischen Gesellschaft? in: ders.: Strukturwandel der Städte. Städtesystem und Grundstücksmarkt in der "post-fordistischen" Ära. Frankfurt a.M., New York 1991, S. 19-26.

3.11.'94

Der Strukturwandel alter Industrieregionen: Pittsburgh und das Ruhrgebiet - erfolgreiche Beispiele für regionale Modernisierung?

P. Ache, K.R. Kunzmann: Bleibt die Emscherzone als Verlierer(in) zurück? in: P. Ache u.a. (Hg.): Die Emscherzone: Strukturwandel, Disparitäten - und eine Bauausstellung. Dortmund 1992, S. 7-19.

J. Brosza u.a.: Pittsburgh - Die Zukunft Dortmunds? in: RaumPlanung 53, 1991, S. 113-120.

10.11.'94

Raumentwicklung in Ostdeutschland: Raumplanung zwischen Wachstum und Disparitäten.

H. Häußermann: Perspektiven der ökonomischen Erneuerung in den Regionen der ehemaligen DDR. in: ders. (Hg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Basel, Boston, Berlin 1992, S.251-264.

H. Kegler, R. Kuhn: Planungskultur-Ost: Zwischen Chance zur Katharsis und Abgang eines Reformversuchs. in: DISP 115, S. 42-46.

17.11.'94

Die Londoner Docklands: Stadterneuerung durch das Kapital?

D. Schubert: Vom Traum zum Alptraum. Canary Wharf und die Docklands in London. in: RaumPlanung 59, 1992, 185-192.

J. Turkie: Canary Wharf - Monument einer ungleichen Partnerschaft. Londons zweite City auf der Isle of Dogs. in: H.G. Helms (Hg.): Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen zwischen Manhattan und Berlin-Mahrdahn. Leipzig 1992, S. 173-195.

24.11.'94

Neue Industriedistrikte: räumliche Organisation ohne Planung?

A.J. Scott, M. Storper: Industrial change and territorial organization: a summing up. in: dies. (Hg.): Production, Work, Territory. The geographical anatomy of industrial capitalism. Boston 1988, S. 301-311.

A.J. Scott, A.S. Paul: Collective order and economic coordination in industrial agglomeration: the technopoles of Southern California. in: Environment and Planning C: Government and Policy, 1990, Vol. 8, S. 179-193.

1.12.'94

Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung.

U.v. Petz, K. M. Schmals: Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung. Editorial. in: dies. (Hg.): Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung. Dortmund 1993, S. 7-20.

M. Wegener: Modell Tokio? Stadtplanung und Gesellschaft in Tokio. in: U.v. Petz, K. M. Schmals (Hg.): Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung. Dortmund 1993, S. 21-42.

8.12.'94

Dienstleistungen und regionale Entwicklung. Erfordert eine neue standörtliche Logik eine neue planerische Logik?

K. Brake: Veränderte Nutzungsstruktur. in: ders.: Dienstleistungen und räumliche Entwicklung Frankfurt. Strukturveränderung in Stadt und Region. Oldenburg 1991, S. 96-105.

K. Brake, H.J. Bremm: Unternehmensbezogene Dienstleistungen und regionale Entwicklung. in: Geographische Zeitschrift, 81. Jhg., 1993, S. 51-68.

15.12.'94

Die Wiederentdeckung des ländlichen Raums.

Agrarsoziale Gesellschaft (Hg.): Handlungsorientierte Kategorien gering verdichteter Räume in den neuen Ländern - Expertise im Auftrag der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Göttingen 1993.

M. Kühn: Die Inszenierung des Ländlichen. Kassel 1989.

22.12.'94

Zwischenresümee: Raumplanung und gesellschaftlicher Wandel.

G. Albers: Über den Wandel im Planungsverständnis. in: RaumPlanung, Heft 61, 1993, S. 97-103.

S. v. Oertzen: Planung im entzauberten Staat. Zur neueren Staatsdebatte in den Politikwissenschaften. in: RaumPlanung, Heft 61, 1993, S. 104-111.

13.1.'95

Räumliche Entwicklung zwischen Internationalisierung und Regionalisierung: Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes auf die Raum- und Siedlungsstruktur der BRD.

P. Ache, H.J. Bremm: Überlegungen zu den Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Westdeutschland. in: A. Marquardt-Kuron u.a.: Die Vereinigten Staaten von Europa. Anspruch und Wirklichkeit. Berlin 1991, S. 123-129.

R. Burkhalter, U. Ramseier, P. Messerli: Verschärfter Standortwettbewerb im europäischen Städtesystem. in: DISP 110, 1992, S. 18-24.

20.1.'95

"Reinventing Government": der Umbruch des politisch-administrativen Systems.

R. Krämer: Das Tiburger Modell der Verwaltungsorganisation und Verwaltungsführung. Düsseldorf 1992.

D. Osborne, T. Gaebler: A new paradigm; A global revolution. in: dies.: Reinventing Government. How the entrepreneurial spirit is transforming the public sector. New York 1993, S. 321-331

27.1.'95

Private Public Partnerships: Raumplanung als öffentliche oder als private Aufgabe?

R. Kestermann: Public-Private Partnership. Anmerkungen zur Rezeption eines Modebegriffs. in: RaumPlanung 62, 1993, S. 205-214.

M. Mayer: "Postfordismus" und "lokaler Staat". in: Heinelt, Wollmann (Hg.): Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren. Basel, Boston, Stuttgart 1990, S. 31-51.

3.2.'95

Veränderte Bedingungen für eine demokratische Planung: Organisation und Handeln.

H.J. Bremm: Raumplanung unter den Bedingungen eines neuen räumlichen Entwicklungsmodells. in: ders.: Ökonomie, Politik und Raumplanung in alten Industrieregionen. Eine Untersuchung des Strukturwandels in den Regionen Pittsburgh und Dortmund. Dortmund 1993 (Dissertation), S. 265-273.

F. Fechner: Ansätze einer postmodernen Politik. in: ders.: Politik und Postmoderne. Postmodernisierung als Demokratisierung? Wien 1990, S. 99-110.

10.2.'95

Resümee der Veranstaltung, Abschlussdiskussion, Veranstaltungskritik.

IV. Literaturhinweise

Ulfert Herlyn
Bernd Hunger
(Hrsg.)

Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel

**Eine Untersuchung ausgewählter Stadtgebiete
als sozialplanerischer Beitrag zur Stadterneuerung**

Die Städte in den neuen Bundesländern stehen nach den gesellschaftlichen Umwälzungen in einem Erneuerungsprozeß ohne gleichen. Um diese Dynamik städtebaulicher Erneuerung mit einer an den Wohnverhältnissen der Bewohner orientierten Stadtplanung abzusichern, stellt die Studie Handlungswissen zur Verfügung. Es wird empirisch untersucht, in welcher Weise unterschiedliche Wohnmilieus typischer erneuerungsbedürftiger Quartiere (randstädtische Plattenbausiedlung, innenstadtnahes Gründerzeitgebiet, Altstadtkern und Werksiedlung) für ihre Bewohner Ressourcen der Lebensbewältigung unter den teilweise extremen Belastungen des gesellschaftlichen Umbruchs darstellen. Darauf aufbauend werden sozialplanerische Maßnahmen zur Begleitung der Stadterneuerung entwickelt. Im besonderen werden dabei die bei der ostdeutschen Bevölkerung vorhandenen Potentiale der Bürgerbeteiligung berücksichtigt.

**Birkhäuser Verlag
Basel, Boston, Berlin, 1994**

Ulfert Herlyn
Gitta Scheller
Wulf Tessin

Neue Lebensstile in der Arbeiterschaft ?

Eine Untersuchung in zwei Industriestädten

Die Untersuchung fragt am Beispiel zweier Arbeiterstädte - Hamm und Wolfsburg - ob und inwieweit auch Arbeiter und Arbeiterinnen an dem gesellschaftlichen Individualisierungsprozeß teilhaben. Läuft er bei ihnen in dieselbe Richtung und nach denselben Prinzipien ab wie bei anderen gesellschaftlichen Gruppen? Erfasst er auch in der Arbeiterschaft zunächst die Jüngeren, besser Qualifizierten und einkommensstärkeren Gruppen? Inwieweit bestehen moderne und traditionelle Einstellung und Verhaltensweisen nebeneinander? Bezieht der Individualisierungsprozeß in der Arbeiterschaft alle Lebensbereiche in gleicher Weise ein, oder zeigen sich einige Lebensbereiche resistenter als andere? Die Untersuchung konnte zeigen, daß ArbeiterInnen an den neuen Entwicklungen durchaus teilhaben, wenn auch nur bestimmte Teilgruppen. Zugleich findet der Individualisierungsprozeß in der Arbeiterschaft - bildungs-, arbeitsplatz- und einkommensbedingt - z.T. andere Ausdrucksformen. Die Untersuchung versteht sich auch als Beitrag zur Diskussion der Rolle der Arbeiterschaft in einer pluralisierten modernen Gesellschaft.

Inhaltsverzeichnis:

- I. Theoretische Vorüberlegungen zu Individualisierungsprozessen in der Arbeiterschaft
- II. Methoden der Untersuchung
Empirische Befunde zu Individualisierungsprozessen in verschiedenen Lebensbereichen
- III. Ehe, Familie, Neue Lebensformen
- IV. Wohnen
- V. Arbeit
- VI. Freizeit
- VII. Konsum
- VIII. Resümee: Partielle Modernisierung

Leske + Budrich, Opladen, 1994.

Sozialforschung: Stadt im Umbruch

Ulfert Herlyn
Lothar Bertels

Stadt im Umbruch: Gotha

Wende und Wandel in einer
thüringischen Mittelstadt



Leske + Budrich

Ulfert Herlyn/
Lothar Bertels (Hrsg.)
Stadt im Umbruch: Gotha

Wende und Wandel in einer
thüringischen Mittelstadt

Ca. 400 Seiten. Kart.

ISBN 3-8100-1274-2

Oktober

Das Buch beschreibt den Wandel des Lebens in einer Mittelstadt in der ehemaligen DDR nach der Wende. Ein Beispiel für die Problematik des gesellschaftlichen Umbruchs.

Die Transformation eines staatssozialistischen Systems in eine marktwirtschaftlich organisierte, demokratische Gesellschaft stellt eine besondere Herausforderung für die Sozialwissenschaften dar, denn ein derart tiefgreifender sozialstruktureller Wandel ist historisch ohne Vorbild.

Als Einzelfallstudie wurden in einer Mittelstadt Thüringens die ökonomischen, kulturellen, sozialen und baulichen Veränderungen erfaßt, die sich im Zuge des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses seit der Wende ereignet haben. Mit einer solchen Untersuchung wurde die Absicht verfolgt, wie mit einer Lupe die sich gleichzeitig vollziehenden Veränderungen des sozial-räumlichen Wandels in verschiedenen Lebensbereichen abzubilden.

Der methodische Ansatz zur Erfassung des sozialen Wandels ist die Panel-Methode bei allen benutzten Verfahren. Mit diesem Untersuchungsansatz konnten verschiedene Dimensionen des Einstellungswandels der Gothaer Bevölkerung besser als mit anderen Methoden ermittelt werden.

Aus dem Inhalt:

Wandel und Kontinuität in der Stadt

Theoretischer Rahmen der Untersuchung – Methodisches Vorgehen – Geschichte der Stadt bis zur Wende – Die Zeit von der Wende bis zur Vereinigung

Verarbeitung und Bewältigung des Umbruchs

Arbeit und Beruf – Ökonomische Situation – Politische Institutionen und Orientierungen – Freizeit und Wohnen – Familie und Sozialbeziehungen

Zwischen östlichen Bindungen und westlichen Standards

Schicht- und Sozialstruktur im Umbruch – Zum Wandel von Biographiemustern und Lebensentwürfen – Stadtstruktur und Stadtbild im Wandel

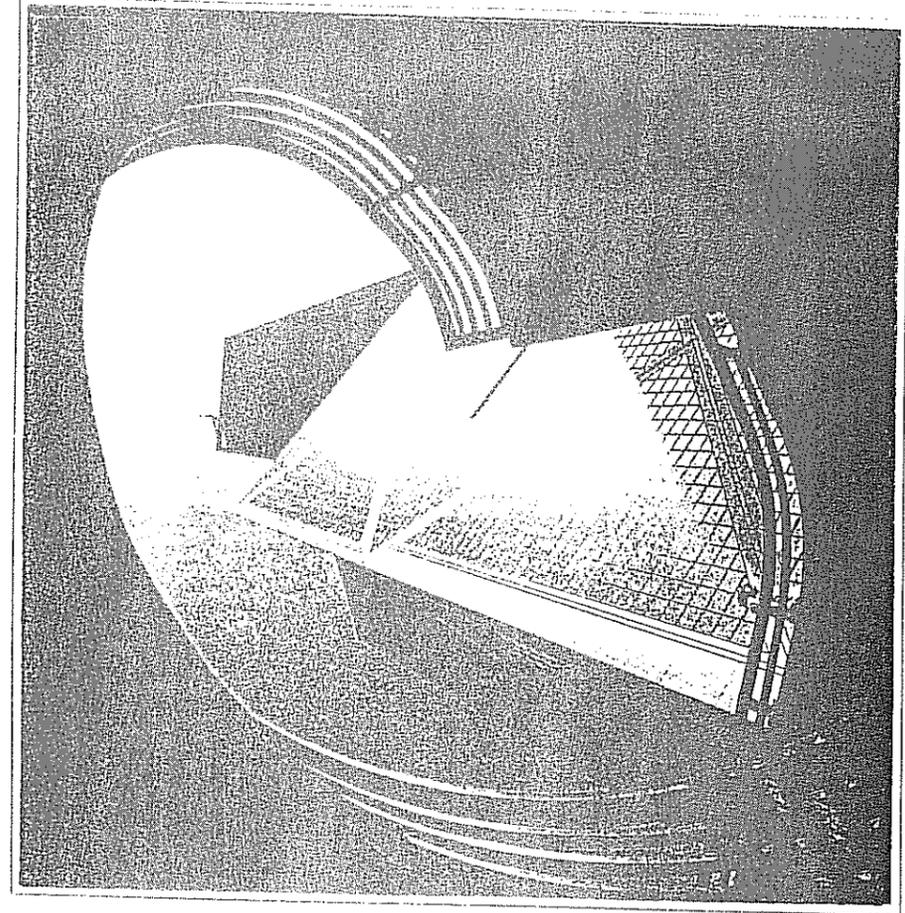
Gotha zwischen Abbruch und Aufbruch: eine Zwischenbilanz

Die Herausgeber:

Dr. Ulfert Herlyn, Professor für Soziologie an der Universität Hannover;

Dr. Lothar Bertels, Wiss. Angestellter am Lehrgebiet 'Soziologie III' der Fernuniversität Hagen.

Sibylle Meyer
Eva Schulze (Hg.)
Ein Puzzle,
das nie aufgeht
Stadt, Region und Individuum in der Moderne



Technisiertes Familienleben
Blick zurück und nach vorn
1993 338 S. ISBN 3-89404-350-4

Sibylle Meyer, Eva Schulze
Alles automatisch - Technikfolgen für Familien
Längsschnittanalysen und zukünftige Entwicklung
1994 139 S. ISBN 3-89404-365-2

Bestellung

Bitte senden Sie mir aus dem edition sigma-Programm:
Anzahl _____ Titel oder ISBN _____

- Expl.: Ein Puzzle, das nie aufgeht
- Expl.: Technisiertes Familienleben
- Expl.: Alles automatisch

Name: _____
Anschrift: _____
Datum/Unterschrift: _____

Informieren Sie mich unverbindlich weiter über das edition sigma-Programm

edition sigma - Heimstr. 14 - D-10965 Berlin - Tel. 030/693 4 396



Sibylle Meyer, Eva Schulze (Hg.)

Ein Puzzle, das nie aufgeht

Stadt, Region und Individuum in der Moderne

Berlin: edition sigma 1994

398 S. ISBN 3-89404-371-7

Dieser Band bietet - in der ganzen Spannweite von soziologischen über ökonomische, historische, ökologische, gesundheitliche bis hin zu kulturellen und entwicklungspolitischen Aspekten - eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Stadt- und Regionalforschung und einen Überblick über wichtige theoretische und methodische Ansätze auf diesem Gebiet.

Die Autoren greifen wesentliche Aspekte von Stadtplanung im gegenwärtigen Stadium gesellschaftlicher Modernisierung auf, untersuchen demographische Entwicklungen in Städten und ihrem Umland und stellen Visionen und Zukunftsperspektiven von Stadt und Raum zur Diskussion. Last but not least nimmt der Band Stellung zu den aktuellen Aufgaben der Stadt- und Regionalsoziologie.

INHALT

Klaus M. Schmals: Stadt- und Regionalsoziologie - Geschichte und Zukunftsperspektiven

Soziologische Reflexionen

Dieter Claessens: Der Abbau der alten symbolischen Wirklichkeit und das Dilemma der Architektur im Wandel der Gesellschaft

Bernhard Schäfers, Bettina Bauer: Georg Simmels Beitrag zur Raumbezogenheit sozialer Wechselwirkungen

Aspekte von Stadtplanung

Harald Bodenschatz: Stadterneuerung und soziale Ungleichheit

Ulla Terlinden: Gesellschaftliche Modernisierung und Stadterneuerung

Marianne Rodenstein: Gesundheitsrezepte im Städtebau und in der Stadtplanung

Rolf H. Funck, Jolanta Dziembowska-Kowalska, Caroline Y. Robertson-Wensauer: Stadtkultur und Stadtwirtschaft: Zur Bedeutung von Kultur für die Stadtentwicklung

Theodor Strohm: Aufforderung zur humanen und ökologischen Stadterneuerung - Zur Bedeutung der EKD-Studie zur menschengerechten Stadt

Akteure der Stadt- und Regionalplanung

Frank Helten: Wissenschaftsstadt: Aspekte eines forschungs- und technologiepolitischen Projekts

Ulrich Oel: Regionale Aufbaustäbe - Ein Instrument der regionalen Entwicklungsplanung

Klaus Duntze: Gerhard Koch: Ein Theologe als Partner für Architekten, Planer und Gesellschaftswissenschaftler

Gerhard Curdes: Veränderungen des europäischen Stadtsystems und die Entwicklungslogik der Stadt

Dieter Frick: Aufgabe und Perspektiven der Ausbildung von Stadt- und Regionalplanern, am Beispiel des Berliner Studiengangs

Zu den Aufgaben von Stadtsoziologie

Bernd Hamm: Neue Aufgaben für sozialwissenschaftliche (Stadt-)Forschung

Jens S. Dangschat: Stadtsoziologie - empirische Anwendung soziologischer Theorie oder Hilfswissenschaft für Planung?

Bevölkerung, Raum und Stadt

Josef Schmid: Bevölkerung und Raum im ökologischen Komplex

Dieter Bökemann: Zur Evolution der städtischen Siedlungsstruktur

Krzysztof Frysztacki: Regionale Soziologie: Etliche Merkmale und Herausforderungen

Parviz Khalatbari: Verstädterung in den Entwicklungsländern - ein verhängnisvoller Prozeß?

Erik Hornung: Die erste bekannte Stadtgründung - Eine Stadt für einen Gott

Ausblick

Erika Schulz: Stadregionen 2000 - Der Einfluß veränderter Rahmenbedingungen auf die Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Stadregionen

Eckard P.W. Minx: "Lebensraum Stadt" - Zur Konzeption eines interdisziplinären Forschungsprojektes

David Eversley: The City at its Limit

- 100 -

REGION

Herausgegeben von
Martin Wentz

Martin Wentz (Frankfurt)
Frankfurt am Main und die Region
Seite 10

REGION?

Delev Ipsen/Manfred Kühn (Kassel)
Grenzlose Stadt und begrenztes Bewußtsein:
Regionale Identität
Seite 20

Klaus Rommelberger/Peter Noller (Frankfurt)
Globalisierte Ökonomie und regionale Identität:
Neue Dienstleister
Seite 26

Heinz Schilling (Frankfurt)
Regionale Lebenswelten und Zentralität:
Wahrnehmungsperspektiven
Seite 34

Anett-Maud Toppien/Jörg Toppien (Frankfurt)
Der Flughafen
Regionalisierungen
Seite 43

Heinz Jürgen Breun (Dortmund)
Regionaler Wandel und europäische Integration
Walter Prigge (Frankfurt)
Metropolisierung
Seite 53

„RHEIN-MAIN“

Dieter Rehmisch (Frankfurt)
„Rhein-Main“ im 19. und 20. Jahrhundert
Seite 72

Frohnde Balsler (Frankfurt)
Regionalstadt-Iden
Seite 80

Jörg Jordan (Wiesbaden)
Kommunaler Interessenausgleich
Seite 83

Jochen Riebel (Hofheim)
Regionale Organisationsformen
Seite 90

Rainer Behrendt (Frankfurt)
Interkommunale Kooperation
Seite 96

Berthard Franken/Daniel Woeller (Frankfurt)
Der Gewerbepark
Seite 101

Karlheinz Zahn (Wiesbaden)
Interregionaler Wettbewerb
Seite 110

Gabriele Eick/Peter Kanitz (Frankfurt)
Industrie- und Gewerbehypothek
Seite 116

Region

- 101 -

Doris Krüger-Röth/Peter Kania (Frankfurt) Technologieprofil	Seite 121
Uli Exner/Sigrun Musa/Stefan Schilling (Frankfurt) Die Zeil	Seite 128
Volker Sparmann (Hofheim) Verkehrsvernetzung	Seite 130
Helga Korinth/Wilhelm Steingrube (Frankfurt) Freizeit	Seite 145
Matthias Böss (Frankfurt) Statistik	Seite 152

PLANUNG

Michael Mönninger (Hamburg) Die Angst vor der Dichte	Seite 162
Martin Wentz (Frankfurt) Neue Stadtteile in Frankfurt	Seite 169
Volker Hassemer (Berlin) Stadtentwicklung Berlin	Seite 175
Hannes Swoboda (Wien) Wachstum wohin?	Seite 183
Jakob Maurer (Zürich) Entwicklungsimpulse für Zürich	Seite 190
Peter Lieser (Frankfurt) Der Mainraum	Seite 200
Albert Speer (Frankfurt) Die Angst des Umlandes vor der Metropole	Seite 206
Hans Kistenmacher (Kaiserslautern) Metropolenraum Frankfurt	Seite 213
Thomas Sieverts (Darmstadt) Region ist mehr als eine Ansammlung von Zweckverbänden.	Seite 219

DIE ZUKUNFT DES STÄDTISCHEN FRANKFURTER BEITRÄGE BAND 5 226

Herausgegeben vom
Dezernat Planung der
Stadt Frankfurt am Main

Campus Verlag
Frankfurt / New York

Redaktion: Walter Prigge

**STADT-WELT
ÜBER DIE GLOBALISIERUNG
STÄDTISCHER MILIEUS**

Herausgegeben von
Peter Noller
Walter Prigge
Klaus Ronneberger

Ludwig von Friedeberg
Vorwort

Dietrich Henckel (Berlin)
Technik, Geschwindigkeit und Raum-
entwicklung

Peter Noller/Walter Prigge/Klaus Ronneberger
Einleitung

Hartmut Lüdtke (Marburg)
Alltagstechnik im Kontext von Lebensstilen

**MODERNISIERUNGEN
SOZIALER WANDEL UND GLOBALE GESELLSCHAFT**

Daniela Ahrens, Anette Gerhard, Karl H. Hörning
(Aachen)
Die Umkehrbarkeit der Zeit

Ulrich Beck (München)
Reflexive Modernisierung

**URBANISIERUNGEN
SOZIALE MILIEUS IN FRANKFURT/RHEIN-MAIN**

Hans-Peter Müller (Berlin)
Lebensstile

Klaus Ronneberger (Frankfurt)
Zitadellenökonomie und soziale Transformation
der Stadt

Gerhard Schulze (Bamberg)
Milieu und Raum

Peter Noller (Frankfurt)
Stadtlandschaften

Alex Demirović (Frankfurt)
Kultur für alle – Kultur durch alle

Bernd Wagner (Frankfurt)
Soziokultur

Walter Prigge (Frankfurt)
Urbi et orbi

Gisela Welz (Tübingen)
Der Tod des Lokalen als Ekstase
des Lokalismus



Hermann Schwengel (Freiburg)
Europäische Identität als Machtbildung



Roger Keil/Stefan Kipfer (Toronto)
Weltwirtschaft/Wirtschaftswelten

Roland Roth (Berlin)
Urban Villagers

Danièle Leborgne/Alain Lipietz (Paris)
Nach dem Fordismus

Reiner Hartel (Frankfurt)
Es ging voran.

Hans-Peter Krebs (Frankfurt)
Raumphänomene und Theorietypen

Klaus Ronneberger (Frankfurt)
Die Neuen Städter

**TECHNOLOGISIERUNGEN
NEUE TECHNOLOGIEN UND ALLTAGSRÄUME**

Klaus Walter (Frankfurt)
Das Jahr der großen Beruhigung

Manuel Castells (Madrid)
Space of Flows - Raum der Ströme

DIE ZUKUNFT DES STÄDTISCHEN FRANKFURTER BEITRÄGE BAND 6

Saskia Sassen (New York)
Neue Zentralität



Längst hat sich die automobile Gesellschaft in den Stau gefahren und auch die Autoindustrie mit dem "kleinen Freund" die Fraueninteressen entdeckt, werden Rufe nach autofreien innerstädtischen Läufern und Projekten wie Bürgerbus, Nachbarschaftsauto und autofreie Wohngebiete werden mit Lob bedacht. Doch bleiben in der Stadt- und Verkehrsplanung die vielfältigen Bedürfnisse aus der Lebensrealität von Frauen nach wie vor auf der Strecke. Um in dieser Richtung was zu bewegen hat die FREI-RÄUME-Redaktion das Thema "Entschleunigung" als Leitbild einer frauenorientierten Verkehrsplanung und -politik aufgegriffen.

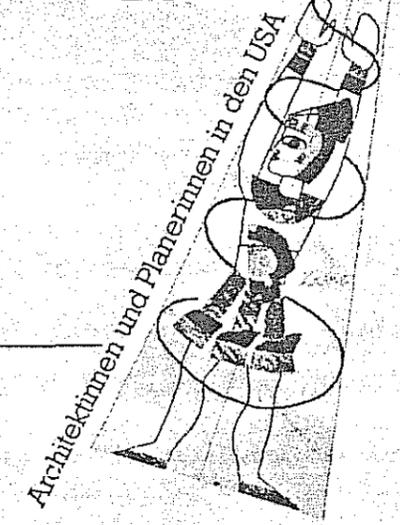
Bitte senden Sie mir

- Heft 7:
 - Entschleunigung - Abkehr von einem Leit(bild)
 - 1994 in der edition aberbach im efaF Verlag
 - Bornstraße 68, 44 145 Dortmund
 - 28,00 DM
- Heft 6:
 - Regionalentwicklung - feministische Perspektiven
 - 1993 in der edition aberbach im efaF Verlag
 - Bornstraße 68, 44 145 Dortmund
 - 28,00 DM
- Heft 5, Sonderheft:
 - Raum greifen und Platz nehmen
 - Dokumentation der 1. Europäischen Planerinnenkonferenz
 - 1992/93 in der edition aberbach im efaF Verlag
 - Bornstraße 68, 44 145 Dortmund
 - 22,00 DM
- Heft 4:
 - Frauen in Entwicklungsländern
 - Rund um die Internationale Bauausstellung Emscher Park in Nordrhein-Westfalen
 - 1990 im Dortmund Verlag für Bau- und Planungsliteratur
 - nicht mehr lieferbar
- Heft 3:
 - Gewalt im öffentlichen Raum
 - Beteiligung von Frauen in der Politik und Planung
 - Ökologisch orientierte Stadterneuerung
 - Ausbildungs- und Arbeitssituation von Frauen in planerischen und bauhandwerklichen Berufen
 - 1989 bei FOFA e.V.
 - Adlerstraße 61, 44 137 Dortmund
- Heft 2:
 - Frauenwohnhäuser / Initiativen
 - Praxisberichte aus ökologischen Pilotprojekten
 - Aktuelle Untersuchungen zu Frauenerwerbsstellen und Aufgabenverteilungen
 - 1986 bei FOFA e.V.
 - Adlerstraße 61, 44 137 Dortmund
- Heft 1:
 - Analysen und Thesen zur Bedeutung der Architekturgeschichte für feministische Utopien und frauenspezifischen Problemen im Wohnumfeld
 - Tagungsberichte
 - 1983 bei FOFA e.V.
 - Adlerstraße 61, 44 137 Dortmund

in kleine Verlag
Postfach 101668
33516 Bielefeld

Sonderpreise für die Hefte 1, 2 und 3
alle drei zusammen 20,00 DM (vorher 33,00 DM)
2 Hefte für 15,00 DM

Marianne Rodenstein
WEGE ZUR NICHT-SEXISTISCHEN STADT



Kore

Feministische Stadtplanung
für eine bessere soziale Politik:
Planungs- und Handlungsstrategien
in den USA und hier

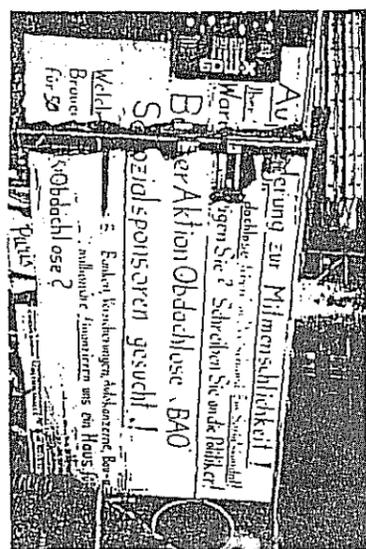
Kore Verlag
Brombergstraße 9a
79102 Freiburg
Tel. 0761/702034



Über das Buch:
Marianne Rodenstein reiste 1991 in die USA. Eindrücklich beschreibt sie, wie die amerikanische Frauenbewegung auf die Stadtkrise der achtziger Jahre und die fortschreitende Verelendung der Städte tatkräftig reagiert und welche Gegenstrategien sie aufgebaut hat.
Wege zur nicht-sexistischen Stadt wird ein Leitfaden für Architektur und Stadtentwürfe von Frauen und gibt zahlreiche Anstöße für die Stadtplanung in Deutschland.

Leseprobe:
Lifeboats - Rettungsinseln für obdachlose Frauen und Kinder: Die Mieterkooperativen waren nicht zuletzt so erfolgreich, weil hier ältere schwarze Frauen lernten, führende Rollen zu übernehmen. Auffällig war die Ähnlichkeit der Führung der Kooperative mit der eines Haushalts. Hier kamen alle Fähigkeiten zum Zuge, die Frauen aufgrund ihrer Sozialisation und Tätigkeit als Hausfrauen und Mütter in besonderem Maß besitzen: Empathie, Fürsorge und Fähigkeit zum kollektiven Arbeiten. Es zeigte sich, daß intensive Kommunikation, gegenseitige Zuneigung und gemeinsame Aktionen zu befriedigenderen Problemlösungen führten als solche, die auf der Basis von Hierarchien und vorher feststehenden Verhaltensregeln zustande kommen.

Marianne Rodenstein
Wege zur nicht-sexistischen Stadt
Architektinnen und Planerinnen in den USA
Große Kore • br. • fadengeheftet
10 Abbildungen, s/w
ca. 160 S.
ISBN 3-926023-49-X
erscheint April '94



Projektleitung: Dipl.-Kfm./Dipl.-Soz. Christa Hiltner-Sommer
Sachliche Konzeption und Gestaltung: Dipl.-Sozialpäd. Herta Meyer-Dingeldey, Dipl.-Architektin
Architektur: Dipl.-Ing. Hans-Joachim Schmitt, Dipl.-Ing. Hans-Joachim Schmitt
Inoffizielle externe Architekturbüro: Dipl.-Ing. Hans-Joachim Schmitt, Dipl.-Ing. Hans-Joachim Schmitt
Forschung und Evaluation: Dr. Ingrid Breckner
Büroorganisation: Christa Löffelmeier, Michaela Klinger, Veronika
Beratung: Prof. Dr. Klaus M. Schmalz

WOHNFORUM MÜNCHEN gGmbH
Projekt zur Sanierung von Wohnraum für einkommensschwache Gruppen

Januar 1994

Geschäftsführer:
Arbeitsverwalter/Kassiererin: Michaela Klinger
Präsidentin: Veronika Klinger
Mitarbeiter: Kommunalreferat

INHALT

1. EINLEITUNG
1.1 Ziel, Struktur und Anliegen des Berichts
1.2 Inhaltliche Grundlagen
1.3 Zentrale Aussage
2. DAS PROJEKT WOHNFORUM IM ÜBERSICHT
2.1 Die Projektstruktur
2.2 Die Einweisung der Einrichtungen und Aufgaben des Projekts im Projektzeitraum
2.3 Handlungsstrategien und Projektergebnisse
3. DER PROJEKTTEXT
3.1 Ausmaß und Qualität von Armut und Ausgrenzung im Projektgebiet
3.1.1 Entwicklungstendenzen der Arbeitslosigkeit
3.1.2 Einkommensverlust in Form von Sozialhilfeübertragungen
3.1.3 Wohnungsarmut
3.1.4 Zusammenfassung
3.2 Der Armutbegriff des WOHNFORUM
3.3 Politische und administrative Ursachen von Ausgrenzung
3.4 Sozial- und Wohnungspolitik vor Ort mit Bezug zur Projektarbeit
3.5 Forschungsaktivitäten des WOHNFORUM
3.6 Veränderungen sozialer Ausgrenzung im Projektgebiet vor dem Jahr 1990 und Reaktionen des WOHNFORUM

4. PROJEKTENTWICKLUNG

- 4.1 Vorgeschiede
4.2 Zeichung zum EG-Programm "Armut 3"
4.3 Definitionenphase
4.4 Verhandlungen

11. EMPFEHLUNGEN

- 11.1 Zur Bekämpfung von Armut
11.2 Zur Projektorganisation
11.3 Zur Einführung auf politisches und administratives Handeln
11.4 Zur Programmatik der Armutsbekämpfung auf europäischer Ebene

12. ANHANG

- 12.1 Personal
12.2 Dokumente der Projektarbeit
12.3 Veranstaltungen
12.4 Übersicht zu den Einnahmen und Ausgaben des WOHNFORUM in den einzelnen Vertragsperioden

13. LITERATUR

Abschlussbericht über die Modellmaßnahme WOHNFORUM München gGmbH für den Zeitraum vom 01.03.90 bis 31.12.1993

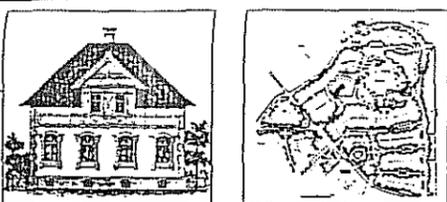
Bestellung

Abs.:

.....

.....

.....



Ingrid Breckner/Andrea Kirchmair (Hrsg.)

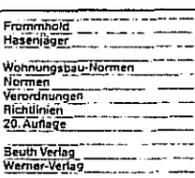
INNOVATIVE HANDLUNGSANSÄTZE IM WOHNBEREICH

Informationen über Projekte, Träger und Initiativen in Deutschland und Europa

Dortmund 1994, 20,5 x 25,5 cm, ca. 200 S.



Verdichteter Wohnungsbau



Wohnungsbau Normen DIN

- Chr. Kuthe/W. Mermagen/A. Schepers
Gemeinsam Bauen - Gemeinsam Wohnen - Rechtliche und finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten für Gruppenprojekte im Neubau
Darmstadt 1993, 312 S.
- K. Selle
Mit den Bewohnern die Stadt erneuern - Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Erneuerung städtischer Quartiere
Beobachtungen aus sechs Ländern
Dortmund 1991, zahlr. Abb., 282 S.
- R. Froessler
From Policy to Practice - International Perspectives on Housing and Social Renewal
Dortmund 1993, 130 S.
- ILS (Hrsg.)
Mietler-Beteiligung - Miet- und Selbstverwaltungsmöglichkeiten
Dortmund 1989, zahlr. Abb., 112 S.
- R. Froessler/M. Lang/K. Selle/R. Staubach (Hrsg.)
Lokale Partnerschaften - Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten
Basel 1994, 285 S.
- ILS (Hrsg.)
Fraueninteressen in Planungsprozessen
Dortmund 1992, 70 S.
- H. Bott/V. von Haas
Verdichteter Wohnungsbau
Stuttgart 1994, ca. 220 S.
- ILS (Hrsg.)
Selbstgestaltung der Wohnumwelt - Anregungen und Beispiele
Dortmund 1992, zahlr. Abb., 158 S.
- H. Frommholds/S. Hasenjäger (Hrsg.: DIN e.V.)
Wohnungsbaunormen
Düsseldorf 1994, ca. 734 S.
- M. W. Guerra
Vermieterstruktur und Depolitisierung der Wohnungspolitik
Berlin 1992, 187 S.
- S. Müller/Klaus M. Schmalz (Hrsg.)
Die Moderne im Park? - Ein Streitbuch zur Internationalen Bauausstellung im Emscherraum
Dortmund 1993, zahlr. Abb., 310 S.

Das EG-Modellprojekt WOHNforum München gGmbH hat seit dem Jahr 1990 eine Fülle von Materialien über innovative Handlungsansätze im Wohnbereich in Deutschland und Europa gesammelt. Im Verlauf der Projektarbeit stellte sich heraus, daß sowohl entsprechende Akteure als auch Außenstehende oft wenig über den inzwischen vorliegenden Erfahrungsschatz wissen.

Ziel des vorliegenden Handbuchs ist es, verwirklichte und geplante Innovationen im Wohnbereich einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen und die Kommunikation zwischen Akteuren in diesem Arbeitsfeld zu erleichtern. Es wurden Beispiele ausgewählt, die für NeueinsteigerInnen in dieses Fachgebiet Anregungen geben können und die für die Vernetzung und Ausweitung innovativen Handelns im Wohnungswesen förderlich sind.

Das Handbuch enthält im Anschluß an einen einleitenden Beitrag über den Entwicklungsstand und Zukunftsperspektiven innovativen Handelns im Wohnbereich Kurzporträts von mehr als 50 Projekten, Trägern und Initiativen in Deutschland und Europa. Die einzelnen Beiträge wurden nach Arbeitsschwerpunkten gruppiert und einheitlich nach folgenden Stichworten gegliedert:

- Adresse und Ansprechpartner (Stand 1994), Entstehungsgeschichte, Inhalte, Zielgruppen, Organisation, Finanzierung und Arbeitsergebnisse.

Zum Abschluß finden sich Hinweise auf Bücher und Broschüren, in denen weitergehende Informationen über Innovationen im Wohnbereich abgedruckt sind und die sich - ergänzend zum vorliegenden Handbuch - für die Anregung und Recherche von Studierenden, Lehrenden, ArchitektInnen und PlanerInnen, PolitikerInnen und Verwaltungsfachleute sowie für Journalisten anbieten.

DORTMUNDER VERTRIEB FÜR BAU- UND PLANUNGLITERATUR
Gutenbergstraße 59 D-44139 Dortmund
Tel. 0231 449 86 Fax 0231 449 86

Die Bestellungen werden direkt an den Verlag und nicht über den Besteller (z.B. Buchhändler) abgeleitet. Der Versand erfolgt gegen Rechnung.

Abs.: _____

FAX _____

An den
DORTMUNDER VERTRIEB
FÜR BAU- UND PLANUNGLITERATUR
Gutenbergstraße 59
D-44139 Dortmund

Hiermit bestelle ich Exemplar(e) des Handbuchs "Innovative Handlungsansätze im Wohnbereich" zum Subskriptionspreis

Die Subskriptionsfrist endet am 31. Mai 1994, danach gilt der Originalpreis

Zusätzlich bestelle ich aus Ihrem Programm:

Expl.	Titel
<input type="checkbox"/>

Datum, Unterschrift _____

INGRID BRECKNER/
KAROLA KERSCHER
(HrG.)

Armut und Wohnungsnot

Mehr als zehn Prozent der westdeutschen Bevölkerung waren nach Schätzungen von Fachleuten Ende des Jahres 1990 von absoluter oder relativer Wohnungsnot betroffen. In den östlichen Bundesländern pendelte der entsprechende Wert sogar zwischen dreizehn und fünfzehn Prozent.

Neben Beschreibungen und Erklärungen der Zuspitzung von Wohnungsnot in der reichen Bundesrepublik konzentrieren sich die Beiträge in diesem Band auf praktizierte und mögliche Handlungsalternativen. Sie ermutigen zum Handeln auf den Ebenen Politik, Wirtschaft, Stadt- und Sozialplanung, Kultur und Ökologie, um Wege aus der Ohnmacht des Umgangs mit Wohnungsarmut im Reichtum zu erschließen.

169 Seiten
ISBN 3-926549-97-2
Best-Nr. 97

Hiermit bestelle ich:
Armut und Wohnungsnot
Meine Rechnungs- und Lieferanschrift lautet:

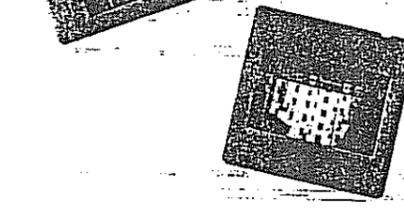
Name, Vorname _____
Straße, Hausnummer _____
PLZ, Ort _____
Datum _____ Unterschrift _____

WOHNFORUM München gGmbH
Frayelottestraße 8
80667 München
Tel. 089/48 20 71
Fax 089/48 32 36

Inhaltsverzeichnis	7
Ingrid Breckner/Karola Kerschmer Editional	
Alfons Reitz Wohnungsnot und Wohnungspolitik	11
Klaus M. Schmidt Wohnungsnot und Armut Standort in der Mietmarktsituation	27
Franziska Schindler-Böhlig Plädoyer für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit	49
Alwin Selig Partnerschaften im Quartier Ansoström für eine lokale Politik gegen Benachteiligung	65
Ingrid Breckner Lokales Handeln gegen Armut und Wohnungsnot Konzeption und Ergebnisse des EG-Wohnprojekts WOHNFORUM München	97
Friedrich Gräff Unentschiedenheiten wohnungspolitischer Handlungsalternativen in der Münchner Sozialpolitik der Zukunft	121
Anhang: Ergänzende Materialien zum Thema	
I. Überlegungen aus dem Teilnehmerkreis der Tagung	132
1. Ergebnisse der Arbeitsgruppen	132
2. Manfred Bauer Lasterbriefe für eine andere Wohnungspolitik	136
3. Arbeitskreis „Einkommensabhängige Mietengesetzgebung“	144
A. Heidegger/Christina Höber-Spatzmann Wie ist der Soziale Wohnungsbau zu reformieren?	148
5. Regierungserklärung eines Wohnungssuchenden	149
II. Politische Handlungsalternativen	154
1. Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion: Erhebung der Einkommensgrenzen im Sozialen Wohnungsbau Wohnungspolitik - Übersichtspolitik und Wohnungsnotfälle in der Bundesrepublik Deutschland	154 154 155
2. Konzepte der Hessischen Landesregierung Das Dreiwohnungs-Modell Vorschläge zur Behebung des generationspezifischen Wohnungsmangels	152 152 163
3. Stellungnahmen des Deutschen bzw. des Nordrhein-Westfälischen Städtebundes Wohnungsnot in den Städten Die Städte zur Wohnungsnot Eine Erhebung der Einkommensgrenzen im Sozialen Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland „Anlaufkurs“ von Miet- in Eigentumswohnungen	162 162 167 167 171 172

Ingrid Breckner Wohnen zwischen Macht und Ohnmacht

Lernen durch Erfahrung
in einem nutzerorientierten
Wohnprojekt



anstiftung
gemeinnützige
Forschungsgesellschaft



Impressum

© anstiftung, 1993

anstiftung
gemeinnützige Forschungsgesellschaft
zur Förderung zukunftsicherer sozialer,
kultureller und ökonomisch-ökologischer Maßnahmen

Daiserstraße 15 Rgb.
81371 München
Telefon: 089-77 70 31

Wohnen zwischen Macht und Ohnmacht
Lernen durch Erfahrung in einem nutzerorientierten Wohnprojekt
Ein Forschungsbericht der anstiftung, Ingrid Breckner
mit Fotografien von Pino Ninfa, Mailand
München 1993

Titelmotiv nach Diapositiven von Pino Ninfa, Mailand
und einer Grundrißzeichnung von Dipl. Ing. Christian Herde, München

Gestaltung:
Designbüro Schlicht, München

Inhalt

Vorwort	3	3.3.2 Beteiligung an der baulichen Selbsthilfe	60
Vorbemerkung	7	3.3.3 Auswertung der Bewohnerbeteiligung	64
I. Was ist und was macht das WOHNFORUM? Jongliererfahrungen zwischen selbst- und fremdbestimmten Aufgabenfeldern	11	3.4 Die Bewohnerbeteiligung aus der Sicht der Beteiligten	69
II. Das Wohnprojekt Orleansstraße als Praxisfeld 1 Projektbeschreibung	19	4. Grundrisse, Ausbaustandards und Ökologie	78
1.1 Das Sanierungsobjekt und seine Geschichte	19	5. Bau- und Wohnkosten	83
1.2 Konzeptionelle, administrative und politische Rahmenbedingungen des Wohnprojekts	21	5.1 Baukosten der Sanierung und des Dachgeschoßausbaus	85
1.3 Verträge	25	5.2 Auswirkungen der Baukosten auf spätere Wohnkosten	90
2. Die Entstehung und Zusammensetzung der Bewohnerschaft	28	III. Wahrnehmungsmuster und Bewertungen der Angebote des WOHNFORUM bei den beteiligten AkteurInnen	93
2.1 Erste Kontakte	28	1. Die Sicht der Gesellschafter	93
2.2 Bewohnerverluste und ihre Hintergründe	29	2. Das WOHNFORUM im Blickfeld der Stadtpolitik	95
2.3 Sozialstruktur der Bewohnerschaft im sanierten Wohnraum	35	3. Die Arbeit des WOHNFORUM aus der Perspektive der Stadtverwaltung	104
2.4 Veränderungen der Wohnverhältnisse durch die Beteiligung am Wohnprojekt Orleansstraße	37	IV. Konsequenzen für andere Wohnprojekte	121
2.5 Die Vielfalt der Armutserfahrungen in der Orleansstraße	41	V. Literatur	131
3. Die Beteiligung der Bewohnerschaft an Planungs- und Saubrozessen	43	VI. Anhang	135
3.1 Beteiligungskonzept	43	1. Schwerpunkte der Bewohner- und Experteninterviews	135
3.2 Beteiligungsmotivation	47	2. Grundrißveränderungen im Rahmen der Sanierung	137
3.3 Beteiligungsoxaxis	50	3. Grundrisse der Dachgeschoß-Wohnungen	141
3.4 Bewohnerbeteiligung in der Planungsphase	55	4. Fragebogen zur Dokumentation telefonischer Anfragen	143
		5. Presseberichte zum ersten Wohnprojekt	144

Dieter
Läpple
(Hrsg.)

Güterverkehr, Logistik und Umwelt

Analysen und Konzepte zum
interregionalen und städtischen Verkehr

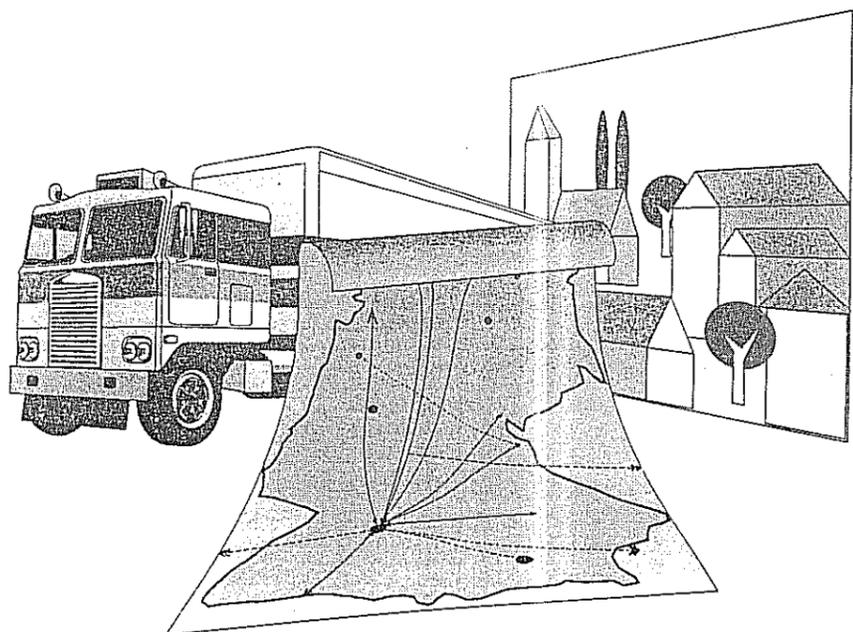
Dieter Läpple (Hg.)

Güterverkehr, Logistik und Umwelt

Analysen und Konzepte zum interregionalen
und städtischen Verkehr

Berlin: edition sigma 1993

318 Seiten ISBN 3-89404-352-0



Der LKW-Verkehr ist in den letzten Jahren dramatisch gewachsen. Gleichzeitig hat sich die Funktion des LKW-Verkehrs durch neue logistische Konzepte stark verändert: Schlagworte wie "Rollende Lager" und "Eurologistik" deuten die Verschiebung vom bloßen raumüberwindenden Transport zur raum-zeit-beherrschenden Logistik an.

Vor allem "Just in time"-Strategien von Industrie und Handel unterstützen den Siegeszug des LKWs. Durch seinen massenhaften Erfolg steht er sich jedoch buchstäblich selbst im Wege: Just im Stau statt Just in time! Damit wird das wichtigste Prinzip logistischer Transportstrategie gefährdet: die zeitliche Berechenbarkeit und Liefertreue. Die auf den Straßengüterverkehr ausgerichteten Logistik-Konzepte geraten durch ihren Erfolg immer mehr in eine Sackgasse, aus der es keinen LKW-spezifischen Ausweg gibt. Als mögliche Zukunftsperspektiven bleiben nur die Integration des Güterverkehrs in das System des kombinierten Verkehrs Straße-Schiene sowie Strategien der Verkehrsverminderung bzw. -vermeidung.

Der Sammelband "Güterverkehr, Logistik und Umwelt" geht den Ursachen dieses Verkehrswachstums nach und untersucht traditionelle und neue Lösungskonzepte für den Güterverkehr in der Stadt und für den Fernverkehr. Analysiert werden die logistischen Strategien von Industrie und Handel, die verkehrserzeugenden Auswirkungen neuer Unternehmensstrategien wie "Just in time" und "Lean production", die nachholende Industrialisierung des Güterverkehrs am Beispiel des Expreßguttransports sowie der Transportaufwand bei der Produktion und Distribution einzelner Produkte. Statistische Übersichten veranschaulichen Wachstum und Struktur des Güterverkehrs sowie die Schadstoffemissionen von Transportvorgängen.

Im konzeptionellen Teil werden insbesondere die Probleme des Güterverkehrs in der Stadt untersucht, wo die Umweltbelastungen kulminieren. Kon-

zepte für stadtverträglichen Güterverkehr und Güterverkehrszentren werden vorgestellt und kritisch überprüft.

Das Buch schließt ab mit einem Zukunftsentwurf für ein stadtzentriertes Verkehrskonzept, in dem für den Personen- und Güterverkehr umweltschonende Lösungskonzepte dargestellt werden. Die Autoren schlagen insbesondere für die Ver- und Entsorgungsströme der Stadt ein City- und Regionslogistik-Konzept vor.

Die Beiträge sind überwiegend am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie der TU Hamburg-Harburg entstanden. Gastbeiträge lieferten Marcus Hesse vom Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung und Stefanie Böge vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie. Für ihre Arbeit über produktbezogene Transportketten wurde Frau Böge 1993 mit dem Dynamit Nobel-Preis für Logistik und Umwelt ausgezeichnet.

Aus dem Inhalt

Dieter Läpple

Einführung

ANALYSEN

Dieter Läpple

Transport, Logistik und logistische Raum-Zeit-Konfigurationen

Helmut Deecke

Expreßdienste als Vorreiter der Industrialisierung des Gütertransports

Steffen Bukold

Entwicklungstrajekte des Kombinierten Verkehrs
Industrialisierung und Kettenlogistik in Gütertransportsystemen

Stefanie Böge

Erfassung und Bewertung von Transportvorgängen:
Die produktbezogene Transportkettenanalyse

Jürgen Glaser

Distributionslogistik und Stadtentwicklung
Ergebnisse der Fallstudie "Warendistribution im Einzelhandel
der Hamburger City"

KONZEPTE UND HANDLUNGSANSÄTZE

Markus Hesse

Stadtverträglichkeit und Wirtschaftsverkehr

Theoretische Aspekte, Zielkonflikte und Handlungsstrategien

Jürgen Glaser

Güterverkehrszentren

Konzepte zwischen Euphorie und Skepsis

Helmut Deecke, Jürgen Glaser, Thomas Krüger, Dieter Läpple

Perspektiven des Stadtverkehrs

Zukunftsentwurf eines stadtzentrierten Verkehrskonzepts

ANHANG

Kommentierte Daten und Graphiken

Jürgen Glaser

Basisdaten: Strukturen und Entwicklungstrends im Güterverkehr

Steffen Bukold

Basisdaten: Ökologie und Gütertransport

Bestellung

Bitte senden Sie mir aus dem edition sigma-Programm:

_____ Läßle (Hg.): Güterverkehr, Logistik und Umwelt

Anzahl _____

Name: _____

Anschrift: _____

Datum/Unterschrift: _____

Informieren Sie mich kostenlos u. unverbindlich weiter über das sigma-Programm.

edition sigma - Heimsfr. 14 - D-10965 Berlin - Tel. 030/6934396

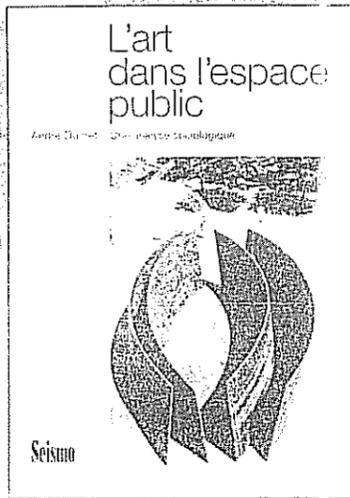
André Ducret

L'art dans l'espace public

Une analyse sociologique

Dans quelle mesure la politique de l'art dans la ville, aujourd'hui en crise, peut-elle contribuer à une requalification de l'environnement urbain? La question concerne divers artistes, architectes, fonctionnaires, responsables culturels que des rapports objectifs lient au sein ou en marge d'un champ artistique fait de dépendances réciproques, de conflits d'intérêts, d'aspirations contradictoires. Une étude comparative menée à Genève et à Bâle en vue de reconstruire la genèse, la structure et la dynamique de ce champ permet de

mettre en lumière les contraintes auxquelles se heurtent les uns et les autres ainsi que les possibilités de modifier des pratiques qui, pour beaucoup, ne donnent plus satisfaction.



André Ducret est chargé d'enseignement à l'Université de Genève, où ses recherches portent sur les dimensions culturelles du phénomène urbain. Collaborateur régulier de diverses revues scientifiques, il a notamment publié *Mesures. Etudes sur la pensée plastique*, La Lettre volée, Bruxelles, 1990, ainsi que (en collaboration) *Art et société*, Le Eperonniers, Bruxelles, 1989 et *Art et contemporanéité*, La Lettre volée, Bruxelles, 1992.

Commande

A adresser aux Editions Seismo, case postale 313, CH-8028 Zurich

Veuillez me faire parvenir, avec facture

L'art dans l'espace public

E.x. Une analyse sociologique
ISBN 2-88351-003-2

Nom: _____ Rue: _____

Prénom: _____ NP/Lieu: _____

Date: _____ Signature: _____

Table des matières

Le mécénat public

Le «Kunstcredit» bâlois (Une institution et sa définition • Des objectifs et des moyens de les atteindre • Fonds disponibles et nature des commandes de 1970 à 1990 • Aujourd'hui comme hier)

Le Fonds de décoration et d'art visuel de l'Etat de Genève (Modalités de fonctionnement • Fonds disponibles et nature des commandes)

Le Fonds municipal de décoration de la Ville de Genève (Principaux objectifs • Concours, commandes et achats • Modalités de fonctionnement • Fonds disponibles et nature des commandes)

Les générations d'artistes

Les lieux de formation (De l'Ecole des Beaux-Arts à l'Ecole supérieure d'art visuel • De la «Kunstgewerbeschule» à la «Schule für Gestaltung»)

Jeux de sociétés (A quoi servent-elles? • Que défendent-elles? • D'où viennent-elles?)

L'évolution du marché de l'art

Les institutions culturelles (Le cas bâlois • Le cas genevois)

Le commerce de l'art (Les premiers pas • Les «trente glorieuses» • La crise)

Espaces publics, espace public

Des manières d'aménager • Place aux artistes?

L'environnement urbain

La maîtrise de la forme urbaine • Les entreprises, l'art et la ville

Propos d'artistes

Une définition de l'art • Qu'est-ce qu'un artiste professionnel? • Ce qui a changé • Comment encourager les artistes? • Des architectes, de l'architecture • Réforme ou révolution? • Le domaine public comme espace public • Requalifier l'environnement urbain?

TRANSFORMATION OF OLD INDUSTRIAL REGIONS AS A SOCIOLOGICAL PROBLEM

Proceedings of the Conference

Porabka-Kozubnik 1993

Kazimiera Wódz (ed.)



Katowice 1994

Od Redaktora	7
Editor's Note	9

I. Dimensions of Transformations

<i>Kazimierz Krzysztofek</i> Culture and Market. Problem of Adaptation	13
<i>August Gijswijt</i> The Environmental Issue: Prisoners Dilemmas and Problem Solving Strategies	21
<i>Bernd Hamm</i> Sustainable Development — New Tasks for Urban Social Science	38
<i>Piotr Zowislo</i> Bioregionalism and its Attitude Towards Ecological Crisis	46
<i>Andrzej Kiepas</i> The Role of Technology Assessment in the Process of Social Transformation	52
<i>Zbigniew A. Żechowski</i> Transformation or Decay?	60
<i>Grzegorz Gorzelak</i> Regional Patterns of Polish Transformation 1990—2005	70
<i>Stanislaw Nurek</i> Transformation of Old Industrial Regions as a Social Drama: A Sociological Conceptual Analysis	108
<i>Andrzej Niesporek</i> The Concept of Transformation in the Systems Theory of Evolution	118

II. Case Studies

<i>Bernd Hunger</i> Social Problems and Urban Perspectives of Big Post-War Residential Areas in Old East German Industrial Regions	125
<i>Thomas Rommelspacher</i> 1958—1993: 35 Years of Structural Change in the Ruhr Area	129
<i>Rainer Stierand</i> Structural Change in a Former Lignite Mining Area	136
<i>Sigrun Kabisch</i> The Decline of the Coal and Energy Sector in the Region of Leipzig and its Effects on Regional Development	155
<i>Rosemarie Sackman</i> Old Structures in New Times: Women Facing Restructuring	163
<i>Dennis Smith</i> The Case of the West Midlands: Tradition and Innovation in Birmingham	178
<i>Krzysztof Frysztacki</i> Deindustrialization of American Metropolitan Areas and its Social Consequences	199
<i>Bronislaw Klimiński</i> Workers Attitude to the New Economic Organization in the Firm with West Industrial Capital. The Case of FSM Tychy	207
<i>Anna Buchner-Jeziorska, Jolanta Kulpińska</i> Social Problems in Restructuring the City of Łódź	214
<i>Marian Malikowski</i> Social Problems of the Structural Transformation of Southern Areas of Central Industrial Region (Centralny Okręg Przemysłowy, COP)	228
<i>Zbigniew Rykiel</i> The Territorial Organization of an Industrial Region: The Case of the Katowice Region	239
<i>Lucyna Frąckiewicz</i> Indigence Syndrome in Silesian Towns	250
<i>Kazimiera Wódz</i> The Process of Marginalization of the Traditional Workers Communities in Upper Silesia	258
<i>Katarzyna Nowak</i> The Psychological Costs of Restructuring of the Hard Coal Mines	264
<i>Władysław Jacher</i> Social Barriers and Dilemmas of Privatizing and Restructuring Activities in the Enterprises of the District of Katowice	271
<i>Jacek Wódz</i> Young Inhabitants of Upper Silesia on Ecological Threats and Future	275

III. The Coping Strategies and Scenarios for the Future

<i>Walter Siebel</i> The International Building Exhibition Emscher-Park	293
<i>David Byrne</i> The Problem of Organizing the Disorganized: The Role of Community Work in De-industrialized Localities and Regions	301
<i>Gabriele Vogt</i> Supra-Regional Planning and Regional Associations as Instruments to Cope with Crises in "Coal-Steel-Regions"	314
<i>Konrad Tausz</i> The Mining Industry as a Plane for Resolving the Social Effects of Restructuring	327
<i>Wojciech Blasiak, Tomasz Nawrocki, Marek J. Szczepański</i> Upper Silesia 2005. The Restructuring Scenario	336

Ausgewählte Veröffentlichungen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Informationen zur Raumentwicklung

Raumordnung in Europa
Heft 9/10.1993, 16,-- DM

Regionalgeschichte: ein Ansatz zur
Erforschung regionaler Identität
Heft 11.1993, 8,-- DM

Zukunftsperspektiven der Raum- und
Siedlungsentwicklung
Heft 12.1993, 8,-- DM

Bodenmanagement
Heft 1/2.1994, 16,-- DM

Revitalisierung der Innenstädte in den
neuen Bundesländern
Heft 3.1994, 8,-- DM

Zwischen Deindustrialisierung und
Aufbau neuer Strukturen
Heft 4.1994, 8,-- DM

Materialien zur Raumentwicklung

Strategien zur Mobilisierung und Aktivierung
von Gewerbegebieten
Heft 61, 18,-- DM

Wohnsituation Alleinerziehender II
Heft 62, 18,-- DM

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim Selbstverlag der BfLR,
Postfach 20 01 30, 53131 Bonn.